

Bayerisches Staatsinstitut
für Hochschulforschung
und Hochschulplanung

IHF

12

Paula Ewert
Stefan Lullies

Das Hochschulwesen in Frankreich

Geschichte, Strukturen und
gegenwärtige Probleme im Vergleich

Paula Ewert
Stefan Lullies

DAS HOCHSCHULWESEN IN FRANKREICH -
GESCHICHTE, STRUKTUREN UND
GEGENWÄRTIGE PROBLEME IM VERGLEICH

Vorwort

Die Probleme, vor denen heute das Hochschulwesen der meisten Industrienationen steht, haben viele gleichlautende Ursachen: Eine enorme Expansion des Schul- und Hochschulwesens während der letzten Jahrzehnte, eine abnehmende Kurve der Geburtenzahlen mit all ihren widersprüchlichen Konsequenzen, eine explosionsartige Zunahme des Wissens mit einer immer noch andauernden Aufspaltung der Einzeldisziplinen in neue Teilbereiche, immer kürzere Halbwertszeiten des "gültigen" Wissens und schließlich ein technologischer und sozialer Wandel in noch gar nicht abzusehendem Ausmaß. Und dies alles auf dem schwankenden Boden kaum noch finanzierbarer Ausgaben für das Bildungswesen und einer besorgniserregend ansteigenden Arbeitslosigkeit für Akademiker.

Die Öffentlichkeit dieser Länder verlangt nun von ihren Schulen und Hochschulen, sie müßten sich diesen Problemen stellen und mit Lösungen antworten, damit ihre Nationen im Wettbewerb standhalten und ihren "Reichtum" mehren oder zumindest bewahren könnten. Nur so seien auch die Probleme der Zukunft (Rohstoffknappheit, Armut der Dritten und Vierten Welt und Umweltschutz) zu bewältigen und Lösungen auf der Basis eines hohen Bruttosozialprodukts zu finanzieren.

In diese Situation sind die Bildungssysteme und vor allem die Hochschulen der verschiedenen Länder hineingestellt, England ebenso wie Frankreich, USA, Italien und die Bundesrepublik Deutschland, allerdings nicht mit der gleichen Ausgangsbasis. Vielmehr haben diese Länder ihren eigenen kulturellen Kosmos im Laufe der Jahrhunderte und damit auch ein spezielles Verständnis der Aufgaben von Schule und Hochschule entwickelt und die dafür jeweils spezifischen Strukturen herausgebildet. Insofern können die Lösungen dieser Länder für die an sie herangetragenen Probleme nicht gleichlautend sein; vielmehr müssen sie jeweils eigene, ihrem Kulturverständnis und ihren Strukturen angepaßte Wege gehen.

Gerade dies aber macht den Reiz dafür aus, die Bildungssysteme, und dabei vor allem die Hochschulsysteme verschiedener Industrienationen mit dem der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen und zu fragen, wie dort jeweils die Lösungswege für die genannten Probleme formuliert und in der Praxis geübt werden. Dabei zeigt gerade das je eigene kulturelle und strukturelle Gesamtgefüge eines Landes, daß der Übertragbarkeit von Lösungen auf andere Bildungssysteme Grenzen gesetzt sind.

Das Bayerische Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung hat von diesen Überlegungen ausgehend vor etwa zwei Jahren damit begonnen, die Hochschulsysteme anderer Länder mit dem deutschen Hochschulsystem zu vergleichen. Am Anfang dieser Reihe stand die 1983 veröffentlichte Studie von Claudius Gellert "Vergleich des Studiums an englischen und deutschen Universitäten". Fortgesetzt wird die Reihe mit dem hier vorgelegten problemorientierten Vergleich des französischen und deutschen Hochschulwesens. Mitte nächsten Jahres wird die Studie von Claudius Gellert veröffentlicht, die auf der Grundlage einer empirischen Erhebung bei ca. 2.000 Hochschullehrern der USA das dortige Hochschulwesen unter dem Gesichtspunkt von Qualitäts- und Statusdifferenzierungen darstellen wird. Soeben wurde schließlich von Ewald Berning eine Studie begonnen, die aktuelle Fragen der Hochschulentwicklung in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen soll; mit einer Veröffentlichung dieser Studie kann Ende 1987 gerechnet werden.

Das Staatsinstitut möchte mit diesen Vergleichsstudien eine wissenschaftlich erarbeitete Grundlage für die Diskussion der heutigen Probleme des deutschen Hochschulwesens bereitstellen, seien es nun die Themen Expansion des Bildungswesens, Wettbewerb, Eliteförderung, Differenzierung, Studierendauer, Praxisbezug der Lehre, Effizienz, Forschungsförderung und Forschungstransfer oder akademischer Arbeitsmarkt.

Die vorliegende Studie, die im Hauptteil von Paula Ewert und im historischen Teil von Stefan Lullies verfaßt wurde, wäre

nicht ohne die freundliche Unterstützung einiger französischer Institutionen und Wissenschaftler zustande gekommen, die den Autoren bereitwillig Material und wesentliche, noch unveröffentlichte Hintergrundinformationen zur Verfügung stellten. Vor allem zu danken ist hier Frau Joëlle Affichard, Centre d'Etudes et de Recherches sur les Qualifications (CEREQ), Paris, dem Ministère de l'Education Nationale - Service de l'Informatique de Gestion et des Statistiques, Vanves, Herrn Professor Girod de l'Ain, Universität Paris-Dauphine und Herrn Ladislav Cerych, Direktor des European Institute of Education and Social Policy, Paris. Schließlich danke ich Frau Ingrid Schneider-Amos, Mitarbeiterin unseres Institutes, die Tabellen für das Arbeitsmarktkapitel zusammengestellt hat.

München, 12.11.1985

Robert Geipel

Inhalt	Seite
Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	V
Verzeichnis der Tabellen und Graphiken	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Kapitel: Geschichtliche Entwicklung des französischen Hochschulsystems	8
1 Einführung	8
2 Ancien Régime	13
3 Die Französische Revolution	14
4 Exkurs über die 'Grandes Ecoles'	19
5 Napoleon (1804 - 1814)	21
6 Die Zeit von 1814 bis 1870	27
7 Die Reformen der ersten Hälfte der Dritten Republik 1871 bis 1914	34
8 Exkurs: Die Qualifizierung des akademischen Nachwuchses und das Berufungswesen	40
9 Die Zeit zwischen 1918 bis 1947	42
10 Die Reformdiskussion von 1947 bis 1968	44
II. Kapitel: Ausgangslage	50
1 Quantitative Entwicklung des Hochschulbereichs in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich seit den 60er Jahren	50
2 Hochschulausbau und personelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich	62
2.1 Räumlicher Ausbau	62
2.2 Personeller Ausbau	68
3 Exkurs: Die Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen	75
3.1 Die Gesamtentwicklung am Arbeitsmarkt	75

3.2	Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen	76
4	Die Neuordnung des französischen Hochschulsystems durch die 'Loi d'orientation' von 1968	81

III. Kapitel: Struktur des französischen Hochschulsystems

1	Institutionelle Struktur	86
1.1	Universitäten	87
1.2	Instituts universitaires de technologie (I.U.T.)	89
1.3	Hochschuleinrichtungen außerhalb der Universitäten im Geschäftsbereich des Erziehungsministeriums	91
2	Organisatorische Gliederung der französischen Universitäten	94
3	Aufbau des Studiums	97
3.1	Erster Studienabschnitt	100
3.2	Zweiter Studienabschnitt	102
3.3	Dritter Studienabschnitt	104
3.4	Studiendauer und Alter der französischen Studenten	110
3.5	Besonderheiten einzelner Studiengänge	113

IV. Kapitel: Das Problemfeld des Hochschulzugangs

1	Entwicklung der Zulassungssituation in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich	118
1.1	Die Entwicklung der Zulassungssituation in der Bundesrepublik Deutschland	118
1.2	Die Entwicklung der Zulassungssituation in Frankreich	120
2	Die Regelung des Hochschulzugangs durch das französische Hochschulgesetz von 1968	122
3	Die Regelung des Hochschulzugangs durch das neue französische Hochschulgesetz von 1984	125

4	Anspruch und Wirklichkeit in der französischen Hochschulzugsregelung	132
4.1	Offener und geschlossener Sektor	132
4.2	Der Einfluß des französischen Abiturs auf die Studienfachwahl	135
4.2.1	Organisatorischer Aufbau des französischen Schulwesens	135
4.2.2	Auswirkungen der Wahl des Abiturstyps auf die Studienfachwahlmöglichkeiten	145
4.3	Die verdeckte Selektion an den Universitäten	155
4.4	Soziale Herkunft und Chancengleichheit	160

V. Kapitel: Die 'Grandes Ecoles' oder Elitebildung auf französisch

1	Geschichtliche Entwicklung	167
2	Die Vielfalt der 'Grandes Ecoles'	169
2.1	Die 'Ecole Nationale d'Administration' (E.N.A.)	172
2.2	Die 'Ecole Polytechnique'	175
2.3	Die 'Ecoles Normales Supérieures' (E.N.S.)	178
3	Die charakteristischen Merkmale des französischen Systems der Elitebildung	180
3.1	Der beschränkte Zugang zu den 'Grandes Ecoles'	181
3.2	Die Studienbedingungen an den 'Grandes Ecoles'	185
3.3	Die Effizienz des Studiums an den 'Grandes Ecoles'	186
3.4	Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die Absolventen der 'Grandes Ecoles'	187
4	Die Schwachstellen des französischen Systems der Elitebildung	188
4.1	Die ungleichen Chancen beim Zugang	189
4.2	Die mangelnde Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	190

Verzeichnis der Tabellen und Graphiken

1. Tabellen	Seite
Tab. 1: Studenten an deutschen Hochschulen insgesamt von 1800 bis 1960	
Tab. 2: Studenten an deutschen Universitäten im Studienjahr 1830/31	31
Tab. 3: Studenten an einzelnen ausgewählten deutschen Hochschulen von 1835 bis 1960	31
Tab. 4: Studenten an einzelnen französischen Universitäten in den Studienjahren 1875/76 bis 1967/68	32
Tab. 5: Entwicklung der Zahl der Studenten in Frankreich und Deutschland von 1960/61 bis 1983/84 (in Tausend)	50
Tab. 6: Entwicklung der Studentenzahlen an den französischen Universitäten nach Disziplinen (1960/61 bis 1983/84)	53
Tab. 7: Wissenschaftliches Personal an Universitäten nach Dienstbezeichnungen Frankreich 1960-61 bis 1980-81	72
Tab. 8: Eingeschriebene Studenten und Lehrpersonal 1982	72
Tab. 9: Arbeitslosenquote französischer Universitäten, neun Monate nach Abschluß des Studiums, nach Fächergruppen in %	79

Tab. 10A: Arbeitslosenquote von Absolventen der I.U.T. und S.T.S. neun Monate nach Abschluß des Studiums	80	Tab. 15: Prozentualer Anteil der französischen Studenten in den verschiedenen sozioprofessionellen Schichten im Vergleich zu ihrem Anteil an der entsprechenden Altersklasse der über 16-jährigen	161
Tab. 10B: Arbeitslosenquote französischer Studienanfänger ohne ersten Studienabschluß, neun Monate nach Verlassen der Universitäten, nach Fächergruppen	80	Tab. 16: Studenten an Universitäten nach sozioprofessioneller Kategorie der Eltern Frankreich 1960-61 bis 1982-83	162
Tab. 11: Anzahl der Studenten an den französischen Universitäten nach Fächergruppen im Studienjahr 1983-84 und Abweichung gegenüber dem Vorjahr	88	Tab. 17: Aufteilung der Studenten an Universitäten nach Fachrichtungen sowie sozioprofessioneller Herkunft der Eltern in Prozent (Frankreich 1982-1983)	164
Tab. 12: Studienabschlüsse im dritten Studienabschnitt nach Fächergruppen (ohne Medizin) Frankreich 1980 und 1982	109	Tab. 18: Studenten an 'Grandes Ecoles' nach Fächergruppen bzw. Hochschularten	171
Tab. 13A: Durchschnittliches Alter der Studenten in Frankreich an Universitäten nach Geschlecht und Studienabschnitt (Franzosen und Ausländer)	111	Tab. 19: Liste der von den Absolventenjahrgängen 1968 bis 1977 an der 'Ecole Polytechnique' gewählten Corps	177
Tab. 13B: Vergleich des durchschnittlichen Alters französischer und ausländischer Studenten an französischen Universitäten nach Geschlecht und Studienabschnitten	112	Tab. 20: Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal an Universitäten und am C.N.R.S. Frankreich 1973-74 bis 1982-83	219
Tab. 13C: Verteilung der Studenten an französischen Universitäten nach Altersklassen in %	112	Tab. 21: Personalstellen für Assistenten und Attachés de Recherche Frankreich 1960-61 bis 1980-81	220
Tab. 14A: Erfolgsquoten im Abiturjahrgang 1983 nach Zweigen und Profilen (Frankreich)	154	Tab. 22: Entwicklung des Anteils der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Brutto- zialprodukt in Frankreich im internationalen Vergleich in %	222
Tab. 14B: Erfolgsquoten in den Abiturjahrgängen 1977 bis 1983	155		

2. Graphiken

Graph. 1: Entwicklung der Zahl der Studenten in Frankreich und Deutschland von 1960/61 bis 1983/84 und von 1985/86 bis 1990/91	51
Graph. 2A: Schulbesuchsquoten und Altersklassen Frankreich 1958/59 bis 1979/80	55
Graph. 2B: Entwicklung der Quote der an Universitäten Studierenden nach Alter in % Frankreich 1960/61 bis 1979/80	56
Graph. 3: Entwicklung der Zahl der Abiturienten in Frankreich 1952-1983	57
Graph. 4A: Entwicklung der Zahl der Studenten nach Geschlechtern (in v. H.): Frankreich von 1959/60 bis 1981/82	59
Graph. 4B: Entwicklung der Zahl der Studenten nach Geschlechtern (in v. H.): Deutschland von 1965/66 bis 1981/82	59
Graph. 5: Studentenzahlen nach Disziplinen und Geschlecht (1982-83)	60
Graph. 6: Anzahl der Studentinnen an Universitäten in ausgewählten Disziplinen	60
Graph. 7A: Studentenzahlen nach Hochschulorten: Frankreich 1982/83 (nur Universitäten)	66
Graph. 7B: Studentenzahlen nach Hochschulorten: Deutschland 1983/84 (nur Universitäten)	67

Graph. 8: Altersstruktur der Hochschullehrer (Frankreich Mai 1981)	73
Graph. 9: Der Aufbau des Hochschulstudiums in Frankreich	98
Graph. 10: Aufteilung der Studentenzahlen auf die einzelnen Studienabschnitte	99
Graph. 11: Struktur des französischen Bildungswesens	137
Graph. 12: Verteilung der Abiturienten (mit allgemeinbildendem Abitur) des Jahrgangs 1982 im französischen Hochschulbereich (1982 - 1983)	147
Graph. 13: Studienfachwahl je nach Abiturtyp (in % bezogen auf die Abiturienten des Jahrgangs 1976)	149
Graph. 14: Erfolgsquoten im ersten Studienabschnitt in % (Frankreich 1975-76)	157
Graph. 15: Sozio-berufliche Herkunft der französischen Studenten	161
Graph. 16: Aufteilung der französischen Studenten nach ihrer sozio-beruflichen Herkunft auf die drei Studienabschnitte (1982-83)	165
Graph. 17: Anteil der Studentinnen an Ingenieurhochschulen	172

Verzeichnis der Abkürzungen

AES	: Administration économique et sociale
BC	: Brevet des collèges
BEP	: Brevet d'études professionnelles
BGB1	: Bundesgesetzblatt
BT	: Brevet de technicien
BIn	: Baccalauréat de technicien
BTS	: Brevet de technicien supérieur
CAP	: Certificat d'aptitude professionnelle
CAPES	: Certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement du 2d degré
CAPET	: Certificat d'aptitude au professorat de l'enseignement technique
CEP	: Certificat d'éducation professionnelle
CNAM	: Conservatoire national des arts et métiers
CNES	: Centre national d'études spatiales
CNRS	: Conseil national de l'enseignement supérieur et de la recherche
CNRS	: Centre national de la recherche scientifique
CPA	: Classe préparatoire à l'apprentissage
CPGE	: Classe préparatoire aux grandes écoles
CPPN	: Classe préprofessionnelle de niveau
DCEM	: Deuxième cycle d'études médicales
DDI	: Diplôme de docteur ingénieur
DEA	: Diplôme d'études approfondies
DES	: Diplôme d'études supérieures
DESS	: Diplôme d'études supérieures spécialisées
DEUG	: Diplôme d'études universitaires générales (1er cycle)
DEUST	: Diplôme d'études universitaires scientifiques et techniques
DPGG	: Diplôme d'Architecte délivré par le gouvernement
DUT	: Diplôme universitaire de technologie
ENA	: Ecole nationale d'administration
ENI	: Ecole normale d'instituteurs
ENS	: Ecole normale supérieure
ENSAM	: Ecole nationale supérieure des arts et métiers

ENSI : Ecole nationale supérieure d'ingénieurs
 EPCSP : Etablissement public à caractère scientifique, culturel et professionnel
 IEP : Institut d'études politiques
 INP : Institut national polytechnique
 INRA : Institut national de la recherche agronomique
 INSA : Institut national des sciences appliquées
 INSEE : Institut national de la statistique et des études économiques
 INSERM : Institut national de la santé et de la recherche médicale
 IUT : Institut universitaire de technologie
 LEP : Lycée d'enseignement professionnel
 MASS : Mathématiques appliquées et sciences sociales
 MIAGE : Maîtrise de méthodes informatiques appliquées à la gestion
 MSG : Maîtrise de sciences de gestion
 MST : Maîtrise de sciences de technique
 PEGC : Professeur d'enseignement général de collège
 PCEM : Premier cycle des études médicales
 SIGES : Service de l'informatique de gestion et des statistiques
 STS : Section de techniciens supérieurs
 TOM : Territoire d'outre-mer
 UER : Unité d'enseignement et de recherche
 UFR : Unité de formation et de recherche
 UPA : Unité pédagogique d'Architecture

Einleitung

In den vergangenen 20 Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für das deutsche Hochschulwesen grundlegend geändert.

Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und die Öffnung der Hochschulen in den 70er Jahren für bisher bildungsferne soziale Schichten als Antwort auf eine unter den Schlagworten "Bildungskatastrophe" (Picht) und "Bildung ist Bürgerrecht" (Dahrendorf) intensiv geführte Bildungswerbung haben dazu geführt, daß sich die absolute Zahl der Studenten von etwa 290.000 im Jahre 1960 auf derzeit über 1,2 Millionen vervierfacht und die Zahl der Studienanfänger im gleichen Zeitraum von 79.000 auf 240.000 verdreifacht hat. Der prozentuale Anteil der Studenten an der gleichaltrigen Bevölkerung (d.h. der 19- bis 26jährigen) ist von 4,3 % im Jahre 1960 auf 18,2 % im Jahre 1983, der der Studienanfänger in der Altersgruppe der Studienberechtigten (19- bis 21jährigen) von 7,9 % auf 21,5 % gestiegen. Diese immense quantitative, und damit notwendigerweise auch strukturelle und qualitative Wandlung von der einstigen Eliteanstalt Humboldt'scher Prägung zu einer Massenbildungsanstalt hat die deutsche Universität ihrer größten Belastungsprobe in der Nachkriegszeit ausgesetzt.

Nun ist der rapide Anstieg der Studentenzahlen kein spezifisch deutsches Phänomen - eine analoge Entwicklung ist, wenngleich mitunter phasenverschoben, in allen Ländern Westeuropas zu beobachten. Ein überproportionaler Anstieg der Studentenzahlen, gefolgt von gewaltigen Anstrengungen zur Erweiterung der Kapazitäten auf dem personellen, räumlichen, sachlichen und apparativen Sektor, denen durch eine zunehmende Mittelknappheit alsbald Grenzen gesetzt wurden, bis hin zu einer Überproduktion von Akademikern, dies alles sind Tendenzen, die in den anderen Ländern Westeuropas ebenso problematisch sind wie bei uns.

Die Aufgaben, die sich hieraus stellen, müssen jeweils so verschieden sein, wie es die einzelnen nationalen Hochschulsysteme sind, die zu untersuchen gleichwohl naheliegend ist, um bestimmte Lösungen besser zu begreifen und um gegebenenfalls eine Übertragung auf unsere Verhältnisse für geeignet oder auch ungeeignet zu halten.

Da in Frankreich kürzlich eine umfassende Reform des Hochschulgesetzes abgeschlossen und in der Bundesrepublik Deutschland die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes soeben verabschiedet wurde, wobei die Ländergesetze noch anzupassen sind, ist eine Untersuchung über das französische Hochschulsystem von besonderem aktuellen Interesse. Vor diesem Hintergrund erschien es sinnvoll, sich anstelle einer rein beschreibenden Darstellung der unterschiedlichen Strukturen des französischen Bildungssystems, wie sie sich in ihrem historischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext entwickelt haben, schwerpunktmäßig auf einzelne Themenbereiche, die im Zentrum der teilweise mit großer Heftigkeit und von zahlreichen Protestaktionen begleiteten öffentlichen Diskussion um das neue Hochschulgesetz standen, zu konzentrieren.

1968 brach der damalige Erziehungsminister Edgar Faure mit einem radikalen Gesetzgebungsakt, der 'Loi d'orientation de l'enseignement supérieur', alle Traditionen und führte in das französische Hochschulwesen die Grundsätze der Selbstverwaltung (autonomie), der Mitbestimmung (participation) und der Fächer Vielfalt (pluridisciplinarité) ein. Es erfolgte eine grundlegende Neuordnung der Universitätsstrukturen, in deren Gefolge neue Universitäten auf pluridisziplinärer Grundlage entstanden und die traditionellen Fakultäten durch Fachbereiche (unités d'enseignement et de recherche) mit paritätisch besetzten Führungsgremien ersetzt wurden. Allein in Paris traten an die Stelle der Mammuthuniversität

Sorbonne 13 neue Universitäten, darunter die umstrittene Experimentaluniversität von Vincennes¹ (Paris VIII), in der modellhaft die Intentionen des neuen Gesetzes durch einen verstärkten Gegenwarts- und Gesellschaftsbezug der Ausbildung, einen umfassenden Auftrag zur Pluridisziplinarität, eine weite Öffnung für Berufstätige und Nichtabiturienten² und die Entwicklung neuer, diesen Zielen entsprechender, hochschuldidaktischer Methoden verwirklicht werden sollten.

14 Jahre danach schickte sich ein sozialistischer Erziehungsminister, Alain Savary, an, das französische Hochschulwesen erneut zu reformieren, wobei sich die Ausgangslage freilich grundlegend verändert hat: Waren 1968 als direkte Antwort auf die Mai-Unruhen umgehend einschneidende Reformmaßnahmen geboten, so ging es 1982 in einer Zeit der weltweiten Rezession darum, das Hochschulwesen an die veränderten wirtschaftlichen, aber auch politischen Verhältnisse anzupassen.

Der Minister präsentierte am 6.1.1983 der französischen Rektorenkonferenz einen Vorentwurf für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, der auf dem Ergebnis einer mehr als einjährigen Arbeit einer Kommission unter dem Vorsitz von Claude Jeantet, Professor für Biologie und Ozeanographie, basierte. Anlässlich der Vorlage des Geszentwurfs würdigte Savary die Verdienste seines Vorgängers Faure, der die Grundlagen für eine Neustrukturierung des französischen Hochschulwesens geschaffen habe, kritisierte aber gleichzeitig, daß das Gesetz, was seine Umsetzung betreffe, weitgehend Makulatur geblieben sei. Die angestrebte Pluridisziplinarität sei an der Starrheit der überkommenen Fakultätsstrukturen gescheitert, die Autonomie habe sich gegen die Mechanismen des zentralistischen Staatsapparates nicht durchsetzen können, und die einmal tatsächlich praktizierte

¹ Sie wurde 1980 in den Norden von Paris, nach Saint-Denis, verlagert.

² Derzeit sind noch etwa ein Drittel der insgesamt rd. 23.000 Studenten sog. salariés. Die Mehrzahl der Abschlüsse kam ausschließlich in Abendkursen vorbereitet werden.

Mitbestimmung habe in dem Maße an Bedeutung verloren, wie sich die Universitäten Schritt für Schritt wieder von der Außenwelt abgespalten hätten. Eine Besinnung auf die tragenden Prinzipien des Orientierungsgesetzes sei zwar notwendig, heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs³, aber im derzeitigen wirtschaftlichen Kontext nicht ausreichend. Anders als 1968 erhalte etwa die Forderung der Demokratisierung des Hochschulwesens, ihre Berechtigung nicht allein aufgrund eines moralischen Gebots, sondern zusätzlich durch die Zwänge des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Die Verbesserung der Position Frankreichs im internationalen Wettbewerb sei eine nationale Notwendigkeit, der durch eine Öffnung der Hochschulen für eine größtmögliche Anzahl von Studenten und durch eine stärkere Anpassung der Ausbildung an die Bedürfnisse der modernen französischen Gesellschaft Rechnung getragen werden müsse.

Demokratisierung, Professionalisierung und Qualifizierung lauten die von Savary ausgegebenen Leit motive für die neue Hochschulreform. Das bereits von der vorigen Regierung und jetzigen Opposition verfolgte Ziel der Demokratisierung soll durch den Verzicht auf Auswahlverfahren zu Beginn der Hochschulausbildung sowie durch eine weitgehende Zurückdrängung von Zulassungsbeschränkungen erreicht werden. Der gleichfalls schon von den Amtsvorgängern, insbesondere von Alice Saunier-Seïté, angestrebte Praxisbezug soll durch eine weitere Öffnung der Hochschulen zur sozialen Umwelt, insbesondere durch die Repräsentanz von Vertretern der Wirtschaft, der Industrie und der Gewerkschaften in den Leitungsgremien der Hochschulen, durch eine stärkere Berufs- und Praxisorientierung des Studiums sowie durch eine Anpassung der Ausbildung an den wirtschaftlichen Bedarf, insgesamt also durch eine sehr viel systematischere Verbindung zwischen Berufswelt und Hochschulen gewährleistet werden. Die Qualität der Ausbildung soll durch die Ausschöpfung aller Begabtenreserven, durch eine stärkere Anpassung an die Berufswelt

³ Vgl. Ministère de l'Éducation Nationale - Service d'Information. Projet de Loi sur l'Enseignement Supérieur. Exposé des Motifs. Paris, 30. März 1983, S. 2.

und durch verbesserte Beratungs- und Orientierungshilfen im ersten Studienabschnitt erhöht werden.

Das am 26. Januar 1984 in Kraft getretene neue Hochschulgesetz⁴, das als Rahmengesetz lediglich die Grundsätze für die angestrebte Neuordnung des Hochschulwesens festlegt, umfaßt sechs Titel mit insgesamt 69 Artikeln und ist damit umfangreicher als das Vorgängergesetz aus dem Jahre 1968.

Um vorab einen gewissen Eindruck vom Ausmaß dieser Reform zu verschaffen, seien nachfolgend einige der mit dieser Novellierung eingeleiteten wesentlichen Änderungen dargestellt.

Die erste große Neuerung ist die Art und Weise, wie in Titel I das Hochschulwesen als 'service public de l'enseignement supérie ure' definiert wird, mithin die Qualität einer öffentlichen Dienstleistung erhält und die Gesamtheit der postsekundären Ausbildungswege unabhängig von ihrer Ressortzugehörigkeit umfaßt. Hierdurch erlangt das neue Gesetz einen wesentlich globaleren Charakter als das Orientierungsgesetz von 1968, das sich auf die Universitäten beschränkte. Die Auseinandersetzung mit den Grandes Écoles, den Écoles des Landes, die zum großen Teil nicht dem Erziehungsministerium unterstehen, hat Savary geschickt dadurch vermieden, daß die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes in den nachfolgenden Titeln II bis IV lediglich auf die dem Erziehungsministerium unterstellten Hochschuleinrichtungen Anwendung finden. Das heißt, die Reform ändert nichts am Status und an den Privilegien der Mehrheit der Elitehochschulen des Landes und sie läßt auch das gesamte private Hochschulwesen unangetastet.

Hohe Bedeutung mißt das Gesetz der Verflechtung zwischen Hochschul- und Beschäftigungssystem bei, die durch die Vertretung von Persönlichkeiten des Staates, der Gebietskörper-

⁴ Loi n° 84-52 du 26 janvier 1984 sur l'Enseignement Supérieur; vgl. Journal Officiel de la République Française vom 27. Januar 1984, S. 431.

schaften und der Arbeitswelt, insbesondere der Gewerkschaften in den Hochschulgremien erreicht werden soll, denen u.a. ein Mitspracherecht bei der Aufstellung der Ausbildungsprogramme eingeräumt wird. Zur Ausbildung der Studenten sollen auch Berufspraktiker herangezogen werden und Praktika sowie duale Ausbildungsschnitte in das Studium integriert werden. Mit Unternehmen oder staatlichen Stellen können im Wege der Drittmittelforschung Forschungsabkommen getroffen werden. Ferner wurde eine interministerielle Planungskommission ins Leben gerufen, die für die Koordinierung zwischen Ausbildung und Beschäftigung sorgen soll.

Titel II enthält grundsätzliche Regelungen für die Ausbildung an öffentlichen Hochschulen, soweit sie dem Erziehungsministerium unterstehen.

Erklärtes Ziel ist es, noch mehr Studenten als bisher aufzunehmen und sie durch eine qualifizierte, berufsbezogene Ausbildung besser als bisher auf das Berufsleben vorzubereiten. Es gilt der Grundsatz, allen Hochschulzugangsberechtigten den Zugang zum ersten Studienabschnitt ohne vorheriges Auswahlverfahren zu ermöglichen. In bestimmten Studiengängen konnten jedoch auch die Väter dieses Reformgesetzes nicht umhin, diesen liberalen Grundsatz einzuschränken, um, wie es in der offiziellen Begründung heißt, eine gewisse Kohärenz zwischen dem Strom der ausgebildeten Studenten und den in dem gewählten Berufsbereich vorhandenen Beschäftigungsaussichten zu gewährleisten. In diesen Fällen sieht die Reform eine Regelung des Zugangs durch ein Auswahlverfahren vor.

In Titel III, der den Status und die Organe der einzelnen Hochschularten regelt, ist als neue übergreifende Rechtsform die öffentliche Anstalt mit wissenschaftlichem, kulturellem und berufsbezogenem Charakter (*établissement public à caractère scientifique, culturel et professionnel*) vorgesehen. Sie wird als autonome, staatliche Einrichtung mit dem Recht zur Selbstverwaltung im pädagogischen, wissenschaftlichen, administrativen und finanziellen Bereich beschrieben. Die tragenden Säulen der '68er Reform': Autonomie, Mitbe-

stimmung und Fächervielfalt (Pluridisziplinarität), sind auch in dem neuen Hochschulgesetz verankert. In der Stärkung der Autonomie der Hochschulen sah Savary die notwendige Vorbedingung für die angestrebte Reform der Ausbildung. Zu diesem Zweck werden die Hochschulen ermächtigt, mit dem Staat mehrjährige Verträge abzuschließen, in denen ihre Aufgaben festgelegt und die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel festgesetzt werden. Über ihre vertragsgemäßen Aktivitäten haben sie regelmäßig Bericht zu erstatten, der dem neu geschaffenen "Nationalen Komitee für die Bewertung des Hochschulwesens" vorgelegt wird.

Ferner können die Hochschuleinrichtungen nunmehr Patente oder Lizenzen anmelden und das Ergebnis ihrer Aktivitäten wirtschaftlich verwerten sowie Tochtereinrichtungen gründen.

Das neue Gesetz ist erstmalig im Studienjahr 1984/85 in Teilbereichen zur Anwendung gelangt. Ob alle Reformideen in die Tat umgesetzt werden, läßt sich erst sagen, wenn die zu ihrer Realisierung notwendigen zahlreichen Rechts- und Durchführungsverordnungen, von denen erst einige wenige vorliegen, bekannt gemacht sind.

I. Kapitel: Geschichtliche Entwicklung des französischen Hochschulsystems

1 Einführung

Das französische Hochschulwesen in seiner heutigen Gestalt läßt sich nur auf dem Hintergrund seiner historischen Entwicklung verstehen.⁵ So sind selbst die Reformdiskussionen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die 1968 zur 'Loi d'Orientation' geführt haben, und die Hochschulgesetzgebung von 1983 nur zum Teil auf den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte zurückzuführen. Vielmehr wurden in Frankreich mit den Ideen der französischen Revolution und der napoleonischen zentralistischen Reform des Schul- und Hochschulwesens Strukturen im Bildungssystem geschaffen, die sich in wesentlichen Elementen bis in die jüngste Zeit erhalten und als solche immer wieder Anlaß zu Diskussionen und Reformansätzen gegeben haben und sogar noch der heutigen Reformdebatte Problemstoff liefern.

Vor der französischen Revolution unterschieden sich das französische und das deutsche Hochschulwesen weniger in ihren Strukturen als darin, in welchem Maße sie die neuen philosophischen und geisteswissenschaftlichen Richtungen ihrer Zeit rezipierten.⁶ Die französischen Universitäten, an der Spitze die Sorbonne, sperrten sich - mit Ausnahme einer kurzen Zeitspanne im 17. Jahrhundert - bis zur französischen Revolution gegen alle Ideen der Reformation, der

Renaissance und der Aufklärung, so daß sie geistig immobil und antiquiert blieben. Dies war in Deutschland anders, wenn auch die deutschen Universitäten überwiegend keine Protagonisten neuer Ideen waren und viele sich um 1800 in einem dahinwinkenden Stadium befanden.⁷ Doch hatten zahlreiche deutsche Universitäten zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Kraft, sich grundlegend zu reformieren, eine neue Blüte hervorzubringen und schließlich zu einem Modell für zahlreiche Länder der Welt zu werden.

Die französische Revolution und die umfassende Reform Napoleons haben vor allem die Strukturen der französischen Universitäten grundlegend verändert und bis in die Mitte dieses Jahrhunderts nahezu unrückbar verankert. Seither sind die Unterschiede zum deutschen Hochschulwesen so groß, daß man kaum noch von Gemeinsamkeiten sprechen kann.⁸

Die deutsche Universität ist zu Beginn des 19. Jahrhunderts von der Philosophie des Idealismus und der Konzeption W. von Humboldts geprägt: Stätte der Wahrheitssuche und der Einheit von Forschung und Lehre, Wissenschaft als Selbstzweck, jenseits allen praktischen Nutzens.⁹ Diese Universität hat "einen spezifisch hohen Rang in der privaten und öffentlichen Lebensorientierung - anders als in England, anders als in Frankreich".¹⁰ Jede Universität ist weitgehend autonom und ein unverwechselbares Individuum mit durchaus erheblichen Unterschieden der Themen in Forschung und Lehre im Vergleich zu den anderen Universitäten. Die damit verbundene

5 Vgl. zur Geschichte des französischen Bildungswesens u.a. Chevallier, P., Grosperin, B., Maillet, J., L'enseignement français de la Révolution à nos jours, 1968, mit zahlreichen Literaturnachweisen, Curtius, E.R., Die französische Kultur. Eine Einführung, 1931. Zur neueren Universitätsgeschichte: Ben-David, J. und Zloczower, A., Universities and Academic Systems in Modern Societies, in: Archives Européennes de sociologie, 1962, Nr. 1, S. 45.

6 Vgl. zur Geschichte der deutschen Universität u.a. Schelsky, H., Einsamkeit und Freiheit, 2. Aufl., 1970, Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800 - 1866, 1983, S. 470 ff., Paulsen, F., Die Deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, 1902. Weitere Veröffentlichungen sind im Literaturverzeichnis aufgeführt (S. 232 ff.).

7 Zwischen 1790 und 1818 wurden mehr als die Hälfte der Universitäten, insgesamt 21, aufgelöst oder in andere Universitäten eingegliedert; vgl. Flaschendrager, W. u.a., Magister und Scholaren, Professoren und Studenten - Geschichte deutscher Universitäten und Hochschulen im Überblick, 1981, S. 76.

8 Eine Annäherung fand allerdings ab 1878 bis ca. 1897 zu Beginn der III. Republik statt. Vgl. hierzu die grundlegende Veröffentlichung von Weisz, G., The emergence of modern universities in France, 1863 - 1914, 1983, S. 134 ff.

9 Nipperdey, Th., a.a.O., S. 472.
10 ebd., S. 470.

Konkurrenz und Vielfalt führten zu einem enormen Aufschwung der Forschung. Mit ein äußerer Grund für diese Entwicklung und den Fortbestand dieses Systems¹¹ mag auch die Rahmenbedingung gewesen sein, daß es zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1871 noch keine geeinte deutsche Nation gab, sondern nur eine Vielzahl konkurrierender Einzelstaaten, die ein besonderes Interesse an der Qualität ihrer Universitäten hatten.

Demgegenüber ging in Frankreich die Universität aus der französischen Revolution und der grundlegenden Reform des Bildungswesens durch Napoleon als eine Einheitsinstitution hervor: Es war die Strafe von Paris aus uniform strukturierte 'Université Impériale', die am jeweiligen Ort eines Akademibezirks nicht als je eigene Universität, sondern nur in Form von Fakultäten bestand, fast ausschließlich der Berufsausbildung verpflichtet, ohne eigentlichen wissenschaftlichen Anspruch. Der Grundsatz der französischen Revolution von der Gleichheit (égalité) wurde formal streng realisiert, indem im ganzen Land gleichermaßen geltende staatliche Prüfungsordnungen bestanden, mit einheitlichen Prüfungen sowie zentralen Berufungsverfahren für die Professoren. Dies führte zu einer Identität aller Fakultäten im ganzen Land, ohne eigenständige Entwicklung in Forschung und Lehre, immobil, ohne Konkurrenz untereinander, ohne eigenständiges Profil. Neben dieser 'Université Impériale' zur Breitenausbildung für akademische Berufe entwickelten sich die zum Teil schon vor der französischen Revolution gegründeten Spezialhochschulen, die 'Grandes Ecoles', hervorragend ausgestattet mit hochqualifiziertem Personal, Gebäuden und Sachmitteln, ausschließlich zur Ausbildung einer kleinen Elite in den Führungspositionen der Wirtschaft und der Verwaltung. Aber auch an ihnen fand - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Forschung statt.

¹¹ Vgl. zur Universität Humboldts auch den interessanten Aufsatz von Finkenstaedt, Th., Humboldts Erben? Zur Geschichte und Struktur der deutschen Universität, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 1984, S. 311 - 319.

Zwar haben französische Professoren und Politiker während des vorigen Jahrhunderts in immer neuen Ansätzen versucht, auf eine Neuordnung des Hochschulwesens hinzuwirken (vgl. die Zeittafel auf S. 12), indem sie unter anderem versuchten, die Fessel der zentralistischen Einheitsstruktur zu lösen, um so den Universitäten mehr Eigenleben, Vielfalt, mehr wissenschaftliche Freiheit und mehr Wettbewerb zu eröffnen. Dabei wurden in Frankreich auch mehrmals im 19. Jahrhundert Kommissionsberichte über das deutsche Hochschulwesen als nachahmenswertes Beispiel in die Diskussion eingebracht. Alle Reforminitiativen blieben jedoch auf halbem Wege stecken, weil sich das von Napoleon eingeführte zentralistische Verwaltungssystem in Frankreich so umfassend und unverrückbar etabliert hatte, daß es schließlich doch nicht gelang, den Hochschulbereich aus diesem System auszugliedern. Außerdem führte der Grundsatz der Egalität dazu, daß man glaubte, nicht von den in Frankreich einheitlich geltenden Prüfungsordnungen und zentralen Auswahlgremien für die Berufung von Professoren abgehen zu können. Erst die späte Erfahrung der mangelnden Leistungsfähigkeit der französischen Forschung und die Erkenntnis, daß auch der Rückstand der Technologie und der Wirtschaft von daher stammte, verließ der seit den 50er Jahren dieses Jahrhunderts erneut aufkommenden Reformdiskussion die Überzeugungskraft, mit der die alten Strukturen endgültig in Frage gestellt und der Übergang in neue gebahnt werden konnte.

Im folgenden soll nun der Versuch gemacht werden, das französische Hochschulsystem in seiner historischen Entwicklung zwar im einzelnen, aber doch sehr gerafft, darzustellen. Um die Einordnung zu erleichtern, sei zunächst eine Zeittafel vorangestellt (vgl. die folgende Seite).

Zeittafel

Historische Phasen	Allgemeine politische Ereignisse	Phasen und Ereignisse auf dem Gebiet des Hochschulwesens
Haus Bourbon 1589 - 1792	Ancien Régime	1530: Gründung des Collège de France 17. und 18. Jahrhundert: allmählicher Niedergang der französischen Universitäten wegen deren geistlicher Anknüpfung
Haus Bourbon 1589 - 1792	1789: Ausbruch d. französischen Revolution 1789-91: Verfassung gebende Versammlung	Um 1780: 24 Universitäten in Frankreich nach harknmalischen Muster 1791: Freiheit der Berufsausübung; akademische Grade und Diplome nicht mehr Voraussetzung für die Berufsausübung
Erste Republik 1792 - 1804	1792: Abschaffung des Königtums durch den Nationalkonvent 1792 ff.: Neue republikanische Verfassung 1795-99: Napoleon I., Konsul 1799: Napoleon I., Kaiser	1792 bis 1795: Hochschulreform der ersten Republik auf der Grundlage der Ideen der französischen Revolution: Gründung einiger Spezialhochschulen mit engeren Berufszugehörigkeit 1793: Abschaffung der französischen Universitäten
Erstes Kaiserreich 1804 - 1814(15)	1804: Napoleon Kaiser der Franzosen 1804 ff.: Kriege gegen Preußen, Spanien, Portugal, Österreich	1806: Reform des Bildungswesens durch Napoleon mit Gründung der "Université Impériale" und der Akademie-Einteilung
Haus Bourbon (1814) 1815 - 1830	1815: Niederlage von Waterloo 1815 ff.: Restauration	1810: Humboldt: Gründung der Universität in Berlin
Haus Orléans 1830 - 1848	1830: Julirevolution 1848: Februarrevolution und Sturz des kaiserlichen Königs Louis Philippe	1830 ff.: Reformdiskussion nach der Julirevolution 1835-1848: Diskussion um die Privatschul- und Hochschulfreiheit
Zweite Republik 1848 - 1851(52)	1870/71: deutsch-französischer Krieg; Sturz des Kaiserreichs Kommunismus in Paris Gründung des Deutschen Reiches	1871 bis 1896: Reformbewegung in Richtung auf das deutsche Vorbild 1885: Reform der Fakultäten 1896: Zusammenschluß der Fakultäten zu einzelnen Universitäten
Dritte Republik 1871 - 1940	1914-18: Erster Weltkrieg 1939-45: Zweiter Weltkrieg	1920: Gründung besonderer "Institute" im Rahmen der Universitäten 1939: Gründung des "Centre national de la recherche scientifique" C.N.R.S.
Vierte Republik 1940 - 1944		1947: Langevin-Wallon-Plan: Plan, aber nicht Ausführung einer grundlegenden Neustrukturierung des französischen Bildungswesens 1956: Etablierung des Collège de France
Provisorische Regierung d. Republik 1944 - 1947		1966: Zweites Kolloquium von Coen: Erkenntnis des Rückstandes der wissenschaftlichen Forschung in Frankreich und Diskussion neuer Strukturen der Universität 1966: Langevin-Wallon-Plan: Plan, aber nicht Ausführung einer grundlegenden Neustrukturierung des französischen Bildungswesens 1966: Etablierung des Collège de France
Vierte Republik 1947 - 1959		1966: Zweites Kolloquium von Coen: Erkenntnis des Rückstandes der wissenschaftlichen Forschung in Frankreich und Diskussion neuer Strukturen der Universität 1966: Langevin-Wallon-Plan: Plan, aber nicht Ausführung einer grundlegenden Neustrukturierung des französischen Bildungswesens 1966: Etablierung des Collège de France
Fünfte Republik 1959 -		1966: Zweites Kolloquium von Coen: Erkenntnis des Rückstandes der wissenschaftlichen Forschung in Frankreich und Diskussion neuer Strukturen der Universität 1966: Langevin-Wallon-Plan: Plan, aber nicht Ausführung einer grundlegenden Neustrukturierung des französischen Bildungswesens 1966: Etablierung des Collège de France

2 Ancien Régime

Zu Ende des 'Ancien Régime' existierten in Frankreich 24 Universitäten. Diese hatten jedoch die geistige Entwicklung des Humanismus und die Herausforderung des Protestantismus und der Aufklärung nicht wahrgenommen¹²; vielmehr hatten sie sich im wesentlichen in einem scholastischen Lehrbetrieb erschöpft und alles neue Gedankengut abgewehrt. "Am Vorabend der Revolution waren die französischen Universitäten weder auf der Höhe ihrer Zeit, noch imstande, ihren Aufgaben gerecht zu werden."¹³ Die Sorbonne war in Frankreich die führende Universität; da sie aber selbst diese antiker Haltung einnahm, verhartete auch die anderen französischen Universitäten in der Negation aller neuen philosophischen Richtungen. Damit verpaßte die französische Universität im Grunde die Renaissance.¹⁴ Dies führte dazu, daß Franz I. bereits 1530 das 'Collège de France' gründete. Anfangs nur für das Studium der alten Sprachen vorgesehen, wurden später auch Mathematik und Naturwissenschaften am 'Collège de France' gelehrt. Diese Einrichtung hat bis heute ihren ursprünglichen Rang in Forschung und Lehre behalten. Sie nimmt allerdings insofern eine Sonderstellung ein, als dort Forschung und Lehre ohne jegliche Studiengänge oder Abschlußprüfungen stattfinden. Die Professoren sind in ihren Forschungs- und Lehrthemen vollkommen frei. Bei deren Berufung entscheidet ausschließlich deren besonderer wissenschaftlicher Rang. Eine spezielle wissenschaftliche Laufbahn bis zum Professor am 'Collège de France' ist nicht vorgesehen. Die Philosophie und die naturwissenschaftliche Forschung entwickelten sich im 18. Jahrhundert weitgehend außerhalb der Universitäten.¹⁵ Während die Universitäten unter dem

¹² Vgl. Curtius, E.R., a.a.O., S. 123.

¹³ Schriewer, J., Die französischen Universitäten 1945 bis 1968, 1972, S. 20. Der grundlegenden Arbeit von Schriewer mit seinem sehr materialreichen historischen Teil und einem umfassenden Literaturverzeichnis verdanken die Verfasser zahlreiche Anregungen.

¹⁴ Gussdorf, G., L'Université en question, 1964, S. 31.

¹⁵ Curtius, E.R., a.a.O., S. 123.

bestimmenden, einengenden Einfluß der theologischen Fakultäten standen und ihr Lehrkörper zu einem großen Teil aus Klerikern bestand, wurde außerhalb der Universitäten, unter anderem von den Enzyklopädisten, die Freiheit und die Unvoreingenommenheit der Forschung betont. Die Ideen der Aufklärung entstanden gerade nicht in den Universitäten; wesentliche Erkenntnisse berühmter Philosophen und Naturwissenschaftler wurden oft über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte nicht zur Kenntnis genommen. Aber auch die anwendungsbezogene Ausbildung der sogenannten Berufsfakultäten Jura und Medizin war unzureichend und nicht auf dem neuesten Stand der Wissenschaft.¹⁶

3 Die französische Revolution

Im Laufe der französischen Revolution wurden die 24 französischen Universitäten schrittweise abgeschafft. Zunächst wurden sie den einzelnen Departement-Verwaltungen unterstellt und verloren so ihre ehemalige Selbstverwaltung und Unabhängigkeit. 1791 wurden die Universitäten dem Innenministerium und damit einer zentralen Behörde in Paris unterstellt. Im Namen der Gleichheit und durchgreifenden Demokratisierung der Staats- und Gesellschaftsordnung wurden 1792 alle Korporationen und Vereinigungen abgeschafft.¹⁷ Die Universitäten wurden zu Unterrichtsanstalten. Die Lehrpersonen unterstanden nunmehr unmittelbar dem Innenministerium in Paris. Ab 1793 wurden die Gehälter der Professoren nicht mehr aus dem eigenen Vermögen der Universität bezahlt, sondern vom Staat übernommen. Das gesamte Unterrichtswesen wurde dem öffentlichen Dienst eingegliedert.

Außerdem wurde 1791 die Freiheit der Berufsausübung verkündet. Damit war es nicht mehr notwendig, für die Ausübung

¹⁶ Schriewer, J., a.a.O., S. 23, mit weiteren Nachweisen.
¹⁷ Die Grundgedanken für die Neugestaltung des gesamten Unterrichtswesens (enseignement primaire, secondaire und supérieur) waren: Eine nationale Erziehung in der Hand des Staates; der Gesamtheit der Nation dienend; laizistisch; unentgeltlich. Vgl. Curtius, E.R., a.a.O., S. 125 f.

akademischer Berufe akademische Grade oder Diplome nachzuweisen. 1793 folgte schließlich die Abschaffung aller Kollagen und Fakultäten.

Dieser radikale Bruch mit der überkommenen Universität des 'Ancien Régime' führte jedoch auch zu einer Diskussion über eine Neubestimmung der Universitäten. Dabei wurden zwei Konzeptionen erörtert und einander gegenübergestellt:

a) ein universaler, alle Wissenschaften und Forschungsdisziplinen umfassender Hochschultyp (Modell der Enzyklopädisten u.a.);

b) eng begrenzte, jeweils auf eine Disziplin oder einen Wissenschaftsbereich beschränkte Spezialanstalten (Robespierre).¹⁸

Das Modell unter a) wurde in verschiedenen Variationen diskutiert, wobei die einen sechs Provinzuniversitäten und eine zentrale Mutter-Universität in Paris vorschlugen, die anderen zwölf Universitäten ohne Fakultäteneinteilung mit einem Ansatz zur Multidisziplinarität. Das am besten geplante Projekt stammt von Condorcet (1792 als Plan der gesetzlichen Nationalversammlung vorgelegt).¹⁹ Dieses Konzept von Condorcet, getragen von einer rationalistisch-liberalen Philosophie, steht im Gegensatz zur totalitaristischen Auffassung der französischen Revolution.

Condorcet glaubte an einen universalen Fortschritt der Rationalität und sah die Aufgabe des öffentlichen Bildungswesens in erster Linie in einer theoretischen, intellektuellen Bildung. Seine Ideen beruhen auf der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung 1789. Hierzu gehört auch der Grundsatz der Egalité,

¹⁸ Schriewer, J., a.a.O., S. 26 und Curtius, E.R., a.a.O., S. 126 f.

¹⁹ Schepp, H.-H., Freiheit und Gleichheit in Condorcets Plan einer Neuorganisation des Unterrichtswesens 1792, in: Zeitschrift für Pädagogik 12/1966, S. 144.

von dem schon eingangs gesagt wurde, er habe das französische Bildungssystem bis zum heutigen Tage geprägt, wenn man von der Einrichtung der 'Grandes Ecoles' abstieht. Weitere Grundgedanken waren die konfessionell-weltanschauliche Neutralität des staatlichen Bildungswesens, die Unentgeltlichkeit und die Freiheit jedes Bürgers, private Bildungseinrichtungen zu besuchen und auch zu eröffnen.

Nach Condorcet sollte das Bildungswesen folgendermaßen in vier Bereiche gestuft werden:

1. Primarschulen (vier Jahre)
2. Sekundar- oder Mittelschulen (drei Jahre)
3. Institute = Gymnasium/Oberstufe (fünf Jahre)
4. Lyzeen = eigentliche Hochschulen (in der Regel drei Jahre)

Damit sollte der Schulbereich zwölf Jahre, der Hochschulbereich drei Jahre umfassen. Über diesem gesamten Bildungssystem sollte nach Condorcet eine 'Société Nationale des Sciences et des Arts' stehen, eine Art höchste Akademie, die sich aus Männern von "höchster Aufklärung und Wissenschaft" zusammensetzt und durch Kooptation selbst ergänzt.²⁰ Condorcet wollte das Bildungswesen nicht dem Staat unterstellen, sondern dieser Société. Die Professoren und Lehrer jeder Unterrichtsstufe sollten von der nächsthöheren Stufe ernannt und beaufsichtigt werden. Damit wollte Condorcet dem Bildungswesen Unabhängigkeit und die Möglichkeit zu ständigem Fortschritt der menschlichen Vernunft und Freiheit gegenüber jedem staatlichen Eingriff gewährleisten.

Condorcets Plan war es, in Frankreich neun Lyzeen mit folgenden Aufgaben zu errichten: Lehre und Forschung in voll-

²⁰ Condorcet, A.C., Bericht und Entwurf einer Verordnung über die allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichts wesens, hrsg. v. Schepp, H.H., 1966, S. 68.

kommener Freiheit; Berufsausbildung und Lehrerbildung; Training des überkommenen Wissens und dessen ständige Erweiterung und Erneuerung.²¹ Die Hochschullehrer sollten nur der Wahrheitssuche verpflichtet sein. Damit kommen einige der Grundgedanken Condorcets denen W. von Humboldts sehr nahe; allerdings hat Humboldt seine berühmte Denkschrift erst zwanzig Jahre später veröffentlicht.²²

Die Ideen von Condorcet haben damals - im Gegensatz zu denen W. von Humboldts - im Ergebnis jedoch keinen Einfluß auf das französische Hochschulwesen gehabt. Die radikalen Vertreter der französischen Revolution kritisierten Condorcets Gedanken als eine Konstruktion, die zu einem hierarchisch-korporativ aufgebauten Bildungswesen führe und damit eine neue - wenn auch nur geistige - Aristokratie entstehen lasse, womit unausweichlich neue Ungleichheiten entstünden, die gegen den Grundsatz der Egalité verstoßen würden.

Schließlich fand das Modell der engen, berufsbezogenen Spezialisierung der Hochschulen auf je eine Disziplin bei den einflußreicheren Anhängern der Revolution eine Mehrheit. Nach deren Auffassung war zwar die Wissenschaft prinzipiell anzuerkennen, sie müsse jedoch im staatlichen Interesse betrieben und nach dem Grundsatz der größtmöglichen Effizienz geordnet werden. Hierfür sah man das Instrument der Zentralisierung und Spezialisierung als erfolgversprechend an.²³ Damit hatte also eine Konzeption gesiegt, die eher einem Typ von Fachhochschule entsprach, bei der im Vordergrund die Zweckmäßigkeit der Ausbildung und das unmittelbare staatliche Interesse standen.²⁴

²¹ Schriewer, J., a.a.O., S. 29.

²² Humboldt, W.v., Gesammelte Schriften, 1903 ff. Bd. 10, S. 253 ff.

²³ Drechsel, W.U., Erziehung und Schule in der französischen Revolution. Untersuchungen zum Verhältnis von Politik und Pädagogik in den Reformplänen der Jahre 1792/94, 1969, S. 97.

²⁴ Bernhard, L., Akademische Selbstverwaltung in Frankreich und Deutschland. Ein Beitrag zur Universitätsreform, 1930, S. 9 f.

Dieses Modell fand seinerzeit auch beim Leiter der preussischen Unterrichtsverwaltung Anklang, der seinerseits anstatt der Universitäten lieber Akademien für Ärzte, Juristen usw. geführt hätte. Umso wichtiger wurde deshalb damals die Konzeption W. von Humboldts.

Entscheidend für den Sieg der spezialisierten Hochschulen (Ecoles Spéciales) war die Tatsache, daß Frankreich zu Ende des 18. Jahrhunderts einen hohen Bedarf an hochschulmäßig ausgebildeten Ingenieuren, Ärzten, Lehrern und Offizieren hatte.²⁵ Um diesen konkreten Bedarf schnell zu decken, wurden damals Spezialanstalten errichtet, was ungleich einfacher war, als Hochschulen zu gründen, die dem hohen theoretischen Anspruch und der Interdisziplinarität des Modells von Condorcet entsprachen. Folgende Spezialeinrichtungen wurden gegründet:

- Ecole Centrale des Travaux Publics (Ausbildung von Offizieren) 1794, später: Ecole Polytechnique

- Ecole Normale Supérieure (Ausbildung der Lehrer) 1794

- 3 Ecoles de Santé (Ausbildung der Mediziner) 1794 in Paris, Montpellier, Straßburg

- Umwandlung der Einrichtungen des Botanischen Gartens als Lehranstalt für Naturwissenschaften: Muséum d'Histoire Naturelle, 1793

- Conservatoire National des Arts et Métiers (technisch-industrielle Lehr- und Dokumentationsanstalt) 1794.

Die Gründung dieser Spezialhochschulen stellt eine Besonderheit des französischen Hochschulsystems dar, die weder in Deutschland, noch in England, noch in Italien zu finden ist. Ziel dieser neugegründeten Spezialhochschulen war nicht so sehr die Ausbildung zum Wissenschaftler, sondern eine praxisbezogene Ausbildung für spezialisierte Berufe, die hohen gesellschaftlichen Rang hatten. Forschung im bisherigen Verständnis der europäischen Universitäten wurde an diesen Spezialhochschulen praktisch nicht betrieben. Da diese Hochschulen jedoch bis zum heutigen Tage erhalten blieben und im Verlauf des 19. Jahrhunderts auch noch weitere Spezialhochschulen gegründet wurden, stellen sie ein wesentliches Element des französischen Hochschulsystems dar.²⁶ Sie konnten neben den von Napoleon gegründeten Fakultäten, die das eigentliche Universitätssystem darstellen, ein starkes Eigenleben entwickeln, weil die Absolventen der Spezialhochschulen in aller Regel die höchsten Berufspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Politik erhielten. Da sich diese Spezialhochschulen und späteren 'Grandes Ecoles'²⁷ des ausgehenden 19. Jahrhunderts ihre Studenten durch sehr scharfe Prüfungen auswählen konnten, hatten sie den unschätzbaren Vorteil, vom jeweiligen Abiturientenjahrgang die besten Absolventen zu übernehmen, während sich die Napoleonische Universität mit den übrigen Abiturienten begnügen mußte.

4 Exkurs über die 'Grandes Ecoles'

Aus der parallelen Existenz der Napoleonischen Universität einerseits und der 'Grandes Ecoles' andererseits wird bereits an dieser frühen Stelle deutlich, wie stark sich das französische Hochschulwesen vom deutschen unterscheidet und wie stark zugleich der Wettbewerbsnachteil der Universitäten gegenüber den 'Grandes Ecoles' war. Da die 'Grandes Ecoles' gegenüber dem deutschen Hochschulsystem ein so wesentlich anderes Element darstellen, werden diese in Kapitel V ausführlich erörtert. Die Gründung dieser 'Grandes Ecoles' richtete sich in erster Linie nach dem Bedarf der Wirtschaft, der Industrie und der Verwaltung nach hochqualifizierten Absolventen.

²⁶ Vgl. die ausführliche Darstellung der Grandes Ecoles von Magliulo, B., Les Grandes Ecoles, 1982.

²⁷ Die Spezialhochschulen 'écoles spéciales' nannten sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts 'grandes écoles', vgl. Magliulo, B., a.a.O., S. 67.

zierten Führungskräften. Die meisten von ihnen wurden als Ingenieurhochschulen gegründet. Untereinander stehen sie im Wettbewerb; sie stellen kein einheitliches System dar, vor allem unterstehen zahlreiche von ihnen nicht dem Erziehungsministerium, sondern verschiedenen anderen Ministerien, je nach Ausbildungsrichtung. Daß sie in Frankreich einen so wesentlichen Platz einnehmen konnten, dürfte vor allem auf die Schwäche der französischen Hochschulen zu Ende des 'Ancien Régime' zurückzuführen sein; damals waren die französischen Hochschulen nicht mehr in der Lage, eine adäquate Ausbildung für den akademischen Nachwuchs in den wesentlichen Berufspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und in den freien akademischen Berufen durchzuführen. Als Spezialanstalten waren sie gegenüber den komplizierten Organismen der alten Universität auch sehr viel anpassungsfähiger und in der Lage, dem jeweiligen aktuellen Bedarf zu entsprechen. Die 'Grandes Ecoles' stellen an ihre Studenten außergewöhnlich hohe Anforderungen. Sie haben in der Regel im Vergleich zu den Universitäten jeweils nur sehr wenige Studenten, die sie unter enorm hohen Bewerberzahlen auswählen können. Der Unterricht ist schulmäßig organisiert und dauert in der Regel nur zwei bzw. drei Jahre. Die meisten 'Grandes Ecoles' sind zugleich Internate; die Studenten werden von den Professoren intensiv betreut. Nach bestandenen Examen haben die Absolventen glänzende Chancen, in Spitzenfunktionen von Wirtschaft und Verwaltung übernommen zu werden.

Im Vergleich zu den Universitäten verfügen die 'Grandes Ecoles' über eine ausgezeichnete Ausstattung an Personal und Sachmitteln, um ein Vielfaches besser als an den Universitäten. Diese Vorzugsstellung der 'Grandes Ecoles' wurde immer heftig kritisiert, außerdem auch deren elitärer Charakter. Da die Aufnahmeprüfungen an den 'Grandes Ecoles' so eminent schwierig sind, finden nach dem 'Baccalauréat', das dem deutschen Abitur in etwa entspricht, zweijährige Vorbereitungskurse statt, in denen die Bewerber in sogenannten 'Classes préparatoires' unterrichtet werden, und zwar an einigen ausgewählten Gymnasien in eigens dafür eingerichteten Klas-

sen. Die meisten von ihnen sind in Paris. Aber auch die Zulassung zu den 'classes préparatoires' steht wiederum nur den besten Abiturienten offen. Die Mehrzahl der Abiturienten geht unmittelbar nach dem 'Baccalauréat' an die Universitäten.

Im Rahmen der Kritik an den 'Grandes Ecoles', die jedoch im Ergebnis nie zu tatsächlichen Veränderungen führte, da die 'Grandes Ecoles' immer ein enormes gesellschaftliches Prestige besaßen und, geschützt von ihren "Ehemaligen", heute noch besitzen, wurden eine Reihe von Reformvorschlägen gemacht:

Die zwei getrennt nebeneinander herlaufenden Systeme (Universität und 'Grandes Ecoles') sollten aufgelöst werden zugunsten einer einheitlichen Institution, an der Institute für 'Postgraduate-studies' eingerichtet werden sollten. Ein solcher dritter Studienabschnitt sollte erst nach dem Abschluß des Hauptstudiums für eine kleine Zahl besonders befähigter Studenten beginnen, organisiert in zwei Alternativen: zum einen als Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Forschung, zum anderen als spezielle Berufsausbildung mit praxisbezogener Spezialausbildung. Diese Reformvorschläge konnten sich jedoch bis zum heutigen Tag nicht durchsetzen.

5 Napoleon (1804 - 1814)

Während in der Zeit der französischen Revolution die eben dargestellten beiden grundsätzlich verschiedenen Denkrichtungen diskutiert wurden und die eingeschränkte Lösung der Spezialhochschulen mit Praxisbezug sich durchsetzen konnte, wobei die alte französische Universität untergegangen war, beginnt mit Napoleon für den Universitätsbereich ein Neuanfang mit Strukturen, die sich im wesentlichen bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts aufrecht erhalten haben. Die Spezialhochschulen, d.h. die 'Grandes Ecoles' wurden nicht in die Napoleonische 'Université Impériale' integriert, sondern behielten ihren Sonderstatus.

Das gesamte Unterrichtswesen wurde dem Staat unterstellt, und zwar von der Schule bis zur Hochschule.

Wie schon dargelegt, waren während der Zeit der Ersten Republik die Hochschulprüfungen für akademische Berufe abgeschafft worden. Im Gegenzug hierzu wurden unter Napoleon die akademischen Grade wieder eingeführt, allerdings mit einer strengen zentralistischen Ausrichtung. Unter dem Gesichtspunkt der 'Egalité' und im Rahmen der gesamten Zentralisierung der Staatsverwaltung unter Napoleon wurden staatliche Prüfungen eingeführt, für die im ganzen Land einheitliche staatliche Prüfungsordnungen galten.

Die alten akademischen Grade wurden wieder eingeführt: 'Baccalauréat', 'Licence', 'Doctorat'. Die mit dem Studienabschluß verliehenen Grade wurden zu vom Staat garantierten Berufseingangsqualifikationen.²⁸

Diese Ausrichtung auf berufsqualifizierende Abschlüsse führte dazu, daß ein wesentliches Element der Universität, nämlich die theoretische Beschäftigung mit Fragen der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, nicht mehr im Vordergrund stand. Vielmehr bildete sich eine immer stärker berufsbezogene Lehre aus. Fächer, die hierfür nicht in Frage kamen, führten ein Schattendasein oder wurden abgeschafft. Indem der Staat in Prüfungsordnungen alle Einzelheiten regelte, regierte er tief in den inhaltlichen Bereich der Universitäten hinein. Zwar fand dies unter dem Gesichtspunkt der 'Egalité' statt, um Willkür, sachfremde Einflußnahme und zu geringe Leistungsanforderungen zu unterbinden; jedoch führte dies zugleich dazu, daß die Wissenschaften sich nicht mehr frei entfalten konnten. Damit ging auch das Interesse der Lehrpersonen an eigenständiger wissenschaftlicher Forschung zurück. Schließlich führte dieses System auch dazu, daß sich die einzelnen Universitäten in Frankreich nicht mehr individuell entwickelten und keine eigenen Schwerpunkte in Forschung und Lehre mehr bildeten, sondern alle nach dem gleichen, zentral gesteuerten Maßstab organisiert wurden. Diese

²⁸ Schriewer, J., a.a.O., S. 41.

Zentralisierung hatte eine fast vollständige Einschränkung der Autonomie der einzelnen Fakultäten eines Akademiebezirks und eine zunehmende Bürokratisierung zur Folge.

Das wesentlichste Strukturmerkmal, durch das sich die französischen Universitäten von den deutschen unterscheiden, ist jedoch in der Konstruktion der französischen Universität durch Napoleon als 'Université Impériale' (Gesetz vom 10. Mai 1808) zu sehen.²⁹

Während in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern in der damaligen Zeit einzelne Universitäten bestanden, die entweder individuelle alte Gründungen waren oder jeweils individuell neu gegründet wurden, stehen wir in Frankreich seit dem Dekret vom 17. März 1808 vor einer ganz anderen Situation: Napoleon faßte damals alle bestehenden Unterrichtsanstalten unter einem Dach zusammen, und zwar den Schulbereich und den Universitätsbereich. Damit wurde ein ehemals relativ freies und vielfältiges System neu organisiert und zu einer hierarchisch geordneten staatlichen Korporation zusammengeführt. Napoleon strebte damit ein einheitliches, leicht regierbares und nach bestimmten Grundsätzen ausgerichtetes Bildungssystem an. Er wollte so über ein Instrument verfügen, mit dem die Jugend im Sinne des Staates interessiert, geformt und von Einflüssen revolutionärer Theorien ferngehalten werden konnte.³⁰ Lehrer konnte nur werden, wer an den staatlichen Fakultäten ein Examen abgelegt hatte.

An der Spitze der Korporation stand ein von Napoleon ernannter und von ihm auch absetzbarer 'Grand Maître de l'Université'. Er vertrat die Korporation rechtlich nach innen und außen und hatte die Durchführung aller Bestimmungen an den Fakultäten im ganzen Land zu überwachen. Die Hochschulen

²⁹ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung bei Chevallier, P., u.a., a.a.O., S. 46 ff. und Curtius, E.R., a.a.O., S. 128.

³⁰ Gusdorf, G., L'Université en question, 1964, S. 72 und Schriewer, J., a.a.O., S. 44.

Lehrer wurden von ihm ernannt, und er erteilte auch die Diplome. Mit Beratungskompetenz stand ihm der 'Conseil de l'Université' zur Seite. Für das Hochschulpersonal galt eine hierarchische Ordnung mit zahlreichen Stufen.

Im Gegensatz zur Zeit des 'Ancien Régime' bestanden nun keine einzelnen autonomen Universitäten mehr, die jede für sich das Recht auf Selbstverwaltung hatten; vielmehr wurde die 'Université Impériale' in regionale Verwaltungsbezirke, die sog. Akademien aufgeteilt. Maßgebend hierbei waren geographische Grenzen, identisch mit Verwaltungsbezirken, die auch für den Schulbereich galten. An der Spitze eines solchen Verwaltungsbezirks, der 'Académie', stand ein Rektor³¹, der vom 'Grand Maître de l'Université' ernannt wurde. Diesem Rektor stand ein 'Conseil Académique' zur Seite.

Diese Akademie-Einteilung stellt eine Besonderheit des französischen Universitätswesens dar, deren Auswirkungen bis heute kaum überschätzt werden können. Im Bereich der jeweiligen Akademie wurde nicht etwa eine Universität mit der für Deutschland üblichen Struktur errichtet, sondern jeder Akademiebezirk wurde mit den klassischen Fakultäten ausgestattet, und zwar nach einheitlichem Muster. Die Zahl der Akademien schwankte in Frankreich; je nach Ausdehnung des Staatsgebiets waren es 1814 vierzig und um 1850 sechzehn³² Akademien. In jedem Akademiebezirk wurde ein Hauptort als Sitz der Fakultäten bestimmt. Um 1850 waren dies folgende: Aix-en-Provence, Besançon, Bordeaux, Caen, Clermont-Ferrand, Dijon, Grenoble, Lyon, Lille, Montpellier, Nancy, Paris, Poitiers, Rennes, Strasbourg, Toulouse.

Eine Akademie umfaßte in der Regel fünf Fakultäten: Theologie, Medizin, Jura, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften.

Anders als an den deutschen Universitäten bildeten die bestehenden Fakultäten eines Akademiebezirks als solche keine

31 Der Rektor beaufsichtigte den Volksschul-, Mittelschul- und Hochschulunterricht in seinem Bezirk, vgl. Curtius, E.R., a.a.O., S. 132.

32 Die sechzehn Akademien um 1854 gehen zudem auf eine zentralisierende Reform des Ministers Fortoul zurück.

Einheit, also keine eigene Universität. Vielmehr fehlt die koordinierende Ebene eines Senats, so daß die einzelnen Fakultäten völlig unverbunden nebeneinander existierten. An der Spitze der Fakultäten stand jeweils ein Dekan, über ihm nur noch der Rektor des jeweiligen Akademiebezirks.

Die drei Fakultäten Theologie, Jura und Medizin waren nicht forschungsorientiert; sie bildeten vielmehr nur anwendungsbezogen für die entsprechenden Berufe aus. Dies gab ihnen aber zugleich ihre wesentliche Existenzberechtigung. Demgegenüber kam den geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fakultäten nur eine marginale Bedeutung in der Lehre zu; Forschung wurde von diesen beiden Fakultäten so gut wie gar nicht betrieben. Sie umfaßten auch nicht die weite Palette von Disziplinen an vergleichbaren deutschen Universitäten, sondern nur diejenigen, die auch an den Gymnasien Unterrichtsfächer waren.

Dies liegt darin begründet, daß den beiden Fakultäten - im Gegensatz zu den theologischen, juristischen und medizinischen - keine Berufe entsprachen, für die sie hätten ausbilden können, zumal die Lehrer für die Lehrämter an Volksschulen und Gymnasien nur das Abitur als höchsten Ausbildungsabschluß nachweisen mußten. Eine Lehrerausbildung bestand insoweit an den beiden Fakultäten nicht. Vielmehr waren diese Fakultäten im wesentlichen nur Prüfungsausschüsse für das 'Baccalauréat' (Abiturprüfung), die 'Licence' und das 'Doctorat'. Dabei hielten diese beiden Fakultäten eine enge Verbindung zu den Gymnasien, da immer auch ein bis zwei Gymnasiallehrer des am Akademieort gelegenen Lyzeums Mitglieder des Prüfungsausschusses waren.³³ Diese Einheit ist dem deutschen Bildungssystem gänzlich unbekannt, während sie in England - in einem sonst anderen Bildungssystem - durchaus geläufig ist.³⁴

Die inhaltlichen Anforderungen für die 'Licence' in Geisteswissenschaften waren außergewöhnlich gering, so daß sich der

33 Schriewer, J., a.a.O., S. 49.

34 Gellert, C.; Vergleich des Studiums an englischen und deutschen Universitäten, 1983, S. 38 ff.

Unterricht an der geisteswissenschaftlichen Fakultät auch bis zur Reform zu Beginn der III. Republik nicht zu besonderen Lehr- und Forschungsleistungen aufschwung. Vielmehr führte diese Fakultät wissenschaftlich bis dahin ein Schattendasein. Dies drückte sich auch darin aus, daß so gut wie keine Studenten an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten in Frankreich studierten. Eine Ausnahme bildete nur Paris. Dieser Zustand änderte sich erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.³⁵ Entsprechend der geringen Bedeutung der geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fakultäten setzten sich diese damals in der Regel nur aus drei bis vier Personen zusammen.

Die Idee und Konzeption der französischen Universität stand damit in krassem Gegensatz zu der von Humboldt 1808 aus der Philosophie des Idealismus entwickelten Idee der Universität, die allein der Wahrheitssuche und der Einheit von Forschung und Lehre verpflichtet war.

Napoleon hatte damit dem alten Begriff der Universität einen vollkommen anderen Inhalt gegeben: Mit dem Begriff 'Université' war nun nicht mehr die Zusammenfassung der an einem Ort bestehenden Fakultäten zu einer Universität bezeichnet, sondern das gesamte Unterrichtswesen. Dies Verständnis von Universität hat sich in Frankreich in gewisser Weise bis heute erhalten, wenn auch seit 1896 daneben die einzelne Universität zugleich unter diesem Begriff zu verstehen ist, so daß das französische Wort 'Université' heute eine doppelte Bedeutung hat.

Das 'Baccalauréat littéraire' bzw. 'scientifique' war der Abschluß der Sekundarstudien (vergleichbar mit dem deutschen Abitur), aber auch zugleich erster akademischer Grad der 'facultés des lettres' bzw. 'des sciences'. Die Inhaber des 'Baccalauréat' hatten das Recht zum Weiterstudium an der Universität ohne Einschränkung. Diese Regelung gilt an den französischen Universitäten bis heute, während für die Auf-

³⁵ Vgl. Weisz, G., a.a.O.

nahme in die 'Grandes Ecoles' die bereits erwähnten Sonderbedingungen hinzukommen.

Gegen dieses von Napoleon konstruierte Universitätsmodell wurde während des 19. und auch noch in unserem Jahrhundert ein ständiger Reformkampf mit meist nur geringen Erfolgen geführt, trotz zum Teil grundlegender Gegenkonzepte.

6 Die Zeit von 1814 bis 1870

Zum historischen Verständnis sei nochmals daran erinnert, daß 1815 erneut das Haus Bourbon an die Macht kam, nach 1815 eine grundlegende Restauration einsetzte und im Gegenschlag des Pendels 1830 und 1848 Revolutionen stattfanden, wobei die von 1848 mit dem Sturz des Bürgerkönigs endete. Im Laufe dieser bewegten Zeiten war es vor allem der Blick einiger Professoren französischer Universitäten über die eigenen Grenzen auf das deutsche Universitätswesen, der die Kritik belebte. Konkreter Anlaß für eine ausgedehnte Diskussion war der von Cousin 1832 vorgelegte Bericht über das öffentliche Bildungswesen in einzelnen deutschen Staaten, vor allem in Preußen.³⁶

Anlaß für diesen Bericht war die herausragende Entwicklung des deutschen Universitätswesens zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Kritikpunkte waren nicht nur die oben genannten Beschränkungen des französischen Hochschulsystems durch die napoleonische Konstruktion, sondern auch die Tatsache, daß sich in Paris ein Zentrum des wissenschaftlichen Lebens entwickelte, gegenüber dem die Fakultäten in den übrigen Akademien weit abgeschlagen zurückblieben. Allerdings hatte sich die Vormachtstellung von Paris nicht so sehr aufgrund der Qualität der Sorbonne entwickelt, als vielmehr wegen der in Paris zu immer mehr Ansehen gelangenden 'Grandes Ecoles' und 'Grandes Etablissements Scientifiques'. Als erste prinzipielle Neuerung sollten die Universitäten von ihrem engen Berufsbezug weggeführt und wieder zu Zentren

³⁶ Vgl. Liard, L., L'Enseignement supérieure en France, t.II, 1894.

der Wissenschaft werden. Um dies zu erreichen und auch Mittel bereitstellen zu können, sollten es jedoch nur wenige sein. Mit dieser Beschränkung auf einige Zentren der Wissenschaft über Frankreich verteilt sollte auch eine Konkurrenzfähigkeit gegenüber Paris erreicht werden. Zugleich erhoffte man sich durch die Neubelebung der Universitäten an einzelnen Zentren eine Initialzündung für ein neues kulturelles und wirtschaftliches Leben in den Provinzen. Gegenüber der napoleonischen Zentralisierung sollte also das Konzept einer Dezentralisierung und einer Regionalisierung Vorrang genießen, um auf diese Weise aus dem Eigenleben und der eigenen Kraft solcher Zentren der Wissenschaft einen generellen Neuanfang nach dem Vorbild der einzelnen deutschen Universitäten zu erreichen.

Daß dieser so einleuchtende Reformansatz nicht realisiert werden konnte, lag in erster Linie daran, daß der napoleonische Zentralismus dem französischen Königshaus unverzichtbar erschien, um den Staat nach seinen Maximen zu regieren. Jedoch bildeten diese Reformgedanken - auch wenn sie politisch nicht realisiert werden konnten - eine wesentliche Grundlage für alle späteren Reformvorschläge bis hinein in die jüngst zurückliegende Reformdiskussion.

Zum besseren Verständnis muß hier noch ein Aspekt erörtert werden, der für die unterschiedliche Entwicklung des Hochschulwesens in Frankreich und Deutschland von großer Bedeutung ist. Frankreich bestand im vorigen Jahrhundert nicht aus vielen Einzelstaaten, sondern war ein Staat mit zentralistischer Verwaltungsstruktur. Paris bildete das absolute Zentrum des politischen und geistigen Lebens. Dieses Zentrum vereinigte auf sich schon seit jeher fast die Hälfte aller Studenten und Hochschuleinrichtungen, eine exzellente Infrastruktur an Bibliotheken und sonstigen Forschungseinrichtungen und schließlich die überwiegende Zahl der hochrenommierten 'Grandes Ecoles'. Auch heute noch leben in Paris und seinen angrenzenden neun 'Départements' ca. 21 % der französischen Bevölkerung.

Hält man dieser Situation die Landkarte der deutschen Kleinstaaten und Universitäten im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung entgegen und betrachtet man die Studentenzahlen an den Universitäten (vgl. die Tabellen auf S. 30 ff.), so wird deutlich, daß allein schon aufgrund dieser Unterschiede in Frankreich und Deutschland grundsätzlich verschiedene Voraussetzungen gegeben waren: In Frankreich Zentralität mit nur einem Magneten "Paris", im Gebiet der deutschen Staaten Dezentralisierung mit zahlreichen erstrangigen Universitäten (Bonn, Heidelberg, Göttingen, Berlin, München u.a.), die untereinander im Wettbewerb standen. Diese besondere Situation des zentralen Magneten Paris läßt den Ausgangspunkt der auf Regionalisierung abzielenden Reformvorstellungen verständlich werden.

Die Hauptvertreter der Reformdiskussion um 1850 strebten eine wirksame Regionalisierung durch die Konzentration der vorhandenen Fakultäten an einigen wenigen Orten in Frankreich an, mit dem Ziel einer Leistungssteigerung. Einigen anderen Reformern ging es demgegenüber um ein entgegengesetztes Konzept: Es sollte nicht nur wenige Zentren geben, sondern zahlreiche neue Universitäten über das Land verteilt. Hinter diesem Konzept stand aber nicht mehr so sehr ein regionalspezifisches Denken, als vielmehr die in Frankreich besonders hoch eingeschätzte Freiheit des Schul- und Hochschulwesens, mit dem Recht auf Gründung freier Schulen und Hochschulen und auf freien Zugang zu solchen Institutionen, ein Interesse, das vor allem die katholische Kirche³⁷ vertrat. Dieses Thema beschäftigte nicht nur das vergangene Jahrhundert, sondern spielt sogar bis zum heutigen Tag eine wesentliche Rolle; man denke nur an die jüngste Diskussion der Jahre 1983/84 und den erbitterten Widerstand gegen eine Abschneidung des Privatschulwesens, der 1984 sogar zur Rücknahme eines Gesetzentwurfs geführt hat.

³⁷ Vgl. die ausführliche Darstellung zum katholischen Bildungswesen in Frankreich von Zimmermann, M., L'enseignement catholique dans la situation globale de l'école en France, in: Grundfragen des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, 1982, S. 49 ff.

Tabelle 1: Studenten an deutschen Hochschulen ¹⁾ insgesamt von 1800 bis 1960

Jahr	Universitäten	Tech.Hochschulen	Insgesamt	Anteil d. Studenten auf 100.000 der Bevölkerung
1800	rd. 5 500	-	5 500	etwa 25
1825	11 842	-	11 842	etwa 45
1850	12 426	-	12 426	etwa 36
1878	16 624	5 449	22 273	etwa 40
1885	26 928	2 549	29 477	etwa 58
1900	33 688	11 072	46 760*	etwa 80
1910	52 804	10 589	66 093	etwa 100
1920	84 340	21 763	112 103	etwa 180
1930	99 577	22 032	128 609	etwa 195
1950	78 914	25 221	112 135	etwa 220
1960	154 678	46 099	205 000	etwa 370

* Ab 1895 enthalten die Gesamtzahlen auch die Studenten, die an Teilhochschulen (z.B. Regensburg, Neuendettelsau, Bamberg usw.) studierten.

Quelle: Anrich, E., Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten, 1960, S. 58 f. (Auszug)

1) Detailliertes Zahlenmaterial zu den deutschen Universitäten seit ihrer Gründung bis zum Jahr 1900 findet sich in der Monographie von Eulenburg, F., Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, 1904.

Berlin	Breslau	Göttingen	Greifswald	Halle	Jena	Kiel	Leipzig	München	Rostock
2 175	1 129	1 123	181	1 184	1 142	1 108	1 259	1 015	1 118

Quelle: Flaschendorfer, W., u.a., a.a.O., S. 75

Tabelle 2: Studenten an deutschen Universitäten im Studienjahr 1830/83

Jahr	Berlin	Bonn	Göttingen	Heidelberg	München	Tübingen	Freiburg	Aachen	Darmstadt	Stuttgart	München
1835	1 807	733	881	580	1 459	695	446	-	-	-	-
1850	1 448	912	746	522	1 924	791	348	-	-	-	-
1878	1 724	776	1 062	725	1 012	867	294	-	-	-	-
1890	5 000	1 409	944	932	3 495	1 172	856	-	-	-	-
1900	4 866	2 088	1 348	1 553	4 391	1 498	766	-	-	-	-
1910	7 399	3 257	2 352	2 413	6 890	1 937	2 084	-	-	-	-
1920	10 278	5 350	4 313	3 488	6 879	3 186	3 984	-	-	-	-
1930	14 260	6 777	4 403	3 960	8 780	3 773	4 205	-	-	-	-
1950	5 649	6 981	4 762	4 295	10 548	4 180	3 884	-	-	-	-
1960	12 000	10 298	7 568	8 671	17 890	9 008	9 569	-	-	-	-
(geschätzt)	12 000	10 298	7 568	8 671	17 890	9 008	9 569	-	-	-	-

Quelle: Anrich, E., a.a.O., S. 61 (Auszug)

Tabelle 4: Studenten an einzelnen französischen Universitäten in den Studienjahren 1875/76 bis 1967/68

Universitäten	1875-76	1900-01	1910-11	1920-21	1930-31	1950-51	1960-61	1967-68
Aix-Marseille	-	950	1 264	1 596	2 988	7 556	15 486	31 200
Angers*	-	252	239	266	571	933	2 217	4 581
Besançon	-	2 119	2 620	2 640	4 254	8 147	12 267	28 372
Bordeaux	-	803	794	1 055	1 828	3 083	6 357	11 019
Caen	-	299	278	467	1 077	2 108	4 731	12 276
Clermont-Ferrand	-	669	1 043	744	1 397	1 820	3 706	10 056
Orléans	-	566	1 272	2 737	3 197	4 199	10 007	21 753
Grenoble	-	1 209	1 893	1 475	3 746	6 382	11 503	25 795
Lille	-	-	-	-	-	-	-	3 239
Limoges*	-	2 458	3 091	3 409	4 965	7 865	13 315	32 908
Lyon	-	1 610	2 028	2 615	3 810	5 685	10 509	23 615
Montpellier	-	1 027	1 886	2 002	4 287	4 602	8 294	18 349
Nancy	-	-	-	-	-	-	-	11 469
Nantes*	-	-	-	-	-	-	-	9 214
Nice*	-	-	-	-	-	-	-	9 928
Orléans	-	12 381	17 326	21 232	31 886	58 958	77 796	153 782
Paris	-	1 028	1 314	1 238	2 107	4 127	6 843	9 949
Poitiers	-	-	-	-	-	-	-	6 560
Reims*	-	1 609	1 595	1 946	2 850	6 343	11 092	19 552
Rennes	-	-	-	-	-	-	-	7 190
Rouen*	-	-	-	-	3 255	5 069	8 479	21 038
Strasbourg	-	2 040	2 864	2 680	4 370	7 531	12 070	30 939
Toulouse	-	-	-	-	-	-	-	-
Frankreich insg.	11 204	29 029	39 907	48 517	76 590	134 408	214 672	509 898
Anteil Paris	46 %	42 %	43 %	44 %	42 %	44 %	36 %	30 %

* Gründungen nach 1960

Quelle: Schriewer, J., a.a.O., S. 561 (Auszug) und eigene Berechnung

1850 wurde ein Gesetz in Frankreich verabschiedet, das den Katholiken als den Hauptinteressenten eine besondere Stellung einräumte, indem ihnen weitgehende Mitbestimmung in allen Verwaltungsgremien des Unterrichtswesens und das Recht eingeräumt wurde, Einrichtungen des Primar- und Sekundarschulwesens zu gründen.³⁸ Mit diesem Gesetz wurde jedoch auch eine ganz grundsätzliche Änderung vorgenommen: Die 'Université'³⁹ als Gesamtkorporation wurde aufgelöst; sie verlor sämtliche unmittelbaren Sonderrechte, Privilegien und Selbstberatungsorgane und wurde in die Gesamtverwaltung des Staates eingegliedert.

In den späten 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts (Zweites Kaiserreich) wurde diese Diskussion um die Freiheit des Unterrichtswesens auch auf den Hochschulbereich ausgedehnt. Die staatlichen Grade blieben jedoch bestehen, obwohl es zahlreiche Vertreter gab, die für die Universitäten forderten, sie müßten selbst das Recht haben, Prüfungen abzunehmen, da andernfalls die Autonomie der Hochschulen nicht gewahrt sei. 1875 wurde ein Gesetz verabschiedet, das unter anderem die Errichtung privater Hochschuleinrichtungen zuließ.

Dieses Gesetz kam vor allem der katholischen Kirche zugute, die daraufhin katholische Fakultäten in Paris, Lille, Lyon, Angers und Toulouse errichtete. Aber schon 1880 wurden diese Freiräume teilweise wieder zurückgenommen, indem der Titel einer 'Université libre' nicht mehr geführt werden durfte. Prüfungen konnten nur noch von den Prüfungsausschüssen der staatlichen Fakultäten abgenommen werden. Auch der Lehrbetrieb, der zunächst eine gewisse Eigenentwicklung genommen hatte, mußte sich wieder den staatlichen Programmen und Vorschriften anpassen, eine Rechtssituation, die bis 1868 galt.

38 Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 66 f.

39 Der deutsche Begriff 'Universität' wird hier bewußt nicht verwendet, da es sich um die 'Université' Napoleons handelt.

7 Die Reformen der ersten Hälfte der Dritten Republik (1871 bis 1914)

Kennzeichen der französischen Fakultäten des 19. Jahrhunderts bis zur Dritten Republik war eine extrem enge Beziehung der Ausbildung zu speziellen Berufen. Wissenschaft im eigentlichen Sinn wurde vor allem am 'College de France' und am 'Muséum' betrieben; an der 'Ecole Normale Supérieure' begann man früher als an den Fakultäten mit seminarähnlichen Übungen. In der Diskussion wurde immer wieder das Konzept der deutschen Universität als Beispiel für ein besonders erfolgreiches System erörtert. In diesem Sinne legte der Erziehungsminister Duruy ein Konzept vor, nach dem wichtigste Aufgabe der Hochschule die Vermittlung wissenschaftlicher Methoden sei. Er gründete 1868 die 'Ecole pratique des Hautes Etudes' als eine wissenschaftliche Lehr- und Forschungsstätte. An ihr sollte vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs herangebildet werden. Mit dieser Gründung wurde eine Reformbewegung eingeleitet,⁴⁰ die sich später in den Reformen der Jahre 1885 und 1896 konkretisierte. Damals begann zugleich eine Neubelebung der Wissenschaft im öffentlichen Bewußtsein.⁴¹ Bei allen französischen Fakultäten wurde von Jules Ferry eine Umfrage über deren eigene Reformvorstellungen durchgeführt. Eine Gruppe von Fakultätsprofessoren mit Einfluß schloß sich unter der Bezeichnung 'Société pour l'étude de questions d'enseignement supérieure' zusammen. Louis Liard, neben Ferry einer der führenden Köpfe dieser Gesellschaft, wurde 1884 Leiter der Hochschulabteilung im Erziehungsministerium. Folgende Elemente wurden als unverzichtbar für eine Universitätsreform herausgestellt:⁴²

40 Vgl. zur Reform der frühen III. Republik die ausführliche Darstellung mit zahlreichen Literaturhinweisen von Weisz, G., a.a.O., Weisz und die neuere historische Forschung sehen in diesen Reformen der Zeit von 1863 bis 1914 die Entstehung der modernen Universität in Frankreich.

41 Weisz, G., a.a.O., S. 10.

42 Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 66 f.

- Die Universität muß sich als Ort der Wissenschaft verstehen, während eine einzelne isolierte Fakultät immer nur einen Teil des menschlichen Wissens umfaßt und zur Spezialisierung tendiert.

- Die Einzelwissenschaft bedarf, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen, des Dialogs mit den angrenzenden Wissenschaftsdisziplinen. Die Universität muß zugleich Stätte der Bildung sein.

- Die Universitäten müssen sich, über ihren Bildungsauftrag hinaus, auch als Stätte einer nationalen Erziehung verstehen.

- Universitäten sind außerdem Instrumente für eine konstruktive Dezentralisierung, indem sie in den einzelnen Provinzen zur Erneuerung des geistigen und kulturellen Klimas und auch zu wirtschaftlichem Aufschwung beitragen. Ihnen kommt damit eine wesentliche Rolle zu, die übermäßige Konzentration allen geistigen und wirtschaftlichen Lebens in Paris wenigstens teilweise auszugleichen.

- Die Universität ist mit ihrem Beitrag zur Erweiterung wissenschaftlicher Kenntnisse zugleich eine wesentliche Grundlage für Innovationen in der Wirtschaft. Ihr kommt somit eine entscheidende ökonomische Funktion in einer modernen Industriegesellschaft zu.

- Universitäten bedürfen, um ihre Aufgaben erfolgreich wahrnehmen zu können, einer guten Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Dabei müssen, um knappe Mittel effizient einzusetzen, Schwerpunkte gebildet werden.

Mit dieser Diskussion wurde seit längerer Zeit wieder grundsätzlich die "Idee der Universität" diskutiert und in konkrete Programmpunkte umgesetzt. Zu dieser Zeit bestanden in Frankreich 15 Akademiebezirke, d.h. 15 Gruppen von Fakultäten. Deren Weiterführung als künftige Universitäten er-

schießen den Reformern im Gegensatz zu stehen zu der Forderung nach wirklich effizient arbeitenden Universitäten. Um die erforderlichen Schwerpunkte bilden zu können und wissenschaftlich lebensfähige neue Universitäten mit der entsprechenden Ausstattung an Personal und Sachmitteln zu erreichen, hielt man eine Reduzierung der Zahl der Fakultätsgruppen für notwendig. So sprach sich Waddington 1876 in einem nach ihm benannten Plan für eine Neustrukturierung⁴³ aus, indem alle bestehenden Fakultäten zu nur sieben Gruppierungen zusammengefaßt werden sollten, die dann auch den Namen "Universität" führen sollten (Paris, Bordeaux, Montpellier, Lyon, Lille, Nancy, Rennes). Auf diese Weise hätte man sieben große Regionaluniversitäten erhalten. Dieses Modell wurde jedoch nicht realisiert. Vielmehr wurde mit der sodann folgenden Reform von 1885 in kleinen Schritten vorgegangen:

Es sollte bei den 15 bestehenden Akademien verbleiben, jedoch sollte den Fakultäten ein höheres Maß an Autonomie eingeräumt werden.⁴⁴ Darüberhinaus wurde angestrebt, die wissenschaftliche Kompetenz der Fakultäten nachhaltig zu verbessern. Diesem inhaltlichen Anliegen stand jedoch die alte Konstruktion der Fakultäten im Wege, die eigentlich Staatsanstalten waren, eingeengt durch die vom Staat inhaltlich festgelegten Studiengänge mit einheitlichen, staatlich geregelten Prüfungen. Eine Änderung wurde dadurch erreicht, daß die Fakultäten das Recht erhielten, im Rahmen vorgegebener Studienpläne selbst die Themen der Lehrveranstaltungen zu bestimmen, allerdings mit der Einschränkung, diese vom Ministerium alle zwei Jahre genehmigen lassen zu müssen. Außerdem erhielten die Fakultäten das Recht, eigene Abschlußgrade mit entsprechenden Studiengängen einzuführen, die allerdings nicht auf die üblichen akademischen Berufe vorbereiteten und deshalb im öffentlichen Leben keine Be-

43 Liard, L., a.a.O., S. 360; Schriewer, J., a.a.O., S. 71.
44 Interessant ist dabei, daß eine zu ausgeprägte Freiheit vom Staat nach deutschem Modell den Reformern nicht günstig erschien; vielmehr war ihnen eine innere Autonomie in Forschung und Lehre lebenswichtig.

rechtigungen verliehen.⁴⁵ Diese neuen Studiengänge wurden insbesondere für geisteswissenschaftliche Disziplinen eingeführt, so daß die philosophischen Fakultäten insoweit einen Aufschwung nahmen. Aber auch neue Studiengänge in Technik und Wirtschaftswissenschaften wurden aufgrund des steigenden gesellschaftlichen Bedarfs eingeführt.⁴⁶ Damit stiegen in dieser Zeit die Studentenzahlen sprunghaft an (1876: 11.000, 1914: 42.000 Studenten).⁴⁷

Neben den seit ca. 1850 üblich gewordenen populärwissenschaftlichen Vorlesungen für ein breites Publikum wurden nunmehr auch wieder Vorlesungen ausschließlich für eingeschriebene Studenten mit höherem wissenschaftlichen Anspruch angekündigt. Außerdem erhielten die philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten das Recht, nicht nur die 'Licence', sondern auch die 'Agrégation', die höchste Lehramtsprüfung, abzunehmen und auf diese Prüfungen entsprechend vorzubereiten. Dieses Recht hatte bis dahin nur die 'Ecole Normale Supérieure' in Paris, eine der berühmten 'Grandes Ecoles'.

1885 erhielten die Fakultäten in gewissem Umfang das Recht der finanziellen Selbstverwaltung und damit ein entscheidendes Stück Autonomie. Darüberhinaus wurde ihnen Rechtspersonenlichkeit verliehen, die es ihnen erlaubte, auch private Gelder und Schenkungen einzuwerben und diese Gelder ohne staatliche Mitsprache und Bürokratie für die Bedürfnisse von Forschung und Lehre zu verwenden. Es gab seither an den Fakultäten in Frankreich das übliche staatliche Budget und zusätzlich ein eigenes Budget. Über diese privaten Budgets konnten die Professoren entsprechend ihrer eigenen Initiative und ihrem wissenschaftlichen Interesse die ihnen notwendig erscheinenden Ausgaben finanzieren. Auf diese Weise entwickelten die einzelnen Fakultäten wieder ein eigenes Profil in der Forschung.

45 Schriewer, J., a.a.O., S. 72.
46 Weisz, G., a.a.O., S. 162 ff.
47 ebd. S. 225 ff.

Während also die Forschung in Frankreich auf diesem Weg von staatlichem Reglement befreit wurde und dadurch wieder aufzublühen begann, blieb der Bereich der Lehre nach wie vor staatlich reglementiert.

Mit der Reform von 1885 hatten die französischen Fakultäten also eine erhebliche Wandlung erfahren, die ihnen sowohl mehr Autonomie als auch günstigere Voraussetzungen für einen wissenschaftlichen Aufstieg eröffnete. Diese Struktur blieb von 1885 an bis 1968 in Geltung. Zwar hatte die Reform von 1885 ursprünglich das weitere Ziel gehabt, auch wieder autonomere Universitäten einzuführen und damit von der einheitlichen 'Université Impériale' wegzukommen. Dies Ziel konnte jedoch nicht erreicht werden, da es einen zu schroffen Bruch mit der französischen Tradition anstrebte. Außerdem fürchteten die starken Fakultäten ihrerseits, ihre Autonomie zu verlieren.⁴⁸ Über den Fakultäten standen - wie bisher - der Rektor des Akademiebezirks und seit 1885 zusätzlich ein Generalrat, der unter Leitung des Rektors des Akademiebezirks tagte. Aufgabe dieses Rates war die Überwachung des Lehrbetriebs der einzelnen Fakultäten, die Begutachtung der einzelnen Fakultätsbudgets bzw. Umwandlung von Lehrstühlen usw.⁴⁹ Die wesentliche Kompetenz lag jedoch bei den Fakultäten, da der Generalrat kein eigentliches Mitspracherecht hatte.

1890 wurde der Versuch gemacht, vollständige Universitäten zu errichten. Allerdings sollten nur dann Universitäten errichtet werden, wenn an einem Ort mindestens vier Fakultäten bestanden. Dies war nur in Paris, Bordeaux, Lille, Lyon, Montpellier, Nancy und Toulouse der Fall. Gegen dieses Konzept wandten sich alle jene Akademiebezirke, die über weniger Fakultäten verfügten.

1896 wurde schließlich eine mittlere Lösung verabschiedet, wonach die in einem Akademiebezirk bestehenden Fakultäten zu

⁴⁸ Weisz, G., a.a.O., S. 105 ff.

⁴⁹ Schriewer, J., a.a.O., S. 77.

einem 'Corps de Facultés' zusammengeschlossen wurden, verbunden mit der Verleihung der Rechtspersönlichkeit. Diese Körperschaft erhielt den Namen 'Université'. Damit waren diese neuen Institutionen aber weder unabhängige Korporationen wie zur Zeit des 'Ancien Régime', noch vollkommen der zentralen Staatsverwaltung eingegliederte Anstalten, wie zur Zeit des Zweiten Kaiserreichs, sondern öffentliche Anstalten mit dem Recht der Selbstverwaltung in bestimmten Bereichen.⁵⁰ Der Rektor dieses neuen Typs von Universität, vom Staatspräsidenten als Staatsbeamter ernannt, ist zugleich Leiter eines Akademiebezirks. Seine Kompetenzen erstrecken sich auf das gesamte öffentliche Unterrichtswesen in seinem Akademiebezirk, und zwar von der Primarschule bis zur Hochschule. Damit ist er zugleich Garant für die Einheit und den Zusammenhang des öffentlichen Unterrichtswesens.⁵¹

Mit dieser Reform zu Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich das französische Unterrichtswesen dem deutschen wieder etwas angenähert, auch wenn noch sehr grundsätzliche Unterschiede bestehen blieben: so die Figur des Akademierektors, den man mit dem Leiter einer staatlichen Mittelbehörde vergleichen könnte; der enge Zusammenhang zwischen Schule und Hochschule; die Fakultäten, die sich im Grunde noch immer nicht zu einzelnen individuellen Universitäten zusammenschließen konnten; die absolute Sonderstellung der 'Grandes Ecoles'; das immer noch staatlich reglementierte Prüfungswesen und schließlich das Berufungswesen auf zentraler Ebene, das sich vom deutschen Berufungswesen stark unterscheidet (vgl. den Exkurs unter Abschnitt 8). Vor allem blieb im Gegensatz zum deutschen Hochschulwesen das zentralisierte Verwaltungssystem bestehen und damit eine unflexible Uniformität, die der freien Entwicklung der Wissenschaft entgegenwirkte.

⁵⁰ ebd., S. 79.

⁵¹ ebd., S. 82.

8 Exkurs: Die Qualifizierung des akademischen Nachwuchses und das Berufungswesen

Die Vorstufe des Professors ist der 'Maître de conférence'⁵², ein Titel, der entweder das 'Doctorat' oder die 'Agrégation' voraussetzt. Während in Deutschland der Weg zum Professor nur über die Habilitation und damit über die fakultätsinterne Kooptation führt, bestanden in Frankreich hierfür je nach Fakultätszugehörigkeit eines Nachwuchswissenschaftlers verschiedene Wege. Die französische Universität kennt keinen Universitätsprofessor, sondern nur einen Professor einer Fakultät. Professoren konnten nur in der Fakultät ernannt werden, in der sie auch ihren Doktorgrad erworben haben, eine Regelung, die bereits auf das Jahr 1854 zurückgeht und seither unverändert blieb.

An den natur- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten entspricht der deutschen Habilitation das sogenannte 'Doctorat d'Etat'. Die "Doktoren" werden vom 'Comité consultative des Universités' - s.u. - auf eine Liste gesetzt (liste d'aptitude), die alle in Frankreich ernennbaren Kandidaten erfaßt und an die der Minister bei seinen Ernennungen gebunden ist.

In der juristischen und in der pharmazeutischen Fakultät ist der Doktorgrad, wie in der Medizin, nur gehobener Studienabschluß und besitzt bei weitem nicht den Stellenwert des natur- und geisteswissenschaftlichen Staatsdoktorats. Erst die juristische bzw. pharmazeutische 'Agrégation' entspricht in ihrem Schwierigkeitsgrad dem Staatsdoktorat der anderen Fakultäten; sie ist eine Wettbewerbsprüfung, die bei Bestehen zum Amt eines akademischen Dozenten berechtigt und abgelegt wird vor einem vom Minister ernannten, auf nationaler Ebene zusammengesetzten Prüfungsausschuß, dessen Mitglieder aus allen juristischen bzw. pharmazeutischen Fakultäten Frankreichs ausgewählt werden.⁵³ Die 'Agrégation' umfaßt die Begutachtung und Beurteilung aller Arbeiten, Titel und Lei-

⁵² ebd., S. 118.
⁵³ ebd., S. 119.

stungen des Kandidaten sowie mündliche und schriftliche Prüfungen. Die derart ausgewählten Bewerber werden nach erfolgreichem Bestehen als 'maîtres de conférence agrégés' vom Minister den verschiedenen Universitäten des Landes je nach Bedarf zugewiesen.⁵⁴

Da die Laufbahn zum Wissenschaftler jeweils fakultätsabhängig ist und eine Berufung in eine andere Fakultät als diejenige, aus der ein Wissenschaftler stammt, nicht möglich ist, besteht eine außergewöhnliche Starrheit des Systems. Insbesondere sind keine wissenschaftlichen Karrieren in angrenzenden Randgebieten, die schwerpunktmäßig in einer anderen Fakultät liegen, möglich, wie z.B. der Weg von der Medizin in die Naturwissenschaften bzw. umgekehrt.

Das Berufungswesen in Frankreich entsprach auch sonst im vorigen Jahrhundert nicht dem der deutschen Universitäten; dies gilt im wesentlichen heute noch. Für Berufungen und Beförderungen von Wissenschaftlern ist in Frankreich ein zentrales Gremium, das 'Comité consultative' zuständig, dessen Mitglieder auf nationaler Ebene vom Erziehungsminister bestellt werden. Dieses zentrale Gremium ist wiederum nach dem Muster der fünf Fakultäten in fünf Abteilungen ('divisions') aufgeteilt. Als zwischen Universitäten und Zentralverwaltung eingeschobenes Gremium soll es, der 'Egalité' verpflichtet, objektiv urteilen; es ist damit typisch für das französische Verwaltungssystem.

Dieses Gremium ist für alle Beförderungs- und Personalfragen der französischen Hochschullehrer zuständig. Grundlage sind für sämtliche Berufungen und Ernennungen die Vorschläge der betreffenden Fakultäten; das 'Comité' hat jedoch das Recht, auch eine eigene Präsentationsliste an das Ministerium einzureichen. Der Minister ist an die Listen gebunden, d.h. er muß einen Kandidaten auf einer der beiden Listen auswählen.

⁵⁴ ebd., S. 120.

9 Die Zeit zwischen 1918 und 1947⁵⁵

Vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur neu aufflammenden Reformdiskussion nach dem Zweiten Weltkrieg fanden zwei wesentliche Reformen statt: 1920 die Gründung besonderer "Institute" und die Änderung der Fakultätseinteilung sowie 1939 die Gründung des 'Centre national de la recherche scientifique' (C.N.R.S.). Mit der Gründung des C.N.R.S. sollte auf zentraler Ebene die Koordinierung und Förderung der bis dahin eher unbedeutenden Grundlagenforschung sichergestellt werden.⁵⁶ Sie ging aus dem Zusammenschluß und der Umwandlung bereits bestehender Einrichtungen hervor.

Die 1920 eröffnete Möglichkeit für die Fakultäten, Institute zu errichten, hatte zwei Zielrichtungen, zum einen eine Ausgrenzung eines bestimmten Forschungs- oder Lehrprogramms, zum anderen eine spezielle Ausrichtung auf bestimmte Praxisfelder. Die Institute blieben in der Regel Einrichtungen der Fakultät, außerdem war die Errichtung interdisziplinärer Institute möglich, die zugleich von mehreren Fakultäten gegründet werden konnten. Die Institute hatten das Recht, einen Verwaltungsrat zu bilden, dem auch Mitglieder von außerhalb der Universitäten angehören konnten, beispielsweise Vertreter der Wirtschaft und der Technik, um die entsprechende Verbindung zur Praxis herzustellen. Man wollte damit dem immer wichtiger werdenden Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie Rechnung tragen.

1947 wurden alle Institute, die von Universitäten bzw. Fakultäten im Rahmen der Ingenieurausbildung gegründet worden waren, in 'Ecoles Nationales Supérieures d'Ingenieurs (E.N.S.I.)' umbenannt. Hinsichtlich ihres Aufnahmeverfahrens und ihrer Struktur wurden sie den bestehenden 'Grandes

⁵⁵ Vgl. zu diesem Zeitabschnitt auch die Darstellung von Chevallier, P. u.a., a.a.O., S. 105 ff.

⁵⁶ Vgl. hierzu Bauer, E., Lichnerowicz, A., Monod, J., Rapport sur la recherche fondamentale et l'enseignement scientifique supérieures, in: Les Cahiers de la République, Jan., Febr. 1957, S. 81 ff., insb. S. 89 ff.

Ecoles' nachgebildet. Sie sind heute Konkurrenten der alten 'Grandes Ecoles'.

Schriewer kennzeichnet die Reformvorstellungen von 1920 folgendermaßen:⁵⁷

- Die Enge und Starrheit der Fakultäten und der gegenseitigen Abgrenzung ihrer Lehrgebiete wurde erkannt; daraus resultiert der Versuch, zu flexibleren Organisationsformen zu kommen.
- Die naturwissenschaftlichen Fakultäten ergreifen als erste die Initiative aus der Erkenntnis der neuen Erfordernisse.
- Die Universitäten versuchen, sich aus dem Elfenbeinturm der reinen Wissenschaften herauszubeben und den Kontakt mit der Außenwelt, insbesondere der Wirtschaft, anzubahnen.
- Schließlich wird aber auch die Förderung der gesamten kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung einer Provinz durch eine sie belebende Universität angestrebt.

Nicht endgültig eingelöst blieben jedoch immer noch folgende Forderungen: eine weitere Zurückdrängung des staatlich-zentralistischen Einflusses zugunsten von mehr Autonomie der einzelnen Universitäten, mehr Eigenständigkeit des Profils und mehr Wettbewerb in Forschung und Lehre. Mit diesen Forderungen wurde insofern ein empfindlicher Punkt getroffen, als die Inhalte der Lehre an den Universitäten immer noch fast ausschließlich von den Anforderungen des Sekundarschulwesens bestimmt wurden. Studiengänge, die letztlich auf neue Beschäftigungsbereiche oder auch auf neue Erkenntnisse in der Forschung ausgerichtet sind, fanden an den französischen Universitäten kaum Entwicklungsmöglichkeiten. In diesem Sinne wurde von den Reformern nach dem Ersten Weltkrieg eine vollständige Neugruppierung der wissenschaftlichen Disziplinen und ihre Neuverteilung auf die einzelnen Universitäten angestrebt.

⁵⁷ Schriewer, J., a.a.O., S. 88.

sitäten, je nach wirtschaftlichen Erfordernissen bzw. geographisch-historischen Gegebenheiten der betreffenden Region, gefordert.⁵⁸ In diesem Zusammenhang wurde schließlich die Abschaffung der herkömmlichen Fakultäten verlangt; an ihre Stelle sollten nur noch 'instituts de recherche' die Aufgaben im Zusammenwirken mehrerer Einzeldisziplinen in Lehre und Forschung organisieren und durchführen. Dieses Anliegen war von ausschlaggebender Bedeutung; es spielte auch in der jüngsten Reformdiskussion der 60er und 70er Jahre in Deutschland eine wesentliche Rolle.

Im Hinblick auf die knappen finanziellen Ressourcen des Staates wurde auch vorgeschlagen, nicht an allen Orten Universitäten mit vollem Fakultäten- und Fächerkranz fortzuführen, sondern Einschränkungen mit bestimmten Zentren für gewisse Schwerpunkte vorzunehmen.

10 Die Reformdiskussion von 1947 bis 1968

Während die ersten Jahre nach 1945 durch eine Reihe kleiner Reformvorschlüsse gekennzeichnet sind, wurden grundlegende Gedanken vor allem in den Reformkongressen von Caen 1956 und 1966⁵⁹ in die Diskussion eingeführt, die fortan alle weiteren Reforminitiativen und Maßnahmen wesentlich beeinflusst haben. Die Initiative von 1956 ging von Ministerpräsident Mendes-France und einer Gruppe hervorragender Wissenschaftler und Hochschullehrer aus. Dabei wurde vor allem festgestellt, daß die Forschung an den französischen Universitäten, aber auch an den übrigen Institutionen, nicht mehr mit der anderen Nationen Schritt gehalten habe. Es wurde klar herausgestellt, daß die Forschung die erste Quelle für die Entwicklung neuer Technologien und damit die Entwicklung des Reichtums in einem Land sei, und daß der technologische

⁵⁸ ebd., S. 92.
⁵⁹ Vgl. die Aufsätze von Mendes-France, P., Monod, J., Lichnerowicz, A., u.a., in: Revue de l'enseignement supérieure, 1966, Nr. 4, S. 47 ff.

Fortschritt nicht allein auf Ergebnissen angewandter Forschung beruhe, sondern auf einer breit angelegten Grundlagenforschung, die im wesentlichen an den Universitäten betrieben werden müsse. Dies schließe zwar reine Forschungsinstitute außerhalb der Universitäten nicht aus, die Universitäten verfügten jedoch mit ihrem inzwischen erreichten hohen Grad an Autonomie über die notwendige freie Forschungsatmosphäre, die für innovatives Denken Voraussetzung sei. Integraler Bestandteil einer solchen ständig weiterführenden innovativen Forschungsarbeit sei die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, seinerseits wiederum Garant für künftige hervorragende wissenschaftliche Leistung.

Am Maßstab der Investitionen für Forschung wurde in Frankreich gegenüber anderen Ländern ein großer Rückstand festgestellt. Entsprechende Defizite wurden auch auf dem Bereich der bewilligten Patente und Lizenzen, der Preise für Forscher usw. ermittelt. Als Hauptgrund für diese Situation wurde nicht nur die finanzielle Ausstattung genannt, sondern vor allem die Schwerfälligkeit und die mangelnde Funktionalität der Universitäten. Die Teilnehmer der Kongresse von Caen forderten eine grundsätzliche Neuordnung der Universitäten in ihrer Struktur, ihren Regeln der internen Abläufe, ihren Methoden und ihrer Pädagogik. Es wurde von dem Nobelpreisträger Monod gesagt, in Frankreich existiere im Grunde keine Universität, da diese der tatsächlichen Substanz, die eine Universität ausmache, ermangele. Insofern wird an der selben Stelle Kritik geübt, an der auch die Reform der III. Republik ansetzten (1889 bis 1896). Damals habe nur ein Etikettenwechsel stattgefunden, indem sich die Fakultäten eines Ortes Universität genannt hätten.

Das französische Hochschulwesen habe nur Lehrstühle und Fakultäten gekannt, ohne jedes Interesse für die Nachbarkultäten, im Grunde jedoch keine Departements und keine Universität.⁶⁰

⁶⁰ Gilson, E., L'Université et son recteur, in: Le Monde 20./21.7.1947.

Gegenüber den Fakultäten war die Kompetenz des Universitätsrates in der letzten Zeit immer weiter eingeeengt worden, so daß die Fakultäten jede für sich weitgehend autonom waren, abgesehen von der finanziellen Kompetenz, die nach wie vor beim Universitätsrat lag.

Die Fakultätseinteilung in Jura und Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften war seit 1808 bis 1968 gleichgeblieben. Pharmazeutische Fakultäten wurden 1920 durch Umwandlung der vier 'Ecoles Supérieures de Pharmacie' in Paris, Montpellier, Nancy und Strasbourg durch Eingliederung in die dortigen Universitäten zusätzlich geschaffen.⁶¹ In den übrigen Fällen wurde die Pharmazie den medizinischen Fakultäten zugeordnet. Diese starre Einteilung war einer der wesentlichsten Nachteile des französischen Universitätssystems, da auf neuere Entwicklungen der Wissenschaft nicht mit den entsprechenden neuen Strukturen geantwortet wurde.

Eine weitere Kritik der Reformkongresse von Caen richtet sich gegen die herkömmlichen Lehrstühle, deren Verteilung im Grunde überwiegend den alten überkommenen Disziplinen entsprach, da kaum neue Lehrstühle für neue Fächer errichtet worden waren. Insofern bestanden hauptsächlich Lehrstühle für die berufsbezogenen Fächer, nicht jedoch für forschungsintensive Gebiete, und auch nicht die an deutschen Universitäten vielfach vertretenen Lehrstühle für die sogenannten Orchideenfächer. Hieraus resultierte in Caen 1966 die Forderung, die Lehrstühle abzuschaffen und nur noch Departements einzurichten.

⁶¹ Vgl. Debeauvais, M., Filliozat, R., Lecerf, D., Garci, A., Admission to higher Education in relation to the French educational system, in: National Studies, Paris, UNESCO, 1965, S. 101 ff. Die Universität Strasbourg hat auch je eine Fakultät für Katholische und Evangelische Theologie.

Weitere Forderungen von Caen mit dem Ziel größerer Autonomie und stärkerer individueller Entwicklung und Vielfalt der einzelnen Universitäten waren:

- neue, effizientere Selbstverwaltungsstrukturen der Universitäten, wobei fünf verschiedene Modelle diskutiert wurden;⁶²
- Abkehr von dem staatlich eingesetzten Rektor; stattdessen ein von den Professoren oder vom Senat gewählter Universitätspräsident oder Rektor;
- Zulassung der Studenten durch eigene Aufnahmeverfahren der einzelnen Universitäten;
- Studienabschluß mit hochschuleigenen Prüfungen und Diplomen der einzelnen Universitäten statt der staatlichen nationalen Prüfungen und Diplome;
- stärkere eigene Finanzhoheit der Universitäten.

Außerdem wurde eine breite Diskussion um das Ausmaß der Spezialisierung der einzelnen Universitäten geführt. Dabei standen sich zwei Meinungen gegenüber: Die eine wollte die Universitäten generell für alle drei Studienzyklen spezialisieren, und zwar in drei verschiedene Typen: In 'Universités générales' (Philosophie, alle Rechts-, Geistes-, Natur- und Sozialwissenschaften); 'Universités médicales' mit 'Universités vétérinaires' (also alle 'Sciences de la vie'); 'Universités techniques' (alle angewandten Wissenschaften, einschließlich Landwirtschaft und Handel).

Die andere Meinung zielte darauf ab, eine solche Spezialisierung nur auf dem Niveau der Forschung bzw. auf dem Niveau des '3^e cycle' zuzulassen.

⁶² Vgl. hierzu die fünf Organogramme bei Schriever, a.a.O., S. 165-169.

Schließlich wurde angesichts des enormen Anstiegs der Studentenzahlen⁶³ diskutiert, ob man den Zugang zu den Universitäten nach wie vor offenhalten oder selektiv gestalten sollte. Hierbei muß man sich vor Augen führen, daß die Zahlen der Studenten in den Rechtswissenschaften und in der Medizin seit 1900 bis 1962 um den Faktor 4, in den geistes- und naturwissenschaftlichen Disziplinen jedoch um den Faktor 23 gestiegen waren.⁶⁴ Angesichts dieser Zunahme der Studenten wurde auch eine Diskussion über die Neuformulierung der Studiengänge geführt, bei der zwar prinzipiell die gewaltige Expansion bejaht und eine Demokratisierung des Bildungs- und Unterrichtswesens befürwortet, das Selbstverständnis der bisherigen Universitäten jedoch in Frage gestellt wurde. Damit fand in Frankreich am Vorabend der 68er Studentenrevolte - wie in fast allen westlichen Industrienationen - eine Grundsatzdebatte darüber statt, ob und wie sich die Universalität angesichts des Übergangs von der Ausbildung einer Minderheit zur Breitenausbildung inhaltlich und strukturell verändern müsse.

Eine seit 150 Jahren grundsätzliche Reform fand aber erst im Gefolge der Studentenrevolte des Mai 1968 statt.⁶⁵ Mit dem Rahmengesetz vom 12. November 1968 ('Loi d'Orientation') wurde die Napoleonische Struktur endgültig überwunden und eine umfassende Neuordnung des französischen Hochschulwesens - mit Ausnahme der 'Grandes Ecoles' - vorgenommen. Zugleich sollten mit diesem Gesetz die Hauptforderungen der Studenten, aber auch zahlreicher Hochschullehrer nach Autonomie, Multidisziplinarität, Mitbestimmung und Abschaffung der überalterten Lehrmethoden und hierarchischen Strukturen erfüllt werden, Forderungen, die in den Jahren 1968 ff. fast inhaltsgleich auch von den Studenten und vom Mittelbau in der Bundesrepublik Deutschland erhoben wurden.

63 Vgl. oben S. 32, Tab. 4.

64 Schriewer, J., a.a.O., S. 179.

65 Vgl. zur Geschichte und zu einigen Aspekten der Studentenbewegung des Mai 1968 Wiewiorka, M., Three Phases in the Emergence of a Student-based Social Movement in France, in: European Journal of Education, Vol. 19, No. 3, 1984, S. 327 (330), mit weiteren Nachweisen.

Die folgenden Kapitel stellen das französische Hochschulwesen und die grundlegenden Reformen seit 1968 systematisch dar, konzentriert auf die wesentlichen Problembereiche, deren Themen und Antworten in unseren beiden Ländern teils gleichlautend, teils aber auch sehr unterschiedlich sind.

II. Kapitel: Ausgangslage

Bevor auf die aktuellen Problemfelder eingegangen wird, erscheint es sinnvoll, zunächst den sowohl quantitativ als auch strukturell tiefgreifenden Wandel zu skizzieren, den die Hochschulsysteme Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren durchgemacht haben.

1 Quantitative Entwicklung des Hochschulbereichs in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich seit den 60er Jahren

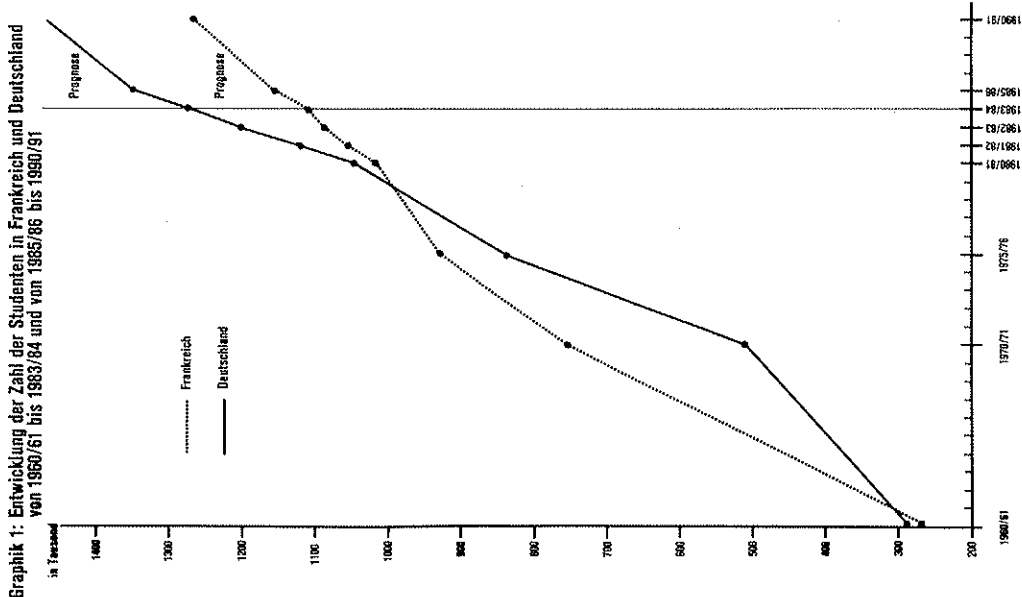
Die quantitative Entwicklung des Hochschulbereichs in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich in diesem Zeitraum ist durch eine starke Expansion in allen Sektoren gekennzeichnet.

Am augenfälligsten ist in beiden Ländern der massive Anstieg der Schüler- und Studentenzahlen, der eine Fülle von Problemen mit sich brachte. Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Frankreich hat sich in der relativ kurzen Zeitspanne von 1960 bis 1980 die absolute Zahl der Studenten etwa vervierfacht (vgl. Tab. 5).

Tabelle 5: Entwicklung der Zahl der Studenten in Frankreich und Deutschland von 1960/61 bis 1983/84 (in Tausend)

	1960/61	1970/71	1975/76	1980/81	1981/82	1982/83	1983/84
Frankreich 24,5 Mio	Universitäten	214,7	630,6	761,8	802,2	826,8	850,5
	I.U.T. ¹⁾	-	24,2	43,5	53,8	55,6	59,3
	Hochschulen insgesamt	266,7	745,9	911,6	984,8	1016,9	1050,0
							-
Deutschland 6,1 Mio	Universitäten	238,4	410,1	680,2	823,9	877,9	931,9
	Fachhochschulen	44,2	89,5	145,2	202,0	224,7	251,4
	Hochschulen insgesamt	291,1	510,5	840,8	1044,2	1121,6	1203,1
							1273,2

1) I.U.T. = Instituts universitaires de technologie
2) einschließlich C.P.G.E. und S.T.S. sowie Ingenieur- und Handelshochschulen
Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, Rapports et références statistiques sur les enseignements et la formation, 1984, S. 17 und Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1984/85, S. 1011.



Aus Tabelle 5 und Graphik 1 ist ersichtlich, daß in Frankreich der stärkste Zuwachs im Jahrzehnt zwischen 1960 und 1970 stattgefunden hat. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich eine vergleichbare Entwicklung mit einer zeitlichen Verzögerung von gut fünf Jahren vollzogen. Der größte Andrang zu den bundesdeutschen Hochschulen fand in der Zeit von 1970 bis 1975 statt, in der die Zahl der Studenten um fast 60 % gestiegen ist. Während sich in Frankreich gegenüber den raschen Steigerungen der Vorjahre etwa vom Jahre 1970 an eine verhaltene Zunahme der Studentenzahlen durchgesetzt hat, die sich in den letzten Jahren bei einem jährlichen Zuwachs von 1 bis 2 % eingependelt hat, ist bei uns nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz noch mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Studentenzahlen zu rechnen, der erst Anfang 1990 mit 1,4 bis 1,5 Millionen Studenten seinen voraussichtlichen Höhepunkt erreichen wird.⁶⁶

Die Entwicklung und Zunahme der Studentenzahlen verlief fächerspezifisch sehr unterschiedlich: den größten Zuwachs hatten zweifellos, auch insoweit zeigt sich ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, die geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten zu bewältigen (vgl. die nachfolgende Tabelle), die drohten, wegen Überfüllung gänzlich funktionsunfähig zu werden. Die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich sind teilweise auch auf die katastrophale Überfüllung dieser Fakultäten zurückzuführen.

66 Vgl. KMK: Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 1995, Dokumentation 80, April 1983, S. 15.

Tab. 6: Entwicklung der Studentenzahlen an den französischen Universitäten nach Disziplinen (1960/61 bis 1983/84)

	1960-61	1962-63	1966-67	1968-69	1971-72	1974-75	1977-78	1981-82	1983-84
Recht	36 251	50 318	99 664	131 251	105 381	124 593	131 659	138 628	136 034
Wirtschaftswissenschaften	66 814	93 032	157 477	200 758	246 735	241 809	254 677	273 200	291 151
Geisteswissenschaften	71 102	89 882	129 607	124 791	120 888	123 715	133 140	144 715	157 401
Naturwissenschaften	31 513	38 783	54 737	90 369	110 455	133 922	140 570	138 578	140 766
Medizin				7 501	9 566	10 902	12 470	11 351	11 067
Zahnmedizin									
Pharmazie	8 722	10 207	15 280	20 579	23 519	31 599	34 821	38 251	36 547
Pluri-disziplinäre 2)						8 354	16 639	22 421	29 477
Studiengänge									
Sport								7 232	7 813
L.u.L.									
Gesamt	214 402	282 722	458 409	586 466	646 867	773 629	837 776	889 520	931 943

1) Seit den 60er Jahren einschließlich der Lehrerbildung (12 900 Studenten)
 2) In vornehmlich Wirtschaftswissenschaften und angewandte Mathematik in den Sozialwissenschaften
 Quelle: Le Monde de l'Education - November 1984, S. 23.

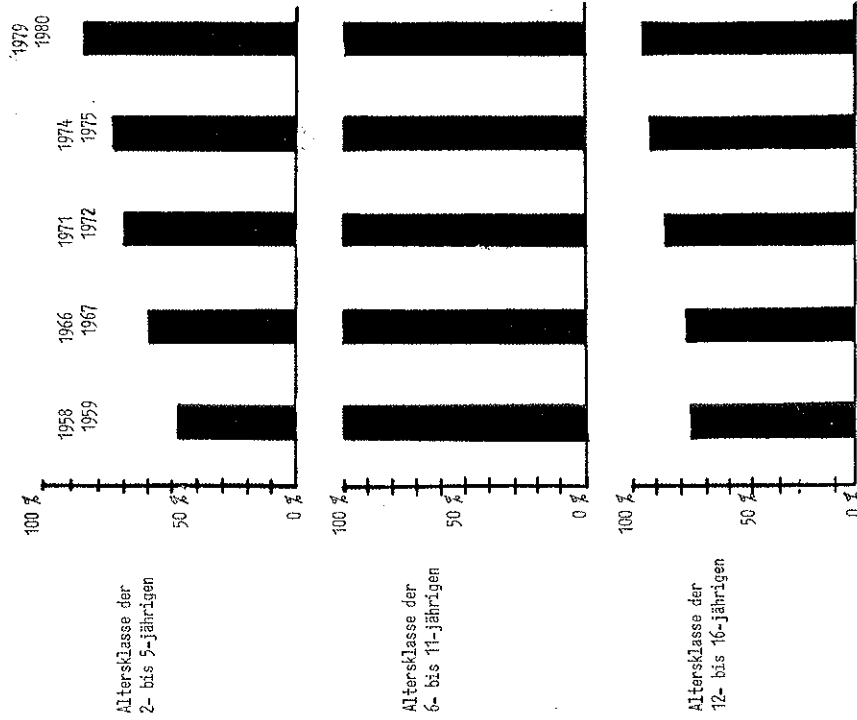
Ursächlich für diesen tiefgreifenden Wandel der von ihrer ursprünglichen Bestimmung her auf die Ausbildung einer schmalen Elite angelegten Hochschulen zu Massenuniversitäten ihres heutigen Zuschnitts ist in beiden Ländern ein ganzes Bündel von Faktoren.

Die Studentenflut ist einmal bedingt durch die demographische Wellenbewegung mit ihren starken und schwachen Geburtenjahrgängen. Der Bundesrepublik Deutschland wie Frankreich ist ein steiler Anstieg der Geburtenzahlen nach dem zweiten Weltkrieg gemeinsam, der in Frankreich allerdings bereits früher als bei uns einsetzte. Dort lag die Zahl der jährlichen lebend Geborenen bereits im Jahr 1953 bei ca. 800 000 und wuchs bis 1972 auf 880 000 an. Ab 1973 wurden deutlich weniger Geburten registriert, wenngleich der Rückgang nicht so dramatisch ausfiel wie in der Bundesrepublik, wo Jahrgangsstärken von ca. 1 Million in den Jahren zwischen 1960 und 1968 von geburtschwachen Jahrgängen mit nur noch rd. 600 000 Lebendgeborenen abgelöst wurden.

Nachdem in Frankreich die demographische Welle der geburtenreichen Jahrgänge der Nachkriegszeit Ende der 50er Jahre den Primarschulbereich und Anfang der 60er Jahre die Höheren Schulen überflutet hat, erreichte sie etwa im Jahre 1963 die Universitäten, die von ihr zwar nicht völlig überrascht, aber doch wenig vorbereitet mit voller Wucht getroffen wurden. Die Bedeutung des demographischen Faktors darf allerdings nicht überschätzt werden. Einen wesentlich stärkeren Einfluß hatte eine in beiden Ländern zu beobachtende Veränderung des Bildungsverhaltens, die sich in einer verstärkten Bildungsbeteiligung in allen Ausbildungsbereichen äußerte. In den nachfolgenden Graphiken 2A und 2B über die Entwicklung der Schul- und Universitätsbesuchsquoten nach Altersgruppen spiegelt sich dieser Prozeß ebenso deutlich wider wie in der Steigerung der Abiturientenzahlen. Waren es zu Beginn dieses Jahrhunderts nur etwa 1 % und nach Ende des Zweiten Weltkrieges nur 4,4 % eines Altersjahrgangs, die in Frankreich die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, so lag ihr Anteil 1960 bereits bei 11,4 % und stieg bis 1970 auf 20,1 %.⁶⁷ Heute beträgt dieser Anteil ca. 28 %, d.h. etwa jeder vierte Franzose erwirbt das Abitur, und es wird erwartet, daß dieser Anteil bis zum Jahr 1990 weiter bis auf 30 % ansteigen wird.⁶⁸ Besonders stark war der Zuwachs an Abiturienten in dem Jahrzehnt von 1960 bis 1970; in diesem Zeitraum hat sich ihre Zahl nahezu verdreifacht. Auch in den vergangenen zehn Jahren, als der Anstieg weniger steil verlief, hat sie nochmals um ein Viertel zugenommen (vgl. Graphik 3).

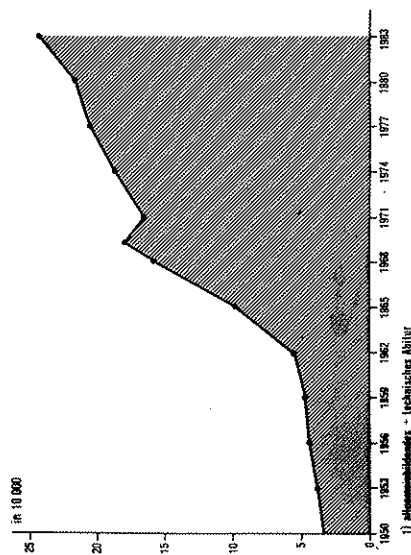
67 Vgl. Le Monde de l'Education, November 1983, S. 10.
68 Vgl. ebd.

Graphik 2 A: Schulbesuchsquoten und Altersklassen
Frankreich 1958/59 bis 1979/80



Quelle: Etudes et Rapports de la Commission du Bilan. La France en Mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. La Documentation Française. Dezember 1981, S. 128.

Graphik 3:
Entwicklung der Zahl der Abiturienten in Frankreich 1950 - 1983

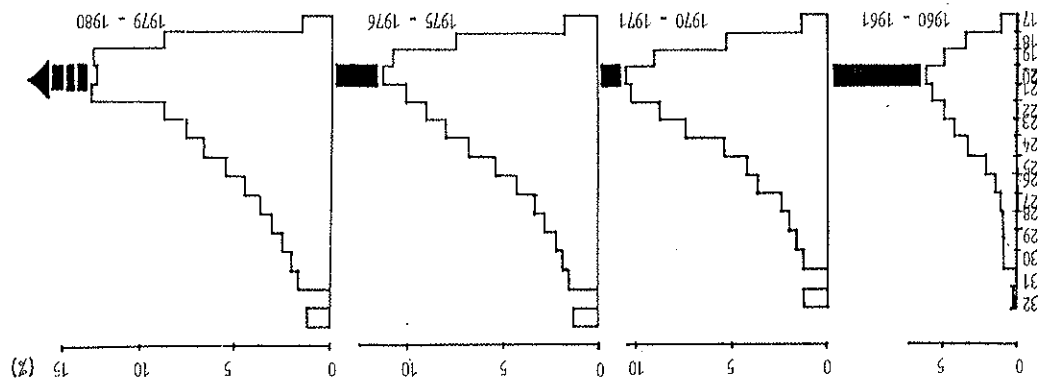


Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, Service de l'Informatique de gestion et des statistiques; note d'information n. 84 - 11.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist gekennzeichnet durch einen Anstieg der Studienberechtigten von ca. 8 % des Altersjahrgangs, die im Jahre 1960 die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, auf ca. 25 %, die heute die Hochschulreife erhalten. Die Kultusministerkonferenz erwartet einen neuerlichen Anstieg der Hochschulzugangsbeteiligungsquote auf 34 bis 38 %, der sich in einer weiteren Zunahme der Nachfrage nach Studienplätzen niederschlagen könnte.⁶⁹

Der für die Bundesrepublik Deutschland wie Frankreich festzustellende und (auch für die Zukunft) prognostizierte Trend zu einer verstärkten Bildungsnachfrage ist das Ergebnis einer in beiden Ländern langfristig betriebenen Politik der Öffnung des Sekundar- und Hochschulbereichs für breite Schichten der Bevölkerung. Ziel dieser Politik war zum einen die Mobilisierung aller Begabtenreserven zur Deckung des gestiegenen Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften infolge des wirtschaftlichen und technologischen Wandels. Diese

69 Vgl. KMK, ebd.



Graphik 28: Entwicklung der Quote der an Universitäten Studierenden nach Alter in % Frankreich 1960/61 bis 1979/80

Quelle: Etudes et Rapports de la Commission du Bilan. La France en Mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. La Documentation Française. Dezember 1981, S. 307.

ökonomischen Überlegungen waren begleitet von bildungspolitischen Bestrebungen der Demokratisierung des Bildungswesens, die in Frankreich bereits sehr frühzeitig zu Beginn der 60er Jahre einsetzten. Die Verwirklichung dieser Zielvorstellungen vollzog sich in einer Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, eines Defizits an qualifiziert ausgebildeten Führungskräften (Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern) und einer Anhebung des Lebensstandards, der es immer mehr Familien erlaubte, ihre Kinder an die weiterführenden Schulen und sodann an die Universitäten zu schicken.

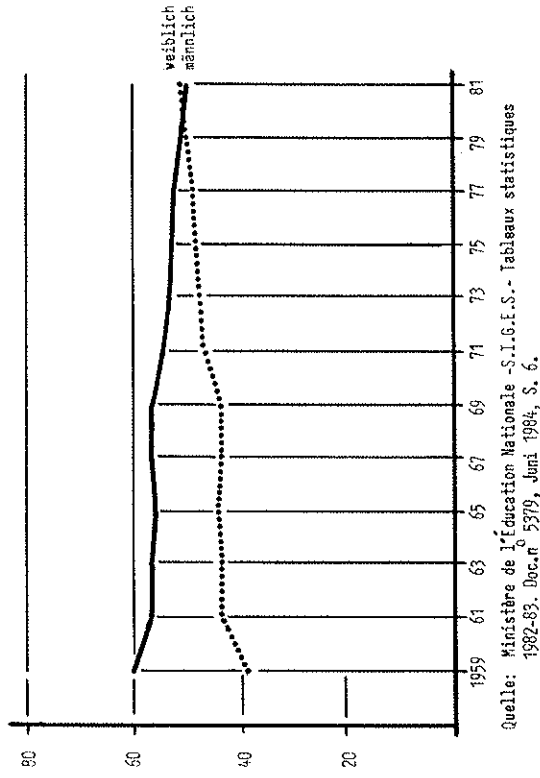
In der sozialen Realität ist Frankreich allerdings von dem dort mit noch größerer Einnütigkeit verfolgten bildungspolitischen Leitmotiv der 'démocratisation de l'enseignement' noch weit entfernt. Wenn es auch gelungen ist, den Anteil der Studenten aus den traditionell eher bildungsfernen Schichten der kleinen und mittleren Angestellten sowie der Arbeiter zu erhöhen, sind sie doch im Hochschulbereich nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.⁷⁰

In weit größerem Maße scheint das Prinzip der Gleichheit der Bildungschancen, was die Unterschiede der Geschlechter angeht, realisiert zu sein. Tatsächlich stellen die Frauen in Frankreich seit dem Studienjahr 1981/82 an den Universitäten die Mehrheit, wie schon seit längerem im Sekundarschulbereich. Derzeit beträgt der Anteil der Studentinnen 51,1 %. Die seit jeher deutlich bessere Bildungssituation der weiblichen Studierenden in Frankreich gegenüber der in der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich auch aus der Gegenüberstellung der Graphiken 4A und 4B.

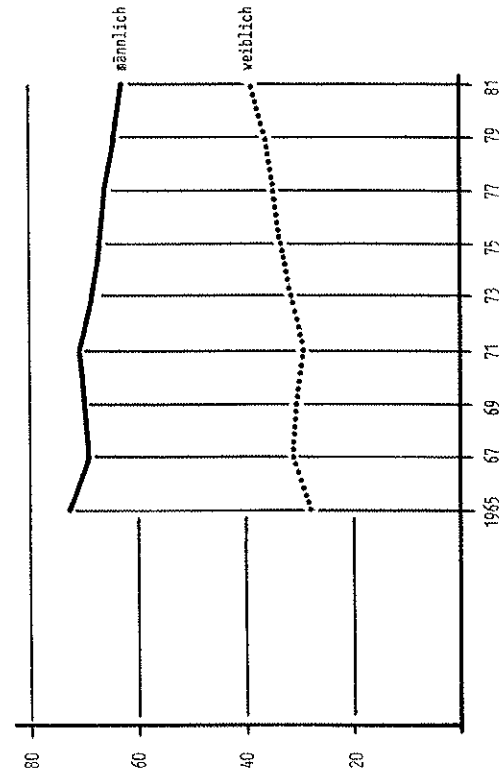
Einschränkend muß allerdings festgestellt werden, daß der Anteil der Studentinnen auch in Frankreich in den einzelnen Disziplinen stark variiert: Besonders hoch ist er in den Geisteswissenschaften mit rund 76 %, in Pharmazie mit

⁷⁰ Vgl. hierzu Kap. IV, S. 160 ff.

Graphik 4A: Entwicklung der Zahl der Studenten nach Geschlechtern (in v.H.):
Frankreich von 1959/60 bis 1981/82

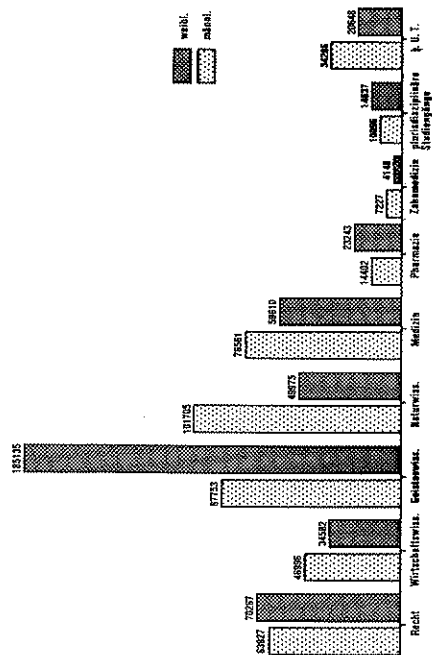


Graphik 4B: Entwicklung der Zahl der Studenten nach Geschlechtern (in v.H.):
Deutschland von 1965/66 bis 1981/82



61,7 %, in Recht und Gesellschaftswissenschaften mit 47 % und in Medizin mit 43 %. In den reinen Naturwissenschaften und an den 'Instituts universitaires de Technologie' sind nur noch ein Drittel der Studentinnen Frauen. Die Gründe hierfür dürften wie bei uns auch in überholten Vorstellungen über Eignung und Fähigkeit von Frauen zum Studium von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern liegen.

Graphik 5:
Studentenzahlen nach Disziplinen und Geschlecht (1982-83)



Quelle: Ministère de l'Éducation Nationale - S.I.G.E.S. - Tableaux statistiques 1982-83. Doc. n° 5379, Juni 1984, S. 6.

Graphik 6: Anteil der Studentinnen an Universitäten in ausgewählten Disziplinen Frankreich 1971/72 bis 1979/80



Quelle: Études et Rapports de la Commission du Bilan. La France en Mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. La Documentation Française. Décembre 1981, S. 310.

2 Hochschulausbau und personelle Entwicklung in Deutschland und in Frankreich

2.1 Räumlicher Ausbau

Proportional zum Wachstum der Studentenzahlen erfolgte unter sehr günstigen finanziellen Rahmenbedingungen ein in der Geschichte des deutschen Hochschulwesens bisher einmaliger räumlicher und personeller Ausbau der Universitäten.

Um die ständig gestiegene Nachfrage nach einer Hochschulausbildung befriedigen zu können, wurden zum einen die bestehenden Hochschulen durch Erweiterung der vorhandenen oder Einrichtung von neuen Studiengängen vergrößert; zum anderen wurden in einem Zeitraum von nicht mehr als zwanzig Jahren 23 neue Universitäten und Gesamthochschulen errichtet, in vielen Fällen unter Einbeziehung bereits bestehender pädagogischer Hochschulen und Fachhochschulen.⁷¹ Mit den Hochschuleineuerungen waren in erster Linie bildungspolitische, aber auch regionalpolitische Zielsetzungen verbunden. Aus hochschulplanerischer und bildungspolitischer Sicht sollten für die steigende Nachfrage nach Studienplätzen ausreichende Ausbildungskapazitäten geschaffen und die Bildungsbeteiligung in traditionell hochschulfernen Regionen erhöht werden. Aus regionalpolitischer Sicht sollten die Infrastruktur und das Arbeitsplatzangebot in den hochschulfernen Regionen verbessert werden.⁷²

Frankreich, das die schwierige Phase der außergewöhnlich hohen Studentenzahlen bereits Mitte der 60er Jahre zu bewältigen hatte, reagierte auf den Massenandrang an seine Universitäten ebenfalls mit einem enormen Ausbau des Hochschulnetzes. In einigen Fällen geschah der Ausbau gerade noch

71 Vgl. Stellungnahme des Wissenschaftsrats vom 4. Juli 1980 zum Ausbaustand und zu den Entwicklungsbedingungen neuer Hochschulen, S. 55.

72 Vgl. Wissenschaftsrat, a.a.O., S. 8 und 9.

rechtzeitig, um die hoffnungslos überfüllten geisteswissenschaftlichen Fakultäten, allen voran die Pariser Sorbonne, vor dem drohenden Kollaps zu retten. Auch in Frankreich wurde mit Nachdruck das bildungsplanerische Konzept der Universitätsneuerungen in den Regionen verfolgt, insbesondere um die Hauptstadt Paris von ihren total überfüllten Hochschuleinrichtungen zu entlasten, aber auch in der Absicht, durch eine gleichmäßigere Verteilung der tertiären Bildungseinrichtungen über das ganze Land diejenigen Bevölkerungsschichten für ein Studium zu gewinnen, die bisher der Bildung ferner standen.

Die nachfolgenden Zahlen belegen eindrucksvoll die großen Anstrengungen, die der französische Staat beim räumlichen Aus- und Neubau seiner Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen hat. Frankreich besaß im Jahr 1945 insgesamt 16 Universitäten, heute sind es 77, d.h. innerhalb von 40 Jahren hat sich ihre Zahl beinahe verfünffacht.

Freilich galt es auch, einen erheblichen Nachholbedarf zu befriedigen, da während des Ersten Weltkrieges und vor allem in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen kaum Ausbau- oder Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Die expansivste Phase war die der Jahre zwischen 1960 und 1970; sie ist geprägt von Universitätsneuerungen in den Regionen - allein in den Jahren von 1961 bis 1968 sind sieben regionale Universitäten in Amiens, Limoges, Nantes, Orléans, Nizza, Reims und Rouen entstanden - sowie von der Einrichtung zahlreicher 'Collèges universitaires' in der Provinz. Deren Ausbildungsauftrag war zunächst auf die Durchführung des propädeutischen Jahres bzw. nach 1966 des zweijährigen Grundstudiums mit berufsqualifizierendem Abschluß (premier cycle) beschränkt, wurde aber später aus bildungspolitisch nicht immer einsichtigen Gründen auf das Hauptstudium und häufig sogar auf das Promotionsstudium ausgedehnt.

Zwei Drittel aller im Jahre 1967 in Benutzung befindlichen Universitätsbauten waren in den Jahren seit 1961 neu errichtet worden. Allein im Jahre 1966 wurden Neubauten mit einer Gesamtzfläche von 440 000 qm errichtet; dies entspricht

nahezu der Hälfte des gesamten Flächenbestandes aller französischen Universitäten im Jahre 1961 (950.000 qm).⁷³

Besonders die Errichtung der 'Collèges universitaires', als regionale Infrastrukturinvestitionen gedacht, war ein wichtiger Beitrag zur Dezentralisierung und Stärkung der Regionen in Frankreich. Auf diese Weise ist es einigen kleinen Provinzuniversitäten gelungen, unter Berücksichtigung der regionalspezifischen ökonomischen Gegebenheiten und in enger Abstimmung mit den potentiellen Arbeitgebern der Region ein attraktives Studienangebot zu entwickeln. Durch Vereinbarungen zwischen den Universitäten und den Arbeitgebern wurden speziell auf das regionale Arbeitsplatzangebot zugeschnittene Studiengänge mit lokalen Studienabschlüssen konzipiert, die zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen in der Region beitragen und der Abwanderung von potentiellen hochqualifizierten Arbeitskräften nach Paris entgegenwirken sollen.⁷⁴

Trotz dieser positiven Ansätze zur Stärkung der Regionalfunktion der Universitäten hat sich an dem Grundübel, daß Paris seit jeher wie ein Magnet ein Drittel aller und mehr als die Hälfte der besonders qualifizierten Studenten anzieht, die entweder an die überwiegend in Paris ansässigen Eliteschulen gehen oder an den Universitäten ein Aufbau- oder Promotionsstudium aufnehmen, nichts geändert. 45 % aller Studenten, die sich im dritten, der Einführung in die Forschung vorbehaltenen Studienabschnitt befinden, studieren in Paris. Das erdrückende Übergewicht der 13 Pariser Universitäten (mit ihren rd. 300.000 Studenten) gegenüber den Provinzuniversitäten geht recht anschaulich aus den Graphiken 7A und B hervor, in denen die Hochschulstreuung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich verglei-

73 Vgl. Schriever, J., Die französischen Universitäten 1954 bis 1968, S. 404.

74 Gegenwärtig werden in ganz Frankreich bereits 34 solcher lokaler Studienabschlüsse angeboten.

chend dargestellt ist. Allerdings geht der Anteil der Studenten in der Region Paris seit einigen Jahren zurück, von 34,2 % (1979) über 32 % (1981/82) auf derzeit 31,4 %.⁷⁵

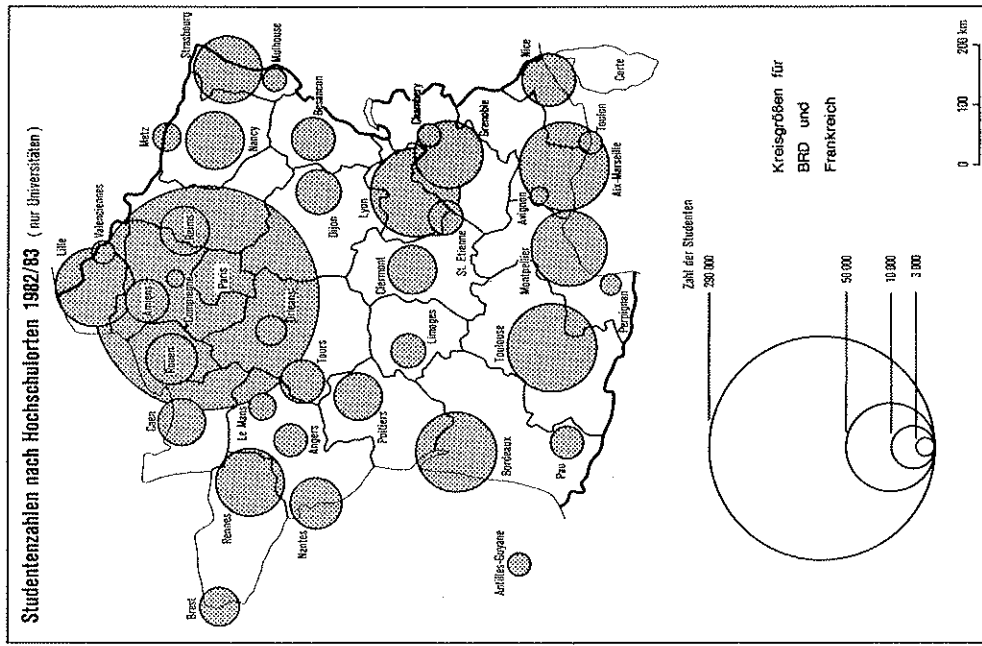
Mit eine Ursache für die extrem hohen Studentenzahlen der Hauptstadt Paris ist auch der hohe Ausländeranteil an den Pariser Universitäten (47,1 % aller ausländischen Studenten studieren in Paris). In der Provinz sind die von Ausländern bevorzugten Städte Lyon und Aix-Marseille, nach Paris die beiden größten Universitäten des Landes, mit einem Studentenanteil von 6,2 % bzw. 5,5 % an der Gesamtheit aller Studenten, dicht gefolgt von Toulouse und Bordeaux.

Die meisten Studenten rekrutieren die Universitäten Paris VI und Paris VII mit 31.400 und 31.500 Studenten vor Paris V mit 31.000 und Paris I mit 29.000 Studenten.⁷⁶ Aber auch bei diesen Universitäten ist eine Stabilisierung, eher sogar ein leichter Rückgang der Studentenzahlen zugunsten derjenigen Universitäten festzustellen, die sich im engeren Umfeld von Paris befinden, ein erstes Anzeichen dafür, daß die in den 60er Jahren begonnene Dezentralisierungspolitik in Frankreich auch im Hochschulbereich Früchte zu tragen beginnt. Fächerspezifisch sind die Studenten der Geistes- und Wirtschaftswissenschaften mit 43 bzw. 36,5 % in der Region Paris überproportional vertreten, während die Studenten der 'Instituts universitaires de Technologie' (I.U.T.) mit 14,2 % der insgesamt in Frankreich eingeschriebenen Studenten in der Metropole vergleichsweise unterrepräsentiert sind. In den Disziplinen Medizin, Recht und Naturwissenschaften studiert etwa ein Drittel der französischen Studenten in Paris. Da rund 60 % der französischen Studenten an ihrem Heimatwohrtort studieren, ist der Schluß zulässig, daß dem Motiv "Nähe zum Heimatwohrtort" bei der Wahl der Hoch-

75 Vgl. Ministère de l'Education nationale, S.I.G.E.S. Tableaux statistiques 1982-1983. Doc. N° 5379, Juni 1984, S. 12.

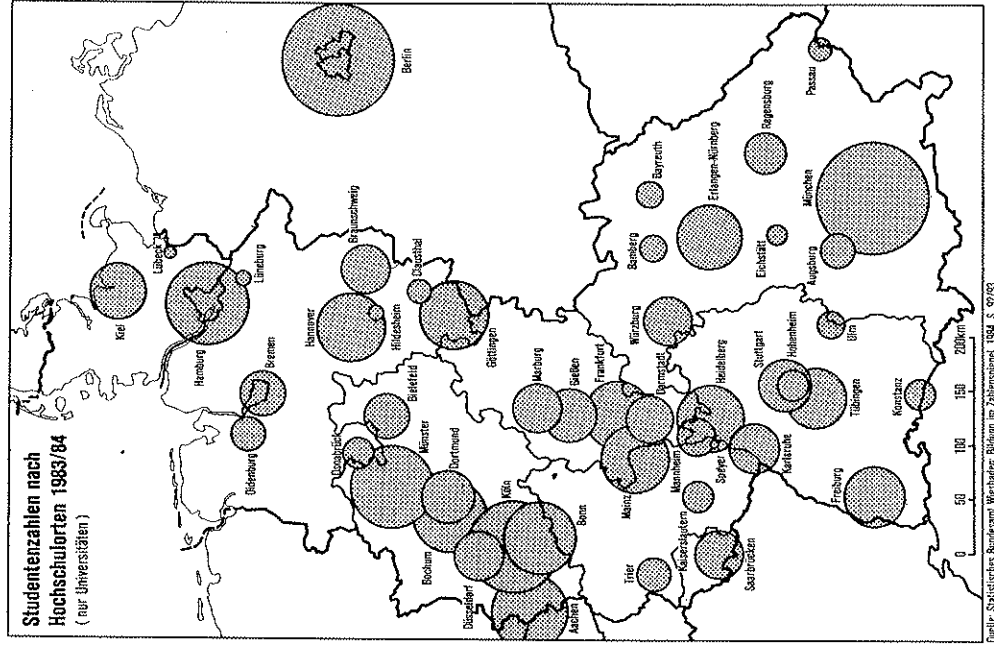
76 Jeweils bezogen auf das Studienjahr 1982/83. Vgl. Ministère de l'Education nationale, S.I.G.E.S. In: Repères et références statistiques sur les enseignements et la formation. Edition 1984, S. 15.

Graphik 7 A:



Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, S.I.G.I.S., Tableaux statistiques, 1982-1983, Doc.n° 5379, Juni 1984, S. 10.

Graphik 7 B:



schule eine große Bedeutung zukommt und damit die Konzentration der Studenten auf die Hauptstadt auch eine Funktion von deren Größe und der Qualifikationsstruktur einer metropolitanen Bevölkerung ist. Besonders hoch ist der Anteil der Studenten, deren Studienort gleichzeitig Wohnsitz der Eltern ist, in Korsika (97 %), Rouen (89 %), Nantes (85 %) und Lille (84 %).

2.2 Personeller Ausbau

Parallel zum räumlichen Ausbau ist in Deutschland wie Frankreich der personelle Sektor gestärkt worden, um der steigenden Flut der Studentenzahlen Herr zu werden.

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal zwischen 1960 und 1974 von 19.000 auf 78.000 vervierfacht, die für nichtwissenschaftliches Personal von 43.000 auf 125.000 knapp verdreifacht. Wie günstig in den 60er Jahren die Personalausstattung an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland war, läßt sich daraus ermesen, daß der Stellenbestand damals schneller stieg als die Zahl der Studienanfänger.⁷⁷

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre setzte dann nach den Jahren des ungehinderten Wachstums als Folge einer allgemeinen wirtschaftlichen Rezession, diktiert von einer schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte, eine Phase der Stagnation und des Rückgangs der staatlichen Ausgaben ein, die im Hochschulbereich mit drastischen Einsparungs- und Kürzungsmaßnahmen, wie Stellenstreichung oder Baustopp für neue Ausbauprojekte, gekoppelt war. Aufgrund der realen Budgetkürzungen hat von 1975 an die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal nur mehr um knapp 2 % zugenommen, wenn man die Kliniken ausklammert, hat sie sogar um 1 % abgenommen.

⁷⁷ Vgl. Wissenschaftsrat, Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre, S. 79.

men, während die Studienanfängerzahlen weiter (um 30 %) gestiegen sind. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft sind die realen Ausgaben pro Student von 13.400 im Jahr 1970 auf 7.800 im Jahr 1980 abgesunken.⁷⁸

Die gegenwärtige Situation ist in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet durch eine demographisch bedingte Entlastung des Schulbereichs und eine außergewöhnliche Belastung des Hochschulbereichs, die sich in den nächsten Jahren mit der erwarteten weiteren Zunahme der Studentenzahlen noch verstärken wird. Um auch diesen Studenten zufriedenstellende Studienmöglichkeiten anbieten zu können, werden den Universitäten und Fachhochschulen Überlastmittel in einem begrenzten Umfang und für einen vorübergehenden Zeitraum zugewiesen.

In Frankreich ist der Lehrkörper der Universitäten von ca. 10.000 im Jahre 1960/61 auf 26.000 im Jahr 1967/68 und 40.000 im Jahr 1973/74 angewachsen. Wenngleich der Stellenbestand für alle Personalkategorien angehoben wurde, vollzog sich die größte Stellenmehrung doch im Bereich der wissenschaftlichen Assistenten, deren Stellen zwischen 1960 und 1967/68 von 3.500 auf 12.500 sprunghaft angestiegen sind. Die Erklärung für dieses Phänomen liegt in der außerordentlichen Situation, in der sich die französischen Universitäten damals aufgrund der überhasteten Durchsetzung der sog. Fouchet-Reform befanden, die mit Beginn des akademischen Jahres 1967/68 wirksam werden sollte. Diese nach dem seinerzeitigen Generalsekretär im Erziehungsministerium, Christian Fouchet, benannte Reform sah für die meisten Disziplinen neue Studienprogramme und eine stärkere Einbeziehung von praktischen Übungen in kleinen Gruppen von nicht mehr als 20 bis 40 Studenten in den Lehrbetrieb vor, ohne daß hierfür entsprechende Curricula entwickelt worden wären oder ausreichend Personal zur Verfügung gestanden hätte. Der eklatante

⁷⁸ Vgl. Stellungnahme des 140. Plenums der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 4./5. Juli 1983: Sparpolitik und Überlast - zur Leistungsfähigkeit der Hochschulen unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, S. 2.

Mangel an Lehrkräften zur Durchführung der praktischen Übungen stürzte den Lehrkörper an den französischen Universitäten in totale Ratlosigkeit und Verwirrung. Die Vorgänge, die sich im Mai/Juni 1968 von den Universitäten ausgehend in ganz Frankreich abspielten, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser grundlegenden Erfahrung der Rat- und Machtlosigkeit der Hochschullehrer gegenüber den Studenten und ihrem dadurch bedingten Autoritätsschwund. Vor diesem Hintergrund wurden - nicht weniger überhastet als die gesamte Reform - eine hohe Zahl von neuen Assistentenstellen geschaffen, die größtenteils nicht mit promovierten Universitätsabsolventen - in einzelnen Fällen genügte sogar die Licence⁷⁹ als Einstellungsvoraussetzung - besetzt wurden.

Die seinerzeitige Aufblähung des Personalapparates auf der untersten Ebene der Assistenten, deren wissenschaftliche Qualifikation häufig zu Wünschen übrig ließ, wird vielfach als mit ursächlich für die derzeitige Krise der Universitäten in Frankreich bezeichnet.⁸⁰

Seit Mitte der 70er Jahre hat sich der Stellenbestand des wissenschaftlichen Personals nur noch wenig erhöht (vgl. hierzu die nachfolgende Tabelle 7, in der die Veränderungen im Bestand des wissenschaftlichen Personals an den Uni-

⁷⁹ Abschluß des ersten Studienjahres der zweiten Studienstufe.
⁸⁰ Vgl. u.a. Debbasch, Ch.: L'université désorientée. Autopsie d'une mutation, 1971, S. 17 sowie Schwartz, L., in: Etudes et Rapports de la Commission du Bilan, La France en mai 1981, L'enseignement et le développement scientifique, S. 246, der feststellt, daß etwa 50 % der anläßlich dieses Rekrutierungs-Booms angestellten Absolventen weder den staatlichen Dokortitel (Doctorat d'Etat) noch den akademischen Dokortitel (Doctorat de 3ème cycle) erworben haben und wohl auch nicht erlangen werden.

versitäten insgesamt sowie der drei bzw. früher vier Hauptgruppen (Professeurs, Maitres conférences, Maitres assistants, Assistants) in der Zeit von 1960/61 bis 1980/81 dargestellt werden). Der Personalbestand hat sich in den einzelnen Disziplinen sehr unterschiedlich und keineswegs immer parallel zur Zahl der Studenten entwickelt, so daß die Personalausstattung und die Lehrbelastung in den einzelnen Fächergruppen unter Umständen erheblich voneinander abweichen können.

Tabelle 8 (Zahl der Studenten nach Disziplinen und Personalausstattung in den entsprechenden Fächergruppen) vermittelt einen Eindruck von den studienfachspezifischen Schwierigkeiten, den Lehraufgaben gerecht zu werden, so beispielsweise im Fach "Rechtswissenschaften", wo die Zahl der Professorenstellen zwischen 1977 und 1981 gesunken, die der Studenten dagegen gestiegen ist.

Betrachtet man die Relation zwischen der Zahl der Studenten und der Stellen für wissenschaftliches Personal in den ein-

⁸¹ Die Struktur des Lehrkörpers an den Universitäten wurde - mit Ausnahme des Lehrpersonals an den medizinischen Fakultäten - 1978 und 1979 grundlegend verändert. Danach bestehen zur Zeit drei Hauptgruppen von Hochschullehrern. Die Gruppe der Professoren ist durch Zusammenschluß mit den bisherigen 'Maitres de Conférences' entstanden. (Bzgl. des Berufungsverfahrens vgl. DAAD, Studienführer Frankreich, S. 37). Die 'Maitres-Assistants' sind Beamte auf Lebenszeit und in erster Linie mit der Organisation und Wahrnehmung des Lehrbetriebs in der ersten und zweiten Studienstufe beauftragt. Die 'Assistants' (Hochschulassistenten) haben wie die 'Maitres-Assistants' die Aufgabe der Durchführung von Lehrveranstaltungen in der ersten und zweiten Studienstufe ('travaux dirigés' und 'travaux pratiques'). Ihre Einstellung ist aber auf fünf Jahre befristet ('assistants non-titulaires'). Eine Ausnahme bilden die Hochschulassistenten in den naturwissenschaftlichen und pharmazeutischen Fachbereichen ('assistants titulaires').

Tab. 7 : Wissenschaftliches Personal an Universitäten nach Dienstbezeichnungen
Frankreich 1960-61 bis 1980-81

	Professoren	Maîtres conférence	Maîtres assistants	Assistenten	Insgesamt
1960-61	1.969	2.422	2.129	3.495	10.015
1967-68	2.696	4.438	6.513	12.519	26.166
1973-74	4.737	5.503	12.276	18.071	40.587
1980-81	12.123	-	16.771	12.417	41.311

Quelle: Etudes et rapports de la Commission du Bilan. La France en mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique, Dez. 1981, S. 247.

Tab. 8 : Eingeschriebene Studenten...

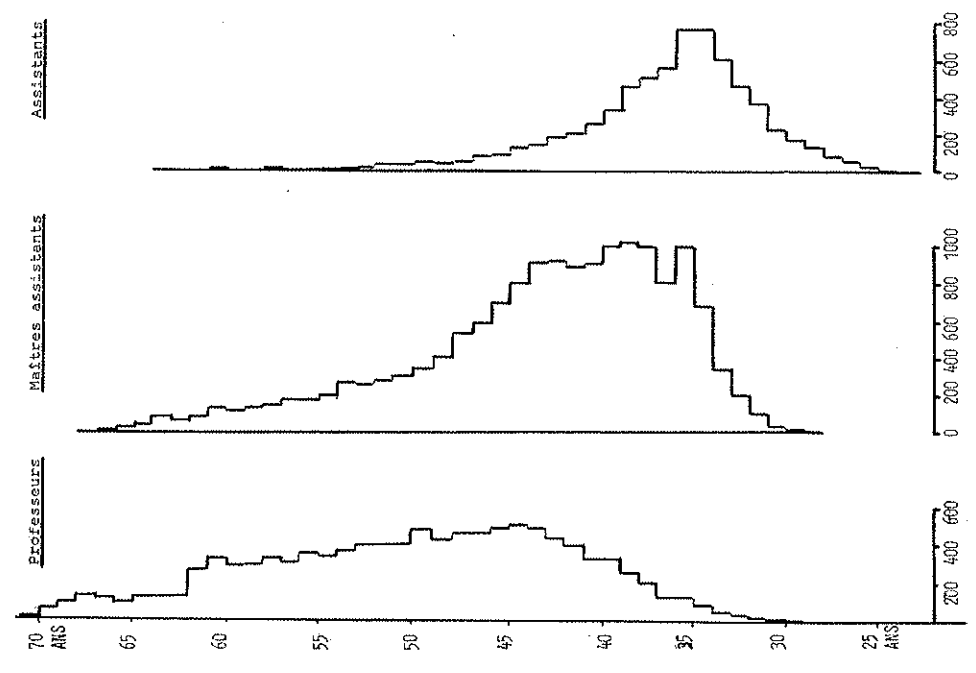
Disziplinen	1980 - 1981	1981 - 1982
Rechtswissenschaften	133.897	138.628
Wirtschaftswissenschaften	57.487	59.275
Pluridisziplinäre Studiengänge (WISS, A.E.S.)	20.072	22.621
Geisteswissenschaften	262.665	273.220
Naturwissenschaften (einschl. E.N.S.I., I.N.P.)	139.623	144.715
Medizin + Sportwissenschaften	147.095	146.210
Zahnmedizin	11.622	11.361
Pharmazie	37.081	38.251
I.U.T.	53.826	55.239
Insgesamt	863.368	889.520

... und Lehrpersonal 1982

Fächergruppen	Professoren	Maîtres assistants	Assistenten	Andere	Insgesamt
Rechtswissenschaften	1.116	1.284	1.569	307	4.276
Geisteswissenschaften	2.212	4.582	1.446	1.680	9.920
Naturwissenschaften	3.840	7.901	3.533	1.787	17.061
Pharmazie	503	635	456	-	1.600
Medizin und Zahnmedizin	3.283	1.482	4.925	-	9.700
Insgesamt	10.960	15.894	11.929	3.774	42.557

Quelle: 'Le Monde' vom 22. Okt. 1982, S. 27.

Graphik 8 : Altersstruktur der Hochschullehrer
(Frankreich Mai 1981)



Quelle: Etudes et Rapports de la Commission du Bilan. La France en Mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. La Documentation Française. Dezember 1981, S. 314.

zeigen Fächergruppen, so zeigt sich - gemessen am Durchschnittswert aller Disziplinen von 23 Studenten pro Stelle wissenschaftlichen Personals⁸² - insbesondere in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften - eine sehr ungünstige Personalsituation, wo 55 Studenten auf eine Lehrperson kommen. In den Naturwissenschaften liegt die Relation Student pro Stelle wissenschaftlichen Personals deutlich über dem Durchschnitt aller Disziplinen mit 11 Studenten pro Stelle.

Im Jahre 1982/83 standen für das wissenschaftliche Personal an den französischen Universitäten insgesamt 43.367 Stellen zur Verfügung⁸³; davon sind ein Viertel von Frauen besetzt, wobei der Anteil der weiblichen Assistenten und Maître-Assistenten am gesamten wissenschaftlichen Personal bei 30 % und der Anteil der Professorinnen bei 8 % liegt. An den I.U.T. beträgt der Stellenbestand beim wissenschaftlichen Personal 4.685 Stellen. Für das nichtwissenschaftliche Personal standen im gleichen Jahr insgesamt 37.214 Stellen zur Verfügung. Wollte man die Personalausstattung der französischen Hochschulen mit derjenigen der deutschen vergleichen, so müßte man zunächst berücksichtigen, daß in Frankreich in bestimmten Fächern (vgl. S.170) die Ausbildung entweder ausschließlich an außeruniversitären Institutionen oder zugleich an diesen und an Universitäten angeboten wird. Während in Frankreich die außeruniversitären Institutionen hervorragend und ungleich besser mit wissenschaftlichem Personal ausgestattet sind als die deutschen Hochschulen, besteht an den französischen Universitäten überwiegend eine unzureichende, im Vergleich zu deutschen Universitäten und Fachhochschulen sehr viel schlechtere Personalausstattung. Für die nächsten Jahre zeichnet sich in Frankreich eine positivere Entwicklung der Personalstellen ab. Im Haushalt 1985, der deutliche schul- und wissenschaftspolitische Akzente enthält, wurde der Etat für das öffentliche Erzie-

82 Vgl. Le Monde vom 22. Oktober 1982, S. 27.

83 Vgl. Ministère de l'Education nationale, S.I.G.E.S. In: Repères et Références statistiques sur les enseignements et la formation, 1984, S. 87.

hungswesen auf 178 Mrd. FF aufgestockt, dies entspricht einem Anteil am Gesamthaushaltsvolumen (995,2 Mrd. FF) von 17,9 %. Für das Jahr 1985 ist ein Stellenzugang von insgesamt 2.350 Stellen vorgesehen, von denen 800 für das Hochschulwesen bestimmt sind.⁸⁴ Darüberhinaus ist eine Stellenumwandlung von 850 Assistentenstellen in Maître-Assistenten-Stellen und von 500 Maître-Assistenten-Stellen in Professorenstellen beabsichtigt. Da infolge der verzerrten Altersstruktur des Lehrpersonals (vgl. Graphik 8) bis zum Ende der 80er Jahre kaum Stellen frei werden, sind dies dringend notwendige Maßnahmen, um die außerordentlich geringen Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses zu erhöhen, nach entsprechender Qualifikation eine Dauerstelle im Hochschulbereich zu erhalten.

3 Exkurs: Die Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen

3.1 Die Gesamtentwicklung am Arbeitsmarkt

Die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in der Bundesrepublik Deutschland wie in Frankreich von einer tiefen Krise gekennzeichnet. In Frankreich wurden Ende Oktober 1984 erstmals mehr als 2,4 Millionen Arbeitssuchende registriert, gegenüber 2 Millionen im Oktober 1983 und 1,7 Millionen im Mai 1981 nach dem Wahlsieg der Linken.⁸⁵ Seit Juli 1984 versucht nunmehr der neue Premierminister Laurent Fabius mit einer Politik der Strenge und einem äußerst restriktiv angelegten öffentlichen Haushalt diese beängstigend rapide Aufwärtsentwicklung der Arbeitslosenquote zu stoppen. Durch seine Politik der 'modernisation', der Modernisierung im Sinne einer besseren Nutzung des technischen Fortschritts, will Fabius jährlich an die 20 000 neue Arbeitsplätze schaffen, wobei jedoch allein 200 000 Arbeitsplätze jährlich auf dem Kohl- und Stahlsektor verlorengehen.

84 Vgl. Le Monde de l'Education, November 1984, S. 7 und S. 26.

85 Vgl. Le Monde vom 18./19. November 1984, S. 16.

In der Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Arbeitsmarktsituation mit insgesamt 2,3 Millionen Arbeitslosen (dies entspricht einer Quote von 9,3 % im April 1985) etwas günstiger als in Frankreich dar. Deutlich höher liegt in Frankreich die Quote der jugendlichen Arbeitslosen mit 30 % gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wo im April 1985 7,1 % der Jugendlichen ohne Beschäftigung waren.⁸⁶ Besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind in beiden Ländern diejenigen Arbeitsplatzsuchenden, die über keinen Ausbildungsabschluß verfügen.

3.2 Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen

Betrachtet man den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen isoliert, so läßt sich für beide Länder in großer Übereinstimmung folgende Entwicklung feststellen. Bis Mitte der 70er Jahre war Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Frankreich ein weitgehend unbekanntes Phänomen; die überwiegende Mehrheit der Absolventen wurde vom Staat übernommen, insbesondere in den Bildungsbereich.⁸⁷ Danach verschlechterten sich im Zuge der einsetzenden wirtschaftlichen Rezession und der dadurch bedingten restriktiven Einstellungspolitik der öffentlichen Arbeitgeber, aber auch des zurückgehenden Stellenangebotes der Privatwirtschaft, die Berufsperspektiven für junge Akademiker zunehmend. Während allerdings in Frankreich die Hochschulabsolventen nach wie vor die mit Abstand besten Chancen unter den arbeitssuchenden Berufsanfängern haben, sind bei uns mittlerweile keine wesentlichen Unterschiede mehr hinsichtlich der Ausbildungsart (betriebliche-, Berufsfach-, Fachschul-, Fachhochschul- und Universitätsausbildung) auszumachen.

⁸⁶ Vgl. Wirtschaftswoche Nr. 1/2 vom 4.1.1985, S. 10.

⁸⁷ Zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Wissenschaftsrat, Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre, S. 58. Zu Frankreich: Centre d'Etudes et Recherches sur les Qualifications (CEREQ), Note d'information n° 73, Mai 1982, wonach vor 1975 2/3 der Studenten der Naturwissenschaften den Lehrerberuf wählten.

Unterzieht man die Gruppe der Hochschulabsolventen in Frankreich an Hand der vorliegenden Statistiken des 'Centre d'Etudes et de Recherches sur les Qualifications' (CEREQ) einer näheren Betrachtung, so lassen sich folgende Feststellungen treffen, die teils auch für die Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit besitzen, teils spezifisch französische Eigenheiten darstellen.

- Bei der Beurteilung der Arbeitsmarktlage für Hochschulabsolventen ist nach **Studienrichtungen** zu unterscheiden - eine Aussage, die für Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen zutrifft. Die günstigste Situation auf dem französischen Akademikerarbeitsmarkt finden die Absolventen der sog. exakten Naturwissenschaften vor. Überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind im naturwissenschaftlichen Bereich dagegen die Absolventen der Biochemie, Biologie und Chemie, von denen unverändert seit 1976 durchschnittlich 24 % neun Monate nach Abschluß des Studiums noch keine Beschäftigung gefunden haben (vgl. hierzu die folgende Tabelle 9 zur Entwicklung der Arbeitslosenquote der französischen Universitätsabsolventen neun Monate nach Abschluß des Studiums, getrennt nach Fächergruppen, die auf den Ergebnissen von Absolventenbefragungen des 'CEREQ' in den Jahren 1976 bis 1978 und 1980 bis 1982 beruht)⁸⁸. Auch in den Fächern Recht, Politische Wissenschaften und Wirtschaftswissenschaften liegt das Arbeitsmarktrisiko der Hochschulabsolventen überproportional hoch. Insgesamt ist aber, von einigen Fächern abgesehen, seit Anfang der 80er Jahre gegenüber den Verhältnissen in der Mitte der 70er Jahre eine Verbesserung eingetreten.

- Deutliche Unterschiede in der Beurteilung der Arbeitsmarktlage bestehen auch hinsichtlich der verschiedenen Studienabschlüsse.

88 Leider sind die Befragungen der Jahre 1980 bis 1982 erst teilweise ausgewertet.

Die geringsten Probleme bei der Arbeitsplatzsuche haben nach den statistischen Analysen des 'CEREC' nach den Absolventen der 'Grandes Ecoles' die Absolventen der stark berufsbezogenen Kurzstudiengänge an den (dem Sekundarschulbereich zuzurechnenden) 'Sections de Techniciens Supérieurs' (STS) mit einer seit Jahren stabilisierten Arbeitslosenquote von 11 % (vgl. Tab. 10A).

Am ungünstigsten sind, wie nicht anders zu erwarten, die beruflichen Perspektiven von Studenten, die die Universitäten während oder nach dem ersten Studienabschnitt ohne einen Abschluß verlassen. Dabei wären die aus Tab. 10B ersichtlichen fachspezifischen Arbeitslosenquoten noch wesentlich höher, wenn nicht die überwiegende Mehrheit dieser Personengruppe Arbeitsplätze einnehmen würde, die sowohl von den Anforderungen als auch vom Gehaltsniveau her keinesfalls als ausbildungsadäquat bezeichnet werden können.

- Ein spezifisches französisches Phänomen, das keineswegs, wie man zunächst annehmen möchte, nur für stark anwendungsorientierte Studiengänge gilt, ist der deutliche Unterschied im Beschäftigungsrisiko von Hochschulabsolventen, die bereits vor oder während des Studiums eine Beschäftigung ausüben haben und solchen, die noch nie einer regelmäßigen Beschäftigung nachgegangen sind. Es gilt der Grundsatz, daß eine berufliche Tätigkeit vor oder während des Studiums, gleich welcher Art, die Arbeitsmarktrisiken deutlich verringert.⁸⁹ Die Arbeitslosenquote von Universitätsabsolventen, die vor ihrem erstmaligen Eintritt in das Erwerbsleben noch keinerlei eigene berufliche Erfahrungen gewonnen haben (etwa 53 % der Absolventen eines Jahrgangs), liegt im Schnitt 8 % höher als die vergleichbarer Absolventen mit Berufserfahrung.⁹⁰

⁸⁹ Vgl. Pigelet, J.-L., Pottier, F., Les étudiants et le marché du travail. In: Formation Emploi, Heft Nr. 3, Juli-Sept. 1983, S. 46.
⁹⁰ Vgl. ebd., S. 45.

Tab. 9: Arbeitslosenquote französischer Universitätsabsolventen, neun Monate nach Abschluß des Studiums, nach Fächergruppen in %

Fächergruppe	Absolventenbefragung 1976 bis 1978			Absolventenbefragung 1980 bis 1982	
	Absolventen des 2. oder 3. Studienabschnitts zusammen	davon Männer	davon Frauen	nur Absolventen mit Licence- oder Maitrise-Abschluß	nur Absolventen mit Licence- oder Maitrise-Abschluß
Naturwissenschaften (Mathematik, Physik)	7	8	5	-	2
übrige Naturwissenschaften	10	7	12	-	14
Ingenieurwissenschaften	18	18	16	-	10
Biochemie, Biologie und Chemie	24	28	18	-	24
Öffentliches Recht	22	17	27	27	18
Privatrecht und politische Wissenschaften	24	16	39	-	-
Wirtschaftswissenschaften	22	19	25	24	27
Management/Verwaltung	19	12	32	25	9
Literatur, Sprachwissenschaften, Geschichte, Geographie, Philosophie	14	11	15	-	-
Soziologie, Philosophie, Erziehungswissenschaften	18	26	14	-	-
Insgesamt	17	16	18	-	-

1) Auswertung noch nicht abgeschlossen

Quelle: Berechnungen des CEREC, z.T. veröffentlicht in 'Formation Emploi', Heft Nr. 3, Juli - September 1983, S. 45.

- Beim Übergang von der Universität zum Beruf ist in Frankreich stärker als (derzeit noch) bei uns die Tendenz zu beobachten, daß die neu ins Berufsleben eintretenden Absolventen berufliche Positionen und Tätigkeiten einnehmen, die unter ihrem Ausbildungsniveau liegen, oder anders ausgedrückt, in Berufsgruppen einmünden, die traditionell keinen Hochschulabschluß voraussetzen.

Besonders auffällig sind die geschlechtsspezifischen Berufseinstimmungsschwierigkeiten. Studentinnen sind wesentlich häufiger als ihre Kommilitonen gezwungen bzw. eher bereit, ausbildungsunadäquate Beschäftigungen zu übernehmen. Insbesondere in den Geisteswissenschaften ist der Anteil von Frauen sehr hoch, die nach Verlassen der Universitäten nach dem ersten Studienabschnitt ohne, aber auch mit Diplom (D.E.U.G.) nur als einfache Angestellte in Büroberufen (Sekretärin, Schreibkraft, etc.) unterkommen (47 bzw. 26 %). Selbst diejenigen Studentinnen, die den Abschluß einer 'Licence' oder 'Maîtrise' (nach dem 2. Studienabschnitt) nachweisen können, haben offensichtlich noch erhebliche Probleme, einen adäquaten, ihrer universitären Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Aber auch bei den Männern ist insgesamt der Prozentsatz derjenigen mit einem "inadäquaten Verbleib" in der Gruppe der einfachen und mittleren Angestellten noch sehr hoch. Allerdings muß man in diesem Zusammenhang auch sehen, daß in Frankreich die Akademikerquote, das heißt der Anteil erwerbstätiger Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, mit ca. 12 % überproportional hoch ist.⁹¹

4 Die Neuordnung des französischen Hochschulsystems durch die 'Loi d'orientation' von 1968

Als Folge der geschilderten massiven quantitativen Ausweitung des Hochschulwesens in beiden Ländern war eine Neu-

91 In der Bundesrepublik Deutschland lag sie 1980 bei 5,6 %, bis 1990 wird ein Anstieg auf 7,5 % prognostiziert.

Tab. 10A: Arbeitslosenquote von Absolventen der I.U.I. und S.I.S. neun Monate nach Abschluß des Studiums

Fächergruppe	Absolventenbefragungen 1976 bis 1978	Absolventenbefragungen 1980 bis 1982
I.U.I.-Ausbildung f. den sekundären Sektor	18 %	21 %
I.U.I.-Ausbildung f. den tertiären Sektor	21 %	20 %
S.I.S.-Ausbildung f. den sekundären Sektor	11 %	13 %
S.I.S.-Ausbildung f. den tertiären Sektor	11 %	11 %

Quelle: Nach - nicht veröffentlichten - Berechnungen des CEREQ

Tab. 10B: Arbeitslosenquote französischer Studienanfänger ohne ersten Studienabschluß, neun Monate nach Verlassen der Universitäten, nach Fächergruppen

Fächergruppe	Absolventenbefragungen 1976 bis 1978	Absolventenbefragungen 1980 bis 1982
Naturwissenschaften	18 %	22 %
Recht	24 %	29 %
Wirtschaftswiss.		11 %
Geistes- und Gesellschaftswissensch.	16 %	1)

ordnung der überkommenen Strukturen dieser Systeme unerläßlich. Den gesetzlichen Rahmen hierfür lieferte in Frankreich die 'Loi d'orientation' vom 12. November 1968⁹² und in Deutschland -entsprechend der hier etwa zehn Jahre später einsetzenden Hochschulexpansion -das Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976⁹³, durch das das deutsche Hochschulrecht erstmals eine bundesrechtliche Grundlage erhalten hat.

Auslösendes Moment für das französische Reformgesetz waren bekanntlich die Mai-Unruhen des Jahre 1968, als deren direkte Replik es heute allgemein gilt. Doch der Druck der studentischen Revolten hat das Gesetz nur beschleunigt und den Gesetzgeber möglicherweise zu einem noch konsequenteren und radikaleren Neuaufbau der französischen Universitäten veranlaßt. Dessen Notwendigkeit und Berechtigung war angesichts ihrer mangelnden Anpassung an die moderne Gesellschaft und ihrer erstarrten Strukturen seit langem unbestritten. Denn im Grunde war das französische Universitätssystem trotz mehrfacher Reformen nach wie vor vom napoleonischen Geist geprägt, ein System, das, wie Edgar Faure es ausdrückte, "einst für einige Tausend Begünstigte gedacht war, anderthalb Jahrhunderte später versuchen mußte, sich auf 600.000 Studenten einzurichten".⁹⁴

Der Bruch zwischen dem Hochschulwesen und der Zeit, in die es gestellt war, drückte sich vor allem in der Stellung der Fakultäten aus, die organisatorisch und verwaltungsrechtlich weitestgehend selbständig waren und angesichts des quasi Fehlens wirklicher Universitäten das eigentliche Pendant zu den ausländischen Universitäten darstellten.⁹⁵ Ursächlich hierfür war die strenge Zuordnung der einzelnen, im Laufe der Zeit stark vermehrten Disziplinen zu den seit Napoleon nahezu unveränderten klassischen Fakultäten Jura, Medizin,

92 Loi n° 68-987 du 12 novembre 1968 d'orientation de l'enseignement supérieur. Journal Officiel Nr. 266, 11. - 13.11.1968, S. 10579 ff.

93 Vgl. BGB I S. 185.

94 Vgl. WRK, Hochschulreform in Frankreich - Rahmengesetz 1968, 1969, S. 22.

95 Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 115.

Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften⁹⁶. Dies führte zur Entwicklung überdimensionaler, von einander isolierter, autonomer Mammuteinrichtungen mit beispielsweise eigenen Laufbahnbestimmungen für das Lehrpersonal, die weder im Stande waren, ihre überlieferten Aufgaben zu erfüllen, noch den Bedürfnissen der in einer immer schnelleren Zeit neu entstandenen Fächer, wie etwa Politologie, Physiologie, Biochemie, etc. gerecht zu werden, welche besonders stark auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit angewiesen waren.

Die Überwindung des starren und undurchlässigen Fakultätssystems und die Neugründung moderner Universitäten war daher eines der wesentlichen Reformziele des neuen Gesetzes. Unter Verzicht auf die seit Napoleon praktisch unangetastet gebliebene Fakultätsgliederung bestimmte Art. 3 des Gesetzes die Universitäten als neue Institutionen wissenschaftlicher und kultureller Art, die in 'Unités d'enseignement et de recherche' (U.E.R.) als die von nun an eigentlichen Träger von Forschung und Lehre gegliedert wurden. Gleichzeitig sah das neue Gesetz in Abkehr von der bisherigen napoleonischen Einteilung von nur einer Universität pro Akademie-Bezirk (mit einem Rektor an der Spitze als direktem Vertreter des Ministers, der in Personalunion Rektor der jeweiligen Universität war) in Art. 8 vor, daß in jedem Akademie-Bezirk mehrere Universitäten eingerichtet werden können. Damit war die gesetzliche Grundlage für die Konstituierung mehrerer Universitäten in Paris geschaffen und die Lösung für die immensen Probleme der Massenuniversität Paris mit mehr als 150.000 Studenten gefunden. Durch ministeriellen Erlaß vom 20. März 1970 wurden nach den Reformvorstellungen Faure's, der eine Universität nur in einer Größenordnung von ca. 6.000 bis 18.000 Studenten als lebensfähig betrachtete, im Verwaltungsbezirk Paris 13 neue Universitäten errichtet.

96 Lediglich die theologischen Fakultäten sind nach der Trennung von Kirche und Staat weggefallen.

Der Gesetzgeber überließ es den neuen Einheiten für Lehre und Forschung, ihre Einrichtung und Organisation selbst zu bestimmen. Edgar Faure erklärte in der Debatte über den Regierungsentwurf, die Bezeichnung "Einheit" sei bewußt unbestimmt gefaßt worden, "um nicht die Form der Organismen zu präjudizieren".⁹⁷ Die "Einheit", das könne ein Département, eine Fakultät, ein Institut oder auch nur eine Einzeldisziplin sein.⁹⁸ Mit dieser Neugliederung folgte das Gesetz dem 1966 auf dem Kolloquium von Caen erarbeiteten Reformmodell eines "aus vielen départementartigen Einheiten zusammengesetzten Gesamtorganismus Universität mit weitreichender Selbstverwaltung und -bestimmung und ausgeprägtem eigenen Profil durch besondere Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen, die regionalen Gesichtspunkten und Bedürfnissen korrespondieren".⁹⁹

Die Erneuerung der Universitätsstrukturen durch das französische Hochschulgesetz von 1968 war getragen von den Prinzipien der Autonomie, der Mitbestimmung und der Pluridisziplinarität, allesamt Kernpunkte der studentischen Forderungen nach einer radikalen Umkehr von dem bisherigen zentralistischen, hierarchischen Verwaltungsaufbau der Universitäten im Gefolge der Maiunruhen von 1968. Durch die Gewährung einer vom Gesetzgeber im umfassendsten Sinne als Verwaltungs-, Lehr- und Finanzautonomie verstandenen Handlungs- und Verwaltungsfreiheit sollten die Universitätseinrichtungen, die bis dahin nicht anders als die Grundschulen oder die 'Lycées' in die strenge zentralistische Verwaltungsstruktur mit bis in Einzelheiten gehenden gesetzlichen Regelungen des Lehr- und Forschungsbetriebs eingebunden waren, endlich aus ihrer jede Eigeninitiative lähmenden Bevormundung entlassen werden. Sichtbarstes Zeichen dieser neuen Autonomie der Universitäten und der ihnen eingeleiteten Einheiten von Forschung und Lehre war die Verleihung des Rechts zur Selbstverwaltung durch einen gewählten Ausschuß und ihre Leitung durch einen von diesem Ausschuß

⁹⁷ Vgl. WRK, a.a.O., S. 45.

⁹⁸ Vgl. ebd.

⁹⁹ Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 525.

gewählten Präsidenten bzw. Direktor. Die Ausschüsse setzten sich im Sinne der Mitbestimmung (participation) aus Lehrenden, Forschern, Studenten und Angehörigen des nichtlehrenden Personals zusammen. Mit der paritätischen Beteiligung der Studenten in allen Verwaltungsgremien war es der studentischen Protestbewegung des Mai 1968 gelungen, eine ihrer wesentlichsten Forderungen durchzusetzen. Die Einrichtung von pluridisziplinären Universitäten war eine weitere Forderung der Studenten, aber auch der Wissenschaftler und Hochschullehrer, die durch folgende rechtliche Umsetzung Einzug in das Hochschulgesetz hielten: "Die Universitäten sind pluridisziplinär und müssen soweit wie möglich die Künste und Geisteswissenschaften mit den Naturwissenschaften und der Technik verbinden" (Art. 6 Abs. 2). Das Prinzip der Pluridisziplinarität kam besonders stark im ersten Studienabschnitt zur Geltung, wo es dazu beitragen sollte, eine allzu frühzeitige Festlegung und Spezialisierung zu vermeiden. Gemäß Art. 21 hatten die Universitäten dafür Sorge zu tragen, daß in speziell dafür eingerichteten Lehr- und Forschungseinheiten praktische Orientierungs- und Beratungszeiten (Stages d'orientation) für alle neu immatrikulierten Studenten verpflichtend stattfinden.

Das französische Hochschulgesetz von 1968 eröffnete in seiner radikalen Abkehr von dem überkommenen Universitätssystem napoleonischer Prägung und in seinen tragenden Prinzipien der Autonomie, Partizipation und Pluridisziplinarität die Wege zu einem vollständigen Neuaufbau der französischen Universitäten. Daß dieses Ziel nicht erreicht wurde und Bereiche dieses Reformwerks niemals zum Tragen kamen, lag zum einen an seiner Rechtsqualität als Rahmengesetz, das zu seiner Ausfüllung zahlreicher Durchführungsdekrete und Erlasse bedurfte, zum anderen an der Hochschulwirklichkeit, die durch ein eklatantes Desinteresse des Lehrkörpers und der Studenten geprägt war, so daß sich wieder einmal der banale, aber nichtdestoweniger richtige Satz bestätigt hat, daß sich der Wert eines Gesetzes erst in seiner tagtäglichen Anwendung zeigt.

III. Kapitel: Struktur des französischen Hochschulsystems

1 Institutionelle Struktur

Das französische Hochschulsystem ist ungleich vielgestaltiger als etwa das deutsche und gliedert sich in die unterschiedlichsten Einrichtungen mit ganz spezifischen Strukturen, die schon deshalb eine große Pluralität von Lehrmeinungen und Ausbildungszielen zulassen, weil sie verschiedenen Ministerien unterstehen. Charakteristisch ist die Koexistenz von Universitäten und 'Grandes Ecoles', die sich die Aufgabe der Lehre teilen, sowie von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, allen voran das 'Centre National de la Recherche Scientifique' (C.N.R.S.), die sich der Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung widmen. Auf die sich hieraus ergebenden Probleme soll in den Kapiteln V ff näher eingegangen werden.

Art. 1 des neuen Hochschulgesetzes vom Januar 1984 bestimmt zwar alle Hochschularten des tertiären Bildungsbereichs (l'ensemble des formations postsecondaires) als staatliche Dienstleistungseinrichtungen (service public de l'enseignement supérieur), unabhängig davon, ob sie zum Geschäftsbe- reich des Erziehungsministeriums gehören oder anderen Ministerien unterstehen. In den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen jedoch nur die dem Erziehungsministerium unterstell- ten Hochschuleinrichtungen, die in Art. 20 unter dem Oberbe- griff 'Etablissements publics à caractère scientifique, culturel et professionnel' (E.P.C.S.P.)¹⁰⁰ zusammengefaßt werden.

Genäß Art. 24 Satz 1 sind dies

- die Universitäten und die ihnen gleichgestellten 'Instituts Nationaux Polytechniques' (I.N.P.),
- die dem Erziehungsministerium unterstehenden Hochschulen und Institute außerhalb der Universitäten

¹⁰⁰ Körperschaften des öffentlichen Rechts mit wissen- schaftlichem, kulturellem und berufsbildendem Charakter.

und

- die 'Ecoles Normales Supérieures' (E.N.S.), die französi- schen Hochschulen im Ausland sowie die sog. 'Grands éta- blissements'.¹⁰¹

1.1 Universitäten

Die mit Beginn des 13. Jahrhunderts aus den früheren Dom- und Klosterschulen hervorgegangenen Universitäten bilden den ältesten und mit derzeit vier Fünftel der Studentenpopulation und rund 40.000 Hochschullehrern den quantitativ bedeutend- sten Sektor des tertiären Hochschulwesens. Frankreich besitzt gegenwärtig 71 Universitäten einschließlich eines 'Centre universitaire' in Avignon. Die jüngste, allerdings erst auf dem Papier bestehende Universitätsneugründung¹⁰² ist nach 15-jährigem Planungsstillstand Le Havre, das bereits ein I.U.T. besitzt und nunmehr zur Universitätsstadt aufgestie- gen ist. Die neue Universität von Le Havre soll vorrangig mit Studiengängen ausgestattet werden, die verstärkt die regionalen Gegebenheiten berücksichtigen, so beispielsweise mit dem Studiengang Internationale Transporte.

Im Studienjahr 1983-84 waren nach den Angaben des Erzie- hungsministeriums¹⁰³ insgesamt 931.943 Studenten an den französischen Universitäten¹⁰⁴ eingeschrieben, davon 126.179 ausländische Studenten, deren Anteil an der Gesamt- studentenzahl damit auf 13,5 % angewachsen ist.¹⁰⁵

¹⁰¹ Z.B. 'Collège de France', 'Institut de France', 'Ecole pratique des hautes études', 'Académie de médecine', etc. Art. 24 Satz 2 sieht vor, daß innerhalb eines Jahres nach Erlaß des neuen Hochschulgesetzes vom 26. Januar 1984 auf dem Verordnungswege eine Liste zu erstellen ist, in der alle unter diesen Rechtsbegriff fallenden Hochschuleinrichtungen aufgeführt sind.

¹⁰² Durch Dekret vom 28. August 1984.

¹⁰³ Vgl. Ministère de l'Education Nationale - S.I.G.E.S. - Sous-Direction des enquêtes statistiques et des études. Note d'information n°84-18 du 7 mai 1984: 'Effectifs de la population universitaire en France à la rentrée 1983-1984' - Situation au 12 décembre 1983.

¹⁰⁴ Einschl. I.U.T., I.N.P., I.E.P., E.N.S.I., Observatoire de Paris und Centre universitaire d'Avignon.

¹⁰⁵ Vgl. Ministère de l'Education Nationale, a.a.O., S. 3.

Das mit Abstand größte Studentenkontingent weist traditionell der geisteswissenschaftliche Bereich (Lettres) auf, aber auch die Disziplinen Jura und Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin sind durch hohe Studentenzahlen gekennzeichnet (vgl. hierzu die nachfolgende Übersicht über die Verteilung der Studenten im Studienjahr 1983-84 an den französischen Universitäten ¹⁰⁶).

Tab. 11: Anzahl der Studenten an den französischen Universitäten nach Fächergruppen im Studienjahr 1983-84 und Abweichung gegenüber dem Vorjahr

Fächer	Studenten		Studienanfänger 1983-1984 12/12/83
	1983-1984 12/12/83	1982-1983 10/12/82	Veränderung in %
Recht	136 034	138 056	- 1,5
Wirtschaftswissenschaften	64 470	61 731	+ 4,4
Wirtschafts- und Sozialverwaltung	25 861	25 938	+ 1,1
Angewandte Mathematik u. Sozialwissensch.	3 616	273 771	+ 1,9
Geisteswissenschaften	278 240	13 466	- 4,1
Primerschullehrerbildung	12 971	142 772	+ 4,0
Naturwissenschaften	148 428	8 973	+ 10,1
Ingenieurwissenschaften ¹⁾	8 973	138 999	+ 0,8
Medizin	140 466	37 504	- 2,6
Pharmazie	36 547	11 571	- 4,4
Zahnmedizin	11 067	7 401	+ 5,6
Sportwissenschaften	7 873	55 314	+ 4,5
Fachhochschulen (I.U.T.)	57 677	913 973	+ 2,0
Insgesamt	931 943	197 088	

¹⁾ Ingenieurwissenschaftliche Ausbildung an den I.N.P., den 'Ecoles Nationales Supérieures d'Ingenieurs' (E.N.S.I.) sowie an der 'Université technologique de Compiègne'.

²⁾ Einschließlich der Studienanfänger in Fach Zahnmedizin

Quelle: Ministère de l'Éducation nationale - S.I.E.E.S. - Note d'information N°84-18 vom 7. Mai 1984, S. 2.

¹⁰⁶ Im Sinne von Fußnote 104.

1.2 Instituts Universitaires de Technologie

Die jüngsten zum Anwendungsbereich des Gesetzes gehörenden Hochschuleinrichtungen sind die 1966 gegründeten 'Instituts Universitaires de Technologie' (I.U.T.) ¹⁰⁷, die in zwei Jahren Techniker und Verwaltungspersonal für die mittlere Führungsebene ausbilden. Es werden derzeit 18 Ausbildungsrichtungen (spécialités) angeboten, von denen zehn auf Berufsfelder des sekundären Volkswirtschaftssektors (Industriesektors, z.B. angewandte Biologie, Chemie, Hoch- und Tiefbau, Elektrotechnik, Maschinenbau, Wärmetechnik) und acht auf solche des tertiären Sektors (Dienstleistungssektors, z.B. Unternehmensleitung und Verwaltung, Informationswesen, Sozialwesen, Statistik) vorbereiten. Die höchsten Studentenzahlen verzeichnet im tertiären Sektor der Studiengang Unternehmensleitung und Verwaltung und im sekundären Sektor der Studiengang Elektrotechnik.

Die I.U.T. waren ursprünglich als universitätsähnliche Institute außerhalb der Universitäten angesiedelt, wurden dann aber im Zuge der Umstrukturierung des Universitätsbereichs durch die 'Loi d'orientation' von 1968 als Lehr- und Forschungseinheiten mit Sonderstatus ¹⁰⁸ (Unités d'enseignement et de recherche à dérogation) organisatorisch in die Universitäten integriert. Bis heute sind in Frankreich 67 solcher Einrichtungen mit der speziellen Zweckbestimmung der Vermittlung einer anwendungs- und berufsorientierten Ausbildung geschaffen worden, die den Ausbildungsrichtungen entsprechend in 18 Abteilungen (départements) gegliedert sind. Ihre regionale Verteilung ist sehr ausgewogen; jeder Akademiesitz ¹⁰⁹ ist Sitz von mindestens einer, häufig von zwei oder mehr I.U.T.

¹⁰⁷ Im Gesetz selbst werden sie übrigens nicht ausdrücklich erwähnt.

¹⁰⁸ Ihre Sonderstellung kommt u.a. in einer gewissen administrativen und finanziellen Autonomie gegenüber den Universitäten, in ihrer Leitung durch einen vom Erziehungsminister ernannten Rektor sowie in abweichenden Zugangs- und Studienbestimmungen zum Ausdruck.

¹⁰⁹ Frankreich ist im Bereich der Erziehungsadministration in 25 Akademiesitze eingeteilt.

Die Studienorganisation der I.U.T. ist auf wesentlich kleinere Studieneinheiten angelegt als die der Universitäten, da jedes 'département' maximal 300 Studenten für zwei Studienjahre aufnehmen darf.

Bei ihrer Gründung noch als 'Stiefkinder' der Universitäten abgetan, ist es den I.U.T. im Laufe ihres Bestehens gelungen, ein eigenständiges Profil in der französischen Hochschullandschaft zu entwickeln und im gesamten tertiären Bildungssektor Frankreichs einen hohen Stellenwert einzunehmen. Wenn auch die allzu optimistischen Vorgaben des 5. Plans von 167.000 Studenten für das Jahr 1972¹¹⁰ bei weitem nicht erreicht wurden und der erwartete Entlastungseffekt für die überfüllten traditionellen Fakultäten nicht eingetreten ist, kann der Anstieg der Studentenzahlen von 1.644 im ersten Studienjahr 1966/67 auf 57.817 im Studienjahr 1983/84 angesichts der ungünstigen Startbedingungen doch als Erfolg gewertet werden. Daß dieser Sektor des französischen Hochschulwesens nicht wie geplant expandiert ist, liegt auch daran, daß in Frankreich noch ein zweiter - ebenfalls recht erfolgreicher - technischer Ausbildungszweig existiert, nämlich die in den Sekundarschulbereich eingegliederten 'Sections de Techniciens Supérieurs' (S.T.S.), die Techniker in zweijährigen Kurzstudiengängen zu sog. 'Sous-Ingenieurs' ausbilden. Nach dem Gründungskonzept der I.U.T. war daran gedacht, diesen Ausbildungszweig in den I.U.T. aufgehen zu lassen; dieser Plan wurde jedoch 1972 angesichts jährlicher

Zuwachsraten der S.T.S.: von über 10 % wieder fallen gelassen. Derzeit bereiten sich über 75.000 Studenten, darunter 56 % weibliche, in 623 öffentlichen und privaten 'Lycées techniques' auf einen von 112 möglichen Abschlüssen, genannt 'Brevet de technicien supérieur (B.T.S.)' vor. Die Tatsache, daß die S.T.S. einen noch stärkeren Zulauf erfahren als die I.U.T., ist auf die guten Arbeitsmarktchancen ihrer Absolventen, ihre Ansiedlung in der den Abiturienten vertrauten Umgebung der 'Lycées', die den Lernerfolg begünstigen.

¹¹⁰ Vgl. Lamoure, J., Les Instituts Universitaires de Technologie en France, S. 52.

stigenden geringeren Klassenstärken von durchschnittlich 24 Studenten und auf den nach bekanntem schulischen Muster ablaufenden Unterricht zurückzuführen. Die Effektivität beider technischer Ausbildungszweige, I.U.T. wie S.T.S., zeigt sich nicht zuletzt darin, daß sie bei zusammen etwa gleicher Studentenzahl die doppelte Anzahl von Abschlüssen wie die Universitäten in den entsprechenden Fachrichtungen (Abschluß: D.E.U.G.) hervorbringen.¹¹¹

1.3 Hochschuleinrichtungen außerhalb der Universitäten im Geschäftsbereich des Erziehungsministeriums

Die überwiegende Mehrheit von Hochschuleinrichtungen dieses Typs stellen die dem Erziehungsministerium unterstehenden Ingenieurhochschulen. Im Jahre 1981-82 waren dies 102 von 155 'Ecoles d'Ingenieurs' mit insgesamt 20.335 Studenten.¹¹² Hierzu zählen die 'Ecoles Nationales Supérieures d'Ingenieurs' (E.N.S.I.), die mit dem Recht der Verleihung des staatlichen Ingenieurdiploms ausgestattet sind¹¹³ und im Studienjahr 1982-83 3.282 Studenten ausgebildet haben.¹¹⁴ Zu den E.N.S.I. im weiteren Sinne gehören auch die drei 'Instituts Nationaux Polytechniques' (I.N.P.), die im neuen Hochschulgesetz den Universitäten gleichgestellt sind.¹¹⁵ Sie wurden 1968 in Grenoble, Nancy und Toulouse

¹¹¹ Schwartz, L., L'Enseignement supérieur à l'université. In: Etudes et rapports de la Commission du Bilan. La France en mai 1981, S. 264.

¹¹² Diese Zahlen stammen aus dem im Auftrag des Premierministers von der 'Commission du Bilan' erstellten offiziellen Bericht über die Situation Frankreichs im Mai 1981. Kap. 5: Schwartz, L.; Les Grandes Ecoles, in: La France en mai 1981, a.a.O., S. 433. Es muß freilich darauf hingewiesen werden, daß aufgrund der Mannigfaltigkeit der Institutionen deren Zuordnung unter die gesetzlichen Oberbegriffe nicht immer einheitlich ist und so ständig mit unterschiedlichen Zahlen hantiert wird.

¹¹³ Zuletzt wurde der 'Ecole nationale supérieure de physique de Strasbourg' dieses Recht verliehen.

¹¹⁴ Vgl. Les trente-huit E.N.S.I. In: Le Monde de l'Education, Juli - August 1983, S. 32.

¹¹⁵ Vgl. Art. 24 Satz 1 erster Spiegelstrich.

durch Zusammenlegung der dortigen E.N.S.I. gegründet und umfassen heute 15 solcher Ingenieurhochschulen mit insgesamt 3.632 Studenten.¹¹⁶

Eine weitere Gruppe bilden die 1957 gegründeten 'Instituts Nationaux des Sciences Appliquées (I.N.S.A.)' von Lyon, Rennes und Toulouse, die in der Hochschullandschaft etwa in der Mitte zwischen Universitäten und 'Grandes Ecoles' angesiedelt sind. In der Tat berücksichtigt das Gründungskonzept dieser Institute, in denen Abiturienten in fünf Jahren zu Diplomingenieuren ausgebildet werden, sowohl Elemente der Universitäten als auch der den 'Grandes Ecoles' eigenen Elitebildung. Die Affinität zu den 'Grandes Ecoles' zeigt sich insbesondere in der internatsmäßigen Unterbringung der Studenten, in Zulassungsbeschränkungen, in einer strengeren Studienorganisation (das Studienjahr dauert 32 Wochen mit je 32 Pflichtwochenstunden gegenüber 25 Wochen mit maximal 20 Wochenstunden an den Universitäten¹¹⁷), einem ungefähr doppelt so guten Betreuungsverhältnis wie an den Universitäten¹¹⁸, hohen Praktika- und Projektanteilen am Studium, engen Beziehungen zur Industrie, etc. Neben den genannten Institutionen besteht noch eine Vielzahl weiterer Ingenieurhochschulen, darunter auch Einrichtungen der Weiterbildung¹¹⁹, die in diesem Rahmen nicht alle Erwähnung finden können.

Eine andere französische Eigenheit sind die ebenfalls ausserhalb der Universitäten angesiedelten 'Instituts d'Etudes Politiques' (I.E.P.). Sie sind für die Ausbildung von Politologen zuständig, für die an den Universitäten kein eigener

¹¹⁶ Vgl. Les trente-huit E.N.S.I., a.a.O.

¹¹⁷ Vgl. Kahle, H.G. (Hrsg.), Die Hochschulen in der Herausforderung der 70er Jahre, 1980, S. 109.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Beispielsweise das 'Conservatoire National des Arts et Métiers' (C.N.A.M.), das berufstätigen Ingenieuren zum Erlangen des 'Diplôme d'Ingénieur' nach einem etwa acht Jahre dauernden Studium verhilft.

Studiengang eingerichtet ist.¹²⁰ Neben dem I.E.P. von Paris, bekannt unter dem Namen 'Sciences-po', das als 'Anti-chambre' der berühmten französischen Verwaltungshochschule 'E.N.A.' gilt, weil aus diesem Institut traditionell die überwiegende Mehrheit der E.N.A.-Kandidaten stammt, gibt es weitere sechs, allerdings weniger prestigereiche I.E.P. in der Provinz.

Auf die im Gesetz expressis verbis erwähnten 'Ecoles Normales Supérieures' und deren Sonderstellung im Bereich der Sekundar- und Hochschullehrerbildung soll in Kap. V näher eingegangen werden.

Den unter Ziff. 1.1 bis 1.3 aufgeführten Hochschuleinrichtungen verleiht die nach dem ehemaligen Erziehungsminister Savary benannte 'Loi Savary' vom Januar 1984 den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, für die die Grundsätze der Autonomie, Pluridisziplinarität und Mitbestimmung gelten. Es finden jedoch nicht uneingeschränkt sämtliche Bestimmungen des Gesetzes Anwendung; differenzierende Regelungen, die an die besondere Aufgabenstellung des jeweiligen Hochschultyps, die Art des Studienangebotes, etc., anknüpfen, sind zulässig.

Anderes gilt für die große Gruppe der Hochschulen, die nicht dem Erziehungsministerium unterstehen; sie bleiben von den wesentlichen Regelungen des neuen Hochschulgesetzes unberührt, da ihre ursprünglich geplante Einbeziehung in den Geltungsbereich des Gesetzes 'qua Dekret' an dem heftigen Widerstand aus den Kreisen der politisch höchst einflussreichen ehemaligen Absolventen gescheitert ist.

Auch auf die privaten Universitäten des Landes, die rund 2 % der Gesamtheit der Studenten an den öffentlichen Hochschulen

¹²⁰ Lediglich an einigen Universitäten kann der Abschluß einer 'Maîtrise de Science Politique' erworben werden; Zugangsvoraussetzung ist entweder die 'Licence de Droit' oder ein als gleichwertig anerkannter anderer Studienabschluß.

repräsentieren, finden die Bestimmungen der 'Loi Savary' keine Anwendung. Die Mehrzahl der Studenten (89,3 %) studiert an den privaten katholischen Instituten von Paris, Lille, Angers und Toulouse.¹²¹ Der Fächerkatalog reicht von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, kanonischem Recht, Theologie und Religionswissenschaften, über Wirtschafts- und Sozialverwaltung, Klassische und moderne Sprachen, Philosophie bis hin zu Naturwissenschaften, Medizin, Sport und Französisch für Ausländer. Über ein Viertel der Studenten wählt die Ausbildungsrichtung Theologie und Kanonisches Recht. Da in Frankreich der Staat das Monopol der Verleihung von Hochschulgraden innehat, müssen die Studenten der privaten Hochschulen die Prüfungen vor vom Erziehungsministerium eingesetzten Prüfungsgremien staatlicher Hochschulen ablegen, es sei denn, eine Privathochschule hat mit einer staatlichen Universität eine Vereinbarung getroffen, daß ihre Studenten an deren Prüfungen teilnehmen dürfen.

2 Organisatorische Gliederung der französischen Universitäten

Die organisatorische Grundeinheit, in der Hochschullehrer und Studenten zusammenarbeiten, sind die durch das Hochschulgesetz von 1968 nach Auflösung der herkömmlichen Fakultäten konstituierten 'Unités d'enseignement et de recherche' (U.E.R.), für die das neue Hochschulgesetz von 1984 nunmehr die Bezeichnung 'Unités de formation et de recherche' - U.F.R. (Einheiten für Ausbildung und Forschung) gewählt hat (vgl. Art. 32). Die neugeordneten Einheiten sind trotz der französischen Differenzierung nach Kategorien in etwa den deutschen Fachbereichen vergleichbar. Derzeit gibt es an den 71 französischen Universitäten mehr als 750 solcher, im Durchschnitt und in ihren Funktionen sehr heterogener U.F.R.

¹²¹ Vgl. Ministère de l'Éducation Nationale - S.I.G.E.S. - Statistique des Étudiants de l'Enseignement privé - Année 1983 - 1984. Note d'Information N°84-20 du 21 mai 1984.

Die U.F.R. besitzen Verwaltungsautonomie und in einem gewissen Umfang pädagogische und finanzielle Unabhängigkeit.

Sie werden von einem gewählten Ausschuß (conseil) verwaltet und von einem von diesem Ausschuß gewählten Direktor geleitet. Dem Ausschuß dürfen nicht mehr als 40 Mitarbeiter angehören; mindestens die Hälfte müssen Mitglieder des Lehrkörpers sein (vgl. Art. 32 Abs. 2).

Die Einheiten für Ausbildung und Forschung sind in Universitäten zusammengefaßt, die von einem Präsidenten geleitet werden. Der Präsident wird aus der Mitte der ständigen Mitglieder des Lehrkörpers (enseignants-chercheurs permanents) von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses (conseil d'administration), des Wissenschaftsausschusses (conseil scientifique) und des Ausschusses für das Studium und das Universitätsleben (conseil des études et de la vie universitaire) mit absoluter Mehrheit für fünf Jahre gewählt; eine Wiederwahl ist nicht unmittelbar möglich (Art. 27 Abs. 1). Die beiden letztgenannten Gremien sind durch das Hochschulgesetz von 1984 neu ins Leben gerufen worden; ihre Aufgabe besteht darin, den Verwaltungsrat durch Fachverstände beratend zu unterstützen. Die Ausschüsse bestehen im Sinne der Mitbestimmung (participation) aus Lehrenden, Forschern, Studenten, Angehörigen des nichtlehrenden Personals und externen Persönlichkeiten. Die Vertretung dieser Gruppen in den Ausschüssen ist je nach deren spezifischer Aufgabenstellung unterschiedlich geregelt. So sind im Wissenschaftsausschuß Professoren oder Personen mit der Befähigung zur Leitung von Forschungsarbeiten, im Ausschuß für Studentische Angelegenheiten die Studenten stärker vertreten. Auf heftige Kritik ist die im Gesetz vorgesehene Beteiligung von hochschulexternen Persönlichkeiten (personnalités extérieures) in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen gestoßen. Obwohl in der endgültigen Fassung des Gesetzes das Verhältnis zwischen externen Persönlichkeiten und Professoren im Verwaltungsrat noch zugunsten der letzteren verändert wurde, blieb das Mißtrauen gegenüber der Beteiligung externer Mitglieder, die nach der neuen Rechtslage ernannt und nicht wie bisher

gewählt werden, in den neuen Führungsgremien sowie in den Ausbildungs- und Forschungseinheiten bestehen. Es wird eine Aushöhlung der universitären Autonomie und ein Kampf um Einfluß und Macht in den Hochschulen befürchtet, von dem angenommen wird, daß er im wesentlichen von den Gewerkschaften und dort von der mehrheitlich kommunistisch orientierten Gewerkschaft S.N.E.S.O.P. geführt werden wird, bis hin zur Universitätsspitze; denn der Präsident wird mit der absoluten Mehrheit aller drei Gremien gewählt.¹²²

Der Wissenschaftsausschuß besteht aus mindestens 20 bis höchstens 40 Mitgliedern, die sich zu 60 bis 80 % aus dem Kreis des hauptamtlichen Personals der Universitäten, davon wenigstens die Hälfte Professoren oder Personen mit der Befähigung zur Leitung von Forschungsarbeiten, zusammensetzen müssen. Er unterbreitet Vorschläge für die Festlegung der Forschungspolitik sowie für die Verteilung der Forschungsmittel und soll die Verbindung zwischen Lehre und Forschung, insbesondere im dritten Studienabschnitt, gewährleisten (vgl. Art. 30 Abs. 2). In dem aus 20 bis 40 Sitzen bestehenden Ausschuß für das Studium und das Universitätsleben müssen die Studenten in gleicher Zahl vertreten sein wie die Mitglieder des Lehrkörpers und beide Gruppen zusammen 75 bis 80 % der Vertretung aller Gruppen ausmachen; die restlichen Sitze teilen sich die Angehörigen des nichtlehrenden Personals und die externen Vertreter der Gewerkschaften, der Gebietskörperschaften sowie anderer Organisationen und Verbände. Aufgabe dieses Gremiums ist es, dem Verwaltungsausschuß Vorschläge zur Verbesserung des Lehrbetriebs zu unterbreiten, sowie im sozialen Bereich und in der Studienberatung beratend mitzuwirken (vgl. Art. 31 Abs. 2). Das eigentliche Entscheidungsgremium, der aus 30 bis 60 Mitgliedern bestehende Verwaltungsausschuß, setzt sich wie folgt zusammen: 40 bis 45 % sind Lehr- und Forschungsperso-

¹²² Vgl. Gangl, M., Das neue französische Hochschulgesetz. In: Umbits 5/83, S. 10; Sachsenröder, W., Ein Kreuzzug für die Freiheit? In: DÜZ 11/1983, S. 15; Schulte, H., Das elitäre Prinzip behauptet sich. In: Die Zeit Nr. 9 vom 24.2.1984.

nal, 20 bis 30 % Vertreter der Wirtschaft, der Industrie und der Gewerkschaften, 20 bis 25 % Studenten und 10 bis 15 % nicht-wissenschaftliches Personal.

Darüberhinaus sieht die 'Loi Savary' mehrere überregionale Gremien mit beratender Funktion vor, und zwar auf der Ebene der Départements (Art. 62), der Regionen (Art. 63) und auf gesamtstaatlicher Ebene, wo der bisher schon bestehende Nationalrat für Hochschulen und Forschung (Conseil National de l'Enseignement supérieur et de la Recherche - C.N.E.S.R.) Universitätsplanung betreibt und die Forschung sowie das Prüfungswesen koordiniert (Art. 64). Gesetzlich verankert ist nunmehr auch die 1971 durch Rechtsverordnung ins Leben gerufene Konferenz der Hochschulpräsidenten, vergleichbar der Westdeutschen Rektorenkonferenz. In den beiden letztgenannten Gremien übt der Erziehungsminister den Vorsitz aus. Nach dem Regierungswechsel im Mai 1984 wurde das im Jahr 1976 neu gebildete Ministerium für die Universitäten aufgelöst, so daß jetzt wieder das Erziehungsministerium für den gesamten Bereich des Bildungswesens in Frankreich zuständig ist. Im Zuge der Regierungsumbildung im Juni 1984 wurde dann allerdings, offenbar auf den Druck der Universitäten hin, die ihre Interessen in dem wieder vereinigten Ressort nicht hinreichend vertreten sahen, ein eigenes Staatssekretariat für die Aufgaben der Universitäten eingerichtet, so daß sich neuerdings der Erziehungsminister auf einen Staatssekretär stützen kann, der ausschließlich für den Bereich der Universitäten zuständig ist. Neu ist auch ein (nationales) Komitee für die Bewertung des Hochschulwesens.

3 Aufbau des Studiums

Die postsekundäre Ausbildung in Frankreich verläuft je nach Hochschulart und Fachrichtung sehr unterschiedlich, wie das nachstehende Schema zeigt:

3.1 Erster Studienabschnitt

Der erste Studienabschnitt dient der allgemeinen Ausbildung und Orientierung und wird mit dem 'Diplôme d'Etudes Universitaires Générales' (D.E.U.G.), das etwa unserem Vordiplom entspricht, abgeschlossen. Das D.E.U.G. kann in den folgenden zehn Ausbildungsrichtungen, die sich in Fachrichtungen (sections) untergliedern, erworben werden: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Wirtschafts- und Sozialverwaltung, Literatur-, Sprachwissenschaften und Künste (allein dieser Studienabschluß ist in sieben verschiedenen Fachrichtungen möglich), Gesellschaftswissenschaften (mit fünf Fachrichtungen), Naturwissenschaften, Angewandte Mathematik und Sozialwissenschaften, Sportwissenschaft, Theologie und Erziehungswissenschaft.¹²³

Das D.E.U.G. gilt zwar als vollwertiger berufsqualifizierender Abschluß, in der Praxis eröffnet er aber, wenn überhaupt, nur sehr geringe Aussichten auf eine dem Ausbildungsniveau entsprechende Beschäftigung.¹²⁴ Die Bedeutung des D.E.U.G. liegt daher in seiner Funktion als Zugangsvoraussetzung für das universitäre¹²⁵ Hauptstudium, eine Hürde, an der ein hoher Prozentsatz der Studenten scheitert, denn beinahe die Hälfte der Studenten ist gegenwärtig gezwungen, die Universität noch während des ersten Studienabschnittes ohne Diplom zu verlassen.

Diese erschreckende Bilanz veranlaßt die sozialistische Regierung, die Reform des ersten Zyklus in den Mittelpunkt ihrer Hochschulpolitik zu stellen. Orientierung (orientation) und Professionalisierung (professionalisation) sind die Schlagworte dieser Reform. Durch eine Intensivierung der Beratungs- und Orientierungshilfen soll den hohen Studienabbruchsquoten und dem teuren Studienfachwechsel wirksam ent-

123 Der Abschluß des 'D.E.U.G. Mention Enseignement du Premier Degré' wird für die zukünftigen Grundschullehrer, die bereits ein Jahr an einer 'Ecole Normale d'Instituteurs' absolviert haben, angeboten.

124 S. hierzu Kap.II, S. 81.

125 Oder auch für eine andere Hochschulausbildung, so besteht die Möglichkeit des Übertritts in das sog. 'Année Spéciale' an der I.U.T.

gegengesteuert werden. Künftig werden die ersten beiden Studienjahre in vier Semester aufgeteilt, wobei das erste ausschließlich der Information und Orientierung der Studienanfänger dienen soll. In den ersten Oktobertagen des Studienjahres 1984/85 fand für ca. 60.000 Studienanfänger (dies entspricht rund einem Drittel der neu eingeschriebenen Studenten) erstmals eine eingehende Studieneingangsberatung im Rahmen von Einführungs- und Orientierungsveranstaltungen statt, die sich von einer allgemeinen Information über Organisation und innere Struktur der Universität bis hin zu einem Vertrautmachen mit den Bibliotheken und anderen Hochschuleinrichtungen erstreckte. Nach diesen Einführungsveranstaltungen beginnt die eigentliche fachliche Beratung der Studenten mit einer Einführung in das gewählte Studienfach und in die fachspezifischen Lern- und Arbeitstechniken, mit einer Information über den Studienaufbau, über die Bildung von Studienschwerpunkten, etc. An einigen Universitäten, wie z.B. Rennes, erstreckt sich diese Studienberatung während des ersten Semesters nicht nur auf das gewählte Studienfach, sondern auch auf einen alternativ zu bestimmenden Studiengang. Gegen Ende des ersten Semesters treffen die Studenten dann zusammen mit ihren Beratungslehrern die Entscheidung über den weiteren Werdegang.¹²⁶ Neben dieser fachlichen Beratungstätigkeit sind arbeitsmarktbezogene Informationsveranstaltungen geplant, die sich unter anderem auf mögliche Berufseinkünfte und berufliche Einsatzmöglichkeiten, auf die Arbeitsmarktlage und auf sich abzeichnende Entwicklungen in einzelnen Berufsbereichen beziehen.

An anderen Universitäten ist der erste Studienabschnitt um Studienfachrichtungen erweitert worden, von denen erwartet wird, daß sie gute Berufschancen eröffnen, wie Informatik - Elektronik in Grenoble I, Biochemie in Tours, Informatik - Sprachwissenschaften in Paris VIII, Archäologie in Lyon II, Ethnologie in Paris X, etc.¹²⁷

126 Vgl. Le Monde de l'Education 1984, S. 24.

127 Ebd.

Darüber hinaus wurde ein neuer berufsqualifizierender Abschluß, das 'Diplôme d'Etudes Universitaires Scientifiques et Techniques' (D.E.U.S.T.) mit dem Bildungsauftrag geschaffen, technische Führungskräfte für eng spezialisierte Berufsfelder bzw. -nischen auszubilden, für die von Seiten der Unternehmer und der Verwaltung ein Bedarf angemeldet wurde. Die Studieninhalte dieser neuen zweijährigen Kurzstudiengänge werden von den Universitäten in Zusammenarbeit mit den potentiellen lokalen Beschäftigern ausgearbeitet und eng auf die künftigen beruflichen Einsatzgebiete zugeschnitten. In Aix-Marseille II soll ein solcher neuer Kurzstudiengang für die Ausbildung von Angestellten bei den Gebietskörperschaften, in Paris XI einer für Biotechnologien, in Poitiers ein Kurzstudiengang für Sportmanagement und in Clermont-Ferrand II ein Studiengang "Rehabilitation von Behinderten" eingerichtet werden.¹²⁸

3.2 Zweiter Studienabschnitt

Der zweite Studienabschnitt umfaßt das eigentliche Fachstudium und dient der Vertiefung der im ersten Zyklus vermittelten wissenschaftlichen Grundausbildung. Seit der Reform des zweiten Zyklus durch Erlaß vom 16. Januar 1976 stellt jedes Studienjahr der zweiten Studienstufe eine selbständige Einheit dar und wird mit einem staatlichen Diplom abgeschlossen. Nach einem Hauptstudium von einem Jahr (= 3. Studienjahr) wird der traditionelle Studienabschluß der 'Licence' (licentia docendi) vergeben, der sowohl zum Eintritt in das Berufsleben als auch zur Fortsetzung des Studiums befähigt, welches nach einem weiteren Jahr (= 4. Studienjahr) mit der 'Maîtrise' abgeschlossen wird.

Nach diesem streng gegliederten Qualifikationsaufbau: D.E.U.G.-Licence oder D.E.U.G.-Licence-Maîtrise vollzieht sich beispielsweise auch die Ausbildung der französischen

128 Ebd.

Lehrer für den Sekundarschulbereich. Die meisten Sekundarschullehrer streben den Status eines 'Professeur Certifié de l'Enseignement secondaire' an, der den Nachweis des D.E.U.G. und der Licence voraussetzt. Im Anschluß an dieses dreijährige Studium bereiten sich die Lehramtsstudenten dann ein weiteres Jahr entweder auf den nationalen 'Concours C.A.P.E.S.' (Certificat d'aptitude au Professorat de l'Enseignement de Second Degré) oder 'C.A.P.E.T.' (Certificat d'aptitude au Professorat de l'Enseignement Technique) vor. Beides sind theoretische Prüfungen, die einen schriftlichen und mündlichen Teil umfassen. D.E.U.G. und Licence sind, wie erwähnt, staatliche Diplome, C.A.P.E.S. und C.A.P.E.T. dagegen nationale Wettbewerbsprüfungen nach Ranglisten, bei denen die Zahl der erfolgreichen Kandidaten der Zahl der zu besetzenden Planstellen entspricht, mithin von vornherein feststeht. Ein Kandidat, der eine der beiden Wettbewerbsprüfungen bestanden hat, hat Anspruch auf eine Stelle als 'Professeur stagiaire' an einer höheren Schule, wo er ein weiteres Jahr praktischer Ausbildung, eine Art Referendanzzeit, absolviert, die mit der pädagogischen Prüfung abgeschlossen wird. In Frankreich kann somit bereits nach einer insgesamt fünfjährigen Ausbildung nach dem Abitur die Anstellung als Gymnasiallehrer für die Sekundarstufe I und II erreicht werden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, den im Sekundarschulbereich höchsten Qualifikationsgrad des 'Professeur Agrégé' anzustreben, der in der Hierarchie der französischen Lehrerschaft ganz oben steht und mit verschiedenen Privilegien, wie etwa einem geringeren Stundendeputat, verbunden ist. Voraussetzung hierfür ist ein vierjähriges Universitätsstudium mit den sukzessiven Abschlüssen D.E.U.G.-Licence-Maîtrise oder ein mindestens dreijähriges Studium an einer 'Ecole Normale Supérieure' (E.N.S.)¹²⁹. Daran schließt sich eine intensive Vorbereitung von mindestens einem Jahr in speziellen Kursen an einer Universität oder einer E.N.S. auf den äußerst schwierigen 'Concours' der 'Agrégation', bei dem die Erfolgsquoten selbst für französi-

129 Siehe hierzu Kap. V S. 178 ff.

sche Verhältnisse extrem niedrig liegt (9,8 % im Prüfungsjahr 1982).¹³⁰ Nach der 'Agrégation' ist ebenfalls eine einjährige praktische Ausbildung vorgesehen, jedoch ohne Abschlußprüfung.

3.3 Dritter Studienabschnitt

Der dritte Studienabschnitt bietet wissenschaftlich besonders qualifizierten Inhabern des Diploms der 'Maîtrise' die Gelegenheit zu einem Vertiefungs- und/oder Forschungsstudium, wie sie nunmehr im Zuge der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes auch an den bundesdeutschen Universitäten durch die Einrichtung von Postgraduierten-Studien für besonders befähigte Studenten geschaffen werden soll. Die Studiendauer dieses dritten und letzten Abschnitts des universitären Studiums in Frankreich ist von unterschiedlicher Länge, je nachdem welchen Qualifikationsgrad (D.E.A., D.E.S.S., Doctorat de Troisième Cycle, Diplôme de Docteur Ingénieur, Doctorat d'Etat) der Student anstrebt.

Nach einjähriger Studiendauer unmittelbar im Anschluß an das mit der Maîtrise abgeschlossene Hauptstudium kann entweder das D.E.S.S. (Diplôme d'Etudes Supérieures Spécialisées), ein berufsorientierter Studienabschluß mit hohem Spezialisierungsgrad, oder aber das D.E.A. (Diplôme d'Etudes Approfondies) erworben werden, das eine Art Zwischenprüfungsnachweis über die Befähigung zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten in einem Spezialgebiet darstellt, und zugleich Zulassungsvoraussetzung für die Erlangung des 'Doctorat de Troisième Cycle' ist.¹³¹ Dieser Grad wird nach einem weiteren zweijährigen Promotionsstudium in einem Spezialgebiet und der Anfertigung einer selbständigen wissenschaftlichen Arbeit, der 'Thèse' verliehen, die öffentlich vor einer 5-

¹³⁰ Von insgesamt 12.727 Prüfungsteilnehmern waren nur 1.251 erfolgreich; vgl. Ministère de l'Education Nationale: L'Education Nationale en chiffres. Année Scolaire 1981-1982. Oktober 1983, S. 36/37.

¹³¹ Die Zahl derjenigen Studenten, die die Universitäten bereits nach dem Abschluß des D.E.A. verlassen und ihr Studienziel in dem Nachweis der Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit als erreicht ansehen, ist allerdings im Steigen begriffen.

köpfigen Jury aus Hochschullehrern oder auch externen Persönlichkeiten mit entsprechender wissenschaftlicher Qualifikation zu verteidigen ist (sog. Soutenance). Hierbei handelt es sich bereits um eine eigenständige wissenschaftliche Arbeit und nicht mehr, wie im Falle des D.E.A. um die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden (bei uns häufig mit der Formel vom "forschenden Lernen" umschrieben). Zur finanziellen Förderung von Promotionen vergibt der Staat ca. 1.500 Stipendien, die mit 2.000 FF pro Monat über eine Laufzeit von 2 Jahren dotiert sind.

Diejenigen Doktoranden, die sich zum Hochschullehrer oder zum Forscher berufen fühlen, bereiten sich nach Abschluß des Doktor-Examins des dritten Zyklus auf die wissenschaftliche Qualifikation des 'Doctorat d'Etat' vor; in bestimmten Fällen kann das Staatsdoktorat aber auch unmittelbar im Anschluß an das D.E.A. oder das D.E.S.S. erworben werden. Das Staatsdoktorat ist der deutschen Habilitation gleichwertig und ebenso wie diese Einstellungsvoraussetzung für Professoren. Die Verleihung des Staatsdoktorats erfordert notwendig die selbständige Erarbeitung objektiv neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sei es im Rahmen einer umfangreichen wissenschaftlichen Arbeit, der 'Thèse', für deren Anfertigung in der Regel zwischen fünf und zehn Jahren benötigt werden und die der Habilitand ebenfalls öffentlich vor einer Jury verteidigen muß, oder auch in einer Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen in international anerkannten Fachpublikationen.

Prinzipiell besteht für den habilitierten Nachwuchswissenschaftler entweder die Möglichkeit, die Hochschullehrerlaufbahn einzuschlagen oder eine Karriere als Forscher im außeruniversitären Bereich anzustreben.¹³² Immer mehr junge Nachwuchswissenschaftler wählen den letzteren Weg, weil sie, ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland, an den Universitäten infolge der verzerrten Altersstruktur des Lehrkör-

¹³² Vgl. hierzu VII. Kap, S. 218.

pers keine freiwerdenden Stellen vorfinden. Ähnlich dem Prinzip des sog. Fiebiger-Planes zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, beabsichtigt auch die französische Regierung, jährlich eine größere Zahl von neuen Professuren zu schaffen.

Schließlich ist noch das D.D.I. (Diplôme de Docteur-Ingénieur) zu erwähnen, das nach einem forschungsorientierten dreijährigen Postgraduierten-Studium in einem technischen oder naturwissenschaftlichen Spezialgebiet verliehen wird und vom Niveau her dem 'Doctorat de Troisième Cycle' vergleichbar ist. Seit 1974 wird auch den 'Grandes Ecoles' auf Antrag das Recht zur Verleihung dieses Titels vom Erziehungsminister zuerkannt.

Gegenwärtig ist in Frankreich eine Reform des dritten Studienabschnittes in Vorbereitung, dessen Ziele in Art. 16 Abs. 1 des neuen Hochschulgesetzes mit der Formulierung "Ausbildung für und durch die Forschung" (Formation à la recherche et par la recherche) umschrieben werden. Dahinter steht das Bemühen der Regierung Mitterand, durch eine aktive, innovationsorientierte Wissenschafts- und Technologiepolitik die Position Frankreichs im internationalen Wettbewerb zu stärken. Damit zukunftsfrüchtige Innovationen gelingen und Frankreich die Herausforderungen im internationalen und technologischen Wettstreit annehmen kann, will die Regierung nicht nur das Forschungs- und Entwicklungs-Budget deutlich anheben und dem internationalen Niveau angleichen,¹³³ sondern ihr Augenmerk auch verstärkt auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses lenken. Nach den ehrgeizigen Plänen des neuen Erziehungsministers Jean-Pierre Chevènement soll künftig jeder Studienanfänger das Ziel anstreben, sein Studium mit einem Doktorgrad abzuschließen.¹³⁴ Wenn man allerdings weiß, daß die Zahl der

133 Näheres hierzu in Kap. VII, S. 223.
134 Vgl. 'Paroils de Chefs'. In: Le Monde de l'Education, November 1984, S. 25.

Abschlüsse im dritten Studienabschnitt in den letzten zehn Jahren in Frankreich - wie übrigens auch die Zahl der bestandenen Doktorprüfungen in Deutschland¹³⁵ - keineswegs proportional zur Zahl der Studenten gestiegen ist, so stellt sich unwillkürlich die Frage nach dem vorhandenen bzw. zukünftigen Ausbildungspotential. Denn wenn auch die genaue Zahl der möglichen Promotionsabschlüsse im dritten Studienabschnitt nicht bekannt ist und die einschlägigen Statistiken hierüber sehr unterschiedliche Angaben liefern, läßt sich doch einigermaßen verläßlich feststellen, daß die Zahlen der D.E.A.- und der Doktorabschlüsse im Jahr 1970 höher waren als heute; die Zahl der Staatsdoktorate stieg demgegenüber von 661 im Jahr 1958 auf 1.072 im Jahr 1966 und 1.797 im Jahr 1977.

Aus der nachfolgenden Übersicht über die in den Jahren 1980 und 1982 verliehenen Doktorabschlüsse im 3. Studienabschnitt, differenziert nach Fächergruppen, lassen sich einige interessante Feststellungen treffen: Etwa ein Drittel der Doktoranden, die nach dem ersten Studienjahr ein 'Diplôme d'Etudes Approfondies' (D.E.A.) erworben haben, erlangt nach einem mindestens dreijährigen forschungs- und wissenschaftsorientierten Studium den akademischen Grad des 'Doctorat de Troisième Cycle', und davon gelingt es wiederum nur noch einem Drittel des wissenschaftlichen Nachwuchses, sich nach

135 Während die Zahl der Studenten an den Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland von 836.000 im Jahr 1975 auf 1.273,2 Millionen im Jahr 1983 gestiegen ist, hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der bestandenen Doktorprüfungen lediglich von 11.400 auf 13.000 erhöht. Die Gesamtzahl der Habilitationen liegt seit 1976 bei etwa 1000 jährlich und ist in den einzelnen Fächern relativ konstant; mit 350 liegen die Human- und Veterinärmedizin an der Spitze.

einer mindestens fünfjährigen Vorbereitungszeit¹³⁶ zu habilitieren, d.h. den für eine Hochschullehrerlaufbahn qualifizierenden Abschluß des Staatsdoktorats zu erwerben. Etwa die Hälfte der Bewerber, die die wissenschaftliche Qualifikation des D.E.A. und des Doktorats des dritten Zyklus anstreben, sind Ausländer.

Die geplante Reform zielt daneben auf eine Vereinheitlichung und Neuregelung der akademischen Grade des dritten Studienabschnitts. Ferner soll die Autonomie der Universitäten in diesem Bereich gestärkt werden. Statt der bisher unter dem Aspekt der internationalen Vergleichbarkeit verwirrenden Vielfalt der Doktorgrade soll es künftig nur noch zwei Qualifikationsgrade mit deutlich unterschiedlichem Niveau, den Doktorgrad und die Habilitation, geben. Der Doktorgrad soll nach einem drei- bis fünfjährigen Studium (einschließlich der D.E.A.-Prüfung) verliehen werden und die Befähigung zur wissenschaftlichen Forschung bescheinigen. Hinsichtlich des Qualifikationsniveaus soll dieser Abschluß mit dem in anderen westlichen Ländern verliehenen Doktorgrad vergleichbar sein und damit zum Abbau der gegenwärtigen Anerkennungs-schwierigkeiten beitragen. Das Promotionsstudium soll wie bisher mit einer einjährigen Ausbildung beginnen, in der der Kandidat theoretisch, methodisch und praktisch in das forschungs- und wissenschaftsorientierte Arbeiten eingeführt wird und mit dem D.E.A. abschließen. Daran anschließend erfolgt die Anfertigung der Doktorarbeit (Thèse), die nach einer erfolgreichen Verteidigung vor einer fünfköpfigen Jury zur Verleihung des Doktorgrades führt. Der

¹³⁶ Hochschulabsolventen, die habilitieren wollen, benötigen in der Regel eine längere Vorbereitungszeit von bis zu 10 Jahren, weil sie neben der Habilitation noch eine Lehrverpflichtung von sechs Wochenstunden zu erbringen haben; nach den bestehenden Vorschriften könnte zwar ein Hochschulassistent, der nach einem Zeitraum von fünf Jahren das Qualifikationsziel der Habilitation nicht erreicht hat, mit einer höheren Lehrverpflichtung belastet werden; von diesen Vorschriften wurde jedoch, soweit bekannt, bislang nicht Gebrauch gemacht.

Tab. 12: Studienabschlüsse im dritten universitären Studienabschnitt nach Fächergruppen (ohne Medizin)
Frankreich 1980 und 1982

Doktorprüfungen	Naturwissensch.			Geisteswissensch.			Recht u. Pol.-wis.			Wirtschaftswiss.			Insgesamt
	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982	
D.E.A.	4.516	5.653	5.069	5.058	2.126	2.162	1.397	1.292	13.008	14.165			
Doktorat 3e cycle	2.094	2.907	1.971	1.809	282	262	577	457	4.394	5.425			
Doktorat d'Etat	1.469	1.009	336	290	274	216	108	102	1.660	1.617			
D.E.S.S.		293		1.819		1.393			2.874	6.327			
Diplôme de Doctor-Ingenieur		662							662	651			
Insgesamt											20.694	28.265	

Quellen:

für 1980 (D.E.A.): La France en 1981, a.a.O., S. 332
für 1980 (übrige Abschlüsse): Ministère de l'Éducation nationale. Statistiques des enseignements, N° 6.3.
Les examens et les diplômes dans les universités. Année scolaire 1980/1981. 1982, S. 4.
für 1982: Ministère de l'Éducation nationale, Répères et références statistiques sur les enseignements et la formation, 1984, S. 203.

neue einheitliche Doktorgrad wird zwar ein staatlicher Grad sein, abweichend von der bisherigen Regelung soll jedoch künftig die Befugnis zur Verleihung dieses Grades allein Sache der Hochschule sein. Sie wird künftig berechtigt sein, den Abschluß in eigener Verantwortung und ohne zeitliche Begrenzung zu verleihen, was einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung ihrer Autonomie in diesem Bereich bedeutet. Hinsichtlich des Abschlusses des D.E.A. soll es allerdings bei der derzeitigen Rechtslage bleiben, wonach das Recht der Verleihung sämtlicher staatlicher Grade unabhängig vom Qualifikationsniveau und vom jeweiligen Studiengang an den Universitäten, vom Erziehungsministerium einzeln und für jeweils fünf Jahre nach Prüfung der Studieninhalte, der Studentenzahlen und der Lehrkapazität zugestanden wird (sog. habilitation). Dieses Verfahren bedeutete bislang rechtlich wie tatsächlich eine starke Schwächung der Autonomie der Universitäten.

Der zweite, nach künftigen Recht berufsqualifizierende wissenschaftliche Abschluß des dritten Studienabschnittes soll auf einem noch höheren Niveau als das bisherige Staatsdoktorat angesiedelt werden. Er soll die Befähigung zur Leitung von Forschungsaufgaben nachweisen und damit die Chance für die Berufung zum Professor oder zum Forschungsdirektor eröffnen.

Ab welchem Zeitpunkt diese neuen Grade des dritten Studienabschnittes verliehen werden, hängt vom Inkrafttreten der hierfür notwendigen Ausführungsbestimmungen ab. Die neuen Regelungen für die Verleihung des D.E.A. sollen im Studienjahr 1985-86 erstmals zur Anwendung gelangen.

3.4 Studiendauer und Alter der französischen Studenten

Die strenge Gliederung des universitären Studiums in drei Abschnitte, die jeweils mit Prüfungen abschließen, für die nur eng begrenzte Wiederholungsmöglichkeiten bestehen, dürfte die Erklärung dafür sein, daß in Frankreich das Problem des Langzeitstudiums eine wesentlich geringere Rolle spielt

als hierzulande, wo im Laufe der letzten Jahre die Studiendauer stetig gestiegen ist. Aus diesem Grunde sind für Frankreich auch keine neueren Angaben zur durchschnittlichen Studiendauer erhältlich. Es existieren jedoch Daten über das Durchschnittsalter der Studenten an französischen Universitäten, das mit 23,9 Jahren deutlich unter dem der deutschen Studenten liegt.

Tab. 13 A: Durchschnittliches Alter der Studenten in Frankreich an Universitäten nach Geschlecht und Studienabschnitt (Franzosen und Ausländer)

	1 ^{er} cycle (1. Studienabschnitt)	2 ^e cycle (2. Studienabschnitt)	'Concours'	3 ^e cycle (3. Studienabschnitt)	Insgesamt
Männer	21,3	25,0	26,5	30,4	24,4
Frauen	21,1	24,5	26,0	29,1	23,3
Insgesamt	21,1	24,8	26,2	29,9	23,9

Quelle: Repères et références statistiques sur les enseignements et la formation. Ministère de l'Éducation Nationale, Service de l'informatique de gestion et des statistiques, sous-direction des enquêtes statistiques et des études. 1984, S. 171.

Ein Vergleich der Altersstruktur der französischen Studenten mit der ihrer ausländischen Kommilitonen bestätigt, daß das Problem der Überalterung der Studenten ein überwiegend "außerfranzösisches" Phänomen ist.

Tab. 13 B: Vergleich des durchschnittlichen Alters französischer und ausländischer Studenten an französischen Universitäten nach Geschlecht und Studienabschnitten

	1 ^{er} cycle (1. Studienabschnitt)	2 ^e cycle (2. Studienabschnitt)	'Concours'	3 ^e cycle (3. Studienabschnitt)	Insgesamt
französische Studenten:					
Männer	20,8	24,6	26,4	30,2	23,8
Frauen	20,9	24,3	26,0	28,9	23,1
Insgesamt	20,9	24,4	26,2	29,6	23,4
ausländische Studenten:					
Männer	23,9	27,4	29,8	30,7	27,3
Frauen	22,8	26,2	28,1	30,1	25,6
Insgesamt	23,5	27,0	29,2	30,6	26,8

Quelle: siehe Tab. 13 A

Dies wird auch aus der nachfolgenden Übersicht deutlich, derzufolge vier Fünftel der französischen Studenten (männlich und weiblich) 26 Jahre und jünger sind, während sich von den ausländischen Studenten nur etwas mehr als die Hälfte in dieser Altersgruppe befinden.

Tab. 13 C: Verteilung der Studenten an französischen Universitäten nach Altersklassen in %

	20 Jahre und weniger	23 Jahre und weniger	26 Jahre und weniger	29 Jahre und weniger
Franzosen	36,7	66,1	80,6	87,9
Ausländer	12,7	33,4	55,5	74,3
Insgesamt	35,3	61,7	77,3	86,1

Quelle: siehe Tab. 13 A

Allerdings muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß in Frankreich das Abitur häufig bereits mit 18 Jahren abgelegt wird. 36 % der französischen Studienanfänger sind zum Zeitpunkt der Aufnahme des Studiums 18 Jahre, in der Bundesrepublik Deutschland sind dies nur 1,4 %.

137 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.). Grund- und Strukturdaten 1984/85, S. 142.

3.5 Besonderheiten einzelner Studiengänge

Eine Reihe von Studiengängen weicht von dem oben dargestellten Schema hinsichtlich Aufbau und Dauer des Studiums ab. Dies gilt beispielsweise für die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin, Biomedizin und Pharmazie. Das **Medizinstudium** weist mit acht Jahren und mehr die längste Studiendauer auf. Die Besonderheit dieses Studienganges liegt in dem 1971 eingeführten und 1979 im Zuge der Reformierung des Medizinstudiums verschärften hochselektiven Auswahlverfahren (sog. *sélection sur classement*) am Ende des ersten Studienjahres des ersten Studienabschnitts (*Premier Cyle d'Etudes Médicales* - P.C.E.M.1). Hierbei handelt es sich um eine Art Zwischenprüfung mit typisch französischem *'Concours'*-Charakter, d.h. Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist nicht allein das Bestehen der Prüfung, sondern auch die Platzierung des Kandidaten. Nur etwa einem Viertel der Studenten gelingt es, zum Weiterstudium in das zweite Studienjahr des ersten Studienabschnitts (P.C.E.M.2) zugelassen zu werden.¹³⁸

Diese in Frankreich praktizierte Form der Zulassungsregelung hat ihre Vor- und Nachteile. Ein Vorzug des französischen Systems der Verlagerung des *Numerus clausus* in den 1. Studienabschnitt liegt darin, daß zunächst jeder Bewerber eine Studienchance erhält und ihm eine begrenzte Probezeit zugestanden wird, in der er seine Fähigkeiten bzw. seine Eignung zum Medizinstudium unter Beweis stellen kann, während in der Bundesrepublik von vornherein vier Fünftel der Bewerber um einen Studienplatz in Medizin abgewiesen werden.¹³⁹ Allerdings zielen die Studieninhalte des ersten Studienjahres in Frankreich, nicht anders als bei uns, nur auf die Aneignung

138 Vgl. Schwartz, L., *L'Enseignement Supérieur à l'Université*. In: Bilanz der französischen Regierung über die Situation Frankreichs im Mai 1981, S. 254.
139 Nur jeder fünfte Bewerber für das Studium der Human-, Zahn- oder Tiermedizin wurde für das Wintersemester 1984/85 zugelassen, und zwar 9.300 von insgesamt 49.000 (vgl. DÜZ, Heft 19/1984, S. 7).

von naturwissenschaftlichen Grundkenntnissen in Mathematik, Physik und Chemie. Die hier erbrachten Leistungen vermögen aber nur wenig über die Befähigung eines Studenten zur Ausübung eines medizinischen Berufes auszusagen. Der Nachteil des Numerus clausus an dieser Stelle dürfte darin liegen, daß drei Viertel der jährlichen Studienanfänger nach ein oder - im Fall der einmal möglichen Wiederholung der Prüfung - zwei Jahren intensiven Lernens aus dem Studiengang geworfen werden und auf diese Weise ein oder zwei harte Studienjahre nutzlos verfallen sind.

Die verbleibenden 25 %, die zum Weiterstudium zugelassen wurden, beschließen den ersten Studienabschnitt mit einem 'Diplôme de fin de premier cycle des études médicales' und gelangen dann in den zweiten Studienabschnitt, den 'Deuxième Cycle d'Etudes Médicales' (D.C.E.M.), der sich über vier Jahre erstreckt (D.C.E.M. 1,2,3 und 4) und ebenfalls in zwei Teilschnitte untergliedert ist.¹⁴⁰ Im dritten Studienabschnitt (Troisième Cycle) ist entweder die Möglichkeit der Ausbildung zum Allgemeinmediziner, genannt 'Résident', oder zum Facharzt (sog. Internat) gegeben. Die 'Résident'-Ausbildung dauert zwei Jahre und umfaßt neben der klinischen Tätigkeit einen theoretischen Unterricht an der Universität sowie die Abfassung der Doktorarbeit (Thèse), die zur Erlangung des 'Diplôme de Docteur d'Etat en Médecine' führt.¹⁴¹ Zugangsvoraussetzung zur Facharztausbildung ist das Bestehen einer Wettbewerbsprüfung (Concours d'Internat), die aufgrund eines Erlasses vom 20. November 1980 nicht mehr einheitlich für ganz Frankreich, sondern dezentral in acht "Super-Regionen" abgehalten wird. Durch die Ausbildung zum Facharzt wird das medizinische Studium, je nach Fachgebiet, um etwa zwei Jahre verlängert.

¹⁴⁰ Vgl. DAAD, Studienführer Frankreich, 1982, S. 79.

¹⁴¹ Hinsichtlich des Qualifikationsniveaus ist dieser berufsqualifizierende akademische Grad keinesfalls mit dem eigentlichen Staatsdoktorat vergleichbar, was bereits an der Zahl der Abschlüsse erkennbar ist. 8.392 solcher Doktoratsverfahren wurden 1982 in Humanmedizin abgeschlossen, gegenüber 29, die im gleichen Zeitraum zum Erwerb des 'Doctorat d'Etat' führten (vgl. Ministère de l'Education nationale. In: Repères et références statistiques sur les enseignements et la formation, S. 203).

Auch die ingenieurwissenschaftliche Ausbildung weicht hinsichtlich der Gliederung und Dauer des Studiums deutlich von dem oben beschriebenen Schema ab. Selbst wenn sie an den Universitäten stattfindet, was nur zu einem geringen Teil der Fall ist,¹⁴² ist sie von ihrer Struktur her eher dem Studium an den 'Grandes Ecoles' angeglichen, mit in den Studienablauf integrierten Praktika, Betriebsexkursionen und verschiedenen anderen praxisnahen Ausbildungsinhalten. Neben dem hohen Bedarf an diplomierten Ingenieuren dürfte dies auch der Grund dafür sein, daß Absolventen dieses universitären Studienganges kaum von Arbeitslosigkeit betroffen sind.¹⁴³ Die Studiendauer beträgt fünf bzw. für Bewerber mit dem Nachweis des D.E.U.G. oder des D.U.T. in entsprechenden Fachrichtungen drei Jahre. Das Studium, das mit dem 'Diplôme d'Ingenieur' abgeschlossen wird, steht auch an den Universitäten nicht allen Bewerbern offen. Die Studienbewerber werden von den Universitäten nach Prüfung eines über den bisherigen Ausbildungsgang vorzulegenden 'dossier' ausgewählt.

Die Ingenieurausbildung an den insgesamt 38 'Ecoles Nationales Supérieures d'Ingenieurs' (E.N.S.I.)¹⁴⁴ dauert drei Jahre. Zugangsvoraussetzung ist hier allerdings der an den 'Ecoles' übliche 'Concours', dem eine zweijährige Spezialausbildung in Mathematik (sog. 'Maths spé') vorausgeht. Darüberhinaus hält jede Ingenieurhochschule etwa ein Dutzend Studienplätze aus ihrem Kontingent frei für Absolventen des ersten universitären Studienabschnittes mit dem Nachweis des

¹⁴² Das Studium der Ingenieurwissenschaften ist derzeit an folgenden Universitäten möglich: Paris VI, VII, XI, XII, XIII, Aix-Marseille II, Bordeaux I, Brest, Caen, Clermont-Ferrand II, Le Mans, Lille I, Montpellier II, Orléans, Poitiers, Rennes I, Rouen, Strasbourg I, Toulouse III. Nur fünf von ihnen können allerdings das von der 'Commission des Titres d'Ingenieur' genehmigte 'Diplôme d'Ingenieur' verleihen.

¹⁴³ Vgl. Schwartz, L., L'Enseignement supérieur à l'université. In: Bilan der französischen Regierung über die Situation Frankreichs im Mai 1981, S. 263.

¹⁴⁴ S. hierzu S. 91.

'D.E.U.G. A' (Fachrichtung Mathematik, Physik oder Chemie) und für Inhaber des 'D.U.T.', die je nach Ingenieurhochschule entweder aufgrund eines Auswahlgesprächs oder vorheriger Prüfung der 'dossiers' der Kandidaten oder auch nach bestandener Eingangsprüfung zugelassen werden. Die Ausbildung an den 'E.N.S.I.' konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Gebiete Mechanik, Elektrotechnik, Elektronik und Chemie. Diese Schwerpunktbildung war für die E.N.S.I. lebensnotwendig, um gegenüber den 'Grandes Ecoles' bestehen zu können. Den in diesen Bereichen spezialisierten Absolventen ist es auch tatsächlich geglückt, sich auf dem Arbeitsmarkt gegenüber den im Urteil der Beschäftigten eher als Generalisten geltenden Nachwuchsingenieuren der 'Grandes Ecoles' durchzusetzen. Die durchwegs positiven Beschäftigungsmöglichkeiten führten in den letzten Jahren zu einer starken Expansion der Studenten- und Absolventenzahlen auf etwa 700 diplomierte Ingenieure im Jahr 1985, ein Effekt, der in Frankreich angesichts des herrschenden Mangels an qualifizierten Ingenieuren und generell an technisch vorgebildeten Arbeitskräften höchst erwünscht ist.

Für die Ausbildung zum höheren Techniker werden an den bereits erwähnten I.U.T. und S.T.S.¹⁴⁵ Kurzstudiengänge von zweijähriger Dauer nach dem Abitur angeboten. Diese Kurzstudiengänge unterscheiden sich vom universitären Langstudium durch ihren stärkeren Praxisbezug, durch einen strengen, methodisch eher am schulischen Unterricht orientierten Lehrbetrieb mit Anwesenheitspflicht und laufenden Leistungskontrollen. Charakteristisch für den Unterricht, der durchschnittlich 32 Wochenstunden (gegenüber 20 Wochenstunden an den Universitäten) umfaßt, sind sog. 'Travaux pratiques', praktische Übungen also, durch die der Student unter Anleitung von Berufspraktikern aus der Privatwirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung möglichst umfassend auf die ihn in der beruflichen Praxis erwartenden Probleme

¹⁴⁵ Vgl. S. 89 ff.

vorbereitet werden soll. Obligatorisch ist ferner eine praktische Ausbildung (sog. stages) von sechs- bis achtwöchiger Dauer in einschlägigen Betrieben, die an den S.T.S. zum Ende des ersten Studienjahres, an den I.U.T. nach dem zweiten Studienjahr abgeleistet werden muß. Die praktische Tätigkeit wird benotet und geht zusammen mit den Ergebnissen der laufenden Leistungskontrollen in die Abschlusnote mit ein; eine eigene Abschlußprüfung findet nicht statt. Allerdings wird der Übergang in das zweite Studienjahr vom Studienerefolg im ersten Jahr abhängig gemacht, wobei eine einmalige Wiederholung eines Studienjahres erlaubt ist.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist es den Absolventen dieser Kurzstudiengänge gestattet, in das erste Studienjahr des zweiten Studienabschnittes an die Universitäten oder andere Einrichtungen des tertiären Sektors überzuwechseln. Von dieser Möglichkeit machen mittlerweile immer mehr Absolventen Gebrauch. Während 1974 nur 15 % der Absolventen eine Perspektive in der Fortsetzung ihres Studiums an einer Universität oder einer anderen Hochschuleinrichtung sahen, hat sich 1983 bereits jeder vierte Absolvent einer I.U.T. zu einem Weiterstudium entschlossen.¹⁴⁶

Schließlich wurden im Zuge der Reformierung des zweiten Zyklus neue Studiengänge eingerichtet, die im Gegensatz zu den klassischen akademischen Berufsbildern auf neue berufliche Tätigkeiten vorbereiten sollen und in zwei Jahren nach dem Erwerb des D.E.U.G. direkt, d.h. also ohne Zwischenschaltung der 'Licence', zum Abschluß der 'Maîtrise' führen.¹⁴⁷

¹⁴⁶ Vgl. Le Monde de l'Education, Januar 1983, S. 6.
In der Bundesrepublik Deutschland beginnen etwa 14 % der Fachhochschulabsolventen ein Universitätsstudium; vgl. Karasch, J., Die Zukunft sieht rosig aus. In: DÜZ 22/1984, S. 17).
¹⁴⁷ Vgl. Kap.VI, S. 201.

IV. Kapitel: Das Problemfeld des Hochschulzugangs

1 Entwicklung der Zulassungssituation in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich

Die Bestandsaufnahme in Kapitel II hat gezeigt, daß Frankreich und Deutschland zu den Ländern zählen, in denen in den letzten 20 Jahren die Studentenzahlen besonders rasch gestiegen sind. Die Regelung des Hochschulzugangs wurde damit zu einem zentralen hochschulpolitischen Problem beider Länder, das durch die sich immer deutlicher abzeichnenden Beschäftigungsrisiken von Hochschulabsolventen noch zusätzlich verschärft wurde. Die Kernfrage, die sich somit in Deutschland wie in Frankreich gleichermaßen stellte, war: Sollen die Studienbewerber weiterhin an den Universitäten unbegrenzt Aufnahme finden, oder soll der Studentenzustrom mittels selektiver Steuerungsmechanismen geregelt werden?

Beide Länder haben sich - im Grundsatz - für die Aufrechterhaltung des offenen Zugangs zu den Universitäten ausgesprochen.

1.1 Die Entwicklung der Zulassungssituation in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland wurden die bildungspolitischen Weichen für ein Offenhalten aller Bildungswege mit dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Sicherung der Ausbildungschancen vom 4. November 1977 gestellt. Dieser Beschluß zielte darauf ab, für die Zukunft "weitere Zulassungsbeschränkungen zu vermeiden und bestehende Beschränkungen so weit als möglich abzubauen", um auch den Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge eine Studienchance zu geben. Durch eine erschöpfende und möglichst flexible Nutzung der vorhandenen und der noch geplanten Ausbildungskapazitäten sowie durch besondere Zusatzmaßnahmen (Überlastquote) sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß das zentrale Auswahlverfahren auf wenige "harte"

Numerus-clausus-Fächer beschränkt bleibt. In den Studiengängen, in denen die Zahl der Studienbewerber ungefähr der Zahl der Studienplätze entspricht, soll lediglich ein vereinfachtes Ortsverteilungsverfahren ohne Auswahl der Bewerber mit Höchstzahlfestsetzung durchgeführt werden.¹⁴⁸

In den Folgejahren ist es, begünstigt durch einen nur noch schwachen Anstieg - in einzelnen Studiengängen sogar bereits Rückgang - der Bewerberzahlen auch tatsächlich gelungen, eine große Zahl von Studiengängen wie Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik wieder aus dem zentralen Vergabeverfahren der ZVS herauszunehmen und einzelne "harte" Numerus-clausus-Fächer in das Ortsverteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie zu überführen. Zu Beginn der 80er Jahre war jedoch wieder ein beachtlicher Anstieg der Studienanfängerzahlen zu beobachten, der im Studienjahr 1983/84 seinen Höhepunkt erreicht hat. Im Studienjahr 1984/85 hat der studentische Zustrom, sowohl in den wissenschaftlichen als auch in den Fachhochschulstudiengängen erstmals nachgelassen.

Nach wie vor ist jedoch der Andrang zu einzelnen Studiengängen so groß, daß die Studienbewerber oft erst nach längeren Wartezeiten eine Zulassungschance erhalten.

Besonders angespannt ist die Situation in den drei medizinischen Studiengängen Humanmedizin, Tiermedizin und Zahnmedizin. Ab dem Wintersemester 1986/87 soll für diese Studiengänge ein neues besonderes Auswahlverfahren durchgeführt werden. Dabei ist als ein Novum in der Geschichte der Hochschulzulassung in der Bundesrepublik Deutschland auch die Vergabe von Studienplätzen über ein Auswahlgespräch durch

¹⁴⁸ Vgl. Wissenschaftsrat, Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre, S. 28.

1.2 Die Entwicklung der Zulassungssituation in Frankreich

Die Frage der Gestaltung des Hochschulzugangs und des anschließenden ersten Studienabschnittes nimmt in der bildungspolitischen Diskussion in Frankreich traditionell einen breiten Raum ein. Die Auseinandersetzung ist geprägt durch zwei gegensätzliche Positionen, die gerade in der Diskussion um das neue Hochschulgesetz wieder in aller Schärfe zu Tage getreten sind. Auf der einen Seite stehen die uneingeschränkten Befürworter einer Selektion etwa in Form des Numerus clausus oder einer Studieneingangsprüfung oder auch eines Auswahlgesprächs, auf der anderen Seite deren strikte Gegner mit ihrer Forderung nach Aufrechterhaltung des traditionell freien Zugangs zu den Universitäten für alle studierwilligen Hochschulzugangsberechtigten. Es mag zunächst überraschen, daß sich beide Parteien zur Unterstützung ihrer Forderung auf ein und dasselbe bildungspolitische Leitprinzip, das der Demokratisierung des Bildungswesens (démocratisation de l'enseignement) berufen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich freilich, daß dieser Begriff sehr unterschiedlich interpretiert wird, je nachdem, welche Position vertreten wird.

Die Selektionisten verstehen unter einem demokratischen Bildungswesen ein Bildungssystem, das durch rechtliche

149 Durch das 2. Änderungsgesetz zum Hochschulrahmengesetz wurde das derzeit geltende Übergangsverfahren, das neben der Abiturnote und dem Testergebnis ein leistungsgesteuertes Losverfahren als Auswahlkriterium vorsieht, durch ein besonderes Auswahlverfahren ersetzt. Danach werden künftig 45 % der Studienplätze nach den Leistungen in der Hochschulzugangsberechtigung und dem Ergebnis des Testverfahrens, 10 % an die Testbesten, 15 % über ein von den Hochschulen in eigener Verantwortung durchzuführendes Auswahlverfahren (Auswahlgespräch) und 10 % nach Wartezeit vergeben; die verbleibenden Studienplätze sind für Vorabquoten bestimmt. Am Auswahlgespräch können nur die Bewerber einmal teilnehmen, die in den anderen Quoten (Testbeste, Abitur, Wartezeit) keine Zulassung erhalten haben.

Gleichstellung und finanzielle Unterstützung gleiche Startchancen für alle gewährleistet, um dann aufgrund von Leistung und Begabung und ohne Rücksicht auf die soziale Stellung der Eltern eine Auslese der Besten (sélection des meilleurs) zu treffen. Für sie sind also "Demokratie" und "Auslese" keine sich widersprechenden Begriffe, vielmehr ergänzen sich diese in einem demokratisch gestalteten Bildungssystem dergestalt, daß gleiche Ausgangsvoraussetzungen und Startchancen für einen strengen Wettbewerb geschaffen werden. Diese Auslegung des Begriffs der Demokratisierung des Bildungswesens geht zurück auf die im Jahre 1917 von den sogenannten 'Compagnons'¹⁵⁰ entwickelten grundlegenden Prinzipien für eine Neuordnung des gesamten französischen Bildungswesens. Danach besteht das Wesen eines demokratisch organisierten, den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Gleichheit Rechnung tragenden Schulwesens darin, daß es allen Begabten ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Ausgangslage offensteht.¹⁵¹

Die Antiselektionisten lehnen demgegenüber eine Leistungsauslese kategorisch ab und streben statt der 'sélection des meilleurs' eine 'promotion de tous' an. Sie bewegen sich damit ganz in der Tradition des sog. Langevin-Wallon-Plans aus dem Jahr 1948, der ähnliche Bedeutung erlangt hat, wie die Reformvorstellungen der 'Compagnons' in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Für sie bedeutet Demokratisierung des Bildungswesens nur dann Verwirklichung von Chancengleichheit, wenn allen Kindern die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden und allen der Zugang zu Bildung und Hochschulberechtigung eröffnet wird. Nach den Vorstellungen von Langevin und Wallon, die seinerzeit den Vorsitz einer

150 Die Compagnons waren eine Gruppe von jungen Offizieren, im Zivilleben Gymnasial- und Hochschullehrer, die sich ab 1917 im Hauptquartier des Generals Pétain zusammenschlossen und dort ihre Vorstellungen über eine Erneuerung des gesamten Bildungssystems, eine 'Université Nouvelle' (so auch der Titel ihres in zwei Bänden 1918 und 1919 erschienenen Hauptwerkes) entwickelten.

151 Vgl. Schriewer, J. (Hrsg.), Schulreform und Bildungspolitik in Frankreich, S. 18.

ministeriellen Untersuchungskommission innehatten, darf sich die Demokratisierung des Bildungswesens nicht auf dem Wege einer Selektion vollziehen, die die Höchstbegabten vom Volk entfernt, sondern nur durch eine kontinuierliche Anhebung des Bildungsstandes der Nation in ihrer Gesamtheit.¹⁵² Die Maxime einer 'promotion de tous' implizierte eine weite Öffnung der Bildungseinrichtungen, insbesondere der weiterführenden Sekundarschulen und der Universitäten, um auch traditionell bildungsferne Schichten zu erreichen und damit eine sozial ausgewogene Zusammensetzung der Schüler- und Studentenschaft zu gewährleisten.

Wichtige bildungspolitische Reformmaßnahmen in Frankreich, wie die Verlängerung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr im Jahr 1959 und die anschließenden Neugestaltungen der Sekundarstufen I und II gehen auf die Forderungen von Langevin und Wallon nach einer größtmöglichen und weitestgehenden Förderung aller zurück.

Die Kontroverse um die beiden hier kurz umrissenen Positionen beherrschte auch die Diskussionen um die beiden großen Hochschulreformen von 1968 und 1984. Dabei wurde grob verallgemeinert, wenn man die Position der Anti-Selektionisten der politischen Linken und die der Selektionisten der politischen Mitte oder Rechten zuweisen wollte.

2 Die Regelung des Hochschulzugangs durch das französische Hochschulgesetz von 1968

De Gaulle und auch sein Nachfolger Pompidou waren zwar erklärte Anhänger einer Auslese der Studierwilligen; gleichwohl trägt die von ihren Regierungen eingeschlagene Reformpolitik aufgrund besonderer politischer Sachzwänge stark anti-selektionistische Züge. Die von Alain Peyrefitte¹⁵³ initiierte Einführung eines Selektionsverfahrens für die

¹⁵² Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 41.

¹⁵³ Nachfolger von Christian Fouchet als Erziehungsminister.

Zulassung zu den Universitäten scheiterte am harten Widerstand der Studentenschaft. Der Plan Peyrefitte's, den Zugang zu den Universitäten zu kontrollieren, war ohne Zweifel mit ursächlich für den Ausbruch der Studentenrevolten im Mai 1968 und damit letztlich für das Ende der Ära De Gaulle. Die revoltierenden Studenten erhoben die freie Zulassung der Studienberechtigten zum Studium ihrer Wahl zu einer ihrer Hauptforderungen im Mai 1968, die aufgrund der un-nachgiebigen Haltung von Peyrefittes Nachfolger Edgar Faure innerhalb der Regierung und innerhalb seiner Partei (mit Rückendeckung De Gaulle's) in vollem Umfang berücksichtigt wurde. Das von Faure, einem entschiedenen Gegner der Selektion, vorgelegte Reformgesetz von 1968, die 'Loi d'orientation', enthält zwar nicht expressis verbis den Grundsatz des freien Zugangs zu den Universitäten; andererseits lassen der Wortlaut des Gesetzes und die Gesetzesmaterialien keinesfalls den Schluß zu, daß den Universitäten im Rahmen ihrer durch das neue Gesetz wesentlich erweiterten Autonomie die Kompetenz eingeräumt werden sollte, ihre Studenten selbst auszuwählen.

Bereits aus der Formulierung des Art. 1, der die grundlegenden Aufgaben der Universitäten bestimmt, wird die Absicht des Gesetzgebers erkennbar, den Zugang zu den Universitäten für weite Kreise der Bevölkerung zu öffnen.

"Die Universitäten sollen sich bemühen, die höheren Formen der Bildung und des Erkenntnisstrebens (les formes supérieures de la culture et de la recherche) dadurch, daß sie allen, die dazu berufen und befähigt sind, den Zugang zu ihnen verschaffen, auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen und ihren Fortschritt so weit wie möglich zu befördern (porter au meilleur de progrès),

heißt es dort in Absatz 1 Satz 1 und weiter in den Sätzen 3 und 4:

"Sie sollen dem Nachwuchsbedarf des Landes dienen, indem sie ihm Führungskräfte (cadres) auf allen Gebieten liefern und an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der einzel-

nen Regionen teilnehmen. Bei dieser Aufgabe müssen sie sich der demokratischen Entwicklung anpassen, die von der industriellen und technischen Revolution gefordert wird".¹⁵⁴

Insbesondere die starke Betonung des Prinzips der Orientierung (orientation) in Art. 21 und die Einführung eines pluridisziplinären ersten Studienabschnittes, der der individuellen Erprobung und Orientierung dienen sollte, sind ein Beleg dafür, daß der Gesetzgeber an Stelle der Selektion den Weg des offenen Zugangs und der 'Orientation' gewählt hat. In der äußerst kontrovers geführten Parlamentsdebatte über Art. 16 des Gesetzesentwurfs, der im verabschiedeten Gesetz in nahezu unveränderter Form als Art. 21 wiederkehrt, verteilten Selektionisten und Anti-Selektionisten quer durch die Parteien energisch ihre Positionen. Die Befürworter einer Selektion brachten folgenden Änderungsantrag zu Art. 16 des Gesetzesentwurfs ein, der unter dem Deckmantel der Stärkung der Autonomie der Universitäten auf die Aufhebung des Prinzips der Einheit von 'baccalauréat' und Universitätszugang abzielte, dem in der französischen Universitätsstradition große Bedeutung zukommt.

"Die Universitäten haben die Verantwortung für die Auswahl der Studenten und Lehrkräfte. Das Abitur (baccalauréat) eröffnet die Möglichkeit der Immatrikulation."¹⁵⁵

Seine Berücksichtigung scheiterte an dem hartnäckigen Widerstand von Faure, dessen Antwort auf die Frage, ob die Universitäten bei Kapazitätsschwierigkeiten unter den Bewerbern nach ihren Kriterien auswählen dürfen, keine Zweifel an dem unbedingten Willen der Regierung zu einer weitestmöglichen Öffnung der Universitäten aufkommen läßt:

¹⁵⁴ Übersetzung der Westdeutschen Rektorenkonferenz. In: Dokumente zur Hochschulreform VII/1969 (Hochschulreform in Frankreich - Rahmengesetz 1968), S. 228.
¹⁵⁵ Ebd., S. 91.

"Wenn ein Studienbewerber nirgends einen Platz findet, weil die für 10.000 Personen ausgebaute Universität nicht 500 oder 1.000 mehr aufnehmen kann, so ist es die Pflicht des Staates, die öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen. (...) Es ist offensichtlich, daß der Student, der nicht andernorts studieren kann, einen Studienplatz in seinem Akademieberzirk erhalten muß. Wenn die Universität dieses Bezirks ihn nicht aufnehmen kann, ist die Verantwortung des Staates aufgerufen. Er muß in diesem Gebiet eine zweite Universität gründen oder die Kapazität der ersten durch Personal und Bauten erweitern.

Die Universitäten erhalten Autonomie, um eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen, nicht um sie zurückzuweisen."¹⁵⁶

3. Die Regelung des Hochschulzugangs durch das neue französische Hochschulgesetz von 1984

Auch das neue französische Hochschulgesetz erteilt den Angehörigen eines eigenständigen Hochschuleingangsverfahrens bzw. einer Trennung von Schulabschluß und Hochschulzugang eine klare Absage. Art. 14, der die Hochschulzulassung für alle dem Erziehungsministerium unterstellten Einrichtungen regelt, schließt grundsätzlich jede Form einer Selektion aus. Jeder Studienbewerber hat das Recht auf Immatrikulation in der von ihm frei gewählten Ausbildungsstätte (vgl. Absatz 3 Satz 1). Alleinige Voraussetzung hierfür ist gem. Art. 14 Abs. 2 das Abitur oder ein gleichwertiger Qualifikationsnachweis. Für den Zugang zu bestimmten Ausbildungsbereichen, wie den 'Ecoles' und ihren Vorbereitungsklassen oder zu dem gesamten Sektor der höheren Technikausbildung kann jedoch eine Selektion nach Maßgabe näherer Ausführungsbestimmungen vorgesehen werden (Art. 14 Abs. 4 Satz 2). Ausnahmeregelungen werden ferner den Studiengängen Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie zugebilligt. Für diese Studiengänge wird nach dem ersten Zyklus die künstliche Barriere eines Numerus clausus,

¹⁵⁶ Ebd., S. 93.

der jährlich unter Berücksichtigung des "gesellschaftlichen Bedarfs", der "geographischen Ungleichheiten" und der Aufnahmekapazitäten neu festzusetzen ist, gesetzlich verordnet (Art. 14 Abs. 4 Satz 3).

Abgesehen von diesen Sonderfällen liegt der Regelung des Zugangs zu den Universitäten durch das neue Hochschulgesetz die Intention zugrunde, noch mehr Abiturienten als bisher und auch Nicht-Abiturienten mit entsprechenden Äquivalenze-scheinungen ein Universitätsstudium zu ermöglichen. Letztere stellen immerhin schon 12 % der Studienanfänger. Die neue Regierung erhofft sich von einer breitangelegten Öffnung des universitären Sektors eine Stimulierung für den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung, der das Land aus seiner derzeitigen Krise herausführen soll. Bisher, so kritisierte der für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes verantwortliche Erziehungsminister Alain Savary die Universitäten anlässlich der Senatsvorlage seines Gesetzes im Herbst 1983, seien diese nicht in der Lage gewesen, die mit der Strukturreform von 1968 in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen, wie aus Umfang und Dauer der Krise, die in unterschiedlichem Maße die Nachfrage nach Bildung, die kulturellen Bedürfnisse und die Funktion der Forschung verändert habe, deutlich werde. Den Universitäten als den Trägern der wissenschaftlichen Breitenbildung sei es nicht in befriedigendem Maße gelungen, den Wandel der gesellschaftlichen Anforderungen nachzuvollziehen und eine dem Wachstumsmodell entsprechende bedarfsorientierte Ausbildung zu vermitteln. Das gleiche gelte für die wissenschaftlich-technische Forschung, die zu wenig den Kontakt zur industriellen Praxis pflege.¹⁵⁷

Das Leitmotiv der neuen Regierung lautet auf eine kurze Formel gebracht: "eine bessere Ausbildung für eine größere Zahl von Studenten" ("former plus et mieux").¹⁵⁸ Diese

¹⁵⁷ Vgl. Savary, A., Appel aux universitaires. In: Le Monde, 14. Okt. 1983, S. 11.

¹⁵⁸ So der neue Erziehungsminister Jean-Pierre Chevènement in seinen vier Thesen zur neuen Hochschulpolitik. In: Le Monde de l'Education, November 1984, S. 25.

Zielsetzung impliziert naturgemäß eine Ablehnung des Numerus clausus wie überhaupt eine Zurückdrängung jeder Art von kontrolliertem Zugang zum Studium. Zulassungsbeschränkungen, argumentierte Savary in der Diskussion um das neue Hochschulgesetz, seien ein schwerer Irrtum nicht nur gegenüber jenen, die dadurch gehindert würden, ihr Wissen zu vermehren oder ihre Fähigkeiten zu entwickeln, sondern auch unter dem Aspekt wissenschaftlicher Effizienz wegen der damit verbundenen Entwertung des menschlichen Kapitals.¹⁵⁹

Der Minister beklagte wiederholt den Rückstand seines Landes beim Anteil der Studierenden in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen (25 %), weit hinter den Vereinigten Staaten mit 55 %, Japan mit 30 % und der Bundesrepublik Deutschland mit 26,5 %. Frankreich könne seine Wettbewerbsposition im wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Bereich nur dann verbessern und damit die derzeitige Wirtschaftskrise überwinden, wenn es gelinge, eine noch größere Zahl von Abiturienten als bisher zur Aufnahme eines Universitätsstudiums zu motivieren und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung anzuheben.¹⁶⁰ Entsprechend hoch sind demnach die Studentenzahlen im laufenden 9. Plan (1984-1985)¹⁶¹ für die Universitäten angesetzt. Innerhalb von fünf Jahren soll die Zahl der Universitätsstudenten um 350.000 (!) gesteigert werden; dies entspricht einer gewünschten Studen-tenquote von 35 - 40 %. Die Zahl der Studenten an den 'Instituts universitaires de Technologie' soll nach den Planvorgaben jährlich nur um 1.000 anwachsen.

Der Gefahr, mit dem Postulat einer noch weitergehenden Öffnung der Universitäten als bisher zu einer Überproduktion von Universitätsabsolventen oder, was noch schwerer wiegen

¹⁵⁹ Vgl. Savary, A. In: Le Monde, 27.1.1983, S. 2.

¹⁶⁰ Vgl. ebd.

¹⁶¹ Im Mittelpunkt der französischen Bildungsplanung steht die Erstellung von 5-Jahres-Plänen, die den Rahmen für die Schul- und Hochschulplanung im Planungszeitraum vorgeben. Die Erfahrung lehrt, daß die in den jeweiligen Plänen projizierten Daten und die Realität erheblich voneinander abweichen können.

würde, zu einer weiteren Steigerung der Zahl der Studienabschreiber beizutragen, soll nach den Vorstellungen der Regierung durch das Zusammenwirken verschiedener Maßnahmen gesteuert werden: kein Auswahlverfahren zu Beginn des ersten Studienabschnitts, eine bessere Beratung zu Beginn des Universitätsstudiums und vor allem eine sehr viel systematischere Verbindung zwischen Studium und Beruf.

Auf der Grundlage dieser Strategie sieht das Gesetz vom Januar 1984 anstelle einer "negativen Selektion" eine "positive Orientierung" im Rahmen eines reformierten ersten Studienabschnittes vor, der gemäß Art. 14 ein dreifaches Ziel hat. Er soll

- dem Studenten ein breites Grundlagenwissen vermitteln, ihn mit wissenschaftlichen Arbeitsmethoden vertraut machen und für die Forschung "sensibilisieren",
- ihm dazu verhelfen, seine eigenen Fähigkeiten besser einzuschätzen und
- ihm unter "Respektierung" des gewählten Berufsziels die notwendigen Orientierungshilfen für die Beurteilung der getroffenen Studienfachwahl und gegebenenfalls ihre Revidierung an die Hand geben.

Der Gesetzestext beschreibt damit nur die Ausbildungsziele des ersten Zyklus, ohne seine inhaltliche Ausgestaltung näher zu präzisieren. Dies sei, so räumte Minister Savary ein, eine schwierige Aufgabe, die viel Phantasie und gleichzeitig Realitätssinn erfordere. Die Inhalte der Reform seien im Dialog zwischen Ministerium und jenen, die diesen ersten Studienabschnitt zu gestalten haben, also den Universitäten, gemeinsam zu finden und sodann in eine vertragliche Regelung über die Ausgestaltung des reformierten ersten Studienabschnittes einzubinden.¹⁶²

¹⁶² Vgl. Savary, A., a.a.O., S. 2.

Angesichts dieser Unbestimmtheit des Gesetzestextes überrascht es nicht, daß der erste Studienabschnitt mit praktisch freiem Zugang zu den Universitäten im Brennpunkt der Auseinandersetzungen um das Reformwerk von Alain Savary stand, die im Mai 1983 anläßlich der parlamentarischen Beratungen des Gesetzentwurfs ihren Höhepunkt erreichten. Studenten und Hochschullehrer, die anders als im Mai 1968 gemeinsam gegen das neue Gesetz kämpften, befürchteten, daß der erste Studienabschnitt durch die angestrebte Reform quasi zu einer Fortsetzung des Unterrichts in der Sekundarstufe II der Lyzeen (etwa entsprechend unserer Kollegstufe oder der amerikanischen Collegausbildung) abgewertet und dadurch das Niveau der universitären Ausbildung weiter absinken würde. Selbst unter denjenigen, die der Reformidee einer verstärkten Orientierung der Studenten im Grundstudium grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstanden, breitete sich große Skepsis darüber aus, ob diese arbeits- und zeitenintensive Aufgabe angesichts der finanziellen und personellen Unterausstattung der Universitäten, die den Innovations-spielraum für inhaltliche Reformen stark einschränkt, nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Andere Hochschullehrer wiederum lehnten die neue Aufgabe, auf die sie nicht vorbereitet wurden, schlicht als sie überfordernd ab.¹⁶³

Noch stärker waren der Ärgernis und die gemeinsame Front der Ablehnung gegen die in Art. 15 vorgesehenen Selektionshürden beim Übergang zum zweiten Studienabschnitt. Zugangsvoraussetzung ist gemäß Art. 15 Abs. 2 Satz 1 die bestandene Abschlußprüfung des ersten Studienabschnitts oder ein gleichwertiger Leistungsnachweis. Für eine begrenzte Zahl von Studiengängen kann darüberhinaus die Zulassung zum eigentlichen Fachstudium von der Aufnahmekapazität der Hochschulen sowie von den voraussichtlichen Beschäftigungsmöglichkeiten abhängig gemacht werden. Neu ist ferner die Ermächtigung der

¹⁶³ In dem in der Fußnote 157 erwähnten 'Appell an die Universitäten' beklagte Savary ausdrücklich das fehlende Engagement der Hochschullehrer für die geplante Reformierung des ersten Zyklus.

Universitäten, in bestimmten Ausbildungsgängen Auswahlprüfungen einzuführen oder die bisherigen Leistungen des Studenten der Entscheidung über die Aufnahme in den zweiten Zyklus zugrunde zu legen. Die entscheidenden Fragen, welche Studiengänge von dieser verschärften Selektionsregelung betroffen sein werden, wie streng die Prüfungsanforderungen in den Eingangsexamina zum zweiten Studienabschnitt sein werden, wer im einzelnen die Aufnahmekapazitäten und die Kriterien festlegt und welche Studiengänge unter Bedarfsge-sichtspunkten als aussichtsreich gelten, läßt das Gesetz offen bzw. behält deren Beantwortung genaueren Ausführungsbestimmungen vor. Fest steht lediglich, daß die im Grundsatz abgelehnte Selektion beim Zugang zum Universitätsstudium durch eine "Selektion a posteriori" beim Übergang vom Grund-in das Hauptstudium ersetzt werden soll bzw. kann. Dahinter steht das Bemühen des Gesetzgebers, die Forderung der Sozialisten nach einer weitestgehenden Öffnung der Hochschulen mit dem tatsächlichen und zukünftigen Bedarf des Arbeitsmarktes in einer Zeit der allgemeinen Beschäftigungskrise in Einklang zu bringen, ein Unterfangen, das von vielen Kritikern als unmöglich erachtet wird. Sie werfen der 'Savary-Reform' vor, sie locke die Studenten in Scharen in die Universitäten, um sie dann zuhauf nach dem ersten Studienabschnitt wieder hinauszuprüfen und sagen bereits jetzt die nächsten Studentenrevolten voraus, die von denjenigen ausgehen werden, die jetzt ihr Studium aufnehmen, und dann, 1986, an der Abschlußprüfung des ersten Studienabschnittes scheitern werden.¹⁶⁴ Erst von daher wird die für den ausländischen Beobachter scheinbar verwirrende Forderung der Studenten im Mai 1983 nach einer Selektion beim Studieneingang und die ablehnende Haltung der Professoren gegenüber möglichen Prüfungsverschärfungen verständlich. Einer der verschiedensten Verfechter der Selektion vor Aufnahme des Universitätsstudiums war in der öffentlichen Diskussion Laurent Schwartz, Mitverfasser des bereits mehrfach zitierten Kom-

164 Vgl. Gangl, M., Wenn die Auslese beginnt. In: Umbits 5/83, S. 10.

missionsberichtes über die Situation Frankreichs im Mai 1981, der sich selbst der politischen Linken zurechnet und dennoch die bildungspolitische Forderung der Sozialisten nach einer breiten Öffnung der Universitäten ablehnt, weil sie zwangsläufig zu einer weiteren Niveausenkung und Deklassierung gegenüber den 'Grandes Ecoles' führen würde, die den Zugang zum Studium durch ein äußerst rigides Aufnahmeverfahren regeln. Schwartz, Mathematiker und Inhaber der 'Fields-medaille' (eine Art Nobelpreis für Mathematiker), ehemaliger Schüler der 'Ecole Normale Supérieure' und Professor der 'Ecole Polytechnique' zeichnet in seinem Buch 'Pour sauver l'Université' ein düsteres Bild des fortschreitenden Qualitätsverfalls der französischen Universitäten. Sein leidenschaftlicher Appell an die verantwortlichen Politiker, endlich etwas zur Rettung der Universitäten zu unternehmen, damit die begabten Studenten nicht länger gezwungen sind, an den 'Grandes Ecoles' zu studieren und die Nachwuchswissenschaftler nicht weiterhin an das C.N.R.S. abwandern müssen, hat in Frankreich Aufsehen erregt. Schwartz wirft der neuen Regierung vor, daß sie trotz des seit dem Frühjahr 1983 in der Öffentlichkeit stattgefundenen Stimmungsumschwungs zugunsten der Selektion stur an ihrem Konzept des Verzichts auf Hochschuleingangsverfahren festgehalten habe. Er stützt sich dabei auf neuere Meinungsumfragen, wonach 60 % der Befragten sich für eine Selektion und nur 40 % gegen sie ausgesprochen oder keine Meinung geäußert haben. Die Franzosen hätten begriffen, daß ihnen nur die Wahl bleibe zwischen der gegenwärtig praktizierten Regelung einer, wie er es nennt, versteckten Selektion und einer wirklichen, demokratischen Selektion.¹⁶⁵ Versteckte Selektion deshalb, weil zunächst großzügig alle Studierwilligen in die Universitäten aufgenommen werden, aber dann rund die Hälfte der Studienanfänger im ersten Studienabschnitt zur Aufgabe ihres ursprünglichen Studienziels gezwungen wird. Schwartz bezeichnet dies nicht nur als eine besonders ineffektive, sondern auch im höchsten Maße unsoziale Form der Auslese, die,

165 Vgl. Schwartz, L., Pour sauver l'Université, S. 24.

beispielsweise hinsichtlich der Wiederholungschancen, die aus den unteren sozialen Schichten stammenden Studenten eindeutig benachteiligt.

4. Anspruch und Wirklichkeit in der französischen Hochschulzugangsberechtigung

Betrachtet man die gegenwärtig praktizierte Zugangsregelung an den französischen Hochschulen, so ist unschwer zu erkennen, daß zwischen Gesetzesanspruch und Gesetzeswirklichkeit eine tiefe Kluft besteht.

4.1 Offener und geschlossener Sektor

Gemäß Art. 14 Abs. 2 des Hochschulgesetzes vom 26.1.1984 berechtigt das 'baccalauréat' oder eine als gleichwertig anerkannte Hochschulzugangsberechtigung zum Eintritt in den ersten universitären Studienabschnitt. Das neue Gesetz hält damit an der rechtlichen Doppelstruktur des 'baccalauréat' als Sekundarschulabschluß und zugleich erstem akademischen Grad fest, die auf das Napoleonische Dekret vom 17. März 1808 über die Gründung der 'Université Impériale' zurückgeht. Art. 16 und 17 dieses Dekrets sehen drei Fakultätsgrade vor: Baccalauréat, Licence und Doctorat ('les grades dans chaque Faculté seront au nombre de trois, savoir le baccalauréat, la licence et le doctorat')¹⁶⁶.

Aufgrund dieser bis heute unverändert gültigen Definition des 'baccalauréat' als erstem Hochschulgrad erwirbt der französische Abiturient mit dem Abitur automatisch die Berechtigung, ein Studium seiner Wahl an einer Universität aufzunehmen. Dies ist jedoch nur die eine - formalrechtliche - Seite der Medaille. Im Ergebnis ist der Wert des Abiturs als alleiniger Hochschulzugangsberechtigung erheblich eingeschränkt. Denn das französische Hochschulsystem ist analog zu dem seit zwei Jahrhunderten bestehenden Dual-

¹⁶⁶ Zit. nach Schriewer, J., Die französischen Universitäten 1945 bis 1968, S. 194.

lismus von Universitäten und 'Grandes Ecoles' in einen offenen Sektor (mit freiem Zugang zu den Hochschuleinrichtungen) und einen geschlossenen Sektor (mit selektiven Zugangsbeschränkungen) gegliedert. Der geschlossene Sektor umfaßt den gesamten Bereich der 'Grandes Ecoles' und ihrer Vorbereitungsklassen, das weite Feld der privaten oder nicht dem Erziehungsministerium unterstellten mittleren und kleineren 'Ecoles', die 'Instituts universitaires de technologie' (I.U.T.) und die den höheren Schulen angeschlossenen 'Sections de techniciens supérieurs' (S.T.S.), die relativ neuen Ingenieurstudiengänge an den Universitäten und die anfangs der 70er Jahre neu eingerichteten berufsbezogenen Studiengänge (M.S.T., M.S.G., M.I.A.G.E.)¹⁶⁷ sowie die gesamte medizinische und paramedizinische Ausbildung an den Universitäten. Charakteristisch für diesen Sektor ist, daß Abitur und Hochschulzugang getrennt sind und vor Aufnahme des Studiums eine zusätzlich eingebaute Selektionsschwelle zu überwinden ist, sei es in Form einer Eingangsprüfung mit 'Cours'-Charakter und zwischengeschalteter Vorbereitungszeit¹⁶⁸, einer eingehenden Prüfung der Schul dossiers oder eines Auswahlgesprächs. Da immer nur soviel Studenten zugelassen werden, wie später voraussichtlich im Beruf benötigt werden und diejenigen, die Zugang finden, eine Auslese der begabtesten und fähigsten Studierwilligen darstellen, ist die Quote der Studienabbrecher vergleichsweise gering und der erfolgreiche Abschluß des Studiums mit einer aussichtsreichen beruflichen Position praktisch von vornherein gesichert.

Der offene Sektor umfaßt in erster Linie die von Studenten überlaufenen Disziplinen der Geisteswissenschaften, der

¹⁶⁷ S. hierzu Kap. VI, S. 201.

¹⁶⁸ Interessanterweise wird gegenwärtig bei uns eine ähnliche Lösung im Rahmen der geführten Grundsatzdiskussion um die Neuordnung des Hochschulzugangs in Erwägung gezogen. Insbesondere die Anregungen des Präsidenten der WRK, Prof. Berchem, den Schulabschluß um ein Jahr vorzuziehen und das 13. Jahr für eine Vorbereitung auf das Studium zu nutzen, haben ein lebhaftes Echo hervorgerufen.

Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und der Naturwissenschaften an den Universitäten, in denen sich in den letzten 20 Jahren die Studentenzahlen fast vervierfacht, in einzelnen, wie den juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen sogar verfünffacht haben. Oberstes Prinzip dieses offenen Bereichs ist die Ablehnung eines Numerus clausus und der Verzicht auf eine Selektion am Studieneingang. Das Risiko, das Studium vorzeitig abbrechen zu müssen oder selbst nach einem erfolgreichen Abschluß keine oder eine dem Ausbildungsniveau nicht entsprechende Beschäftigung zu finden, ist für die Studenten dieses Bereiches deutlich höher.

Angesichts dieser volkswirtschaftlich sowie im Hinblick auf das individuelle Schicksal gleichermaßen unbefriedigenden Situation sind Zweifel erlaubt, ob der von Savary eingeschlagene Weg einer noch weiteren Öffnung des Zugangs zu den Universitäten durch die jüngste Hochschulreform der richtige war. Die Gefahr besteht, daß noch mehr Studenten in die ohnehin überlaufenen geisteswissenschaftlichen sowie wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Studiengänge drängen, die schon jetzt einen Überschuß an Absolventen produzieren und in denen Studienabbruchsquoten von über 50 % im ersten Zyklus die Regel sind. Nun hat sich zwar der Gesetzgeber das Instrument der Steuerung des Studentenstroms bei Eintritt in den zweiten Studienabschnitt auf der Grundlage von Kapazitätsberechnungen und prognostischer Beurteilung der Arbeitsmarktchancen vorbehalten. Ob, und ggf. in welchen Studiengängen die Studenten von diesen Selektionsmechanismen getroffen werden, wird die Zukunft zeigen. Fest steht aber schon heute, auch Savary hat dies wiederholt betont, daß Frankreich einen erheblichen Bedarf an qualifiziert ausgebildeten Ingenieuren, Technikern und Wirtschaftsfachleuten hat. Deren Ausbildung erfolgt jedoch überwiegend in Einrichtungen des geschlossenen Sektors (mit Zulassungsbeschränkungen). Von daher stellt sich die Frage, ob in Anbetracht der beträchtlichen Anstrengungen Frankreichs im Bereich der technologischen Innovation und 'Modernisation' unter arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Gesichts-

punkten nicht konsequenterweise eine Anhebung der Studentenzahlen des geschlossenen Bereichs und umgekehrt eine Herabsetzung im offenen Bereich hätte stattfinden müssen.

4.2 Der Einfluß des französischen Abiturs auf die Studienfachwahl

Im offenen Bereich ist zwar das Prinzip der Einheit von Schulabschluß und Hochschulzugang voll verwirklicht, das heißt, jeder Bewerber mit dem Nachweis des 'baccalauréat' ist berechtigt, ein Studium seiner Wahl an einer Universität aufzunehmen.

Faktisch besitzen allerdings nur die Abiturienten der naturwissenschaftlich ausgerichteten Zweige der gymnasialen Oberstufe die vollkommene Freiheit der Studienfachwahl; für die übrigen Abiturienten ist sie stark eingeschränkt. Dies ist eine Folge der unter dem damaligen Erziehungsminister Christian Fouchet eingeleiteten Reform des zweiten Abschnittes der Sekundarstufe mit ihrer frühzeitigen Trennung in verschiedene Zweige oder Sektionen.

4.2.1 Organisatorischer Aufbau des französischen Schulwesens

Bevor im folgenden auf die Inhalte dieser Reform eingegangen wird, soll zum besseren Verständnis kurz der organisatorische Aufbau des französischen Schulwesens erläutert werden, wie er sich aus der nachstehenden graphischen Darstellung ergibt.

Danach gliedert sich das französische Schulsystem in den Primarschulbereich, der die Vorschulen (Ecoles maternelles) und die Grundschulen (Ecoles primaires) umfaßt. Nach dem Abschluß der fünfjährigen Grundschule gelangen die Schüler in den Sekundarschulbereich (Enseignement secondaire). Er gliedert sich, wie in der Bundesrepublik, in die Sekundarstufe I (1er cycle) und die Sekundarstufe II (2ème cycle).

Die Sekundarstufe I umfaßt die vier an den 'Collèges' eingerichteten Jahrgangsklassen 6,5,4 und 3 (sixième, cinquième, quatrième, troisième), die unseren 6.,7.,8. und 9. Schuljahren entsprechen. Sie wird mit einer Prüfung abgeschlossen, deren Ergebnisse neben den vorausgegangenen Schulleistungen in das 'Brevet des Collèges' (B.C.) eingehen. Auf Antrag kann nach dem Ende der 5. Jahrgangsklasse auch das 'Diplôme du cycle commun' verliehen werden, dem aber kaum praktischer Nutzen zukommt.

Die Ausbildung in der Sekundarstufe II findet entweder in der zweijährigen berufsbildenden Kurzform¹⁶⁹ (second cycle court), in den Beruflichen Lyceen (Lycée d'enseignement professionnel - L.E.P.) oder in der dreijährigen Langform (second cycle long) an den Lyceen (Lycées) statt.

Das Lyceum in Langform bereitet in drei Jahrgangsstufen (classes de seconde, première et terminale) auf das Abitur vor, das als allgemeindebildendes Abitur in sechs Zweigen (séries) mit unterschiedlichen Schwerpunkten oder als berufsbezogenes Abitur mit abgeschlossener Technikausbildung (baccalauréat technique - Btn) abgelegt werden kann.

Das französische Schulsystem in seiner jetzigen Gestalt geht im wesentlichen auf drei große Reformmaßnahmen zurück:

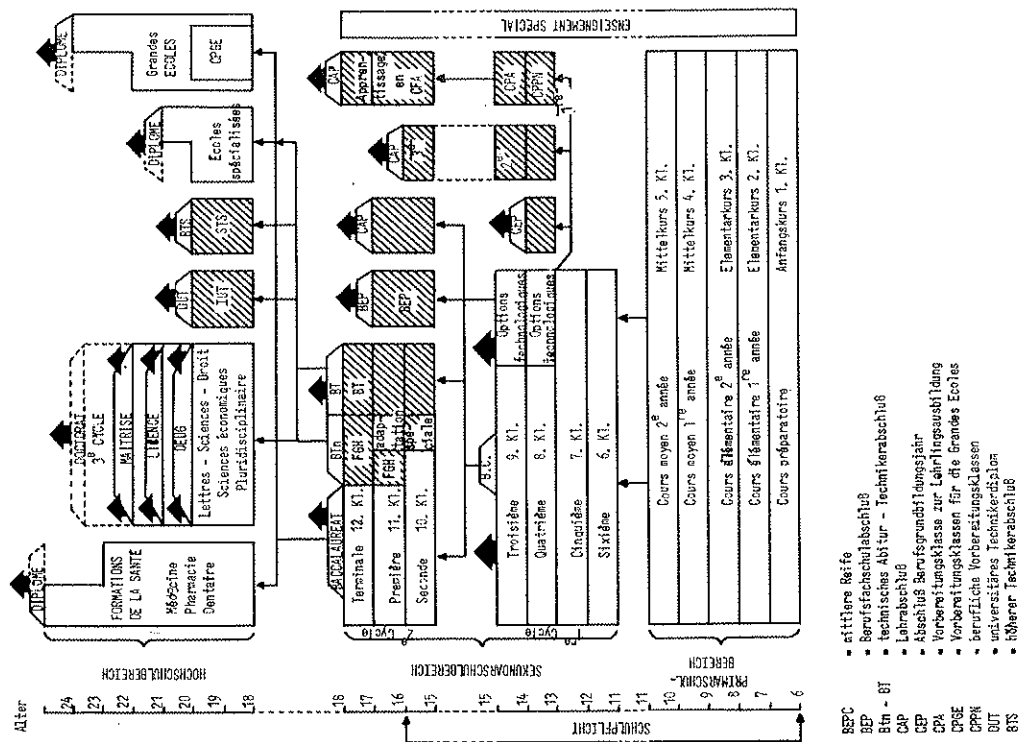
- die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht auf 16 Jahre durch Verordnung vom 6.1.1959, die erstmals 1969 zur Anwendung gelangte,

- die Neuordnung der Sekundarstufe I durch Errichtung von Gesamtschulen, den 'collèges uniques' anstelle der bis dahin vertikal nebeneinanderstehenden und mit jeweils eigenen Zielsetzungen versehenen Sekundarschultypen durch Gesetz vom 11. Juli 1975 (sog. 'loi Haby')¹⁷⁰ und

¹⁶⁹ Zur berufsbildenden Kurzform vgl. Nieser, B., Bildungswesen, Chancengleichheit und Beschäftigungssystem, 1980, S. 84 ff., sowie Ritter, R., Das Bildungswesen in Großbritannien und Frankreich, 1983, S. 53 ff.

¹⁷⁰ Benannt nach dem damaligen Erziehungsminister René Haby.

Graphik 11: Struktur des französischen Bildungswesen



Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, SIES. L'Éducation nationale en chiffres, 1983, S. 4.

- die Erneuerung der Sekundarstufe II durch Dekret vom 10.6.1965 (sog. Fouchet-Reform).

Hauptintention dieser Reformwerke war es, durch eine weitere Öffnung des Sekundarschulbereichs und eine größere Durchlässigkeit des gesamten Schulsystems eine möglichst vollständige Ausschöpfung der Begabtenreserven zu erreichen. Mittels einer kontinuierlichen Beratung und Orientierung sollte ein problemloses Durchlaufen eines vereinheitlichten und gleichzeitig differenzierten Bildungsweges entsprechend den Begabungen und Fähigkeiten des jeweiligen Schülers sichergestellt und damit ein Höchstmaß an Chancengleichheit gewährleistet werden.

Kernstück der 'Haby-Reform' war die Überführung aller Schüler nach einer fünfjährigen Grundschulzeit in das 'Collège' als Einheitsschule, an der allen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr die gleiche Erziehung und Ausbildung vermittelt wird. Der Unterricht in integrierten Klassen mit maximal 24 Schülern beruht auf einer laufenden Beobachtung und Orientierung jedes Schülers mit dem Ziel, ihm die bestmögliche Förderung entsprechend seinen Neigungen und Fähigkeiten zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck wurde die vierjährige Unterstufe in eine zwei Jahre umfassende Beobachtungsstufe (cycle d'observation = 6. und 5. Klasse) und eine zweijährige Orientierungsstufe (cycle d'orientation = 4. und 3. Klasse) gegliedert. In die 1. Klasse der Beobachtungsstufe (= sixième) werden derzeit über 90 % aller Grundschulalter zugelassen. Ein besonderes Aufnahmeverfahren ist nicht vorgesehen; es kann jedoch eine Wiederholung der letzten Grundschulklasse angeordnet werden, wenn der Schüler das erforderliche Niveau nicht erreicht hat.¹⁷¹ Für die Schü-

¹⁷¹ Die Wiederholerquote in der 5. Jahrgangsklasse (C.M.2) lag im Schuljahr 1979/1980 immerhin bei 10,6 %; im ersten Grundschuljahr erreichte sie sogar 12,4 %. Prof. Louis Legrand kommt in einem im Dezember 1982 veröffentlichten Bericht über die 'Collèges' zu dem Ergebnis, daß zwischen 15 und 20 % der französischen Schüler am Ende ihrer Grundschulzeit nicht fließend lesen können. In den "Orientierungsklassen" des 'Collège' (7. und 9. Jahrgangsklassen) beträgt die Quote der Wiederholer rund 13 %. (Quelle: Le Monde de l'Education, Juni 1983, S. 25).

ler der Beobachtungsstufe besteht ein gemeinsamer Pflichtunterricht von 24 Wochenstunden; darüberhinaus wurde als einer der wichtigsten Ansätze der 'Haby-Reform' ein Stützunterricht für leistungsschwache und ein Vertiefungsunterrichts für leistungsstarke Schüler in den drei Lernbereichen Muttersprache, Mathematik und Fremdsprache eingeführt. Die geplante individuelle Förderung im Rahmen des Stützunterrichts findet derzeit allerdings höchstens in 15 % der 'Collèges' statt; der Vertiefungsunterricht ist ein Postulat geblieben.¹⁷² Das erste Trimester des ersten Schuljahres (6. Jahrgangsklasse) ist vor allem dazu bestimmt, die Grundkenntnisse auf einen einheitlichen Stand zu bringen. Am Ende dieses Trimesters berät ein Orientierungsausschuß die Eltern zum ersten Mal, welcher weitere Bildungsweg sich für ihr Kind empfiehlt. Dieser Beratungs- und Lenkungsprozeß wiederholt sich später jeweils am Ende der 6. und 5. und nochmals am Ende der 3. Klasse (sog. Orientierungsplattformen). In der Orientierungsstufe kommt zu dem für alle Schüler obligatorischen Kernunterricht ein Wahlpflichtunterricht in den Fächern Latein, Griechisch, zweiter lebender Fremdsprache oder Technik oder ein vertiefter zweistündiger Unterricht in der ersten Fremdsprache hinzu.¹⁷³

Ohne in diesem Rahmen auf deutliche Schwachstellen der Reform eingehen zu können, soll nicht unerwähnt bleiben, daß die mit ihr verbundenen Ziele nicht erreicht wurden. Zwar konnte der Anteil der Schüler, der eine weiterführende Schule besucht, deutlich erhöht werden; der Anspruch einer Einheitsschule für alle Kinder über 14 Jahre wurde jedoch, darüber sind sich heute in Frankreich alle Seiten einig, nicht eingelöst. Ca. 20 % der Schüler eines Altersjahrgangs, die zumeist aus unterprivilegierten Schichten stammen, scheitern und sind gezwungen, das 'Collège' nach der 5. Jahrgangsstufe ohne Abschluß zu verlassen. Sie werden, ganz nüchtern betrachtet, noch stärker als bisher an den

¹⁷² Vgl. Ritter, R., a.a.O., S. 38.
¹⁷³ Ebd.

Rand gedrängt, indem man sie in sog. berufsorientierende Klassen (classes préprofessionnelles de niveau - C.P.P.N.) ohne jegliche Berufschancen umleitet. Ein Teil der Schüler wird sogar direkt von der Grundschule nach zwei erfolgreichen Wiederholungsversuchen an die C.P.P.N. überführt.

Die Sekundarstufe II in Langform (second cycle long) ist seit der 'Fouchet-Reform' durch einen geschlossenen Dreijahreszyklus (bestehend aus den Jahrgangsklassen seconde, première und terminale) und eine zunehmende Differenzierung der zum Abitur führenden Schulzweige (sections) gekennzeichnet. Bis vor kurzem konnte in der 'Seconde' (= 10. Schuljahr) zwischen drei Zweigen - dem literarisch-sprachlichen Zweig A, dem mathematisch-physikalischen Zweig C und dem naturwissenschaftlichen Zweig T - gewählt werden, wobei theoretisch nach der 2. Klasse noch eine Umorientierung in einen anderen als den gewählten Zweig möglich war, praktisch sich dies jedoch als sehr schwierig erwies. Die endgültige Festlegung auf einen der nachstehend aufgeführten sechs Zweige A bis E, die zum allgemeinbildenden Abitur oder auf einen der drei Zweige F bis H, die zum berufsbezogenen Techniker-Abitur (BIn) führen, 174 erfolgte erst in den beiden letzten Klassen der Sekundarstufe II:

- A literarisch-sprachlich-philosophischer Zweig
Ab 1982/83 erfolgte in den 'classes de première' eine Verringerung auf folgende drei Profile:
- A 1 lettres - mathématiques
- A 2 lettres - langues
- A 3 lettres, enseignements artistiques
- B économique et social: wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Zweig

174 Ebd., S. 45.

- C mathématiques et sciences physiques: mathematisch-physikalischer Zweig
- D mathématiques et sciences de la nature: mathematisch-biologischer Zweig
- D' sciences agronomiques et techniques: agronomisch-technischer Zweig
- E mathématiques et techniques: mathematisch-technischer Zweig
- F 1 construction mécanique
- 2 électronique
- 3 électrotechnique
- 4 génie civil
- 5 physique
- 6 sciences biologiques, option biochimie
- 7 sciences biologiques, option biologie
- 8 sciences médico sociales
- 9 équipement technique du bâtiment
- 10 microtechnique
- 11 musique
- 11' danse
- G 1 techniques administratives
- 2 techniques quantitatives de gestion
- 3 techniques commerciales
- H informatiques (programmation)

Im Anschluß an die Reformierung der Sekundarstufe I durch das 'Haby-Gesetz' wurde mit Beginn des Schuljahres 1981/82 auch die Sekundarstufe II durch Umwandlung des ersten Gymnasialjahres (=seconde) in eine Orientierungsklasse neu gestaltet. Ein wesentliches Anliegen war es, die bis dato sehr frühzeitig einsetzende Spezialisierung um ein Jahr hinauszuschieben, d.h. sie auf die beiden letzten Schuljahre

(premiere und terminale) zu beschränken. Gleichzeitig sollte das starke Übergewicht des Faches Mathematik abgebaut werden. Die neugestaltete erste Gymnasialklasse sieht nunmehr für alle Schüler des allgemeinbildenden oder eines Fachgymnasiums (nicht dagegen des landwirtschaftlichen Gymnasiums) einen Pflichtbereich mit einem einheitlichen Pflichtangebot von 20 Wochenstunden in Französisch, Mathematik, Biologie, Physik, moderner Fremdsprache, Geschichte/Erkunde und Sport vor und daneben einen Wahlpflichtbereich.¹⁷⁵

Nach dem Abschluß der einheitlichen und undifferenzierten ersten Klasse der gymnasialen Oberstufe (seconde indifférenciée) ergeben sich folgende Orientierungsmöglichkeiten:¹⁷⁶

- Übertritt in das erste oder zweite Jahr des Beruflichen Lyceums (L.E.P.) auf Antrag der Erziehungsberechtigten,

- Wiederholung der Klasse. Sie kann von der Lehrerkonferenz gefordert werden. Die Eltern können dagegen Einspruch erheben.

¹⁷⁵ Zwei Fächergruppen stehen zur Wahl:

- Die erste Gruppe, genannt "schwere Technologie" (option technologique lourde) mit 11 Wochenstunden Unterricht und praktischer Tätigkeit umfaßt die Fächer: industrielle Technologie (obligatorisch für das Abitur E); Laboratoriumswissenschaften; Medizinisch-technische Wissenschaften; Angewandte Kunst.

- Die zweite Gruppe umfaßt folgende Fächer: entweder 2-stündig: manueller Unterricht und technischer Unterricht; oder 5-stündig: Latein, Griechisch, zweite lebende Fremdsprache, "leichte Technologie", spezieller Sportunterricht oder "4-stündig: Kunst oder Musik; oder 5-stündig: Verwaltung (gestion), neubeginnende Fremdsprache. Zum Wahlpflichtfach aus der zweiten Gruppe kommt in jedem Fall 2-stündig Wirtschafts- und Soziallehre.

¹⁷⁶ Vgl. Les clés de l'orientation. In: Le Monde de l'Éducation, Febr. 1983, S. 10.

- Première A (littérature). Sie umfaßt nur noch drei Profile: A 1 (fünf Stunden Mathematik mit geringeren Anforderungen als in der 'Première S', zwei Sprachen); A 2 (drei Sprachen); A 3 (zwei Sprachen und vier Stunden Musik oder Kunst und Architektur, nach Maßgabe des in der 'seconde' belegten Wahlpflichtfachs). Eine der Sprachen muß die in der 'sixième' gewählte lebende Fremdsprache sein, die zweite oder gegebenenfalls dritte Fremdsprache kann eine lebende oder tote Fremdsprache sein.

- Première B (économie). Der Unterricht besteht aus zwei Sprachen und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (4-stündig).

- Première S (scientifique) mit einer Fremdsprache, sechs Stunden Mathematik und fünf Stunden Physik.

- Première E (mathématique et technique). Wie S, aber dazu noch zwölf Stunden Technik. Sie ist nur Schülern zugänglich, die in der 'seconde' das Wahlpflichtfach "Technologie der Schwerindustrie" gewählt haben. Die Klasse ist nur am 'lycée technique' (L.T.) eingerichtet, obwohl es sich um einen allgemeinbildenden Zweig handelt.¹⁷⁷

Diejenigen Schüler, die das berufsvorbereitende Techniker-Abitur anstreben, können zwischen verschiedenen 'classes de première' wählen, je nachdem, welches Wahlpflichtfach in der 'seconde' absolviert wurde:

- Première F mit 12 verschiedenen Profilen. (Zu 20 Stunden allgemeinbildendem Unterricht kommen ungefähr ebensoviele Stunden beruflicher Bildung. Die Wahl des Profils richtet sich nach dem Wahlpflichtfach der 'seconde').

- Première G (Wie Première F, nur erfolgt hier die berufliche Orientierung zum Dienstleistungssektor).

¹⁷⁷ Vgl. Ritter, R., a.a.O., S. 48.

- Première H führt zum Technikerabitur mit Schwerpunkt Informatik; Englisch ist Pflichtfach.

- Première B.T.: führt zu einem beruflichen Diplom mit 45 möglichen Abschlüssen, die alle Berufsfelder abdecken.

Keine Wahlmöglichkeiten haben dagegen die Schüler der sog. 'seconde spécifique', die eine Ausnahme von dem Prinzip der "einheitlichen seconde für alle" darstellt. Schüler, die das Techniker-Abitur mit Schwerpunkt Musik oder Tanz (F 11) oder bestimmte Fachschulabschlüsse (Brevet de technicien - B.Tn.) anstreben, müssen in eine 'seconde spécifique' eintreten und können den einmal eingeschlagenen Weg bis zum Abitur nicht mehr verlassen. Das gleiche gilt für Schüler, die einen landwirtschaftlichen Abschluß erwerben wollen; ihnen ist nur ein landwirtschaftliches Lyceum in Langform zugänglich.

Nach dem zweiten Gymnasialjahr (première) steht dann auch für die Schüler der Zweige A,B,F,G,H und B.T. der Weg zum 'baccalauréat' je nach dem in der 10. Klasse (seconde) gewählten Zweig unabänderlich fest. Lediglich die Schüler der 'première S' können sich noch zwischen dem Abiturstyp C (mathematisch-physikalischer Zweig), D (mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig) oder D' (agronomisch-technischer Zweig) entscheiden. Für die übrigen Schüler ist eine Umorientierung zu einem anderen Zweig nur möglich, wenn die in der 'seconde' und 'première' getroffenen Wahlentscheidungen dies zulassen.

Bei näherer Betrachtung dürfte auch das mit der Neuordnung des Sekundarschulbereichs II verfolgte Ziel, eine allzu frühzeitige Spezialisierung zu verhindern, nicht erreicht worden sein. Denn mit der 'option' der Wahlpflichtfächer in der 'seconde' ist in aller Regel bereits die Vorentscheidung über die Schwerpunktbildung in der folgenden (11. Klasse = première) und über das Abiturprofil gefallen. Letztlich ist es somit dabei geblieben, daß der Schüler bereits beim Übertritt in die gymnasiale Oberstufe die Entscheidung über

die Art des Sekundarschulabschlusses trifft und damit im Grunde auch über seinen weiteren Bildungsweg im tertiären Sektor, wie im folgenden gezeigt wird.

4.2.2 Auswirkungen der Wahl des Abiturstyps auf die Studienfachwahlmöglichkeiten

Mit der Wahl des zu einem bestimmten Abiturstyp führenden Schulzweigs werden nämlich auch bereits die Weichen für ein späteres Studium gestellt. Formalrechtlich verleiht zwar jeder Abiturstyp die gleichen Zugangsrechte zu den Universitäten. In der schulischen Realität erfahren jedoch die einzelnen Sektionen (A bis H) infolge Überbetonung der sie jeweils charakterisierenden Fächer (wie etwa der Mathematik im mathematisch-physikalischen Zweig C), oder umgekehrt durch eine immer stärkere Vernachlässigung bestimmter Fächer (wie, um beim Beispiel zu bleiben, der Mathematik in der Sektion A) eine so strenge Spezialisierung, daß die Studienfachwahl faktisch stark eingeschränkt ist. Nicht von ungefähr wurde den Abiturienten durch Dekret vom 9. November 1965, mit dem das 'baccalauréat' neu geregelt wurde, folgende Studienfachwahl nahegelegt:

Zweig A:

Geistes- und Rechtswissenschaften, politische Wissenschaften;

Zweig B:

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, politische Wissenschaften, I.U.T. (Dienstleistungs-Sektor);

Zweig C:

Naturwissenschaften, Ingenieurhochschulen, I.U.T.;

Zweig D:

Naturwissenschaften (Bio-Wissenschaften), Medizin, Pharmazie, I.U.T.;

Zweig E:

Ingenieurhochschulen, Naturwissenschaften, I.U.T.

Hierbei handelt es sich zwar um keine rechtlich bindende Empfehlung. Doch der Grundsatz, daß jeder Abiturient sein Studienfach frei wählen kann, wurde durch die Ausführungsbestimmungen vom 22. Juni 1966 zu Art. 5 des o.g. Dekrets stark relativiert. Voraussetzung für die Einschreibung in den naturwissenschaftlichen Fächern ist danach der Nachweis des 'baccalauréat' vom Typ C,D oder E. Die Zulassung bzw. Ablehnung von Bewerbern mit einem Abiturnachweis des Typs A oder B obliegt dem Dekan nach Prüfung aller Unterlagen. Wird die Entscheidung des Dekans angefochten, muß sich der Bewerber einer besonderen Kontrollprüfung vor drei Mitgliedern der Fakultät unterziehen.

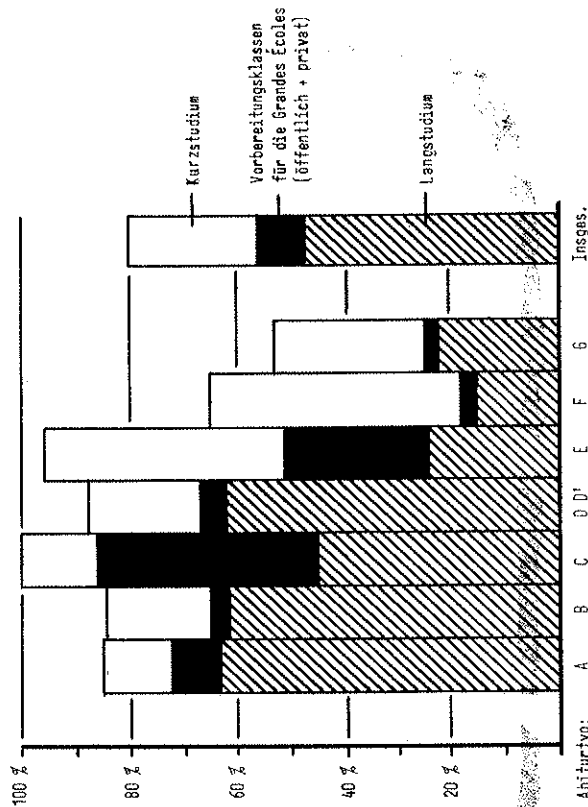
178

In welchem starkem Maße der in der Sekundarstufe II gewählte Zweig den weiteren Weg eines französischen Abiturienten determiniert, wird deutlich, wenn man den Werdegang eines Abiturientenjahrgangs (hier den des Jahres 1982) näher betrachtet. Dann zeigt sich, daß bereits die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen ein Studium sehr stark vom Abiturtyp beeinflusst wird. 1982 haben sich insgesamt 79,4 % der Abiturienten für den Übergang in den Hochschulbereich entschieden. Während die Abiturienten des Typs C nahezu ausnahmslos ein Studium begannen und bei den anderen Zweigen des allgemeinbildenden Abiturs (A,B,D und E) die Quote der Studienberechtigten, die sich für eine Fortsetzung ihrer Ausbildung im Hochschulbereich (Universitäten, 'Grandes Ecoles' mit Zwischenschaltung der sog. 'classes préparatoires' (I.U.T., etc.) entschieden haben, mit durchschnittlich 88,5 % noch sehr hoch liegt, nahmen von den Absolventen der technischen Abiturzweige (F,G und H) überhaupt nur 57,6 % ein Studium auf. Ein ähnlich krasser Gegensatz zwischen den Absolventen der allgemeinbildenden

178 Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 432.
179 Vgl. Le Monde de l'Éducation, Nov. 1983, S. 21.

Abiturzweige und denen der technischen Sektionen tritt bei der Entscheidung über die Art des Studiums (Langstudium versus Kurzstudium) zu Tage. 68,4 % der allgemeingebildeten Abiturienten wählten ein Langstudium (die größte Gruppe bilden auch hier wieder die Abiturienten des Typs C mit 85,4 %) und nur 16,2 % ein Kurzstudium (vgl. hierzu die nachfolgende Graphik). Drei Viertel von den technisch ausgebildeten Abiturienten entschieden sich dagegen für ein Kurzstudium, während nur ein Viertel ein Langstudium aufnehmen wollten.

Graphik 12: Verteilung der Abiturienten (mit allgemeinbildendem Abitur) des Jahrgangs 1982 im französischen Hochschulbereich (1982 - 1983)



Quelle: Le Monde de l'Éducation, Nov. 1983; S.53

Die enge Korrelation zwischen Abiturtyp und gewähltem Studienfach veranschaulichen die nachfolgenden, auf dem Ergebnis der Abiturientenbefragung des Jahrgangs 1976 beruhenden Zahlen über die Orientierung der Abiturienten im Studienjahr 1976-1977.¹⁸⁰ Danach haben von 317.777 Kandidaten 205.151 das Abitur bestanden (Erfolgsquote: 64,5 %). 74,6 % der Hochschulberechtigten haben danach im Studienjahr 1976-77 ein Studium an einer französischen Hochschuleinrichtung aufgenommen, und zwar in folgenden Anteilen:

49,5 % an einer Universität (ohne I.U.T.). Davon sind 6 : % gleichzeitig an einer anderen Einrichtung des tertiären Sektors immatrikuliert,

11,6 % an einer 'Section de techniciens supérieurs' (S.T.S.),

9,6 % an einer 'Classe préparatoire aux Grandes Ecoles' (C.P.G.E.),

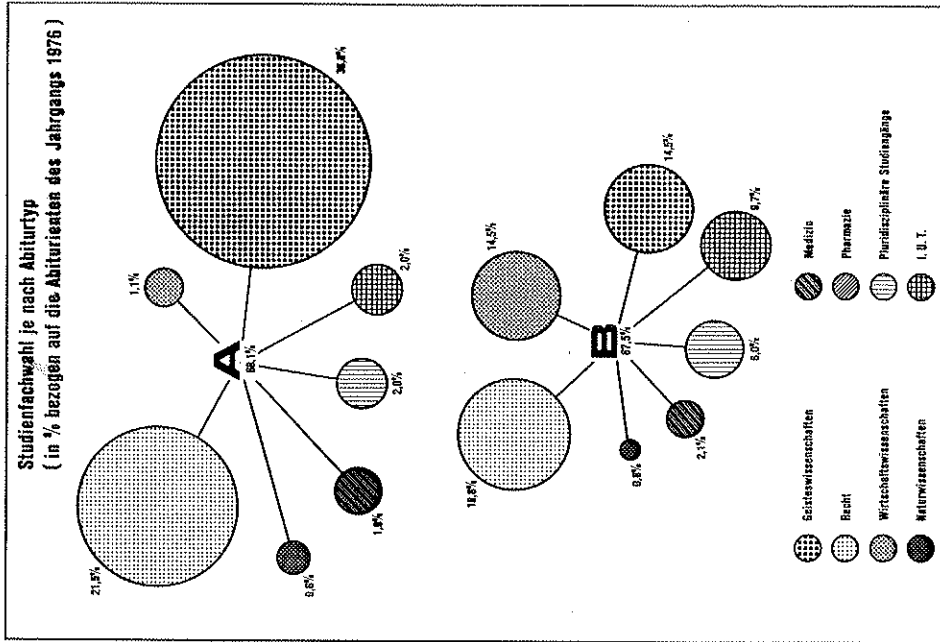
8,7 % an einem 'Institut universitaire de technologie' (I.U.T.).

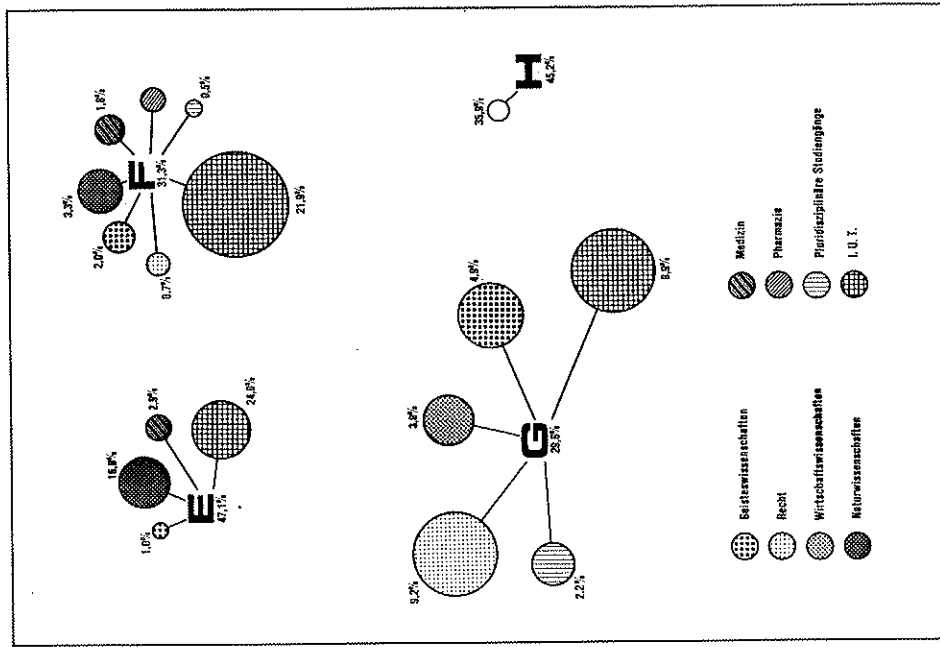
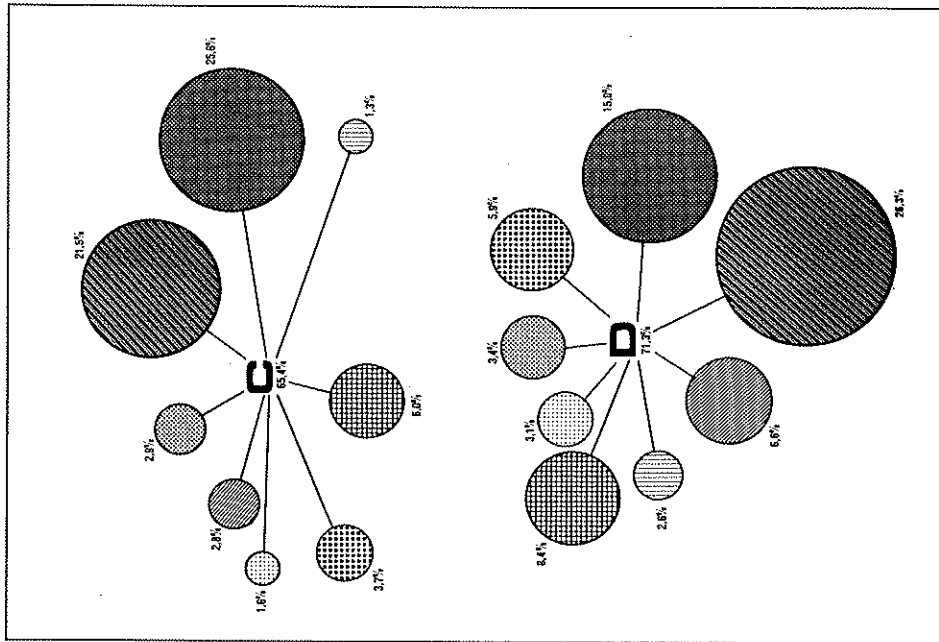
und
1,3 % an einer anderen höheren Bildungseinrichtung, die nicht dem Erziehungsministerium untersteht (Privathochschule, Ecole normale d'instituteurs, etc).

Betrachtet man nun anhand der folgenden graphischen Darstellungen die fächerspezifische Verteilung der an den Universitäten immatrikulierten Abiturienten nach der Art ihres Schulabschlusses auf die einzelnen Disziplinen, so wird folgende Abhängigkeit deutlich:

¹⁸⁰ Veröffentlichung in der Reihe 'Etudes et documents' des Service des études informatiques et statistiques', Heft 80.2: 'L'enseignement supérieure en France. Etude statistique et évolution de 1959 - 1960 à 1977 - 1978, S. 9. Eine in der Monatszeitschrift 'Le Monde de l'Education' veröffentlichte Untersuchung über die Verteilung der Abiturienten des Jahrgangs 1978 beim Übertritt in die Universitäten und die C.P.G.E. bestätigt im wesentlichen dieses Ergebnis.

Graphik 13:





Quelle: Ministère de l'Éducation, Service des études informatiques et statistiques, Études et documents 80.2., L'Enseignement supérieur en France. Étude statistique et évolution de 1959-1960 à 1977-1978, S. 12 f.

Von 100 Abiturienten der literarisch-sprachlich-philosophischen Sektion A des Jahrgangs 1976 wurden 68 an den Universitäten eingeschrieben. Davon nahmen mehr als die Hälfte (38,8 %) ein geisteswissenschaftliches und etwa ein Drittel ein rechtswissenschaftliches Studium auf, beides sehr überlaufene Disziplinen mit entsprechend eingeschränkten Berufschancen. Andere Disziplinen wurden von den Abiturienten dieses Zweigs nur verhältnismäßig selten gewählt. Die Abiturienten des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Zweiges B gehen zu 67,5 % an die Universitäten und verteilen sich dort etwa zu gleichen Teilen auf die rechts- (19,8 %), wirtschafts- (14,5 %) und geisteswissenschaftlichen (14,5 %) Disziplinen. In einem stärkeren Maße als die Abiturienten des Typs A sehen sie auch in universitären Kurzstudiengängen eine erstrebenswerte Alternative zum herkömmlichen Studium. Hiervon hebt sich deutlich die Studienfachwahl der Absolventen des mathematisch-physikalischen Zweiges C ab, die sich auffällig stark zu den Naturwissenschaften (25,6 %) und zum Studium der Medizin (21,5 %) hingezogen fühlen. Auch die Absolventen des mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweiges D bevorzugen diese Disziplinen, wobei der Studiengang Medizin mit 26,3 % erste Priorität genießt, die zweite Wahl fällt auf die Naturwissenschaften (15 %) und 8,4 % entscheiden sich für ein technisches Kurzstudium an einem I.U.T. Absolventen des mathematisch-technischen Zweiges E treten an den Universitäten im wesentlichen nur an den I.U.T. (24 %) und in den naturwissenschaftlichen Disziplinen (zu 16,9 %) in Erscheinung, wobei bemerkenswert ist, daß bereits jeder zweite Abiturient dieser Richtung einen technischen Kurzstudiengang wählt. Von den Abiturienten des technischen Abiturzweiges F entschließt sich überhaupt nur noch etwa jeder Dritte für ein Universitätsstudium, und davon wiederum zwei Drittel für ein Kurzstudium an den I.U.T.; die Absolventen des Typs H gehen sogar nahezu geschlossen in diesen Sektor. Ein vergleichsweise breites Fächerspektrum weist die Studienfachwahl der technischen Abiturienten des Typs G (technische Verwaltung, mittleres technisches Management, etc.) auf, die sich für Jura, Gei-

steswissenschaften, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und auch stark für technische und pluridisziplinäre Kurzstudiengänge interessieren.

Eine in der Monatszeitschrift 'Le Monde de l'Education' veröffentlichte Untersuchung über die Verteilung der Abiturienten des Jahrgangs 1978 beim Übertritt in die Universitäten und die C.P.G.E. bestätigt im wesentlichen dieses Ergebnis.

Aufgrund dieser Zahlen ist unschwer eine Hierarchie der verschiedenen Abiturzweige zu erkennen. An erster Stelle steht unangefochten der mathematisch-physikalisch ausgerichtete Typ C. Wer den Nachweis eines Abschlusses dieses Zweigs in Händen hat, kann sich gleichsam jeden Studienwunsch erfüllen. Die Hochschätzung, sicherlich teilweise auch Überschätzung dieses Abiturtyps beruht primär auf dem hohen Mathematikanteil am Lehrstoff, der extrem hohe Anforderungen an die Schüler stellt, sowie auf der in diesem Zweig häufig anzutreffenden Kombination von Mathematik/Physik mit alten Sprachen (Latein, Griechisch). Die Elite der Schüler dieses Zweiges wählt Latein und Griechisch und als lebende Fremdsprache die als besonders schwierig geltende deutsche Sprache. Umgekehrt gilt der Abiturtyp A als vergleichsweise einfach, weil in der Abschußklasse des Lycées Mathematik nur noch fakultativ (im Profil A 1) unterrichtet wird und in dieser Sektion auch Fremdsprachenkombinationen ohne Latein angeboten werden. Allein das Abitur mit dem Profil D kann, was den Zugang zum Studium der Medizin und der Pharmazie sowie zu den 'classes préparatoires' für die landwirtschaftlichen- und Veterinärhochschulen anbelangt, noch mit dem Abitur des Typs C konkurrieren. Für die naturwissenschaftlichen Studiengänge verschafft der Zweig C unbestritten die besseren Ausgangschancen. Der schlechteste Ruf haftet dem Typ G an.¹⁸¹

¹⁸¹ Edgar Faure verglich diese Hierarchie der Schulzweige in einer Rede vor den Generalinspektoren (1969) mit dem bekannten Militärwitz, in dem die Rangfolge "Kavallerie-offizier-Pferd des Kavallerieoffiziers-Infanterieoffizier" aufgestellt wird. Vgl. Schriewer, J., (Hrsg.), a.a.O., S. 167.

Angesichts des hohen Schwierigkeitsgrades des Zweigs C, der allgemein als Königsweg (voie royale) zu den aussichtsreichsten und angesehensten Berufszielen gilt, überrascht es nicht, daß nur etwa ein Viertel aller Schüler, die ein Abitur in diesem renommierten Schulzweig anstreben, dieses Ziel auch tatsächlich erreichen. 6 bis 8 % der Schüler, die in eine 'seconde C' aufgenommen werden, sind gezwungen, sich nach dem Zweig B, E oder gar A umzuorientieren, was einem hohen Prestigeverlust gleichkommt. Von daher erklärt sich auch die überdurchschnittlich hohe Wiederholungsrate in der 'seconde C' (durchschnittlich 13 %)¹⁸². Andererseits ist in diesem Zweig, der nur von den ehrgeizigsten und begabtesten Kindern gewählt wird und in dem die schärfste Auslese betrieben wird, die Erfolgsquote bei der landeseinheitlichen Abiturprüfung seit jeher mit Abstand am höchsten (sie schwankt zwischen 75 und 78 %). Von den Kandidaten der anderen allgemeinbildenden Zweige scheitert etwa ein Drittel in der Abiturprüfung; bei den Prüfungen für das technische Abitur sind sogar noch weniger Schüler erfolgreich (vgl. hierzu die folgenden Tabellen).

Tab. 14 A: Erfolgsquoten im Abiturjahrgang 1983 nach Zweigen und Profilen (Frankreich)

Abiturtyp	A	B	C	D	D'	E	$F_1 + F_2 + F_3 + F_4 + F_5 + F_6 + F_7 + F_8 + F_9 + F_{10} + F_{11}$	F8	$F_{11} + F_{11}$	G	H
bestanden	64,8	63,7	75,0	64,2	63,3	65,7	58,3	65,0	89,1	58,2	63,2

Daß solche für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich niedrige Erfolgsquoten keineswegs Einzelercheinungen sind, zeigt die nachfolgende Tabelle B.

¹⁸² Vgl. Ritter, R., a.a.O., S. 52.

Tab. 14 B: Erfolgsquoten in den Abiturjahrgängen 1977 bis 1983

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Erfolgsquote insgesamt	67,8	67,6	65,7	65,9	65,4	66,9	65,9

Quelle: Ministère de l'Education nationale, S.I.G.E.S. Note d'Information N° 84 - 11, 12. März 1984, S. 2 und 3.

4.3 Die verdeckte Selektion an den Universitäten

Eines der tragenden Prinzipien der französischen Hochschulpolitik, das auch in das neue Hochschulgesetz Eingang gefunden hat (vgl. Art. 12 Abs. 4 Satz 1), ist der grundsätzliche Verzicht auf eine Selektion beim Zugang zu den Universitäten. Auf den ersten Blick bietet Frankreich somit das Bild eines äußerst liberalen Universitätssystems mit einer großzügigen Zugangsregelung, die im internationalen Vergleich wohl nur noch von der italienischen Hochschulzugangsregelung übertroffen werden dürfte. Dieser erste Anschein täuscht jedoch, denn bei näherem Hinsehen offenbart sich ein in dieser rigiden Form wohl in keinem vergleichbaren Universitätssystem praktiziertes Ausleseverfahren, das nahezu die Hälfte der Studienanfänger schon im ersten Studienabschnitt zur Aufgabe ihres Wunschstudiums zwingt. Das Fehlen einer offenen Selektion am Studieneingang wird somit wettgemacht durch eine wesentlich subtilere Form der Selektion infolge Scheiterns (sélection par échec).

Nach Angaben des französischen Erziehungsministers, die auf einer Beobachtung des Studienverlaufs der Abiturienten des Jahrgangs 1975 in den Studienjahren 1975-1976 bis 1979-1980 basieren, liegt die durchschnittliche Erfolgsquote im ersten universitären Studienabschnitt (premier cycle) bei 50,75 %¹⁸³, d.h., lediglich einem von zwei Studenten ist

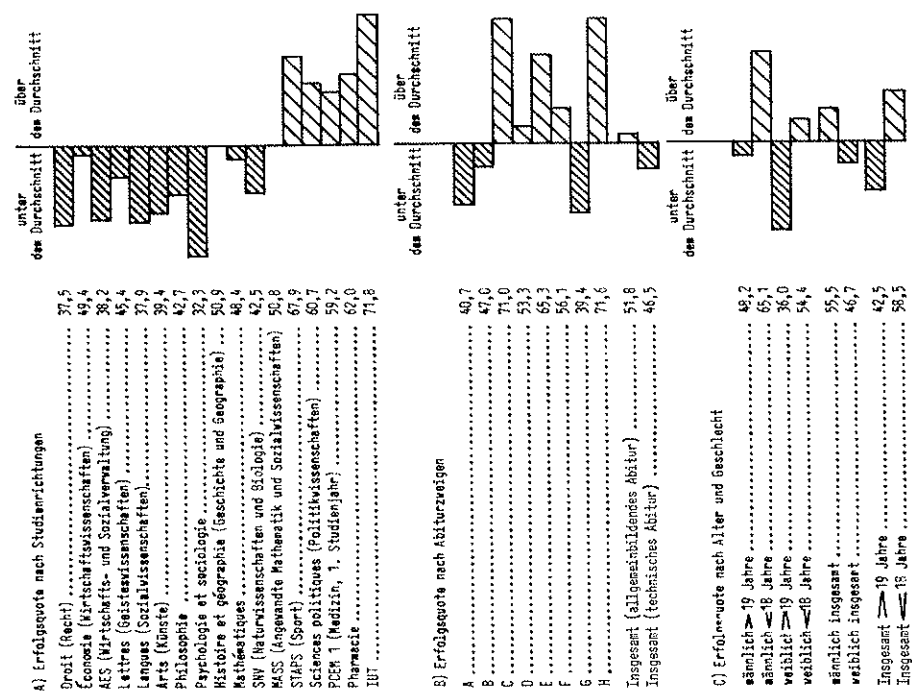
¹⁸³ Vgl. Ministère de l'Education Nationale (S.I.G.E.S.). In: Repères et références statistiques sur les enseignements et la formation, S. 180.

es im Zeitraum der Untersuchung gelungen, den ersten Studienabschluß (D.E.U.G.) zu erlangen. In der regulären Studienzzeit von zwei Jahren schaffte sogar nur jeder fünfte Student den Abschluß des Grundstudiums und den Übergang in das Hauptstudium (deuxième cycle). Die Ausfallquoten variieren sehr stark, je nach gewählter Studienrichtung, Spezialisierung in der Sekundarstufe II, Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft der Studienanfänger.

Besonders hoch ist die Zahl der bereits im Grundstudium scheiternden Studenten in den Naturwissenschaften, Rechtswissenschaften (61 %) und Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (58 %).¹⁸⁴ Auch in den Studiengängen Medizin und Zahnmedizin liegen die Ausfallquoten bedenklich hoch. Nach der offiziellen Studienverlaufstatistik des französischen Erziehungsministers für die Jahre 1975/76 bis 1979/80 haben lediglich 45 % der insgesamt 19.550 Abiturienten des Jahrgangs 1975, die im Studienjahr 1975/76 erstmals ein Medizinstudium aufgenommen haben, die strenge Auswahlprüfung am Ende des ersten Studienjahres (P.C.E.M.I) bestanden, häufig erst nach einem ersten oder zweiten Wiederholungsversuch. In der Zahnmedizin stellen sich die Verhältnisse etwas günstiger dar; dort gelingt es immerhin 54 % der Studienanfänger, die Hürde des ersten Studienjahres zu überwinden.¹⁸⁵ Die höchsten Erfolgsquoten können die Studenten der I.U.T. (rund 70 %) vorweisen; dies dürfte jedoch neben anderen Einflüssen auch darauf zurückzuführen sein, daß die I.U.T. nicht allen Bewerbern zugänglich sind, sondern nur eine begrenzte Auswahl von Zugangsberechtigten nach strenger Prüfung der Schul dossiers, in Einzelfällen auch nach Auswahlgesprächen, zugelassen wird.

184 Vgl. Courtois, G., Université: Les échecs du 1er cycle. In: Le Monde de l'Education, April 1984, S. 15.
185 Vgl. Ministère de l'Education nationale, Service des études informatiques et statistiques. In: Note d'information n° 82 - 83 du 3 mai 1982. Le déroulement des études universitaires des bacheliers français de l'année 1975, inscrits à l'université en 1975 - 1976, S. 2.

Graphik 14: Erfolgsquoten im ersten Studienabschnitt in % (Frankreich 1975 - 76)
Graphische Darstellung der Abweichung vom Durchschnitt (50,8 %)



Quelle: Ministère de l'Education nationale, S.I.G.E.S., Repères et références statistiques sur les enseignements et la formation, Ed. 1984, S. 181.

Die stärksten Ausfälle treten in nahezu allen Disziplinen während des ersten Studienjahres auf. Beschränkt man sich bei der Betrachtung des Studienverlaufs der Abiturienten des Jahrgangs 1975 auf die quantitativ bedeutendsten Fachrichtungen Jura, Wirtschaftswissenschaften, Wirtschafts- und Sozialverwaltung (A.E.S.), Literatur-, Sprachwissenschaften und Künste, sowie Gesellschafts- und Naturwissenschaften, so ergibt sich folgendes Bild:

Von den 66.486 Abiturienten des Jahrgangs 1975, die sich 1975/76 im ersten Studienjahr in einer der vorstehenden Ausbildungsbildungsrichtungen immatrikuliert haben, waren 1976/77

21.761 Studenten, das sind 33 %, im zweiten Studienjahr der gleichen Fachrichtung,

13.516 Studenten, das sind 20 %, befanden sich immer noch im ersten Studienjahr der gleichen Fachrichtung,

8.125 Studenten, das sind 12 %, haben einen Studienfachwechsel vorgenommen, und

23.084 Studenten, das sind 35 %, haben sich nicht wieder neu eingeschrieben.¹⁸⁶

Besonders hoch ist die Zahl derjenigen Studenten, die nach dem ersten Studienjahr die Universität verlassen haben, in den Naturwissenschaften (39 %) und in Wirtschafts- und Sozialverwaltung (38 %). Eine Erklärung für diesen hohen Anteil könnte nach Meinung des Ministeriums darin liegen, daß eine größere Zahl von Studenten sich 1975/76 sowohl an einer 'Classe préparatoire aux Grandes Ecoles' als auch an einer Universität eingeschrieben haben, und die Einschreibung an der Universität im nächsten Studienjahr nicht erneuert haben. In den folgenden drei Jahren steigt die Zahl derjenigen, die nicht mehr an die Universitäten zurückge-

¹⁸⁶ Vgl. Ministère de l'Education nationale, S.I.G.E.S., a.a.O., S. 1.

kehrt sind, weiter an auf 47 % im Studienjahr 1977/78, 56 % im Studienjahr 1978/79 und 66 % im Studienjahr 1979/80.¹⁸⁷ Die größte Schwierigkeit scheint also für die französischen Studenten darin zu bestehen, die Hürde des ersten Studienjahres zu überwinden. Im zweiten Studienjahr gelingt dann ungefähr jedem zweiten Studenten der Abschluß des D.E.U.G. Von daher ist der häufig zu hörende Vorwurf, das französische Universitätssystem sei ineffizient und unwirtschaftlich, nicht unberechtigt. Andererseits verläßt eine hohe Zahl von Studienanfängern bereits nach einem Semester die Universitäten, so daß sich der Zeitverlust noch in Grenzen hält. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, daß sich hinter den hohen Ausfallquoten von bis zu 60 % im ersten Studienabschnitt zwei Gruppen von Studenten verbergen, die es streng zu trennen gilt: Die einen verlassen endgültig die Universitäten und suchen (häufig vergeblich) nach Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt; diese Gruppe der Studienabbrecher (im eigentlichen Sinne) umfaßt nach Untersuchungen des C.E.R.E.Q. (Centre d'études et de recherches sur les qualifications) ca. 1/3 der Studienanfänger. Die anderen sind Studienwechsler, die entweder innerhalb der Universitäten einen anderen Studiengang wählen oder sich von den Universitäten zu anderen Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors (écoles, instituts, etc.) umorientieren.¹⁸⁸

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß nahezu die Hälfte der erstmals eingeschriebenen Studenten bereits im Grundstudium scheitert. Eines der Hauptziele der mit dem Hochschulrahmengesetz von 1984 eingeleiteten Reform des ersten Studienabschnittes ist daher die deutliche Minderung der hohen Ausfallquoten. Dabei wäre, wie Jean Celeyrette, Präsident der Universität Lille III und Vorsitzender einer Arbeitsgruppe zur Neuordnung des ersten Zyklus, realistisch meinte, eine Senkung von 50 auf 30 % bereits ein achtenswerter Erfolg. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, dürfte in

¹⁸⁷ Vgl. ebd.

¹⁸⁸ Vgl. Courtois, G., a.a.O., S. 15.

erster Linie vom Engagement und dem Willen der Hochschullehrer abhängen, die ihnen durch das neue Gesetz auferlegten zusätzlichen Aufgaben der verstärkten Information und Orientierung der Studienanfänger zu erfüllen.

Es wird daher entscheidend darauf ankommen, ob sich die Hochschullehrer das Anliegen der Regierung, die Beratung und Orientierung der Studienanfänger entscheidend zu verbessern, zu eigen machen. Ohne die Mitwirkung der Lehrkräfte ist diese Reform, soviel läßt sich jetzt schon vorhersagen, zum Scheitern verurteilt, ebenso wenn es die Regierung unterläßt, die eingeleiteten Reformmaßnahmen in dem notwendigen personellen und finanziellen Ausmaß zu unterstützen. Im Augenblick sieht es allerdings so aus, als würde die französische Regierung die verfügbaren Ressourcen eher zur Förderung der technologischen Innovation einsetzen.

4.4 Soziale Herkunft und Chancengleichheit

Man kann es als einen zentralen Punkt der jetzigen, auf Expansion durch 'modernisation' ausgerichteten französischen Regierungspolitik bezeichnen, daß die Sicherung des Wirtschaftswachstums und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vorrangig erreicht werden soll durch eine weitere massive Expansion sowohl der universitären Ausbildungseinrichtungen als auch der Forschungsstätten. Unter dieser Prämisse ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, noch mehr als bisher alle Begabtenreserven auszunüpfen, das heißt vor allem diejenigen Schichten zu erreichen, die an der Gesamtbevölkerung zwar den größten Anteil haben, im Hochschulbereich jedoch stark unterrepräsentiert sind. So betrug der Anteil der Arbeiterkinder in der Altersklasse der über 16-jährigen Franzosen (bezogen auf das Jahr 1975) etwa 40 %, aber nur 12 % der Universitätsstudenten kamen fünf Jahre später, 1980, aus Arbeiterfamilien. Umgekehrt macht der Anteil der Kinder von höheren Führungskräften (cadres supérieurs) und freiberuflich Tätigen (professions libérales) am Schülerjahrgang nur etwa 8 % aus, während er an den Universitäten 30 % erreicht.

Tab. 15: Prozentualer Anteil der französischen Studenten in den verschiedenen sozio-professionellen Schichten / im Vergleich zu ihrem Anteil an der entsprechenden Altersklasse der über 16-Jährigen

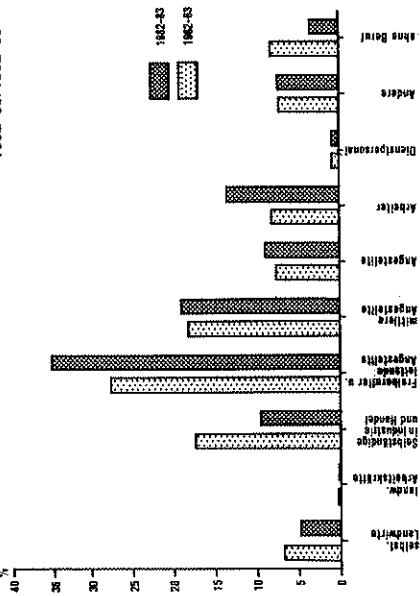
	Anteil a.d. Altersklasse in % (1975)	Anteil a.d. Universitäten in % (1980)
Landwirte (Agriculteurs)	9,5	4,8
Landarbeiter (Saliariés agricoles)	2,0	0,4
Selbständige in Handel u. Industrie (Patrons de l'industrie et du commerce)	8,7	9,3
Freie Berufe u. höhere Angestellte (Prof. libéraux et cadres supérieurs)	8,3	31,0
Mittlere Angestellte (Cadres moyens)	8,5	16,6
Angestellte (Employés)	8,7	8,2
Arbeiter (Ouvriers)	40,7	12,2
Dienstpersonal (Personnels de services)	2,5	1,0
Übrige Kategorien (Divers)	11,1	16,5

Quelle: Etudes et rapport de la commission du Bilan. La France en mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. La documentation française, Dezember 1981, S. 269.

1) üblicherweise werden in Frankreich zur Klassifikation der beruflichen und sozialen Herkunft acht soziprofessionelle Kategorien verwendet, die sowohl die berufliche Stellung als auch den Bildungsstand berücksichtigen.

Graphik 15:

Sozio - berufliche Herkunft der frz. Studenten
1962-63/1982-83



Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, Service de l'information de gestion et des statistiques. Tableaux statistiques 1982-1983, Doc. n° 5379, Juni 1984, S. 16.

Graphik 15 läßt zwar einerseits deutlich eine Zunahme des Anteils der aus Arbeiterfamilien stammenden Universitätsstudenten an der Gesamtstudentenschaft erkennen, was zunächst darauf schließen läßt, daß die Demokratisierung der französischen Universitäten in den letzten 20 Jahren einen recht spektakulären Fortschritt gemacht hat. Andererseits geht aus der folgenden Zeitreihe hervor, daß der Anstieg des Anteils der Studenten aus den unteren sozialen Kategorien, insbesondere aus der Arbeiterschicht, in der expansiven Phase der Hochschulen am stärksten war. Seit 1975/76 nehmen die Anteile der Studenten aus Arbeiterfamilien nicht mehr zu, ja sind sogar rückläufig.

Tab. 16: Studenten an Universitäten nach soziprofessioneller Kategorie der Eltern
Frankreich 1960-61 bis 1982-83

	1960-61	1967-68	1972-74	1974-75	1975-76	1980-81	1982-83
Landwirte	5,7	6,3	6,1	6,0	5,6	4,8	4,5
Landarbeiter	0,5	0,7	0,6	0,7	0,5	0,4	0,4
Selbst. i. Handel u. Industr.	10,2	10,4	11,9	11,7	11,4	9,3	8,8
Freiber. u. höhere Angest.	29,4	34,5	32,6	32,9	33,2	31,0	30,9
Mittlere Angestellte	13,8	17,4	16,2	16,4	16,0	16,6	17,2
Angestellte	8,4	9,3	9,4	9,2	9,3	8,2	8,1
Arbeiter	5,5	11,1	12,5	12,6	12,4	12,2	12,2
Dienstpersonal	0,9	0,8	0,8	0,8	0,9	1,0	0,9
Andere Kategorien	6,0	3,0	8,1	7,0	6,9	6,8	6,8
Eine Beruf	6,6	1,5	1,8	2,7	2,8	16,5	3,3
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Als 1975-76: Kaser, B., Bildungswesen, Chancengleichheit und Beschäftigungssystem 1980, S. 172;
1980-81 und 1982-83: eigene Ermittlungen

Von daher ist nicht einsehbar, weshalb die von der sozialistischen Regierung angestrebte Reform hinsichtlich der Realisierung ihrer Demokratisierungsbestrebungen einen größeren Erfolg zeitigen soll als dies bisher der Fall war. Schließlich ist die soziale Ungleichheit auch kein primär universitäres Problem. 'Sélection' und 'Orientation' setzen im französischen Bildungssystem bereits wesentlich früher ein: in der Primarstufe, in der 60 % der Schüler mindestens

eine Klasse wiederholen müssen,¹⁸⁹ mit einem ersten Höhepunkt in der Sekundarstufe I am Ende der Beobachtungsstufe, wo bereits 1/4 der Schüler gezwungen ist, das Collège zu verlassen und schließlich in der Sekundarstufe II am Lycée, wo das Fach Mathematik mit seinen extrem hohen Anforderungen als Ausleseinstrument dient und die geisteswissenschaftlichen Zweige, "die den weniger guten Schülern überlassen werden, und noch mehr die technischen Zweige, zu denen man nicht nur aus Neigung, sondern durch Eliminierung gelangt"¹⁹⁰, zu zweit- und drittklassigen Ausbildungswegen degradiert werden. In welch starkem Maße der langjährige Orientierungs- und Trennungsprozeß während der schulischen Ausbildung zu einer sozialen Auslese führt, zeigen die einschlägigen Statistiken über die soziale Zusammensetzung der Abiturienten, welche zum Großteil den sozial gehobenen Schichten angehören. So sind beinahe 60 % der Abiturienten Kinder von höheren Führungskräften oder Freiberuflern, aber nur etwa 10 % Arbeiterkinder. Ferner hat die Zugehörigkeit zu einem bestimmten soziokulturellen Milieu entscheidenden Einfluß auf die Wahl der verschiedenen Abiturzweige und das Ergebnis der Abiturprüfungen. Die Schüler der am höchsten geschätzten Abiturzweige C und D mit den besten Aussichten für Studium und Beruf stammen zum großen Teil aus wohlhabenden Familien. Sie schneiden auch bei den Abiturprüfungen besser ab als ihre weniger privilegierten Mitschüler.

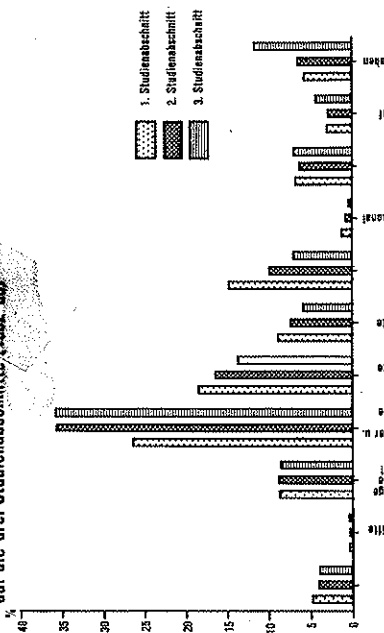
Die Selektion ist somit nicht nur ein wesentliches Charakteristikum des französischen Hochschulwesens, sondern des französischen Bildungssystems insgesamt. Man kann insbesondere sagen, daß bereits eine sozial unausgewogene Population (von Abiturienten) an die Universitäten gelangt, wo dann allerdings die sozialen Disparitäten nach Fachrichtung und Studienfortschritt noch verstärkt werden. Die Verteilung der Studenten an den Universitäten nach Fachrichtungen ergibt an Hand der folgenden Tabelle ein deutliches Übergewicht der

189 Vgl. Kraus, J., Das französische Schulsystem: ein Überblick. In: Anregung, 29. Jg., Heft 2, S. 109.
190 Legrande, L., Bildung und Erziehung in Frankreich in den achtziger Jahren. In: Bildung und Erziehung, 35 (1982), S. 425.

Kinder höherer Führungskräfte und freiberuflich Tätiger in den medizinischen Studiengängen, die besonders gute Zukunftsperspektiven eröffnen. Die Studenten dieser gehobenen Kategorien stellen nahezu ein Drittel der Gesamtstudentenschaft und beinahe die Hälfte der Studenten in den medizinischen Disziplinen. Sie sind praktisch auch die einzigen, die ihren Anteil, je höher sie im Laufe ihres Studiums gelangen, noch steigern können, nämlich von 26,6 % im ersten Studienabschnitt auf 35,9 % im dritten (Vgl. Graphik 16). Umgekehrt ist der Anteil der Arbeiterkinder im ersten Zyklus mit 14,8 % am höchsten, im zweiten Studienabschnitt erreicht er nur noch 10,1 % und im dritten Studienabschnitt fällt er schließlich auf 7,1 % ab.

Graphik 16:

Aufteilung der französischen Studenten nach ihrer sozio - beruflichen Herkunft auf die drei Studienabschnitte (1982-83)



Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, Service de l'Informatique de gestion et des statistiques, tableaux statistiques 1982-1983, Doc. n° 5779, Juni 1984, S. 16.

Quelle: Ministère de l'Éducation nationale, S.I.G.E.S., Répères et références statistiques sur les enseignements et la formation, éd. 1984, S. 173.

sozio-berufliche Herkunft der Eltern	Fachrichtung	Landwirte (Agriculteurs exploitants)	Landarbeiter (Ouvriers agricoles)	Selbstständige in Handel und Industrie (Patrons de l'industrie et du commerce)	Professionelle und höhere Angestellte (Professions libérales et cadres supérieurs)	Mittlere Angestellte (Cadres moyens)	Angestellte (Employés)	Arbeiter (Ouvriers)	Dienstpersonal (Personnels de service)	Andere Kategorien (Autres catégories)	Berufsslose (Sans profession)	Ohne Antwort	Zusammen
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	5,3	0,5	9,6	28,3	17,3	9,2	13,7	1,2	6,9	2,2	7,4	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	4,1	0,4	8,6	25,5	16,8	8,6	12,7	0,9	7,7	4,2	9,6	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	5,4	0,4	8,2	31,3	19,5	7,8	12,7	0,9	5,6	2,9	5,3	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	3,3	0,2	8,9	44,1	15,5	5,9	7,0	0,5	6,1	2,6	5,9	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	5,2	0,6	10,3	42,7	15,8	6,2	6,9	0,5	5,5	3,2	3,1	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	2,5	0,1	11,2	45,9	14,9	6,2	6,0	0,4	4,8	2,1	5,9	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	4,3	0,3	7,7	22,2	20,3	8,3	13,1	0,8	6,7	4,7	11,6	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	8,3	0,6	10,0	17,7	20,2	9,9	21,9	1,6	6,2	1,9	1,7	100,0
Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	Wirtsch.-wissensch. (Sciences économiques)	4,5	0,4	8,8	30,9	17,2	8,1	12,2	0,9	6,8	3,3	6,9	100,0

Tab. 17: Aufteilung der Studenten an Universitäten nach Fachrichtungen sowie sozio-professioneller Herkunft der Eltern in Prozent (Frankreich 1982 - 1983)

V. Kapitel: Die 'Grandes Ecoles' oder Elitebildung auf französisch

In der gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland spielen Fragen der Eliteförderung eine zentrale Rolle. Hintergrund dieser vom damaligen Bundesvorsitzenden der Freien Demokraten, Hans Dietrich Genscher, ausgelösten Diskussion ist die Sorge, der in den Hochschulen herrschende Massenbetrieb lasse die für die Sicherung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland lebensnotwendige Förderung der besonders befähigten Studenten nicht mehr zu. Den neben Lehre und Forschung noch mit Selbstverwaltungsaufgaben belasteten Professoren fehle die Zeit und Kraft, Studenten, die zu überdurchschnittlichen Leistungen in der Lage sind, auszusuchen und zu Spitzenleistungen zu motivieren. In der höchst kontrovers geführten Diskussion, die sich nicht zuletzt auch deshalb so schwierig gestaltet, weil über den Elitebegriff kein Konsens erzielt werden kann, wird von den Anhängern privater oder staatlicher Eliteuniversitäten neben den U.S.A. gerne auf das Beispiel Frankreich verwiesen, wo seit über zwei Jahrhunderten eine systematische Eliteförderung getrennt von den Universitäten in speziell hierfür errichteten Hochschulen, den 'Grandes Ecoles', betrieben wird.

Das französische Hochschulwesen weist damit eine Besonderheit auf, durch die es sich grundlegend vom deutschen Hochschulsystem (und von dem anderer westlicher Nationen) unterscheidet: die Dualität - teilweise sogar Parallelität - der Hochschulausbildung an Universitäten (Universités) und "Großen Schulen" (Grandes Ecoles). Den Universitäten obliegt die Breitenbildung der Masse der französischen Studenten, die 'Grandes Ecoles' genießen das Privileg, die Elite der begabtesten Abiturienten unter optimalen Rahmenbedingungen auf ihre künftigen Führungsaufgaben in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft vorzubereiten.

1 Geschichtliche Entwicklung

Diese Zweigleisigkeit des Hochschulwesens hat Tradition in Frankreich, und es ist bisher noch keiner Regierung, gleich welcher politischer Richtung, gelungen, auch nur eine Annäherung der beiden Schienen zu erreichen, geschweige denn die Elitebildung im allgemeinen Hochschulsystem aufgehen zu lassen.

Die Existenz dieser Eliteanstalten der 'Grande Nation', der ihnen eigene rigorose Selektionsmechanismus, ihr Quasimonopol auf die entscheidenden Führungspositionen in der französischen Gesellschaft, die daraus resultierenden hervorragenden Berufsaussichten und das hohe soziale Prestige der Absolventen, die ein stark ausgeprägter 'esprit de corps' verbindet, all dies ist eine französische Eigenheit, die historisch gewachsen ist und sich nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen läßt.

Die ersten 'Grandes Ecoles', damals noch 'Ecoles Spéciales' genannt, sind noch vor der französischen Revolution Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts entstanden¹⁹¹, nachdem sich die Universitäten unfähig gezeigt hatten, eine den Anforderungen der Zeit und gleichzeitig wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Ausbildung zu vermitteln.

Mit der fortschreitenden Entwicklung von Wissenschaft und Technik stellten sich dem Staat neue Aufgaben, die nur mit qualifiziert ausgebildeten Ingenieuren, Offizieren, Lehrern, etc. bewältigt werden konnten. Es war die Schwäche der traditionellen Universitätsausbildung, die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Anstoß gab zur Errichtung eigener staatlicher Spezialhochschulen, in denen eine neue Elite von Staatsbeamten herangezogen werden sollte. Noch während des 'Ancien Régime' entstanden für die volkswirtschaftlich und militärstrategisch wichtigen Aufgaben des Brücken- und Straßenbaus sowie des Hüttenwesens die 'Ecole

¹⁹¹ Es ist also eine Legende, Napoleon die Urheberschaft für die Eliteschulen zuzuschreiben.

des Ponts et Chaussées' (1747) und die 'Ecole des Mines'.¹⁹² (1783) sowie die Militärschulen 'Ecole d'Artillerie' (1730) und 'Ecole du Génie militaire de Mézières' (1748).

Während der französischen Revolution war anfangs das Mißtrauen groß gegenüber Institutionen, die der Ausbildung einer wie auch immer gearteten Elite dienten, so daß die Universitäten geschlossen wurden und den 'Spezialhochschulen' jede finanzielle Unterstützung versagt wurde. Als sich jedoch der Mangel an Führungskräften immer gravierender bemerkbar machte, wurden nach der Spaltung der 'Jacobiner' und der Hinrichtung Robespierres die vorgenannten Schulen wieder ihrer früheren Bestimmung zugeführt und neue Einrichtungen gegründet:¹⁹³ 1792 das 'Conservatoire des Arts et Métiers', 1794 die berühmte 'Ecole Polytechnique',¹⁹⁴ aus deren Absolventen sich überwiegend das Offizierskorps rekrutiert und die erste Spezialschule im Bereich der Geisteswissenschaften für die nummehr staatlich geregelte Lehrerbildung, die 'Ecole Normale Supérieure' (E.N.S.).

Unter der Herrschaft Napoleons erlangten die Spezialhochschulen weiter Bedeutung und Einfluß zulasten der Universitäten. Napoleon benutzte die Eliteschulen gezielt als Instrument zur Heranbildung ihm loyal ergebener Offiziere, Professoren, Ingenieure und Verwaltungsbeamter, deren er zur Verfolgung seiner ehrgeizigen Ziele in hohem Maße bedurfte.

Ihre Blütezeit erlebten die 'Ecoles Spéciales' in der Zeit nach dem Ende des Ersten Kaiserreichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, zwischen 1816 und 1914 also, in der ihre Zahl sprunghaft von 7 auf 85 angestiegen ist. Mit dem quantitativen Ausbau vollzog sich gleichzeitig eine breite Differenzierung dieser Institutionen. Waren die im Laufe des 18. Jahrhunderts entstandenen Spezialschulen ausschließlich

¹⁹² Die angegebenen Namen entsprechen den heutigen.

¹⁹³ Vgl. Magliulo, B., Les Grandes Ecoles, 1982, S. 10.

¹⁹⁴ Sie wurde aufgrund ihres hervorragenden Rufes zur Meilensteinrichtung in ganz Europa; u.a. entstand die erste polytechnische Schule in Deutschland 1825 in Karlsruhe nach ihrem Vorbild.

in Paris angesiedelt und ihre Ziele - abgesehen von einigen medizinischen Schulen - auf die Ausbildung für den Staatsdienst ausgerichtet, so kam es Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund von Initiativen der Privatwirtschaft vornehmlich zur Gründung von privaten Handelshochschulen in den wichtigsten Städten Frankreichs. Die 'Ecoles supérieures de Commerce' von Le Havre (1870), Rouen (1870), Lyon (1872), Marseille (1872), Bordeaux (1877), Lille (1892), Montpellier (1897), Dijon (1900), Toulouse (1912) und die bedeutendste dieser Einrichtungen, die 'Ecole des Hautes Etudes commerciales' von Paris (1881) wurden demgemäß auch nicht unter die Aufsicht des Staates, sondern unter die Schirmherrschaft der Industrie- und Handelskammern dieser Städte gestellt.

2 Die Vielfalt der 'Grandes Ecoles'

Mit den genannten Gründungen wurden Entwicklungen eingeleitet, die in der Folgezeit nicht nur für die französischen Universitäten weitreichende Konsequenzen entfaltet, sondern das gesamte geistige und politische Leben des Landes entscheidend geprägt haben. Die Einrichtung weiterer staatlicher und privater Spezialhochschulen im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts unter verschiedener Trägerschaft hat die Kluft zwischen Universitäten und 'Grandes Ecoles' immer größer werden lassen, so daß sich schließlich im französischen Hochschulsystem ein Zweiklassensystem herausgebildet hat, in dem die 'Grandes Ecoles' die unbestrittene Vorrangstellung einnehmen und die Universitäten zu zweitrangigen Hochschulen abgestempelt sind.

In seiner heutigen extrem heterogenen Form repräsentiert das französische System der wissenschaftlichen Elitebildung außerhalb der traditionellen Universitäten 300 'Grandes Ecoles' von höchst unterschiedlichem Niveau - keineswegs alle sind wirkliche Eliteschulen, es sind auch sozusagen 'petites Grandes Ecoles' darunter -, wie überhaupt nirgendwo gesetzlich definiert oder geregelt ist, welche Kriterien eine 'Ecole' erfüllen muß, damit sie sich mit dem Attribut

'Grande' schmücken darf. Rund die Hälfte sind Ingenieurhochschulen; davon befinden sich etwa 30 in der Hauptstadt Paris und 50 in der Region Paris, was durchaus in das Bild eines stark zentralistisch aufgebauten Bildungssystems paßt. Weitere 60 sind private Wirtschaftshochschulen, die übrigen Eliteschulen verteilen sich auf nahezu alle Disziplinen, mit Ausnahme von Jura und Medizin, die nur an den Universitäten studiert werden können. Umgekehrt ist das Studium der Architektur¹⁹⁵, Veterinärmedizin¹⁹⁶ und Agrarwissenschaften nur, das der Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften fast ausschließlich an den 'Grandes Ecoles' möglich. Geistes- und Naturwissenschaften werden überwiegend an den Universitäten studiert.

Die staatlichen 'Grandes Ecoles' unterstehen nur zum Teil dem Erziehungsministerium, von den Ingenieurhochschulen sind dies etwa zwei Drittel. Die 'Ecole Polytechnique' beispielsweise ist dem Verteidigungsministerium zugeordnet, die angesehene 'Ecole Nationale d'Administration' untersteht direkt dem Premierminister, die veterinärmedizinischen Hochschulen gehören zum Geschäftsreich des Landwirtschaftsministeriums, die privaten, im

195 Im Jahre 1981 war an 25 'Grandes Ecoles' die Ausbildung zum Architekten möglich. Neben den 23 dem 'Ministère de l'Urbanisme et du Logement' unterstellten 'Unités Pédagogiques d'Architectures' (U.P.A.), die nach einem in drei Abschnitte gegliederten Studium den Studienabschluß des 'Diplôme d'Architecte délivré par le gouvernement' (D.P.L.G.) zuerkennen, verleihen zwei weitere private Architekturhochschulen in Paris und Strasbourg ein anerkanntes Diplom, das zur Aufnahme in den 'Ordre des Architectes' ermächtigt.

196 Das Studium der Veterinärmedizin kann nur an den vier dem Landwirtschaftsministerium unterstellten 'Ecoles Nationales Vétérinaires' in Alfort, Lyon, Nantes und Toulouse absolviert werden. Die im Rahmen eines nationalen 'concours' nach einem einjährigen Grundstudium in einer 'classe préparatoire aux écoles vétérinaires' erfolgende Aufnahmeprüfung ist extrem schwierig (1979 standen für 2.365 Bewerber 420 Plätze zur Verfügung), aber auch das eigentliche Fachstudium läuft mit permanenten Leistungskontrollen (jedes Studienjahr wird mit einer Prüfung abgeschlossen) und einer Studienabschlußprüfung ungewöhnlich streng ab.

allgemeinen staatlich anerkannten Wirtschaftshochschulen sind, wie bereits erwähnt, den Handelskammern unterstellt, die 'Ecole supérieure de physique et de chimie' wiederum ist eine Einrichtung der Stadt Paris.

Gemäß den von der 'Commission du Bilan'¹⁹⁷ veröffentlichten Zahlen waren im Studienjahr 1980-81 etwa 90.000 Studenten an den rd. 300 'Grandes Ecoles' eingeschrieben, gegenüber etwa 850.000 Studenten an den 77 Universitäten und 56.100 Studenten an den 66 I.U.T. Eine grobe Aufteilung der Studenten nach Fächergruppen erfolgt in der nachstehenden Tabelle:

Tab. 18: Studenten an 'Grandes Ecoles' nach Fächergruppen bzw. Hochschularten

Fächergruppen	Studenten im Jahr 1980-81
Ingenieurhochschulen insgesamt	36.944
davon	
- dem Erziehungsministerium unterstellt	20.335
- anderen Ministerien unterstellt	8.119
- private	8.490
Geisteswissenschaftliche Hochschulen (E.N.S.)	2.840
Wirtschaftshochschulen	15.824
Verwaltungshochschulen (Notariat, Polizei, Grenzschutz, Finanzen etc.)	5.684
Architekturhochschulen	14.054
Veterinärhochschulen	1.932
Landwirtschaftliche Hochschulen ²⁾	271
Kunsthochschulen	6.824
Musikhochschulen	1.181
andere	3.089
Insgesamt	51.699

1) eine verfeinerte Aufschlüsselung ist nicht möglich, da nicht von allen 'Grandes Ecoles' Daten verfügbar sind.

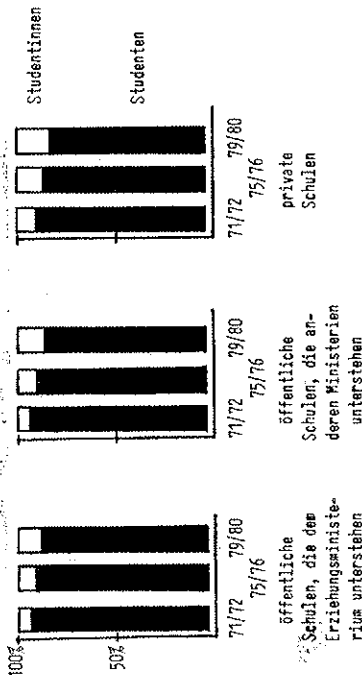
2) soweit sie dem Landwirtschaftsministerium unterstellt sind.

Quelle: Ministère de l'Education Nationale, Service de l'Informatique de Gestion et des Statistiques. Tableaux des enseignements et de la formation. Edition 1982.

197. Vgl. Etudes et rapports de la Commission du Bilan. Les Grandes Ecoles, a.a.O., S. 433.

Der Anteil der weiblichen Studenten, der im Studienjahr 1981/82 an den Universitäten bereits die 50%-Grenze überschritten hat, ist insbesondere an den Ingenieurhochschulen mit 14,6 % auffallend gering.

Graphik 17: Anteil der Studentinnen an Ingenieurschulen Frankreich 1971/72 bis 1979/80



Quelle: Etudes et Rapports de la Commission du Bilan. La France en Mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. La Documentation Française. Dezember 1981, S. 310.

Innerhalb des Systems der 'Grandes Ecoles' besteht eine ungeschriebene Hierarchie, man könnte auch sagen Hackordnung, wobei die Zahl der Bewerber und die Strenge der Selektion sowie die Berufskarrieren der Absolventen die Attraktivität und den Rang einer Eliteanstalt begründen.¹⁹⁸

2.1 Die 'Ecole Nationale d'Administration' (E.N.A.)

Ganz oben in der Rangordnung steht eine der jüngsten Eliteschulen des Landes, die 1945 durch ein Dekret von Charles de Gaulle gegründete 'Ecole Nationale d'Administration' (E.N.A.). Die Absolventen der E.N.A., die sogenannten Enar-chen, halten die Schlüsselpositionen in allen Bereichen des

¹⁹⁸ Die Monatszeitschrift 'Le Monde de l'Education' veröffentlicht jeweils in ihrem Juli-August-Heft eine Rangliste der im Urteil der 40 führenden Wirtschaftsunternehmen Frankreichs angesehensten 'Grandes Ecoles' und ihrer jeweiligen Vorbereitungsklassen.

öffentlichen Lebens besetzt, in den 'Grands Corps' der allgemeinen französischen Verwaltung ('Conseil d'Etat', 'Inspection des Finances', 'Cours des comptes', 'Corps des Administrateurs Civils') ebenso wie in den 'cabinets ministériels', im diplomatischen Corps und in den zahlreichen halbstaatlichen und nationalisierten Konzernen und Banken.

Die drei angesehensten 'Corps'¹⁹⁹ der allgemeinen Verwaltung (Staatsrat, Finanzinspektion und Rechnungshof) sowie der 'Corps diplomatique' rekrutieren ihren Nachwuchs praktisch ausschließlich aus Absolventen der E.N.A., und selbst die relativ große Gruppe der in den 'Sous-directions' der Ministerien eingesetzten 'Administrateurs civils' besteht zu 70 % aus ehemaligen 'E.N.A.'-Absolventen. In den Führungsstäben der Ministerien, den 'cabinets ministériels', beträgt der Anteil der an der 'E.N.A.' ausgebildeten Spitzenbeamten an die 40 %, im Elysee-Palast liegt er sogar bei 60 %. Da das Bestehen der nationalen Aufnahmeprüfung für die 'E.N.A.' der Anwartschaft auf eine Karriere im Staatsdienst gleichkommt, ist der jährliche Bewerberandrang groß und angesichts der ungewissen Beschäftigungsaussichten in der stark konjunkturabhängigen privaten Wirtschaft von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen: 1983 bewarben sich mehr als 2.000 Kandidaten um 150 Studienplätze. Auch stellen sich immer mehr Kandidaten dem Wettbewerb, die bereits einen oder gleich mehrere Studienabschlüsse vorweisen können. Im Jahre 1983 befanden sich immerhin unter den Kandidaten, die sich dem externen 'Concours' unterzogen haben, 36 Inhaber eines Diploms der höchst renommierten privaten Handeshochschule H.E.C., von denen einige darüberhinaus noch den Studienabschluß eines 'Institut d'Etudes Politiques' oder der 'Licence' vorweisen konnten.²⁰¹

¹⁹⁹ S. hierzu Fn. 205.
²⁰⁰ Vgl. Garin, Chr., Les seigneurs de l'E.N.A. In: Le Monde de l'Education, Februar 1985, S. 35. Zum 'cabinet' gehören in Frankreich alle persönlichen und unmittelbaren Mitarbeiter des Ministers; er wählt sie nach eigenem Ermessen und im Rahmen einer für jedes Ministerium festgesetzten Höchstzahl (etwa 10 - 20) aus.
²⁰¹ Vgl. Garin, Chr., a.a.O., S. 36.

Die Zulassung zum Studium war bis vor kurzem auf zwei Wegen möglich: entweder über den 'Concours interne', zu dem Bewerber unter 30 Jahren, die entweder fünf Jahre als Angestellte oder mindestens drei Jahre als Beamte im Staatsdienst tätig waren, zugelassen werden, oder über den 'Concours externe', der für Studenten unter 25 Jahren mit einem universitären Studienabschluß (Licence oder Maîtrise) oder einem Studienabschluß eines 'Institut d'Etudes Politiques' oder einer anderen 'Grande Ecole' vorgesehen ist. Im Herbst 1983 wurde unter der neuen Linksregierung noch ein dritter Weg in die 'Enarchie' geschaffen. Zwölf der begehrten 150 Studienplätze stehen seither auch solchen Bewerbern offen, die weder einen Studienabschluß noch eine mehrjährigen Verwaltungstätigkeit vorweisen können, und dennoch, wie es Präsident Mitterrand ausdrückte, "gezeigt haben, daß etwas in ihnen steckt, ohne daß dies schon durch ein Diplom der Gesellschaft nachgewiesen wäre."²⁰² Diese gegen eherne Gesetze verstoßende Öffnung der Elitenschule wurde insbesondere aus den Reihen der "Ehemaligen" heftig bekämpft.

Die Ausbildung dauert ca. 30 Monate und beginnt mit einem 8-monatigen Praktikum in einer Verwaltungseinrichtung (z.B. in einer Präfektur, einer Botschaft oder einer internationalen Organisation); der theoretische Teil der Ausbildung beträgt insgesamt nur 13 Monate und wird durch ein zweimonatiges Kurzpraktikum in einem französischen oder ausländischen Unternehmen unterbrochen. Die Praktika und die im Laufe der theoretischen Ausbildung anzufertigenden Textanalysen, Fallstudien, Gutachten, etc. werden nach einem ausgefeilten Punktesystem bewertet; nach dem erzielten Punktergebnis wird eine Rangordnung der jungen Enarchen in durchnumerierter Reihenfolge (classement) aufgestellt; sie entscheidet über die künftige Karriere der Absolventen im Staatsdienst.

202 Vgl. Den dritten Weg in die Enarchie will die Rechte wieder versperren. In: Frankfurter Rundschau vom 5.12.1983, S. 13.

2.2 Die 'Ecole Polytechnique'

Unter den Ingenieurhochschulen genießt die traditionsreiche 'Ecole Polytechnique' das größte Ansehen. Den Absolventen dieser Eliteschule der französischen Armee winken steile Karrieren in der Armee, der technischen Verwaltung, und auch in der Privatwirtschaft.

Die Studiendauer beträgt einschließlich der obligatorischen einjährigen militärischen Ausbildung drei Jahre. Das zweijährige Fachstudium, das im Hinblick auf eine möglichst breite berufliche Verwendbarkeit der Absolventen eher einem 'studium generale' angenähert ist, enthält neben einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkt fächerübergreifende Anteile aus den Bereichen Technikwissenschaften, Informatik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sport und wird mit dem Diplom eines 'Ingénieur de l'Ecole Polytechnique' abgeschlossen.

Die Studenten haben den Rang eines Offiziers und erhalten ein durchschnittliches Monatsgehalt von ca. 5.000 FF, wovon etwa 700 FF für Unterbringung und Verpflegung abgehen. Laurent Schwartz, der selbst als Mathematik-Professor an der 'Ecole Polytechnique' gelehrt hat, rechnet in seinem für die französische Regierung erstellten Bericht über die 'Grandes Ecoles' dem Staat vor, daß er sich die Ausbildung eines einzigen 'Polytechnicien' die stolze Summe von 390.000 FF kosten läßt, während in den USA der Student für seine Ausbildung an einer vergleichbaren Privatuniversität zwischen 6.000 und 7.000 Dollar bezahlen muß.

Im Urteil von Laurent Schwartz²⁰³ erfüllt die 'Ecole Polytechnique' heute alle Kriterien, um zu den führenden Wissenschaftszentren der Welt zu gehören: ein international anerkannt hohes Ausbildungsniveau, einen hervorragend ausgestat-

203 Vgl. La France en mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. Kapitel 5: Les Grandes Ecoles, S. 403.

teten Lehrkörper²⁰⁴ und - als eine der wenigen Eliteschulen Frankreichs - hochmoderne Laboratorien, in denen über 400 Forscher tätig sind.

Trotz der optimalen Forschungsbedingungen entscheiden sich nur wenige Studenten (durchschnittlich 20 pro Jahrgang) nach Erlangung ihres Ingenieur-Diploms für den Weg in die Hochschulforschung. Von Seiten der französischen Staatsregierung und der Verantwortlichen der 'Ecole' selbst wird diese Entwicklung mit Sorge betrachtet. Solange allerdings die 'Ecole Polytechnique' an dem sakrosankten Gesetz des 'classement' festhält, dürfte sich die Forschungsmotivation ihrer Studenten kaum merklich steigern lassen. Nach diesem spezifisch französischen Prinzip des 'classement' werden die Studenten jeweils nach ihrem Prüfungsergebnis in eine Rangliste eingeordnet. Die Erstplatzierten unter den Absolventen der 'Ecole Polytechnique' erhalten das Privileg, in einen der technischen 'Grands Corps' einzutreten. Die 'Grands Corps' bilden die Spitze der französischen Ämterhierarchie. 205 Die ihnen angehörenden Beamten, die 'Corpsards', die zur engeren Führungsschicht der zentralistischen Staatsverwaltung Frankreichs zählen, werden durch Eliteschulen, die dem jeweiligen Fachministerium zugeordnet sind, rekrutiert und gezielt auf ihre künftigen Führungsaufgaben im Staatsdienst vorbereitet. Im Falle des im Jahre 1810 von Napoleon geschaffenen 'Corps des Mines' ist dies beispielsweise die zur Sicherung der Rüstungsrohstoffe geschaffene 'Ecole des Mines', im Falle

204 Im Studienjahr 1981-82 stand für die Ausbildung von zwei Jahrgangsgruppen von insgesamt 600 Studenten (davon etwa 40 Frauen) ein Lehrpersonal von 220 hochqualifizierten Wissenschaftlern, darunter auch Forscher des 'C.N.R.S.' (Centre National de la Recherche Scientifique et Technique), zur Verfügung.

205 Der gesamte französische öffentliche Dienst ist in 'Corps' eingeteilt. Der 'Corps' umfaßt die Beamten, die denselben Sonderstatus innehaben und Zugang zu den gleichen Ämtern haben. Daneben wird noch nach den Kategorien A, B, C und D differenziert, die in etwa den vier Laufbahngruppen im deutschen Beamtenrecht entsprechen. Die 'Grands Corps' bilden die Spitze der französischen Ämterhierarchie.

des für den Brücken- und Straßenbau zuständigen 'Corps des Ponts et Chaussées' die im Jahre 1747 gegründete Eliteschule gleichen Namens.

Daß auch unter den verschiedenen "Staats-Corps" eine Prestige-Hierarchie besteht, an deren Spitze der 'Corps des Mines' steht, der fast immer von den rangbesten Absolventen der 'Ecole Polytechnique' gewählt wird, zeigt die folgende Übersicht:

Tab. 19: Liste der von den Absolventenjahrgängen 1968 bis 1977 an der 'Ecole Polytechnique' gewählten Corps

Jahrgang gewählte Corps	1968	1971	1974	1977
Mines	1-16 ¹⁾	1-18	1-13	2-13
Ponts	15-58	5-60	11-46	1-44
Telecomm.	22-87	2-104	36-90	16-60
I.G.N.	124-250	180-251	104-114	-154
G.R.E.F.	14-126	65-154	53-100	66-111
I.N.S.E.E.	19-93	8-127	52-118	69-141
Assurances	107-153	60-82	87-108	68-87
Météo	8-152	88-182	14-185	88-147
Aviat.Civile	93-162	52-144	59-139	74-153
Ins. Mesure	157-250	-178	95-116	78 u. 150
E.N.A.	72-98	19-33	74-84	30 u. 62
Armement	2-237	23-297	66-254	59-290
Armées	198 und 266	96 und 310	232	265

1) Rangster und -letzter, der den betreffenden 'Corps' gewählt hat

2) Zahl der angebotenen Plätze

Quelle: Commission du Bilan, a.a.O., S. 43f.

2.3 Die 'Ecoles Normales Supérieures' (E.N.S.)

Einen der 'Ecole Polytechnique' vergleichbaren Traditions- und Prestigereichum weisen eigentlich nur zwei der insgesamt fünf 'Ecoles Normales Supérieures' (E.N.S.) auf, und zwar die bislang nur Männern zugängliche E.N.S. in der Rue d'Ulm, inmitten des Quartier Latin, und das Pendant für weibliche Studenten in Sévres, einem Vorort von Paris. Ursprünglich für die Lehrerbildung bestimmt, bilden die E.N.S. heute die Elite der Forscher und Hochschullehrer Frankreichs im geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereich aus.²⁰⁶ Im pluralistischen System der 'Grandes Ecoles' nehmen sie eine Sonderstellung ein, weil sie Eliteförderung nicht getrennt von den Universitäten, sondern in Zusammenarbeit mit ihnen betreiben. Das überaus erfolgreiche Konzept der E.N.S. basiert auf vier Eckpfeilern:

- strenges Auswahlverfahren,
- Unterricht an einer anerkannt guten Universität mit Qualitätskontrollen, unterstützt durch eigene Förderkurse,
- intensive Betreuung während des Studiums,
- Mitarbeit der Studenten in erstklassigen Forschergruppen.

In der praktischen Umsetzung funktioniert dieses Modell dergestalt, daß je Hochschule jährlich nur 100 wirklich begabte Studenten aufgenommen werden²⁰⁷, die keinen eigenen Unterricht erhalten, sondern die Vorlesungen einer ausgewählten Universität (im Falle der in Paris angesiedelten E.N.S. ist dies die Universität Paris VI) hören. Die Zusammenarbeit zwischen E.N.S. und Universität ist vertraglich abgesichert und berechtigt die 'Ecole' zur laufenden Quali-

²⁰⁶ Sämtliche französischen Nobelpreisträger seit dem Zweiten Weltkrieg haben eine E.N.S. absolviert.

²⁰⁷ Das sind etwa 5 % aller Absolventen der Vorbereitungs-klassen.

tätskontrolle der Vorlesungen. Ein Universitätsprofessor, dessen Lehre den hohen Ansprüchen der E.N.S. nicht genügt, kann abgelehnt werden. Die eigentliche Eliteförderung durch die E.N.S. besteht in einer besonders effektiven Zusatzausbildung zu den Hauptvorlesungen an der Universität in Form von vertiefenden Exklusivvorlesungen und Sonderkursen zur Vorbereitung auf die staatlichen Abschlußprüfungen und den nationalen 'Concours d'Agrégation' sowie in einer intensiven Betreuung der Studenten während des gesamten Studiums durch junge Nachwuchswissenschaftler. Jedem 'Normalien' wird vom ersten Tag seines Studiums an ein Tutor zugeteilt, mit dem er einen speziell auf ihn zugeschnittenen Studienplan ausarbeitet, von dem nur im Einvernehmen mit dem Tutor abgewichen werden kann. Fester Bestandteil des Studienplans ist die systematische Heranführung des Studenten an die Forschung, indem er von Studienbeginn an einem der E.N.S.-eigenen Labors zur Mitarbeit zugeteilt wird.²⁰⁸

Während ihres in der Regel vierjährigen Studiums sind die 'Normaliens' Beamte auf Widerruf mit einem durchschnittlichen Brutto-Monatsgehalt von etwa 6.000 FF, von dem ca. 400 FF für die internatmäßige Unterbringung einbehalten werden. Als Gegenleistung verpflichten sie sich, nach erfolgreichem Studienabschluß für die Dauer von mindestens sechs Jahren in den Staatsdienst einzutreten; wird diese Verpflichtung ganz oder teilweise nicht eingehalten, ist das Gehalt in voller Höhe bzw. anteilig zurückzuerstatten.²⁰⁹ Nach Abschluß des Studiums und Bestehen des 'Concours d'Agrégation' besteht die Möglichkeit, als 'Professeur Agrégé' in den höheren Schuldienst zu gehen, welche nur eine Minderheit der Kandidaten wahrnimmt; die überwiegende Mehrheit der Absolventen wählt entweder die Hochschullehrer- oder die Forscherlauf-

²⁰⁸ Die E.N.S. gehören zu den wenigen Eliteschulen Frankreichs, die über hervorragend ausgestattete Laboratorien verfügen, in denen Frankreichs Spitzenforscher tätig sind.

²⁰⁹ Wechselt der Absolvent in die Privatwirtschaft über, übernimmt diese in der Regel die Rückzahlungsverpflichtung.

bahn am 'Centre National de la Recherche Scientifique'.²¹⁰
 Bis zur Gründung der 'E.N.A.' waren die 'Normaliens' auch
 stark in Politik, Verwaltung und Diplomatie vertreten.²¹¹

Derzeit befinden sich die 'E.N.S.' trotz ihrer anerkannt
 hochwertigen Ausbildung, deren Niveau durchaus mit dem ame-
 rikanischer Eliteeinrichtungen, wie dem 'Massachusetts In-
 stitute of Technology' (M.I.T.) oder Harvard vergleichbar
 ist, unverkennbar in einer Krise. Die Erklärung hierfür
 liegt in der ungünstigen Personalsituation an den Universi-
 täten,²¹² welche die wenigen Spitzenbegabungen in zuneh-
 menden Maße veranlaßt, die E.N.A. oder die 'Ecole Poly-
 technique' als Sprungbrett für eine gesicherte Karriere im
 höheren Verwaltungsdienst oder in der Industrie zu wählen.

3 Die charakteristischen Merkmale des französischen Systems
 der Elitebildung

Die elitäre Sonderstellung der 'Grandes Ecoles' gegenüber
 den Universitäten zeigt sich insbesondere in folgenden, die
 französischen Eliteeinrichtungen prägenden Merkmalen:

- Trennung des Schulabschlusses vom Hochschulzugang mit
 einem eigenen hochselektiven Eingangsverfahren;
- polyvalente und praxisbezogene Ausbildung auf hohem Ni-
 veau;
- hohe Erfolgsquoten;
- hervorragende Berufsaussichten der Absolventen.

²¹⁰ Vgl. hierzu Kap. VII, S. 211 ff.

²¹¹ Die Liste berühmter E.N.S.-Absolventen ist lang; Jean-
 Paul Sartre und Simone de Beauvoir waren ebenso
 'Normaliens' wie Präsident Pompidou oder Laurent Fabius.

²¹² S. hierzu im einzelnen Kap. II, S. 70 ff.

3.1 Der beschränkte Zugang zu den 'Grandes Ecoles'

Die Zugangsbedingungen der 'Grandes Ecoles' sind extrem
 streng und mit denen anderer Eliteeinrichtungen westlicher
 Prägung nicht vergleichbar. An keiner Eliteuniversität, sei
 sie amerikanischer oder anderer westlicher Nationalität,
 steht die Zahl der neuzugelassenen Studenten von vornerein
 fest, sondern wird ausschließlich von der Qualität der Stu-
 dienbewerber bestimmt; ihre Zahl kann also variieren, je
 nach dem Niveau der Kandidaten. Auch sind nirgendwo sonst
 schon der Eingangsprüfung so viele Selektionsfilter vorge-
 schaltet, wie dies in Frankreich der Fall ist. Zum Studium
 an den 'Grandes Ecoles' wird nur zugelassen, wer eine über-
 aus schwierige Eingangsprüfung, den sog. 'Concours d'entrée'
 oder 'Concours d'admission' bestanden hat, wobei die Zahl
 der erfolgreichen Bewerber aufgrund der von jeder Hochschule
 pro Jahrgang festgelegten Zahl der Studienplätze, die zwi-
 schen 50 und 300 schwankt, bereits vorab unumstößlich fest-
 steht. Die angesehensten Eliteanstalten wie die 'E.N.A.'
 oder die 'Ecole Polytechnique' veranstalten einen 'Concours
 commun', d.h. einem Bewerber sind durch das Bestehen nur
 eines einzigen 'Concours' mehrere 'Grandes Ecoles' zugäng-
 lich. In diesem Fall wird der Kandidat unter Berücksichti-
 gung seiner Plazierung, der von ihm geäußerten Studienwün-
 sche und der zur Verfügung stehenden Studienplätze ausge-
 wählt. In der Regel unterzieht sich ein Bewerber in einem
 beispiellosen Prüfungsstreß gleich mehreren (durchschnitt-
 lich sechs) dieser jährlich in den Prüfungsmonaten Mai/Juni
 stattfindenden Wettbewerbsprüfungen mit unterschiedlichen An-
 forderungen, um seine Zugangschancen zu erhöhen. Auf diese
 Weise gelingt es schließlich den meisten Bewerbern doch
 noch, einen Studienplatz an einer 'Ecole' zu erlangen, auch
 wenn diese häufig nicht dem eigentlichen Studienwunsch
 entspricht und in der Prestige-Hierarchie der 'Grandes
 Ecoles' eine oder mehrere Rangstufen unter der angestrebten
 Eliteschule liegt.

Der hohe Schwierigkeitsgrad der aus mehreren schriftlichen und mündlichen Teilprüfungen bestehenden Aufnahmeprüfung, die in der Regel nur einmal wiederholt werden kann, läßt sich schon allein daraus ermessen, daß nach dem erfolgreich abgelegten Abitur eine Vorbereitungszeit in sog. 'Classes préparatoires' erforderlich ist, bevor ein Kandidat, der in der Regel zu den besten Abiturienten seines Jahrgangs gehört, es überhaupt wagen kann, sich für eine oder mehrere solcher Aufnahmeprüfungen zu melden. Die 'Classes préparatoires aux Grandes Ecoles' dienen, wie der Name schon sagt, ausschließlich dem Zweck der Vorbereitung auf das Studium an den 'Grandes Ecoles' im Anschluß an die Gymnasialausbildung. Sie sind in staatlichen Lycées, die vom Erziehungsminister unter Anlegung strenger Maßstäbe ausgewählt werden, und in einigen wenigen privaten Gymnasien untergebracht, d.h. sie sind strukturell nicht dem Hochschul-, sondern dem Sekundarschulbereich zugeordnet. Gleichwohl werden die Schüler (Elèves) der 'Classes préparatoires' als Studenten betrachtet und die beiden Vorbereitungsjahre als dem ersten Studienabschnitt (premier cycle) der universitären Ausbildung gleichwertig anerkannt, so daß ein Kandidat bei Mißerfolg im 'Concours', vorausgesetzt, er hat eine ausreichende Punktzahl erreicht, unmittelbar in den zweiten universitären Studienabschnitt (deuxième cycle) überwechseln kann. Tatsächlich bleibt vielen Bewerbern wegen der schwierigen Aufnahmeprüfungen und des strengen Numerus clausus vieler Eliteschulen oft keine andere Wahl, als nach Abschluß der Vorbereitungszeit an der 'Classe préparatoire' ein Studium an einer Universität aufzunehmen.

Gegenwärtig sind an 234 französischen 'Lycées' (davon rd. ein Drittel in der Region Paris gelegen) 1.230 'Classes préparatoires' mit über 44.000 Studenten eingerichtet. Die Zahl der Studenten hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt²¹³ und ist weiter im Steigen begriffen (gegenüber dem

²¹³ Vgl. Les Classes préparatoires. In: Le Monde de l'Éducation, Juli/August 1984, S. 30.

Vorjahr um 5 %), was angesichts des hervorragenden Rufes dieser 'Antichambres' der Elitehochschulen und der gesicherten Karriereaussichten ihrer Absolventen in einem von Krisen und Arbeitslosigkeit geschüttelten Umfeld nicht überrascht. Der Aufnahme in diese "Baumschulen" der 'Grandes Ecoles', wie sie in Frankreich oft genannt werden, ist ebenfalls ein Selektionsmechanismus vorgeschaltet, hier allerdings nicht in Form eines 'Concours', sondern einer 'selection sur dossier', d.h. einer strengen Auswahl der Bewerber unter Zuhilfenahme der Abiturnoten und der schulischen Leistungen in der Sekundarstufe II. Die Entscheidung über die Zulassung zu einer 'Classe préparatoire' trifft der Schulleiter auf Empfehlung einer aus Fachleuten zusammengesetzten Prüfungskommission; nur etwa 10 % der Abiturienten gelingt die Aufnahme.

Das Studium an den personell und sächlich hervorragend ausgestatteten 'Classes préparatoires' beträgt zwei Jahre, häufig wird jedoch das zweite Jahr wiederholt, um die Erfolgschancen für den 'Concours' zu erhöhen.

Die Studienanforderungen sind wegen der im Laufe der Zeit immer anspruchsvoller gewordenen Lehrpläne der 'Grandes Ecoles' extrem hoch und fordern Lehrern wie Schülern ein Höchstmaß an Einsatz und Leistung ab. Einziges Lernziel; auf das sich alle Bemühungen konzentrieren, ist die Unterbringung ('intégration') einer möglichst hohen Zahl von Bewerbern aus der eigenen Schule in den führenden 'Grandes Ecoles'. Für die Erreichung dieses Ziels liefern sich die 'Classes préparatoires' einen harten Konkurrenzkampf, nehmen ihre Schüler ein Arbeitspensum von 60 bis 80 Wochenstunden (davon ca. 35 Unterrichtsstunden) auf sich und setzen sich schon wegen der vielen Prüfungen einem permanenten Leistungsdruck aus, der mitunter persönlichkeitschädigende Ausmaße annehmen kann. Sie unterwerfen sich diesem beispiellosen Leistungszwang, weil sie wissen, daß die Aufnahme in eine renommierte Elitehochschule praktisch einer Anwartschaft auf eine attraktive berufliche Stellung gleichkommt, und daß sie sich nach bestandener Aufnahmeprüfung erst einmal von den Strapazen der Vorbereitungszeit erholen können.

Die übermäßige Betonung des am Ende der Vorbereitungszeit stehenden 'Concours' als einzigem Lernziel und dessen Rückwirkung auf die Gestaltung des Unterrichts und die Lehrmethoden sind die am häufigsten genannten Kritikpunkte am französischen System der 'Classes préparatoires'. Die Lehrpläne, die je nach fachlicher Ausrichtung nur auf einen bestimmten (oder eine bestimmte Gruppe von) 'Concours' vorbereiten, sind zu eng auf die Anforderungen der Hochschuleingangsprüfungen zugeschnitten, heißt es. Für das Erlernen von nicht prüfungsrelevantem Stoff bleibe ebenso wenig Raum wie für das Heranführen an selbständiges, kritisches Denken und das Entwickeln eigener Lösungsansätze.

Trotz dieser Kritik an der übermäßigen Spezialisierung der Vorbereitungsklassen, oder anders ausgedrückt, an dem übermächtigen Einfluß der Anforderungen einzelner Elitestaaten auf die Unterrichtsinhalte, wird allgemein anerkannt, daß die Ausbildung an den 'Classes préparatoires' ein hohes Niveau besitzt und die französischen Universitäten bei weitem nicht in der Lage sind, eine ähnlich qualitativ hochstehende Ausbildung im Rahmen des ersten Studienabschnitts zu vermitteln. Natürlich ist dies primär darauf zurückzuführen, daß nur eine Auswahl der besten Abiturienten an die 'Classes préparatoires' gelangt, was zu der paradoxen Situation führt, daß eine Spitzengruppe von hochmotivierten Abiturienten nach dem 'Baccalauréat' weitere zwei bis drei Jahre unter bestmöglicher fachlicher Anleitung intensiv gefördert wird, während das breite Feld der mittelmäßigen bis schlechten Abiturienten, die eine ähnlich intensive Betreuung wesentlich nötiger hätten, an den Universitäten weitgehend orientierungslos sich selbst überlassen bleiben. Darüberhinaus verdanken die 'Classes préparatoires' ihr hohes Niveau der besonderen Qualifikation der dort unterrichtenden Gymnasiallehrer, die ausnahmslos den Status eines 'Professeur agrégé' innehaben und an den 'Classes préparatoires' einem enormen Erfolgszwang ausgesetzt sind.

3.2 Die Studienbedingungen an den 'Grandes Ecoles'

Der Prozeß der permanenten Leistungsauslese, sozusagen von 'Concours zu Concours', führt dazu, daß nur die Leistungstärksten und Leistungswilligsten "ihrer Gruppe" an die 'Grandes Ecoles' gelangen. Dort erhalten sie eine Ausbildung, die sich als das optimale Gegenstück zur gegenwärtigen universitären Ausbildung in Frankreich präsentiert. An den 'Grandes Ecoles' wird in kleinen Gruppen von maximal 40 Teilnehmern unterrichtet, wodurch sich breite Kontaktmöglichkeiten zwischen Hochschullehrern und Studenten ergeben. Zusätzlich werden die Studenten vom ersten Tag ihres Studiums an während der gesamten Studienzeit intensiv durch Tutoren betreut und gefördert.

Ein weiteres Kennzeichen der in der Regel zwei- bis dreijährigen Ausbildung ist die besondere Betonung der Praxisnähe. Sie wird garantiert durch zunächst rein organisatorische Maßnahmen, wie die Vergabe von Lehraufträgen an Fachvertreter aus der Berufspraxis, die ihre Erfahrungen aus der Berufswelt in den Unterricht einbringen, und deren Mitarbeit auf der anderen Seite dazu beiträgt, daß den Arbeitgebern die Profile der Absolventen bekannt werden. An bestimmten Eliteschulen, wie z.B. der 'Ecole des Hautes Etudes Commerciales', macht der Anteil der Berufspraktiker, zumeist Führungskräfte aus der Verwaltung, Wirtschaft oder Industrie, die selbst eine 'Grande Ecole' absolviert haben, die Hälfte des gesamten Lehrpersonals aus.²¹⁴ Wesentlich geringer ist dagegen die Zahl der Lehrkräfte, die Universitätsprofessoren sind.²¹⁵ Führungskräfte aus allen Bereichen der Gesellschaft haben darüber hinaus die Mehrheit in den Verwaltungsräten der 'Ecoles' und besitzen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Studienprogramme. Insbesondere aber wird das

²¹⁴ Vgl. Henry-Gréard, D., Die Grandes Ecoles in der Zugluft der Reformen. In: Dokumente, Heft 4/1982, S. 329.

²¹⁵ An der 'Ecole Polytechnique' z.B. sind lediglich 10 von 180 permanent beschäftigten Hochschullehrern ehemalige Universitätsprofessoren.

Konzept einer praxisnahen Ausbildung durch mehrere (zumeist drei) in das Studium integrierte Praxisphasen von mehrmonatiger Dauer, sog. 'Stages', die für die Studenten obligatorisch sind, verwirklicht. Während die in der Regel einmonatige Praxisphase zu Beginn des Studiums nur einem ersten Kennenlernen der Arbeitswelt dient, ist Zielsetzung der folgenden Praxisphasen die wissenschaftlich angeleitete Auseinandersetzung mit der Berufswirklichkeit und die Lösung praktischer Probleme mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden. Nicht selten wird ein Teil der Praxiserfahrungen im Rahmen eines längeren Auslandsaufenthaltes in den USA, Kanada oder Japan gesammelt. Unter diesem Aspekt haben die 'Grandes Ecoles' in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Fremdsprachenniveau ihrer Studenten zu fördern; einige sehen neuerdings das Studium von zwei Fremdsprachen verpflichtend vor.

3.3 Die Effizienz des Studiums an den 'Grandes Ecoles'

Angesichts solcher optimaler Rahmenbedingungen vermag die hohe Quote der erfolgreichen Absolventen nicht zu überraschen. Nahezu alle Studenten, die den Zugang geschafft haben, schließen das Studium auch erfolgreich ab, eine Erfolgsbilanz, von der man an den französischen Universitäten nur träumen kann. Freilich ist zur Entlastung der Universitäten festzustellen, daß es unglaublich leichter ist, eine kleine Auswahl der fähigsten Studenten zum Erfolg zu führen als die große Masse der durchschnittlich intelligenten und begabten Studenten, für die selbst bei erheblichen Anstrengungen und guten Examennoten die berufliche Zukunft keineswegs gesichert ist. Nur die Qualität ihrer Studenten allein kann das hohe Maß der Effektivität der 'Grandes Ecoles' jedoch nicht begründen. Es wird auch erreicht durch eine polyvalente, straffe Ausbildung und durch eine starke Beachtung berufspraktischer Aspekte, eine enge Verbindung zur Berufswelt und durch einen harten Wettbewerb der Eliteschulen untereinander, Prinzipien, die an den 'Grandes Ecoles' selbstverständlich sind, an den französischen Universitäten dagegen weitgehend fehlen.

3.4 Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für die Absolventen der 'Grandes Ecoles'

Während im universitären Bereich die Studenten (in Frankreich ebenso wie in Deutschland) schon vor Jahren von der Vorstellung Abschied nehmen mußten, der Hochschulabschluß gewähre eine Garantie für Spitzenpositionen, auch im Einkommen, bietet an den 'Grandes Ecoles' der erfolgreiche Abschluß auch heute noch die Gewähr für einen Einstieg in Führungspositionen, ein überdurchschnittliches Einkommen und einen hohen sozialen Status. Beschäftigungsprobleme sind praktisch unbekannt, insbesondere bei der großen Gruppe der diplomierten Ingenieure, die wegen der hohen Nachfrage alle, auch wenn sie nicht Absolventen einer der "großen" Ingenieurhochschulen, wie der 'Ecole Polytechnique', der 'Ecole Centrale' oder der 'Ecole des Mines' sind, eine gut bezahlte Beschäftigung finden. Die Arbeitgeber wissen die vielseitige praktische Ausbildung eines 'Diplômé d'une Grande Ecole', seine hohe Arbeitsmoral und seine Bereitschaft zu honorieren, sich für die gestellten Aufgaben voll einzusetzen, die er in ihren Augen schon allein dadurch ausreißend unter Beweis gestellt hat, daß er sich den extrem harten Anforderungen der 'Classe préparatoire' unterzogen hat. 'Le Monde de l'Education' berichtet, daß derzeit jeder Absolvent einer Ingenieurhochschule mindestens acht Stellenangebote erhält und bereits als Berufsanfänger ein Monatsgehalt von durchschnittlich 9.500 FF erzielt. Die Absolventen der in der Hierarchie ganz oben stehenden 'Ecoles' können sogar mit einem Anfangsgehalt von ca. 12.000 FF rechnen, das weit über dem von jungen Universitätsabsolventen liegt.²¹⁶

Die 'Grandes Ecoles' beschränken ihren Ausbildungsauftrag nicht nur auf die Vermittlung einer effizienten und praxisorientierten Ausbildung, sondern leisten auch aktiv Hilfestellung beim Karrierestart. Alle größeren Eliteschulen

²¹⁶ Vgl. Ecoles d'ingénieurs: La voie royale. In: Le Monde de l'Education, Januar 1984, S. 49.

unterhalten eigene Vermittlungsstellen, die regelmäßig von den Personalchefs der großen Firmen aufgesucht werden, um erste Kontakte zu interessierten Studenten zu knüpfen und passende Bewerber zu ermitteln.

Zusätzlich abgesichert ist der Nachwuchs durch das "Solidaritätsnetz der Ehemaligen"²¹⁷. Kritiker des Systems sprechen auch von der "Mafia der Ehemaligen"²¹⁸, weil aufgrund eines stark ausgeprägten Kastengeistes Spitzenpositionen in der Regel an junge Absolventen der gleichen 'Ecole' "weitervererbt" werden und damit für Universitätsabsolventen von vornherein blockiert sind. In Extremfällen einer besonders engen Verknüpfung beschäftigten Unternehmen ausschließlich Absolventen einer bestimmten Eliteschule.²¹⁹ Eine bedeutende Rolle als Bindeglied zwischen den 'Grandes Ecoles' und der Gesellschaft spielen die Vereinigungen der ehemaligen Absolventen, die über ihre zahlreichen Mitglieder (allein an der Handelshochschule 'H.E.C.' sind über 20.000 Absolventen in solchen 'Sociétés d'Anciens' zusammengeschlossen) in allen wichtigen Bereichen der Gesellschaft Einfluß nehmen können. Zu den vielen Aktivitäten dieser 'Sociétés' zählt das Betreiben eines eigenen Vermittlungsbüros mit hauptamtlichen Mitarbeitern, die über exzellente Beziehungen zu potentiellen Beschäftigern verfügen und den jungen Absolventen bei ihrer Karriereplanung äußerst nützliche Dienste erweisen.

4 Die Schwachstellen des französischen Systems der Elitebildung

So beeindruckend die Leistungen der 'Grandes Ecoles' in der Auswahl und Heranbildung einer Elite für Staat, Wirtschaft und Wissenschaft auch sein mögen, so unübersehbar sind andererseits auch die Schwächen dieses Systems der Elitebildung.

²¹⁷ Vgl. Henry-Gréard, D., a.a.O., S. 329.

²¹⁸ Vgl. Kosciusko-Morizet, J.: La mafia polytechnicienne, Paris 1973.

²¹⁹ Die Firmengruppe Schlumberger stellt beispielsweise in einem Firmenzweig ausschließlich Absolventen der privaten 'Sup Elec' ein, vgl. Nr. 54/83 der Zeitschrift 'Autrement', S. 166.

4.1 Die ungleichen Chancen beim Zugang

Im Zentrum der Kritik am französischen System der Elitebildung steht seit jeher die Ungleichheit der Zugangschancen. Rein formal ist zwar das Prinzip der Chancengleichheit verwirklicht: nicht soziale Herkunft, Vermögen, Einkommen oder Beziehungen zählen, sondern allein die erbrachte Leistung in der Eingangsprüfung. Nur geht dieser typisch französischen, streng anonymen Wettbewerbsprüfung des 'Concours' ein langwieriger schulischer Selektionsprozeß voraus, der entscheidend durch das soziale und kulturelle Umfeld beeinflusst wird. Kinder aus den höheren sozialen Schichten sind in der Regel Kindern anderer, sozio-kulturell weniger begünstigter Schichten im Konkurrenzkampf um den Zugang zu den Eliteschulen deutlich überlegen. Dementsprechend sind Studenten aus den höheren sozialen Schichten stark überrepräsentiert. Von den Studenten der E.N.A., die zu den exklusivsten und am wenigsten demokratisierten "Großen Schulen" zählt, stammen rund die Hälfte aus wohlhabenden Familien hoher Beamter (hauts fonctionnaires) - ihr Anteil macht allein 28 % der Studentenschaft aus -²²⁰, höherer Führungskräfte und freiberuflich Tätiger. Die soziale Homogenität der Studentenschaft der 'Ecole des beaux quartiers', wie die E.N.A. gern spöttisch bezeichnet wird, hat den Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion der Nationalversammlung, Pierre Joxe, zu der Bemerkung veranlaßt, die E.N.A. diene gleichsam wie ein Photokopiergerät der Reproduktion der führenden Klasse.²²¹ In der Tat ist der Anteil der Studenten aus den unteren sozialen Schichten (Arbeiter, einfache Angestellte und Beamte), die umgekehrt bei den Erwerbstätigen den größten Anteil stellen (allein bei den Arbeitern beträgt er 38 %), überproportional gering und trotz wiederholter Bemühungen um eine breitere Öffnung der 'Grandes Ecoles' weiter im Sinken begriffen: Lag er bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges noch bei 21,5 %, so betrug er 1971 nur noch 19 % und ging bis 1981 auf 16,8 % zurück.

²²⁰ Vgl. l'E.N.A.-a-t-elle échoué? In: Le Monde de l'Education, April 1982, S. 55.

²²¹ Vgl. ebd.

Der Forderung nach einer ausgewogeneren Zusammensetzung der Führungskräfte im öffentlichen Dienst und damit nach einer Demokratisierung des Zugangs zur E.N.A. wird zwar immer wieder Nachdruck verliehen, so zuletzt von Minister Anicet Le Pors, der anlässlich eines Besuches der Eliteschule im September 1982 erklärte: "Der höhere öffentliche Dienst muß die soziale Realität der Nation besser widerspiegeln."²²² Die mit diesem Anspruch von der sozialistisch-kommunistischen Regierungskoalition eingeleitete Reform des Zugangs zur E.N.A. gilt jedoch als gescheitert. Acht der zehn im Herbst 1983 erstmals zugelassenen Bewerber des sogenannten dritten Weges, die weder einen Studienabschluß noch eine mehrjährige Verwaltungserfahrung im Staatsdienst als Zugangsberechtigung nachzuweisen brauchen, sind Gewerkschafts- bzw. Verbandsfunktionäre oder wurden von linken Parteien entsandt.²²³ Im Jahre 1984 wurden mangels geeigneter Bewerber, wie sich ein Sprecher der Schule ausdrückte, nur noch sieben von insgesamt zwölf Plätzen mit Kandidaten des dritten Weges besetzt.²²⁴

4.2 Die mangelnde Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Eine zweite Schwachstelle des Systems der französischen Elitebildung ist die mangelnde Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Auch von den Befürwortern dieses Systems wird heute offen zugegeben, daß in den 'Grandes Ecoles' (abgesehen von den 'E.N.S.') die wissenschaftlichen Begabungen zu wenig motiviert und gefördert werden. Nur ein gerin-

ger Teil der Absolventen, auch der renommierten Ingenieurhochschulen²²⁵, nimmt nach Abschluß des Fachstudiums ein Promotions- oder Aufbaustudium im Rahmen des dritten Ausbildungsabschnittes an den Universitäten auf oder wechselt in Forschungsanstalten über; die ganz überwiegende Mehrheit der Absolventen wählt den schnelleren karriereträchtigeren Weg in die Verwaltung, Industrie oder Wirtschaft, wo ein verantwortungsvoller Posten und ein hohes Anfangsgehalt locken. Dabei verfügen die 'Grandes Ecoles' aufgrund der dem System immanenten strengen Selektionsmechanismen über ein Reservoir an wissenschaftlichen Begabungen, das durchaus eine gezielte Förderung auf breiter Basis erlauben würde. Daß diese Chance gleichwohl ungenutzt bleibt, liegt zum einen an den Ausbildungsinhalten, die den Studenten in der Regel zu wenig Gelegenheit bieten, an der Forschung teilzunehmen oder wenigstens mit Forschungsfragen in Berührung zu kommen. Es ist dies ein Grundproblem des französischen Systems der Elitebildung: Das gesamte Ausbildungskonzept ist nicht auf eine systematische Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgerichtet, der Spitzenleistungen in der Forschung erbringen soll, sondern zielt darauf ab, moderne Technokraten zu formen, die in der Lage sein sollen, die verschiedensten Positionen in allen Führungsbereichen der Gesellschaft auszufüllen. Zum anderen verleitet die strenge Hierarchie unter den Eliteschulen, die den in der Rangordnung ganz oben stehenden quasi ein Monopol auf bestimmte Führungspositionen verleiht, die Studenten dazu, das Berufsziel weniger nach Eignung oder Neigung, sondern, vornehmlich auf den Nutzenfakt bedacht, unter reinen Karrieregesichtspunkten zu wählen. Ein weiterer Grund für das geringe Interesse der Absolventen an einer Forschungstätigkeit mag darin liegen, daß an den meisten 'Grandes Ecoles' keine Promotionsstudien angeboten werden, so daß ein Wechsel in den dritten Zyklus der entsprechenden universitären Studiengänge notwendig wird.

²²⁵ Von der 'Ecole Polytechnique' beispielsweise wenden sich nur etwa zwischen 5 und 10 % der Absolventen eines Jahrgangs einer wissenschaftlichen Tätigkeit zu; vgl. Commission du Bilan, a.a.O., S. 409.

Für die künftige Qualität der Forschung in Frankreich könnte sich eine solche Einstellung auf lange Sicht verhängnisvoll auswirken. Frankreich wird ebenso wie seine europäischen Nachbarstaaten der technologischen Herausforderung auf dem Weltmarkt nur gewachsen sein, wenn es verstärkt Kräfte für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Heranbildung einer wissenschaftlichen Leistungselite freisetzt. Die gegenwärtige Reformierung des dritten, der Forschung gewidmeten Studienabschnittes an den Universitäten allein ist nicht ausreichend. Erforderlich ist vielmehr, daß auch die 'Grandes Ecoles', gerade weil sie die besonders befähigten Studenten an sich ziehen, in größerem Umfang als bisher an der Forschung teilnehmen und das Interesse ihrer Studenten an Forschungsfragen wecken.

4.3 Der Dualismus zwischen Universitäten und 'Grandes Ecoles' und die Auswirkungen der Konzentration der Elitebildung an den 'Grandes Ecoles' auf die Universitäten

In noch stärkerem Maße laufen die französischen Universitäten Gefahr, durch den seit zwei Jahrhunderten bestehenden Dualismus von 'Grandes Ecoles' und 'Universités' dauerhaften Schaden zu nehmen. Die Institutionalisierung der Elitebildung außerhalb des universitären Systems hat dazu geführt, daß den französischen Universitäten Jahr für Jahr die leistungstärksten und motiviertesten Abiturienten vorenthalten werden. Die Universitäten haben bislang diesem "Abschöpfen" (écrémage) der besten Studenten durch die 'Grandes Ecoles' tatenlos zugesehen und sich im wesentlichen darauf beschränkt, dem Massenansturm der weniger begabten Studenten²²⁶ durch ein überaus strenges Prüfungssystem Herr zu

²²⁶ Nach Magliulo zählte das französische Hochschulsystem (öffentlich und privat) im Jahre 1951-52 insgesamt 188.500 Studenten, von denen sich 32.000 an einer 'Grande Ecole' und 14.500 an einer 'classe préparatoire' befanden. Im Studienjahr 1977-78 lauteten die entsprechenden Zahlen: 1.100.000, 136.700 und 39.100. Während

werden. Die Folge war ein schleichender Qualitätsverlust an den Universitäten, deren Ausbildungsniveau deutlich unter dem der 'Grandes Ecoles' liegt. Angesichts der stark unterschiedlichen Qualität der Ausbildung wäre es auch keine Lösung, die 'Grandes Ecoles' aufzulösen und die Hochschulausbildung künftig ausschließlich an den Universitäten durchzuführen, wie es ursprünglich der Plan der neuen Linksinregierung nach der politischen Wende im Mai 1981 war. Dem Niveauverlust an den Universitäten kann nur dann wirksam gegengesteuert werden, wenn es gelingt, eine breitere Öffnung und eine stärkere gegenseitige Durchlässigkeit der beiden Hochschulsysteme zu erreichen. Ansätze in dieser Richtung sind bereits vorhanden. So nehmen einige Eliteschulen in einem begrenzten Rahmen Bewerber mit universitären Studienabschlüssen (D.E.U.G., Licence, Maîtrise) auf, ohne daß sie sich dem üblichen schwierigen Auswahlverfahren unterwerfen müssen. Diese Möglichkeiten müßten erweitert werden. Ferner müßte der gegenseitige Austausch des Lehrpersonals gefördert werden. Um umgekehrt den 'Grandes Ecoles' potentielle Studenten abwerben zu können, müßten die Universitäten, anstatt wie bisher vor deren absoluter Vorrangstellung zu resignieren, bewußt in Konkurrenz zu den Eliteschulen treten, auch auf Gebieten, in denen diese gegenwärtig noch ein Ausbildungsmonopol besitzen. Auch hier sind erste Erfolge für die Universitäten zu verzeichnen. So versuchen sie auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften ein eigenständiges Profil zu entwickeln, indem sie, wie in Kapitel III erwähnt, seit etwa 1970 dezentral in ganz Frankreich einen eigenen ingenieurwissenschaftlichen Studiengang anbieten, der in seiner Struktur unverkennbar Elemente enthält, die den Erfolg der 'Grandes Ecoles' begründen. Bemerkenswert

zu Fußnote 126

sich somit die Zahl aller Studenten in dieser Zeitspanne um den Faktor 5,8 vervielfacht hat, ist die Zahl der Studenten an den 'Grandes Ecoles', einschließlich der Vorbereitungsklassen im gleichen Zeitraum, lediglich um das 3,6fache gestiegen. Gemessen an der Gesamtheit der Studenten ist ihr Anteil von 25 % auf 13,5 % gesunken. Vgl. Magliulo, B., a.a.O., S. 97.

sind auch die Anstrengungen der Universitäten in der Entwicklung neuer anwendungsbezogener Studiengänge mit abgestuften Studienabschlüssen. Trotz aller dieser Bemühungen stellen jedoch die Universitäten für die 'Grandes Ecoles' zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine ernstzunehmenden Konkurrenz dar. Um ihre Wettbewerbschancen zu erhöhen, bedürfte es einer wesentlich stärkeren Unterstützung durch Staat, Wirtschaft, Industrie und breiter Öffentlichkeit, als dies gegenwärtig der Fall ist.

"Die Universität interessiert niemanden" ("L'université n'intéresse personne"), in dieser Überschrift eines Leitartikels in der Monatszeitschrift 'Le Monde de l'Education' vom April 1983²²⁷ scheint in der Tat ein wahrer Kern zu stecken.

²²⁷ Vgl. Croissandeau, J.M.: L'Université n'intéresse personne, a.a.O., S. 9.

VI. Kapitel: Das Problemfeld der Differenzierung

- 1 Der Stellenwert der Hochschuldifferenzierung in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich

In den 70er Jahren war die Differenzierung (oder 'Diversification', wie der französische Fachausdruck lautet) des Hochschulbereichs infolge seiner stürmischen quantitativen Entwicklung in allen westlichen Ländern ein häufig diskutiertes bildungspolitisches Thema. Als politische Zielsetzung ist darunter die Forderung nach "struktureller und inhaltlicher Vielfalt im Bildungsangebot für eine nach Alter, schulischer Vorbildung, sozialer Erfahrung, angestrebter Ausbildung und Gelegenheit zum Studium unterschiedliche Studentenschaft"²²⁸ zu verstehen.

1.1 Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Notwendigkeit einer stärkeren Differenzierung des Studienangebots insbesondere in Zusammenhang mit der jahrelang geführten bildungspolitischen Auseinandersetzung um das Für und Wider der Einrichtung von Gesamthochschulen diskutiert. Auf der Grundlage einer Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1970²²⁹ sollte durch die Zusammenführung der verschiedenen bestehenden Hochschularten in integrierte oder kooperative Gesamthochschulen ein neues durchlässiges System von abgestuften, aufeinander bezogenen Studiengängen und Studienabschlüssen geschaffen werden. Nachdem dieses Konzept aus den verschiedensten Gründen in der praktischen Umsetzung

²²⁸ Vgl. den im Dezember 1978 vorgelegten Bericht einer Arbeitsgruppe des Europarates zur kulturellen Zusammenarbeit "Changing tertiary education in modern European society", Strasbourg 1971, S. 34. Die deutsche Übersetzung ist in der Reihe "Dokumente zur Hochschulreform der Westdeutschen Rektorenkonferenz", Heft XXIV/1979, unter dem Titel "Europäische Hochschulsysteme im Wandel" erschienen.

²²⁹ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970.

gescheitert war, hat der Wissenschaftsrat 1978 mit den "Empfehlungen zu Umfang und Struktur des tertiären Bereichs" für eine Wiederbelebung der Differenzierungsdiskussion gesorgt und unter Hinweis auf die zahlenmäßige Ausweitung des Hochschulbereichs erneut eine inhaltliche Neuordnung des Studienangebots, insbesondere durch Errichtung von Kurzstudiengängen, gefordert. Für den Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Wirtschaftswissenschaften wurden beispielhaft Studienmodelle für dreijährige Studiengänge mit Abschlussmöglichkeiten vorgeschlagen, die sich jedoch in der Praxis als nicht realisierbar erwiesen. Auf der Grundlage der Empfehlungen wurden lediglich drei Modellversuche durchgeführt, im übrigen ist die Diskussion mehr oder weniger im Sande verlaufen.

In der Grundsatzdiskussion um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes hat das Thema der Differenzierung im Hochschulbereich eine erneute Aktualisierung und Brisanz erlangt. Die hochschulpolitischen Zielvorstellungen der Bundesrepublik²³⁰ sind eindeutig auf eine Förderung von Differenzierung und Wettbewerb zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen gerichtet. Möglichkeiten zu einer stärkeren Differenzierung und einer Wiederbelebung des Wettbewerbs sieht die Bundesregierung insbesondere in der Gewährleistung eines Hochschulsystems, das durch unterschiedliche Hochschularten mit spezifischer Aufgabenstellung und eigener Ausprägung gekennzeichnet ist. Eine nur innere Differenzierung, wie sie dem Konzept der Gesamthochschule zugrunde liegt, bietet ihrer Ansicht nach keine Gewähr für eine optimale Erfüllung der verschiedenen Aufgaben der Hochschulen sowie für eine deutliche Profilbildung. Durch Wettbewerb der Hochschulen und der Hochschularten untereinander soll eine vielgestaltete Hochschullandschaft gewährt und weiterentwickelt werden, in der auch die Fachhochschulen mit

²³⁰ U.a. dargestellt in dem Bericht zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf vom 19. Juli 1984 sowie in den Thesen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zu einer Hochschulpolitik für die 90er Jahre vom November 1983.

ihrem anwendungsorientierten Leistungsprofil ihren unbestrittenen Platz haben. Die erheblich anwachsenden Studentenzahlen, die gestiegene Bedeutung der Hochschulausbildung sowie die Veränderungen der Berufsziele und der Berufsaussichten machen nach Auffassung der Bundesregierung darüber hinaus weitere Anstrengungen nötig, um die Studienangebote der verschiedenen Hochschularten zu erweitern und zu differenzieren; dies soll durch eine stärkere Akzentuierung des Angebots in Forschung und Lehre der einzelnen Hochschulen und Fachbereiche erreicht werden.

In der neuen Formulierung des Rahmenrechts des Bundes durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 14. November 1985 (BGBl I S. 2090) kommt diese längerfristige Perspektive einer stärkeren Differenzierung des Hochschulsystems nach Hochschularten mit jeweils unterschiedlichen Aufgabenstellungen, deren Bestimmung dem jeweiligen Landesrecht vorbehalten bleiben soll, deutlich zum Ausdruck.

Der Anwendungsbereich des Gesetzes wird zwar nach der Novellierung weiterhin alle Hochschularten umfassen. Im Unterschied zur geltenden Fassung werden jedoch nunmehr die verschiedenen Hochschularten ausdrücklich genannt. Die Gesamthochschule als bundesrechtlich verbindliches Organisationsziel für die Neuordnung des Hochschulwesens wird aufgegeben; die bestehenden Gesamthochschulen werden in ihrem Bestand von dieser Änderung jedoch nicht berührt. Die Gesamthochschule bleibt weiterhin eine zulässige Hochschulart, jedoch künftig ohne Vorrang vor den anderen Hochschularten. Die verschiedenen Hochschularten sollen zusammen ein differenziertes Hochschulsystem in wechselseitiger Zusammenarbeit und Arbeitsteilung bilden. Die Vorschriften des Gesetzes sind so formuliert, daß auch die Fachhochschulen durch eigene Leistungsprofile am Wettbewerb der Hochschulen untereinander teilnehmen können; so sind bei der Berufung von Fachhochschulprofessoren differenzierende Regelungen vorgesehen, die den Besonderheiten dieser Hochschulart stärker Rechnung tragen als bisher. Der Handlungsspielraum der Hoch-

schulen bei der Gestaltung des Studienangebots wurde erweitert, um die Hochschulen in die Lage zu versetzen, mit unterschiedlichen Ausprägungen ihrer Lehrangebote in einen Qualitätswettbewerb zu treten. Zur Erreichung dieses Ziels erhalten die Hochschulen mehr Freiheit bei der Gestaltung von Studienordnungen; besondere Studienangebote, um unter anderem auch besonders befähigten Studenten eine individualere Studiengestaltung zu ermöglichen, sind nunmehr rahmenrechtlich abgesichert. Auch bei der Entwicklung von Aufbaustudien sollen die Hochschulen ein höheres Maß an Verantwortung erhalten; die bisherigen Ansätze für Aufbaustudien sollen weiter entwickelt und um andere Formen des postgraduierten Studiums ergänzt werden. Ferner soll den Hochschulen ermöglicht werden, auf neue Entwicklungen in der Wissenschaft, dadurch zu reagieren; ~~daß sie mit Zustimmung der zuständigen Landesbehörde~~ besondere Studiengänge für Studenten einrichten, deren Eignung die Hochschule selbst feststellt.

1.2 Frankreich

In Frankreich wurden mit der sog. Fouchet-Reform des Jahres 1966 die Konsequenzen aus dem - dort früher einsetzenden - Ansturm der Studenten auf die Universitäten mit einer Neustrukturierung des Hochschulbereichs durch eine Differenzierung der Studienwege (Diversité des voies) gezogen. Die Gründe, die seinerzeit Erziehungsminister Fouchet für die Notwendigkeit einer Differenzierung des Hochschulsystems anführte, haben offensichtlich, verglichen mit der Begründung des Entwurfs zur HRG-Novelle in der Bundesrepublik, rund 20 Jahre danach nichts von ihrer Gültigkeit verloren.

"... Sie bestehen ganz einfach darin, daß wir gleichzeitig zwei Erfordernissen Rechnung tragen müssen; einerseits müssen wir einer wachsenden Zahl von Studenten eine Hochschulausbildung anbieten, und zwar sowohl, weil dies eine irreversible soziale Entwicklung ist, als auch, weil die Gesellschaft hochqualifizierte Führungskräfte in allen Tätigkeitsbereichen und in ständig wachsender Zahl benötigt;

andererseits müssen wir hochspezialisierte Studiengänge ermöglichen, die zu den Spitzenbereichen kreativer Forschungstätigkeit hinführen, und das bedeutet genau das Gegenteil einer Massenuniversität. Wollte man diese unterschiedlichen Aufgaben im gleichen Rahmen bewältigen, würde dies zweifellos auf ein allgemeines Durcheinander und auf die Verschwendung von Energie und Talenten hinauslaufen. Bedenkt man, daß die Hochschulen außerdem noch die Ausbildung der Lehrer und der Führungskräfte der Nation auf allen Stufen wahrnehmen müssen, wird man die Notwendigkeit einsetzen, Hochschul- und Studiengänge je nach ihrer Natur, nach dem Publikum, an das sie sich wenden, und nach den angestrebten Zielen zu differenzieren und zu ordnen. Das ist das Ziel, das die Reform durch die Einrichtung verschiedenartiger Hochschultypen zu erreichen sucht." ²³¹

Angepunkt der Fouchet-Reform war die Gründung eines neuen Hochschultyps mit eigenständiger Prägung neben den traditionellen Universitäten und den 'Grandes Ecoles', des 'Institut universitaire de technologie' (I.U.T.) durch Dekret vom 7. Januar 1966. Mit dieser Reformidee wurden im wesentlichen zwei Ziele verfolgt: Zum einen war beabsichtigt, die rapide Zunahme der Zahl der Studenten an den Universitäten dadurch zu bremsen, daß die weniger qualifizierten unter ihnen, die zu einem extrem hohen Prozentsatz bereits im ersten Studienjahr scheiterten, an die neugegründeten I.U.T. umgelenkt werden. Zum anderen sollte durch die Erweiterung des traditionellen Studienangebots um neuartige, praxisbezogene, technische Kurzstudiengänge der erhöhte Bedarf von Industrie und Wirtschaft an mittleren technischen Führungskräften, sog. 'Cadres moyens' mit einem Ausbildungsniveau gedeckt werden, das zwischen dem eines Technikers und eines Hochschulingenieurs liegt. Die erstgenannte Zielsetzung wurde zwar nicht offen ausgesprochen; sie kommt aber deutlich in

²³¹ Auszug aus einer Rede Christian Fouchet's vor der Nationalversammlung am 18. Mai 1965. In: Schriewer, J. (Hrsg.), Schulreform und Bildungspolitik in Frankreich, S. 151, 152.

der Überlegung der seinerzeitigen Regierung zum Ausdruck, für den Fall, daß sich die Verteilung der Studienanfänger auf die I.U.T. und die Universitäten nicht von selbst regulieren würde, den Zugang zu letzteren durch selektive Maßnahmen zu beschränken.²³² Daß die mit der Zielrichtung einer Umlenkung der Studienanfänger zu den zweijährigen Kurzstudiengängen der I.U.T. erwogene Einführung besonderer Aufnahmeprüfungen für die überfüllten Universitäten dann doch unterließ, ist auf den heftigen Protest der Fakultäten und der dort vertretenen Gewerkschaften zurückzuführen.²³³

Die zweite wesentliche von Fouchet durchgeführte Reformmaßnahme war die Neuordnung der natur- und geisteswissenschaftlichen Studiengänge durch zwei Dekrete vom 22. Juni 1966. An die Stelle des propädeutischen Jahres²³⁴ trat ein zweijähriger erster Studienzyklus, der dem Erwerb von Grundkenntnissen dienen sollte und anschließend ein auf die Erlangung spezialisierter Fachkenntnisse angelegter zweiter Studienabschnitt, der zwei hinsichtlich Niveau und Studiendauer unterschiedliche Studienwege mit jeweils eigenen Abschlüssen eröffnet.²³⁵ Die konsequente Fortführung dieses "Bausteinsystems" ist der 1954 eingeführte dritte Studienabschnitt, der ausschließlich für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und hochspezialisierter naturwissenschaftlicher Fachkräfte für Industrie und Wirtschaft bestimmt ist.²³⁶

Das französische Hochschulrahmengesetz von 1968 brachte den Grundsatz der Differenzierung dadurch zur Geltung, als es die gesetzlichen Voraussetzungen zur Entwicklung neuer hochschuldidaktischer Modelle für Studiengänge mit pluri-

²³² Ministerpräsident Pompidou bringt diesen Gedanken während der Debatten über das Bildungswesen im Frühjahr 1967 vor der Nationalversammlung ins Spiel; vgl. hierzu Schriewer, J., a.a.O., S. 439.

²³³ Vgl. Schriewer, J., a.a.O., S. 438.

²³⁴ Das sog. Propädeutische Jahr wurde 1947/48 nach dem Vorbild des obligatorischen naturwissenschaftlichen Grundstudiums in der Medizin an den natur- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten eingeführt.

²³⁵ Ausführlich hierzu Kap. III, S. 102 ff.

²³⁶ Vgl. Kap. III, S. 104 ff.

plinärem Charakter schuf, die auf breite Tätigkeitsfelder in Industrie und Wirtschaft hinführen sollen. Auf der Grundlage dieses Gesetzes vollzog sich nach 1968 ein Prozeß der Erweiterung der traditionellen Wissenschaftsdisziplinen um neue Disziplinen wie Informatik, Stadtplanung etc. Darüber hinaus wurde eine Reihe von neuen Studiengängen mit einem engen Bezug zu den Problemen, Techniken und sozialen Prozessen der gesellschaftlichen Praxis auf der Grundlage pluridisziplinärer Curricula entwickelt, die in einer Zeit der zunehmenden Beschäftigungsschwierigkeiten von Universitätsabsolventen eine Arbeitsplatzgarantie in dem Bereich und auf dem Niveau, für das sie vorgesehen sind, sichern sollen, wie die 'Maîtrise de Sciences et Techniques' (M.S.T.), die 'Maîtrise de Sciences et Gestion' (M.S.G.) und die 'Maîtrise de Méthodes Informatiques Appliquées à la Gestion' (M.I.A.G.E.).

Eines der erklärten Ziele der Hochschulpolitik der 1981 an die Macht gelangten sozialistischen Regierung ist es, eine Annäherung der verschiedenen Hochschulen und Hochschularten der pluralistischen Hochschullandschaft Frankreichs herbeizuführen. Demgemäß hatte Alain Savary mit der nach ihm benannten Novelle zum französischen Hochschulgesetz von 1968 zunächst den Versuch unternommen, statt einer noch stärkeren Differenzierung des Hochschulbereichs den umgekehrten Weg der Zusammenführung, insbesondere der Universitäten und 'Grandes Ecoles', einzuschlagen. Das starke Bestreben nach einem "Zusammenhalt der Strukturen", wie Savary es in der Begründung seines Gesetzentwurfs nannte, kommt in mehreren Bestimmungen des neuen Gesetzes vom Januar 1984 zum Ausdruck, so in der Definition des tertiären Sektors als ressortübergreifenden 'service public', d.h. als staatlichen Dienstleistungssektor mit umfassendem Anwendungsbereich (Art. 1), desgleichen in der Formulierung einer neuen Einrichtungsform, der öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit wissenschaftlichem, kulturellem und berufsorientiertem Charakter (Art. 20). Mit dieser neuen Einrichtungsform, so betonte Erziehungsminister Savary in einem Artikel in 'Le

Monde'²³⁷, sollte nicht das Ziel einer unsinnigen Standardisierung verfolgt werden, mit der die unterschiedlichen Strukturen der verschiedenen Hochschularten starr und identisch gemacht werden sollen. Vielmehr könnten dadurch zwei Arten von Problemen gelöst werden. Zunächst einmal werde es nicht länger notwendig sein, systematisch neue Strukturen zu schaffen, sobald ein neuer Hochschulausbildungsbedarf auftrete. Gleichzeitig könne das vermindert werden, was noch heute das französische Hochschulwesen spaltet: die Trennung zwischen 'Grandes Ecoles' und Universitäten. Diese Situation, die gelegentlich als unumstößlich dargestellt werde, sei dem gesamten Hochschulsystem abträglich. Sie fördere nicht nur die Ansiedlung von Fachdisziplinen außerhalb der Universitäten, sondern nähre auch häufig übertriebenes Konkurrenzdenken, bewirke die gegenseitige Isolierung beider Hochschularten und reduziere bisweilen den wissenschaftlichen Wettstreit auf eine formale Pflege der Unterschiede. Außerdem würden postsekundäre Ausbildungsgänge oder -gruppen ausgeschlössen oder an den Rand gedrängt, obgleich sie ihre Qualifikation für ein Hochschulstudium nachgewiesen haben. Mit dem neuen Gesetz werde daher insbesondere die Intention verfolgt, eine Annäherung zwischen den verschiedenen Bestandteilen des Hochschulsystems herbeizuführen, d.h. sie zu veranlassen, nach dem gleichen Ziel zu streben.

Dieser Versuch der Zusammenführung von Eliteschulen und den für die wissenschaftliche Breitenbildung zuständigen Universitäten löste eine neue Gräben aufreißende, heftige Debatte über die Existenzberechtigung der zwei so konträren Hochschularten, 'Grandes Ecoles' einerseits und Universitäten andererseits aus, in der Savary schließlich, wie schon viele andere französische Bildungspolitiker vor ihm, unterlegen ist. Als das Gesetz im Januar 1984 in Kraft trat, war klar, daß Savary das hochgesteckte Ziel einer Zusammenführung der beiden Hochschularten nicht erreicht hatte.

²³⁷ Vgl. Savary, A., Enseignement supérieur: Les motifs et les tâches. In: 'Le Monde' vom 26. Januar 1983.

Es bleibt somit bei der 'die französischen Abiturienten in zwei Klassen teilenden Spaltung des Hochschulbereichs in 'Grandes Ecoles' und Universitäten sowie bei der in der antiken Begründung des Gesetzentwurfs betonten strukturellen Vielfalt des tertiären Bereichs in Frankreich. In der Tat vermittelt das französische Hochschulwesen den Eindruck eines breit differenzierten Systems mit einer geradezu verwirrenden Vielfalt von Hochschularten, mit einem streng gegliederten Aufbau des Studiums in einzelne Abschnitte mit jeweils eigenen berufsqualifizierenden Abschlüssen, die gleichzeitig Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums sind, mit Lang- und Kurzstudiengängen, mit der Besonderheit eines geschlossenen und eines offenen Hochschulsystems, mit besonderen Eliteschulen neben den Universitäten, mit unterschiedlichen Akzentuierungen des Angebots in Forschung und Lehre, die u.a. auf einer besonderen Nähe zur gesellschaftlichen Praxis, einem engen Berufs- oder auch Regionalbezug beruhen.

2 Die verschiedenen Formen der Differenzierung im französischen Hochschulbereich

2.1 Differenzierung nach Hochschularten

Der tertiäre Bereich Frankreichs bietet, wie in Kapitel III näher dargestellt wurde, das Bild einer vielgestaltigen Hochschullandschaft, in der die unterschiedlichsten Hochschularten mit jeweils eigenen Organisationsstrukturen, Zielsetzungen, Zulassungsbedingungen und Studienprofilen anzutreffen sind: Universitäten, staatliche und private 'Grandes Ecoles', Technische Universitätsinstitute (I.U.T.), private Hochschulen (Instituts Catholiques, etc.), 'Ecoles Normales d'Instituteurs', an denen die Ausbildung zum Lehrer an Vor- und Primarschulen erfolgt, zahlreiche staatliche Ingenieurhochschulen, soweit sie nicht bereits zur Gruppe der "großen" 'Ecoles' gehören und eine Reihe kleinerer öffentlicher und privater Einrichtungen mit sehr unterschiedlichem Leistungsniveau. Diese strukturelle Vielfalt ist

historisch gewachsen und hat sich im Laufe der Jahre, mit Ausnahme der 1966 neu hinzugekommenen I.U.T., wenig verändert. Die I.U.T. haben im Laufe ihres nunmehr fast 20jährigen Bestehens nach anfänglichen Schwierigkeiten eine sehr erfolgreiche Entwicklung durchgemacht und sich im heutigen französischen Hochschulsystem einen Vorzugsplatz erworben. In gewisser Hinsicht nehmen sie allmählich gegenüber den traditionellen Fakultäten²³⁸ dieselbe Stellung ein wie die 'Grandes Ecoles' gegenüber den Universitäten.²³⁹

Gerade am französischen Hochschulsystem zeigt sich jedoch auch sehr deutlich, daß ein hoher Differenzierungsgrad, der diesem System wesensimmanent ist (man spricht in Frankreich seit jeher vom Hochschulbereich im Plural (des enseignements supérieurs), nicht notwendigerweise ein zuverlässiger Gradmesser für Effektivität und konstruktiven Wettbewerb zwischen den einzelnen Hochschularten ist. Wie sollte sich in Frankreich auch ein wirklicher Wettbewerb zwischen Universitäten und 'Grandes Ecoles' entwickeln, wenn es, wie wir in Kapitel V gesehen haben, für eine Karriere im Staatsdienst, in der Wirtschaft, in der Industrie oder in den Hochschulen geradezu unerlässlich ist, bestimmte Eliteschulen absolviert zu haben und zu diesem Zweck bereits eine systematische Auslese unter den Schülern der Gymnasien betrieben wird? Wie soll es in bestimmten Disziplinen, wie etwa Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Architektur oder Veterinärmedizin überhaupt zu einer Konkurrenz kommen, wenn diese Fächer seit jeher ausschließlich oder nahezu ausschließlich an den 'Grandes Ecoles' unterrichtet werden? Oder wie soll vernünftigerweise eine belebende Konkurrenz unter beiden Hochschularten entstehen, wenn, worauf Girod de l'Ain hinweist,²⁴⁰ die nach der Strukturreform

²³⁸ Gemeint sind die heutigen Universitäten. Da jedoch die I.U.T. als eigene Einheiten in die Universitäten integriert sind, ist der Begriff "Fakultäten" zu verwenden.

²³⁹ S. hierzu Kap. V sowie David, J., Die berufsbezogenen Studiengänge im französischen Hochschulsystem. In: Die neue Hochschule 1984, Heft 6, S. 22.

²⁴⁰ Girod de l'Ain, 8., Les deux autonomies, a.a.O., S. 53.

von 1968 neu errichteten berufsbezogenen, pluridisziplinären Studiengänge, deren Besonderheiten in der Anwendungsorientierung der Ausbildung, im regelmäßigen Wechsel von theoretischem und praktischem Unterricht und in der Mitwirkung von Berufspraktikern in der Lehre bestehen, alles Positive, die den Erfolg der 'Grandes Ecoles' ausmachen, mangels personeller Ausstattung, und nicht etwa wegen zu geringer Studentenzahlen, Gefahr laufen, ausgezehrt zu werden.

Unabdingbare Voraussetzung für eine stärkere Profilierung und für einen die Wissenschaft fördernden Wettbewerb ist in allen Hochschulsystemen die Bereitstellung von ausreichenden Personal- und Sachmitteln sowie eine Stärkung der etablierten Dispositionsfreiheit. Ohne eine nachhaltigere finanzielle Unterstützung der Universitäten als es gegenwärtig in Frankreich der Fall ist und ohne eine Stärkung der Autonomie der Universitäten wird die Konkurrenz von 'Grandes Ecoles' und Universitäten in Frankreich immer, wie es Professor Guy Denielou von der Technischen Universität Compiègne auf der Jahresversammlung 1984 der Westdeutschen Rektorenkonferenz zum Thema "Differenzierung und Wettbewerb" ausdrückte, einem Radrennen mit einem Sieger und einem Letzten gleichen.

2.2 Differenzierung nach Studienabschnitten

Der Europarat hat im Rahmen des bereits erwähnten Untersuchungsberichts²⁴¹ die Differenzierungspolitik von sieben europäischen Staaten einer kritischen Analyse unterzogen. Er gelangte zu der Empfehlung, Staat und Hochschulen sollten, soweit möglich, längere Studiengänge in eine Folge kürzerer, selbständiger Studienabschnitte gliedern, um auf diese Weise die Ausfallquoten zu senken und die Studienzeiten zu kürzen. In der Bundesrepublik Deutschland lebt vor dem Hintergrund hoher Studentenzahlen und überlanger Studienzeiten derzeit die Diskussion über eine Neustrukturierung des Hochschulstudiums wieder auf. Eine Reihe von Experten empfehlen das sog.

²⁴¹ "Changing tertiary education in modern European society".

Baustein-System, dessen Basis ein von allen Studenten zu durchlaufendes Grundstudium mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß ist. Qualifizierte Studenten erhalten über eine Aufnahmeprüfung die Möglichkeit des Einstiegs in ein zweites, fachwissenschaftlich vertieftes Studium und für wissenschaftlich besonders fähige Absolventen sind im Anschluß daran forschungsbezogene Aufbau- und Promotionsstudien vorgesehen.

Im Grunde entspricht dies genau dem in Kapitel III dargestellten französischen System der gestuften Universitätsstudiengänge, nach Auffassung des Europarates das am besten entwickelte Beispiel des Modells aufeinanderfolgender Studienabschnitte.²⁴² Hier ist das Studium in drei Abschnitte (Cycles) gegliedert, mit jeweils eigenen Funktionen und eigenen Prüfungen, von deren Bestehen der Übergang in den nächsten Studienabschnitt abhängt; auf jeder der drei Studienebenen besteht ferner prinzipiell die Möglichkeit des direkten Übergangs in das Berufsleben.

Trotz dieses differenzierten Studienaufbaus vermag das französische Studiensystem, auch nach Ansicht des Europarates, nur wenig zu befriedigen. Denn es weist nicht nur extrem hohe Versagerquoten bei den nach jedem Studienabschnitt stattfindenden Prüfungen und infolge dieser kumulativen Selektion übermäßig hohe Ausfallquoten aus. Darüberhinaus mangelt es auch an Beschäftigungsmöglichkeiten für die erfolgreichen Absolventen des ersten Studienabschnittes, deren Vorbereitung auf den Einstieg in das Berufsleben von den Arbeitgebern als unzureichend erachtet wird.

Der Europarat stellt in diesem Zusammenhang die kritische Frage, ob Frankreich nicht die Last der Massenausbildung allein den Universitäten aufgebürdet hat. Seiner Meinung nach wäre es ratsam, mehr Studenten von den Universitäten weg zu anderen Ausbildungsgängen zu lenken, die sich durch größere Praxisnähe und Berufsbezogenheit deutlich von dem Studium im ersten universitären Abschnitt abheben und sich

242 A.a.O., S. 49.

eher für akademisch weniger begabte Studenten eignen.²⁴³ Damit sind die Ausbildungswege zu den 'Instituts universitaires de Technologie' und zu den 'Sections de Techniciens Supérieurs' gemeint. Beide Einrichtungen haben jedoch nach anfänglichen Schwierigkeiten (insbesondere die I.U.T. hatten Mühe, ihr Kapazitätssoll zu erfüllen), zwischenzeitlich derart an Ansehen und Attraktivität gewonnen, daß sie eine strenge Auswahl unter den Bewerbern durchführen können. Insofern kann heute keine Rede mehr davon sein, daß sie die für ein wissenschaftliches Langstudium weniger begabten Abiturienten aufnehmen. Im Gegenteil, es ist die unheilvolle Entwicklung festzustellen, daß es die 'Crème' der Abiturienten zwar wie bisher zu den 'Grandes Ecoles' und deren 'Classes préparatoires' zieht, die zweite Garnitur der Abiturienten drängt jedoch verstärkt an die höheren technischen Ausbildungseinrichtungen der I.U.T. und S.T.S. und der Rest des Mittelmaßes verbleibt den Universitäten.

2.3 Nebeneinander von Lang- und Kurzstudiengängen an den Universitäten

In der Bundesrepublik Deutschland beschränken sich (bislang) die Langstudiengänge auf die Universitäten und die Kurzstudiengänge auf die Fachhochschulen.

In jüngerer Zeit wurde jedoch die vom Wissenschaftsrat begonnene Diskussion um die Einführung von Kurzstudiengängen an den wissenschaftlichen Hochschulen wieder aufgegriffen, und das Modell eines konsekutiv aufgebauten Studiengangs mit einem dreijährigen Grundstudium mit anerkanntem Berufsabschluß und einem anschließenden Aufbaustudium für besonders qualifizierte propagiert.

Ein Blick nach Frankreich zeigt, daß dort Kurzstudiengänge auch in den traditionellen Fakultäten längst Realität sind. Zwar dauert das in Frankreich 1967 eingeführte Kurzstudium an den Universitäten nicht drei, sondern zwei Jahre, gleichwohl ist es ein Studium mit wissenschaftlichem An-

243 A.a.O., S. 51.

spruch und einem Abschluß, der sowohl die Fortsetzung des Studiums im Rahmen des zweiten Studienabschnittes als auch einen unmittelbaren Berufseinstieg auf mittlerer Ebene ermöglicht.

Insofern mag die Überlegung naheliegen, ob nicht nach französischem Vorbild auch in der Bundesrepublik Deutschland das vorgeschlagene neue dreijährige Kurzstudium an den Universitäten eingeführt werden sollte. Unter dem Aspekt der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen (in beiden Ländern) erscheint dies jedoch weder wünschenswert noch sinnvoll. Denn die Erfahrungen in Frankreich haben ergeben, daß den Kurzstudienabschlüssen des 'Diplôme d'Etudes Universitaires Générales' (D.E.U.G.), insbesondere in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen, auf dem Arbeitsmarkt keine entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüberstehen. Im Bereich der Naturwissenschaften und der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften stoßen die Inhaber des D.E.U.G. auf die Absolventen der berufsbezogenen technischen Kurzstudiengänge der I.U.T. und S.T.S., denen sie im Kampf um einen Arbeitsplatz aussichtslos unterlegen sind. Darüberhinaus drängen die Inhaber der nach 1966 auf dem naturwissenschaftlichen und wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Sektor neu geschaffenen Abschlüsse des D.E.U.G. "Angewandte Mathematik und Sozialwissenschaften" und "Wirtschafts- und Sozialverwaltung" auf den Arbeitsmarkt, Abschlüsse, die ebenfalls den berufsqualifizierenden Aspekt des Kurzstudiums betonen und daher eine bessere Reputation bei den Beschäftigten genießen als die Inhaber der herkömmlichen D.E.U.G.-Abschlüsse. Ihnen verbleiben im Grunde nur die Alternativen, entweder das Studium im Rahmen des zweiten Zyklus fortzusetzen, oder in einen größeren Beschäftigungschancen verheißenden, berufsbezogenen Kurzstudiengang überzuwechseln, wobei sie sich in aller Regel einer strengen Bewerberauswahl unterziehen müssen oder aber den Berufseinstieg zu wagen, der dann allerdings auf einer Ebene stattfindet, für die sie deutlich überqualifiziert sind. Vor diese Wahl gestellt, entscheidet sich die überwiegende Mehrheit der Absolventen des ersten

Studienabschnittes für eine Fortsetzung des Studiums im gleichen oder in einem anderen Studiengang, was die Schlußfolgerung nahelegt, daß das vor dem Hintergrund der derzeitigen hohen Studentenzahlen vorgeschlagene Konsekutivmodell zumindest keine Lösung des quantitativen Problems der Hochschulen darstellt.

2.4 Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten

Ein anderer - positiver - Aspekt der Vielfalt des französischen Hochschulwesens ist die Entwicklung von Lehr- und Forschungszentren an den Universitäten unter besonderer Berücksichtigung ihrer jeweiligen regionalen Einzugsbereiche.

Die französische Regierung betreibt bereits seit geraumer Zeit eine aktive Politik der Bildung von regionalen Schwerpunkten in Lehre und Forschung, um dadurch der Übermacht des Wissenszentrums Paris mit seinen Eliteeinrichtungen in Lehre und Forschung gegenzusteuern. Als Beispiel für eine besonders aktive innovationsorientierte Wissenschafts- und Technologiepolitik und die Bereitschaft, sich den konkreten Aufgaben des Einzugsbereichs anzunehmen, lassen sich die Hochschuleinrichtungen von Grenoble anführen, deren naturwissenschaftliche und technologische Entwicklung stark durch die in der Stadt und in der Region ansässige Industrie (Metall-, Papier- und Computerindustrie) beeinflusst worden sind. Aufgrund der engen Beziehungen zwischen der Universität und der ortsansässigen Industrie, die insbesondere in der Finanzierung von neuen Forschungslaboratorien durch die Industrie und in der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern der Universitäten mit Forschern der örtlichen Industrie ihren Niederschlag findet, hat sich Grenoble zu einem herausragenden Forschungsschwerpunkt in Frankreich auf den Gebieten der Informatik, Mathematik, Kernforschung und des Maschinenbaus entwickelt.

Differenzierung bedeutet auch eine breite geographische Streuung der Hochschuleinrichtungen. Aus der Überzeugung heraus, daß tertiäre Bildungseinrichtungen für die allgemeine und wirtschaftliche Entwicklung einer Region von entscheidender Bedeutung sind, wurden in den letzten Jahren in allen Regionen Frankreichs neue Universitäten und insbesondere auch 'Instituts universitaires de Technologie' gegründet, deren Standort bewußt so gewählt wurde, daß Gebiete, die bisher keine Universität hatten, wenigstens ein technologisches Universitätsinstitut erhielten. Das zugleich Überwachende und Positive dabei ist, daß es einigen dieser Regionaluniversitäten bzw. technologischen Universitätsinstituten durch verstärkte Ausrichtung des Studienangebots auf die regionalen Gegebenheiten und durch Intensivierung der Kontakte zur regionalen Industrie gelungen ist, in bestimmten Studiengängen den traditionellen Fakultäten in Paris den Rang abzulaufen.

VII. Kapitel: Forschung in Frankreich

- 1 Das 'Centre National de la Recherche Scientifique' - C.N.R.S. - und andere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Der auf dem Gebiet der Lehre herrschende Dualismus von Universitäten und Grandes Ecoles findet sein Pendant auf dem Gebiet der Forschung in dem Nebeneinander von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, allen voran das Nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung (Centre National de la Recherche Scientifique - C.N.R.S.). Nun ist natürlich auch das Forschungssystem in der Bundesrepublik Deutschland durch einen reichen Pluralismus der Forschungsorganisationen gekennzeichnet; neben den wissenschaftlichen Hochschulen als Stätten der Forschung und Lehre stehen eine Reihe meist staatlich finanzierter außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, wie etwa die Max-Planck-Gesellschaft mit über 50 Instituten, die Großforschungseinrichtungen, sowie selbständige Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse (sog. Blaue Liste), die Fraunhofer-Gesellschaft mit derzeit 32 Instituten, etc. Hauptträger der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch, wie in den meisten anderen Industrieländern²⁴⁴ der Hochschulsektor. Er ist das Fundament der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, die einzige Institution, deren Forschung alle Wissenschaftsdisziplinen umfaßt, wie es in dem "Bundesbericht Forschung VII" der Bundesregierung heißt. In Frankreich dagegen übt nahezu jedes Ministerium die administrative Schirmherrschaft über bedeutende, von der Universität getrennte Forschungszentren aus, in denen überwiegend Grundlagenforschung betrieben wird. Das Erziehungsministerium ist für die Förderung der Forschung an den Universitäten und am C.N.R.S. zuständig, das mit derzeit

²⁴⁴ Am ehesten sind noch die Forschungssysteme der östlichen Länder, insbesondere der UdSSR, dem französischen System vergleichbar.

etwa 9.000 "Vollzeitforschern"²⁴⁵ den größten Raum in der Grundlagenforschung einnimmt. Ca. 1.500 Forscher sind am 'Institut National de la Santé et de la Recherche médicale' (I.N.S.E.R.M.) tätig.²⁴⁶ Daneben besteht noch eine ganze Reihe kleinerer Forschungsorganisationen, wie etwa das 'Institut National de la Recherche Agronomique' (I.N.R.A.), das 'Institut Pasteur', das 'Centre National d'Etudes Spatiales' (C.N.E.S.), etc. Ihnen stehen die Universitäten mit rund 41.000 Hochschullehrern gegenüber, die, falls sie sich der Forschung widmen²⁴⁷, zusätzlich mit Lehrverpflichtungen belastet sind. Detaillierte Angaben über die Leistungen der Universitäten für die Forschung im Vergleich mit denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen waren leider nicht erhältlich; sie dürften wegen der engen Verzahnung mit den Lehraufgaben auch nur schwer meßbar sein. Der in Fr. 247 erwähnte Kommissionsbericht enthält (bezogen auf das Jahr 1980) lediglich die Aussage, daß die Grundlagenforschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen etwa ein Viertel der gesamten staatlichen Forschungsaktivitäten ausmacht. Der darauf entfallende Anteil der Ausgaben an den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von 50,5 Mrd.FF der öffentlichen Hand entspricht ebenfalls einem Viertel. Bei Zugrundelegung der personellen Ausstattung des C.N.R.S. als Hauptträger der Grundlagenforschung in Frankreich und der übrigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen läßt sich jedoch unschwer die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland geringere Bedeutung des Forschungspotentials an den Universitäten ermessen. In

245 Vgl. Schwartz, L., La Recherche (Université - C.N.R.S. - I.N.S.E.R.M.). In: La France en mai 1981, a.a.O., S. 343.

246 Ebd.

247 Staropoli, A. vertritt in dem für die französische Regierung verfaßten Bericht über die Situation der Forschung und Technologie in Frankreich die Auffassung, daß nur etwa ein Drittel der französischen Hochschullehrer neben der Lehre regelmäßig Forschung betreibt, ein weiteres Drittel wende sich nur hin und wieder Forschungsarbeiten zu, das restliche Drittel befasse sich nicht mit Forschungsfragen, vgl. Etudes et rapports de la Commission du Bilan, a.a.O., S. 213.

Deutschland betragen die Gesamtaufwendungen für Forschung und Entwicklung im Jahr 1981 etwa 41,5 Mrd. DM, von denen etwa 18 Mrd.DM aus dem staatlichen Bereich stammen. Die Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung betragen in diesem Zeitraum schätzungsweise rund 6,5 Mrd.DM (1983: 7,2 Mrd.DM), dies entspricht einem Anteil von rund 15,7 % an den Gesamtaufwendungen.²⁴⁸

Die für Frankreich so charakteristische Aufgabenteilung der Forschung auf die Universitäten und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen (entsprechend derjenigen der Lehre auf die Universitäten und die Grandes Ecoles) wurzelt in dem Selbstverständnis der französischen Universitäten, die seit Napoleon ihre Hauptaufgabe in der Lehre und Berufsausbildung von Medizinern, Juristen, Gymnasiallehrern etc. sahen. Da an diesen gewachsenen Strukturen im Grunde bis zum heutigen Tage nicht gerüttelt wurde, wäre Frankreich ohne die Gründung des C.N.R.S. oder etwa des 'Institut Pasteur' über das Niveau des Mittelmaßes, das seine Forschung insbesondere in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen prägte, niemals hinausgekommen. Die vom Humboldt'schen Universitätsideal der Einheit von Forschung und Lehre²⁴⁹ ausgehenden deutschen Universitäten waren demgegenüber wesentlich flexibler, als es galt, auf den mit der wissenschaftlich-technologischen Umwälzung gestiegenen Bedarf an Forschung und Entwicklung mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu reagieren. Nicht von ungefähr hatte Deutschland bis Anfang der 30er Jahre in der Forschung einen unumstrittenen Spitzenplatz inne, den es dann freilich an die USA abtreten mußte, die am meisten von dem durch das N.S.-Regime bedingten Exodus hochqualifizierter Wissenschaftler aus Deutschland und später aus ganz Europa profitierten.

248 Vgl. Forschungsförderung in Bayern, Grundlagen und Probleme, Bayerische Staatsministerien für Unterricht und Kultus und für Wirtschaft und Verkehr, 1984, S. 11.

249 Es ist bezeichnend, daß in Deutschland unter den Aufgaben der deutschen Hochschulen die Forschung traditionell an erster Stelle genannt wird.

Das C.N.R.S. wurde 1939 unter der Bezeichnung 'Caisse Nationale des Sciences' von Jean Perrin zur Förderung der an den Universitäten nicht in dem gebotenen, d.h. den Anforderungen der Gesellschaft entsprechenden, Maße betriebenen Forschung gegründet. Gemessen an seinem damaligen Auftrag²⁵⁰, der heute noch als Grundlage seiner Arbeit dient und sowohl Wissenschaft als auch Verwaltung umfaßt, sowie an seiner Struktur läßt es sich noch am ehesten mit der Max-Planck-Gesellschaft vergleichen. Mit einem Budget von 4,45 Mrd. FF im Jahr 1981 (1980: 3,78 Mrd. FF)²⁵¹, wobei die Personalzuwendungen allein rund 75 % des gesamten Etats ausmachen, kommt diesem wissenschaftlichen Zentrum für die Forschung in Frankreich eine hohe Bedeutung zu. Zur Zeit unterhält das C.N.R.S. 1.100 Institute, Forschungsstellen und Projektgruppen von unterschiedlicher Größe, Struktur und Aufgabenstellung, an denen Grundlagenforschung in nahezu allen Wissensgebieten betrieben wird. 190 sind eigene Forschungsinstitute mit einem Personalbestand von 2.800 Forschern; die überwiegende Mehrheit der Institute sind jedoch sog. 'Instituts associés', d.h. sie befinden sich an den Universitäten und sind organisatorisch dem C.N.R.S. angeschlossen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei 23.000 Personen, davon sind, wie bereits erwähnt, 9.000 Forscher und 14.000 Ingenieure, Techniker und Verwaltungskräfte. Das C.N.R.S. wird unter Vorsitz eines Präsidenten von einem 15-köpfigen Mitgliederrat verwaltet, der sich aus Wissenschaftlern und

250 "Vollbringen oder vollbringen lassen, orientieren, veranlassen, koordinieren, schätzen und entwickeln der Forschungen, die von Interesse für das Weiterkommen der Kenntnisse und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes auf der nationalen und internationalen Ebene und dessen Anwendungen zu begünstigen sind". Vgl. Chevillot, J.-P., Strukturen und Organisation der Forschungsinstitutionen in Frankreich. In: Organisationsfragen wissenschaftlicher Einrichtungen, Fortbildungsprogramm für die Wissenschaftsverwaltung, Materialien Nr. 9, 1982, S. 85.

251 Freilich ist das Forschungsbudget des C.N.R.S. gemessen an seinem Personalbestand von 23.000 Beschäftigten nicht gerade üppig, wenn man bedenkt, daß die Max-Planck-Gesellschaft mit einem Personalbestand von 12.000 Beschäftigten über ein Budget etwa gleicher Größenordnung verfügt.

führenden Persönlichkeiten aus Industrie, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung zusammensetzt und die Richtlinien der Wissenschaftspolitik bestimmt. Hauptamtlicher Leiter ist ein Generaldirektor, dem zur Unterstützung ein Generalsekretär und acht wissenschaftliche Direktoren beigeordnet sind. Daneben bestehen eine Reihe von Organen mit rein beratender Funktion, von denen im Rahmen dieser kurzen Darstellung nur das 'Comité National' besondere Erwähnung finden soll. In ihm sind 41 Rektorenkomitees mit je 23 Mitgliedern (15 gewählte und 8 ernannte), die 51 Forschungsbereiche repräsentieren, zusammengefaßt. Diese Komitees spielen in ihrer Funktion als Beratungs- und Bewertungsorgane im Rahmen der Evaluierung der an den C.N.R.S.-Einrichtungen durchgeführten Forschungsarbeiten, aber auch bei der Rekrutierung des C.N.R.S.-Personals eine entscheidende Rolle.

Das C.N.R.S. hat sich im Laufe seines 45-jährigen Bestehens zweifellos hervorragende Verdienste um die Spitzenforschung in Frankreich erworben. Es wird häufig als Retter der französischen Forschung hingestellt,²⁵² ohne den das Tief in den Jahren zwischen den zwei Weltkriegen nicht hätte überwunden und Frankreich die Herausforderung im internationalen Wettbewerb nicht hätte bestehen können.²⁵³

Andererseits führte diese erfolgreiche Entwicklung zu einer Eigenständigkeit der C.N.R.S., die Anlaß zu der Befürchtung

252 Vgl. Schwartz, L., a.a.O., S. 342.

253 In der Beurteilung der gegenwärtigen Situation Frankreichs im Bereich Forschung und Entwicklung besteht weitgehend Konsens darüber, daß die französische Forschung mit einem Anteil von 5 bis 7 % an der gesamten Weltforschung gemessen an der Einwohnerzahl Frankreichs, einen durchaus repräsentablen Erfolg vorzuweisen hat. In bestimmten Bereichen, wie der Mathematik, wird dieser Anteil sogar auf 10 % geschätzt, was nicht zuletzt auf die starke Betonung des Faches Mathematik und allgemein des abstrakten Denkens im Sekundarbereich und besonders in den 'Classes préparatoires aux Grandes Ecoles' zurückgeführt wird; so Schwartz, L., a.a.O., S. 329.

gibt, daß der Dualismus von Universitäten und C.N.R.S. langfristig auf eine immer stärkere Selbstbeschränkung der Universitäten auf die reine Lehrtätigkeit hinauslaufen könnte. Schriewer warnt in seinem bereits mehrfach zitierten Buch "Die französischen Universitäten 1945 - 1968" vor einem Auszehren der Universitäten durch die Existenz der Forschungsorganisationen und der Grandes Ecoles. Noch einmal zeige sich hier die verhängnisvolle, aber für die französische Entwicklung charakteristische Erscheinung, daß den Universitäten sowohl als Lehr- wie als **Forschungsinstitutionen** der Rang streitig gemacht werde durch universitätsunabhängige Hochschulen und Forschungszentren von größerer Attraktivität. ²⁵⁴

Und Laurent Schwartz malt die Schreckensvision eines französischen Hochschulsystems an die Wand, das sich eines Tages zusammensetzen könnte aus den dynamischen und selektiven 'Grandes Ecoles', die zu wenig Ingenieure ausbilden und die Forschung vernachlässigen, dem C.N.R.S. mit Forschern, die nicht lehren und den Universitäten mit Lehrern, die umgekehrt nicht forschen ²⁵⁵, ein Bild, das sicherlich in zu düsteren Farben gemalt ist. Denn wenn auch in dem Verhältnis Universitäten-C.N.R.S. analoge Züge zu dem zwischen den Universitäten und den 'Grandes Ecoles' vorhanden sein mögen, scheinen letztere doch wesentlich rigider und endgültiger voneinander getrennt zu sein. Laurent Schwartz selbst weist auf mehrere Nahtstellen zwischen beiden Forschungssystemen hin, die eine mehr oder weniger enge Kooperation garantieren. So ist, wie bereits erwähnt, die überwiegende Mehrheit der Laboratorien des C.N.R.S. in den Universitäten installiert, so daß, grob verallgemeinert, die Forschungsaktivitäten des C.N.R.S. weitgehend an den Universitäten stattfinden. Schon allein diese örtliche Nähe schafft ein günstiges Klima, das die Entstehung von Kontakten zwischen den Forschungsgruppen des C.N.R.S. und denen der Universitäten fördert. Über diese eher zufälligen Kontaktmöglichkeiten hinaus ist

²⁵⁴ Schriewer, J., a.a.O., S. 363.

²⁵⁵ In: Pour sauver l'université, S. 18.

eine enge wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen von mehrjährigen Assoziierungsverträgen gegeben, die das C.N.R.S. mit Universitäten und Instituten schließt, die neben beträchtlichen finanziellen Zuwendungen auch die Bereitstellung von C.N.R.S.-Personal vorsehen. Ferner wurden am C.N.R.S. 65 Vollzeit-Stellen für Forscher aus dem Universitätsbereich neu geschaffen, die dort für drei Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit) unter Wegfall ihrer Lehrverpflichtungen arbeiten können. Umgekehrt eröffnet neuerdings die Satzung des C.N.R.S. zum Zwecke der Förderung der gegenseitigen Mobilität dem eigenen Forschungspersonal die Möglichkeit, für die Dauer von drei Jahren an einer fremden öffentlichen oder privaten französischen oder ausländischen Organisation, und damit auch an einer französischen Universität zu forschen. Generell ist in der Forschungspolitik des C.N.R.S. eine Tendenz zur Verstärkung der Mobilität seiner Wissenschaftler zu beobachten. So setzt beispielsweise die Ernennung zum 'Maitre de Recherche' zwingend die Ausübung einer mindestens einjährigen Forschungstätigkeit an einer anderen französischen oder ausländischen Forschungseinrichtung oder auch eine mindestens zweijährige Lehrtätigkeit voraus. Seit 1969 sind nunmehr auch die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen gegenseitigen Austausch von Hochschullehrern und Forschern des C.N.R.S. gegeben. 1977/78 wurde auf diese Weise 97, 1978/79 42 Hochschullehrern die Möglichkeit gewährt, sich für einen begrenzten Zeitraum an C.N.R.S.-Instituten ²⁵⁶ ausschließlich auf Forschungsarbeiten zu konzentrieren. Nicht vergessen werden darf schließlich die Förderung, die das C.N.R.S. dem wissenschaftlichen Nachwuchs an den Universitäten, an den 'Ecoles Normales Supérieures' und anderen 'Grandes Ecoles' zuteil werden läßt. Anstatt sich um eine Stelle als Universitätsassistent oder um sonstige Förderungsmöglichkeiten zu bemühen, bietet das C.N.R.S. den jungen qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern, die sich auf das Staatsdoktorat vorbereiten, die Chance, bei gleicher

²⁵⁶ Vgl. Schwartz, L., a.a.O., S. 348.

Bezahlung und zumeist besseren Forschungsbedingungen, und, was vielfach entscheidend ist, frei von der Belastung mit Lehraufgaben, als 'Attaché de Recherche' (dies entspricht in der universitären Laufbahn der Stellung eines Assistenten), sich mit vollem Einsatz auf das Staatsdoktorat vorzubereiten.²⁵⁷ Das C.N.R.S. hat auf diese Weise in der Vergangenheit eine Vielzahl wissenschaftlicher Nachwuchstalente und Staatsdoktorate (Habilitationen) von hohem wissenschaftlichem Niveau gefördert.

Gleichwohl läßt sich ohne eine Ausweitung dieser zweifellos positiven Ansätze zu einer gegenseitigen Befruchtung und Annäherung der beiden Systeme und ohne eine Stärkung der Forschung an den Universitäten die oft beschworene Gefahr, die Universitäten würden als Stätten der Forschung weiter an Rang verlieren, und das C.N.R.S. werde sich noch stärker als bisher als Stätte der Spitzenforschung profilieren, nicht von der Hand weisen. Tatsächlich gibt es bereits jetzt Forschungsbereiche in Frankreich, wie in der Biologie, wo so gut wie keine Spitzenforschung an den Universitäten, sondern fast zur Gänze an parallel betriebenen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere am 'Institut Pasteur', eine Art C.N.R.S. für die biologische Forschung, statfindet. Durch die derzeit im Universitätsbereich herrschenden ungünstigen personellen und materiellen Rahmenbedingungen wird die Gefahr einer Aushöhlung der Forschungsaufgaben und -tätigkeit der Universitäten noch erhöht. Zwar ist den Universitäten die Domäne der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen des dritten Studienabschnittes verblieben, aber die derzeitige, in der überwiegenden Zahl der Fächer äußerst schwierige Stellenlage an den Universitäten hat bereits deutlich erkennbare Rückwirkungen auf die Bereitschaft gerade von hochbegabten Nachwuchswissenschaftlern gezeigt, den Weg des Hochschullehrers einzuschlagen. Viel-

²⁵⁷ Abgesehen von dieser Möglichkeit sind Zeitarbeitsverträge als Instrument größerer Personalflexibilität nur in besonderen Ausnahmefällen vorgesehen. In der Regel erfolgt nach einer Probezeit von ein bis zwei Jahren die unbefristete Anstellung.

fach bleibt den begabten Nachwuchskräften angesichts der wenigen freien Stellen an den Universitäten auch gar keine andere Wahl, als die Universitäten in Richtung außeruniversitäre Forschung zu verlassen, wo sich die Personalsituation insgesamt noch günstiger darstellt. Die nachfolgende Tabelle über die Entwicklung des Personalbestandes am C.N.R.S. im Vergleich zu den Universitäten in den Jahren 1973-74 bis 1982-83 bestätigt, daß in der außeruniversitären Forschung die beruflichen Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs erheblich besser sind.

Tab. 20: Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal an Universitäten und am C.N.R.S. Frankreich 1973-74 bis 1982-83

	Universitäten wiss. Personal	C.N.R.S. wiss. Personal
1973-74	40.587	6.931
1976-77		7.289
1980-81	41.311	8.657
1982-83	41.440	ca. 9.000

Quelle: Etudes et rapports de la Commission du Bilan, S. 247 und 357.

Da auch am C.N.R.S., wie generell an den staatlichen Forschungseinrichtungen Frankreichs in früheren Jahren, vor allem in den 60er Jahren, eine große Zahl junger Wissenschaftler eingestellt wurde, die voraussichtlich noch 20 bis 25 Jahre in den Forschungseinrichtungen bleiben werden, und nur wenige in den nächsten Jahren die Altersgrenze erreichen, ist der Ersatzbedarf am C.N.R.S. - analog zur Personalsituation an den Universitäten - mit jährlich 0,5 % aller Stellen sehr gering. Der aus Tab. 20 ersichtliche Stellenzuwachs am C.N.R.S. beruht daher zum ganz überwiegenden Teil auf neu geschaffenen Stellen.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich der in den letzten Jahren an den Universitäten neu eingestellten Assistenten mit den im gleichen Zeitraum vom C.N.R.S. rekrutierten 'Attachés de Recherche', der allerdings mangels verfügbarer neuerer Daten nur für die Jahre bis 1980 möglich ist.

Tab. 21: Personalstellen für Assistenten und Attachés de Recherche Frankreich 1960-61 bis 1980-81

	Assistenten (Universitäten)	Attachés de Recherche (C.N.R.S.)
1960-61	3.495	620
1967-68	12.519	762
1973-74	18.071	338
1980-81	12.417	299

Quelle: Etudes et rapports de la Commission du Bilan, S. 247 u. 358.

Wie bereits erwähnt, hat aufgrund der ungünstigen Personalstruktur der Universitäten die Karriere eines Hochschullehrers für hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler immer stärker an Attraktivität verloren, so daß die Zahl derjenigen wächst, die von dem Angebot des C.N.R.S., das Staatsdoktorat in seinen Forschungseinrichtungen vorzubereiten, Gebrauch machen und danach nicht mehr, wie früher die Regel, an die Universitäten zurückkehren, sondern als "Vollzeit"-Forscher in den staatlichen Laboratorien des C.N.R.S. bleiben.

Da die derzeitige Situation umgekehrt auch nicht gerade dazu angetan ist, außeruniversitäres Forschungspotential für eine Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten zu motivieren, verstärkt sich auch der Trend zur "Selbsthaftigkeit" des wissenschaftlichen Personals am C.N.R.S. Ruft man sich in Erinnerung zurück, daß die französische Regierung 1975 beschlossen hat, die Zahl der Dauerstellen an den staatlichen Laboratorien jährlich um 3 % zu erhöhen, nicht dagegen

an den Universitäten, so kann man ihr den Vorwurf nicht ersparen, daß sie diese Entwicklung zumindest in Kauf genommen hat. Neben der mangelnden personellen Ausstattung hat die Forschung an den Universitäten auch unter der seit etwa 1970 praktizierten restriktiven staatlichen Finanzierungspolitik gelitten. Ohne die finanzielle Unterstützung der Universitäten durch das C.N.R.S., dessen Zuwendungen immerhin 30 % der Summe aller öffentlichen Forschungszuwendungen an die Universitäten ausmachen, was eine in hohem Maße finanzielle Abhängigkeit der Universitäten vom C.N.R.S. signalisiert, würde die wissenschaftliche Grundausrüstung der Universitäten in vielen Fällen noch weiter hinter dem unerläßlichen Maß für Forschung und Lehre zurückbleiben.

2 Die Entwicklung der Forschung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Entwicklung der Forschung in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg ist im wesentlichen durch drei Phasen gekennzeichnet:

- eine Phase des Wachstums (1954 bis 1968) und der Bereitstellung von Personal-, Sach- und Investitionsmitteln in einer bisher nie dagewesenen Großzügigkeit (Laurent Schwartz bezeichnet diese Phase rückblickend als das goldene Zeitalter der französischen Forschung)²⁵⁸
- eine Phase der Rezession (1969 bis 1974), geprägt durch eine einschneidende Reduzierung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben und
- eine Phase der Stagnation (1974 bis 1978).

An der Entwicklung des Anteils der Forschungs- und Entwicklungsausgaben (FuE-Ausgaben) am Brutto sozialprodukt lassen sich diese Phasen sehr gut nachvollziehen. In den Jahren des

²⁵⁸ Vgl. a.a.O., S. 96.

von General de Gaulle und Michel Debré forcierten gewaltigen Aufschwungs der Forschung in Frankreich stieg der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttosozialprodukt auf 2,1 %, so daß Frankreich hinter den USA und Großbritannien mit 2,9 % und 2,4 % (bezogen auf das Jahr 1969) in der internationalen Spitzengruppe vertreten war.

In den darauf folgenden fünf Jahren bis 1974, in denen die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen drastisch zurückgegangen sind, sank der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttosozialprodukt auf 1,8 %, und Frankreich wurde auf Platz sechs hinter den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Japan verwiesen, die im gleichen Zeitraum ihre Anstrengungen auf dem Forschungssektor erheblich verstärkten (vgl. hierzu die nachfolgende Tabelle, die allerdings nicht die Niederlande berücksichtigt).

Tab. 22: Entwicklung des Anteils der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttosozialprodukt in Frankreich im internationalen Vergleich in %

	1964	1969	1973	1980
USA	3,1	2,9	2,5	2,4
Bundesrepublik Deutschland	1,4	1,8	2,1	2,2
Großbritannien	2,3	2,4	2,1	2,2
Japan	1,5	1,6	1,9	2,0
Frankreich	1,8	2,1	1,8	1,8

Von diesem Rückschlag hat sich Frankreich bis heute nicht erholt. Während zwischenzeitlich die Bundesrepublik Deutschland mit FuE-Ausgaben in Höhe von 2,8 % des Bruttosozialprodukts zur internationalen Spitze zählt, ist es Frankreich zwar gelungen, mit beträchtlichen Ausgabensteigerungen (in diesem Jahr rd. 95 Mrd. FF) den Leistungsstand seiner Forschung auf 2,16 % des Bruttoinlandsprodukts zu verbessern; der Anschluß an die internationale Spitzengruppe ist jedoch noch nicht erreicht.

Unter dem Eindruck dieses deutlichen Rückstandes der fünfgrößten Industrienation der Welt leitete Giscard d'Estaing gegen Ende seiner Regierungsperiode eine Wende in der französischen Forschungspolitik ein. Das in seinem Auftrag erstellte Weißbuch über die Situation der Forschung in Frankreich vom September 1980 deckte in aller Deutlichkeit die Defizite und Strukturschwächen der französischen Forschung auf und überzeugte von der Notwendigkeit einer konzentrierten Forschungsförderung angesichts der sehr aktiven, innovativen forschungsorientierten Wissenschafts- und Technologiepolitik vergleichbarer Industrienationen, insbesondere Japans und des dadurch weltweit verschärften Wettbewerbs. Die Auswertung dieser Situationsanalyse führte zu dem Beschluß der französischen Staatsregierung im Rahmen der Vorbereitung des achten Planes (1980 bis 1985), die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung kontinuierlich bis zum Januar 1985 auf 2,3 % des Brutto-Inlandsproduktes zu steigern. Die nachfolgende sozialistische Regierung unter Mitterrand setzte sich sogar das noch ehrgeizigere Ziel, mit jährlichen Steigerungsraten von 17,8 % bis 1985 2,5 % des Brutto-Inlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Untermauert wird dieses Ziel durch ein nicht weniger ehrgeiziges Forschungs- und Entwicklungsprogramm und durch den Elektronikplan, wovon sich die neue Regierung wesentliche Modernisierungsimpulse für die gesamte französische Industrie verspricht.

In Art. 2 des federführend vom jetzigen Erziehungsminister Jean-Pierre Chevènement erstellten neuen Forschungsgesetzes vom 15. Juli 1982²⁵⁹ wird diese Planvorgabe sogar gesetzlich festgeschrieben. Daß diese Zielmarke angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu hoch angesetzt war, zeigte sich spätestens im darauffolgenden Jahr, in dem die zur Erreichung der Steigerungsrate von 17,8 %

²⁵⁹ Loi n° 82-610 du 15 juillet 1982 d'orientation et de programmation pour la recherche et le développement technologique de la France, J.O. du 16 juillet 1982, p. 2270.

vorgesehenen Haushaltsmittel blockiert wurden. Auch die in Art. 2 festgelegte personalpolitische Leitlinie, die Zahl der staatlichen Stellen in Forschung und Wissenschaft um jährlich 4,5 % zu erhöhen, stellte sich angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage als nicht machbar heraus.

Damit soll jedoch der Wert und die Bedeutung dieses Gesetzes sowie die darin zum Ausdruck kommende Neubestimmung auf ein forschungsfreundliches Klima nicht geschmälert werden. Frankreich hat erkannt, daß es seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch gezielt verstärkte Forschungsaktivitäten, insbesondere durch die Entwicklung innovativer Technologien in den Bereichen Biotechnik und Mikroelektronik erhalten und sichern muß.

Dabei ist zu betonen, daß Frankreich bereits heute über eine Reihe von weltberühmten Forschungsinstituten verfügt, beispielsweise das Raumfahrtzentrum C.N.E.S., dessen früherer Präsident und jetziger Forschungsminister, Hubert Curien, als "Vater der Ariane" auch in der Bundesrepublik Deutschland hoch angesehen ist, oder etwa das bereits mehrfach erwähnte 'Institut Pasteur'. In den Bereichen Biotechnik und Kernenergie, ebenso im Elektro-, Fernmelde- und Arzneimittelbereich, nimmt Frankreich auf dem Gebiet der Forschung traditionell einen hervorragenden Platz ein.

Die Schwachstellen des französischen Forschungssystems liegen, ähnlich wie in der Bundesrepublik, in der angewandten Forschung und in den unterentwickelten Transferbeziehungen zwischen Forschungseinrichtungen und Industrie begründet. Ein wesentliches Anliegen des neuen Forschungsgesetzes ist daher die Förderung des Wissens- und Technologietransfers, um neue Ideen und Forschungsergebnisse schneller und damit effektiver in die industrielle Praxis umzusetzen. Ferner soll durch einen Ausbau des Personaltransfers von Wissenschaftlern aus den staatlichen Laboratorien in die industriellen Forschungslabors die Forschungskooperation zwischen Industrie und Wissenschaft gefördert werden. Auch auf

internationaler Ebene wird eine engere Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungseinrichtungen angestrebt; dies gilt auch für die bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, deren bisherige erfolgreiche Kooperation (beispielsweise bei der Gründung des deutsch-französischen Max von Laue-Paul Langevin Instituts (ILL) 1966 in Grenoble zum gemeinsamen Betrieb eines Höchstflußreaktors, im Rahmen der gemeinsamen Entwicklung des Fernmelde Satelliten "Symphonie" und eines deutsch-französischen Rundfunk- und Fernsehsatelliten) weiterentwickelt werden soll.

VIII Zusammenfassung

Das französische Hochschulsystem, dies hat sich im Laufe der Untersuchung immer wieder gezeigt, unterscheidet sich grundlegend von unserem deutschen Hochschulwesen. Angesichts der historisch gewachsenen strukturellen Unterschiede kann es in einer vergleichenden Untersuchung wie dieser nicht darum gehen, festzustellen, ob es sich empfiehlt, das französische Hochschulsystem mit seinen spezifischen Ausprägungen auf das deutsche zu übertragen. Dies soll jedoch nicht heißen, daß das Instrument des bilateralen Systemvergleichs nicht sinnvoll eingesetzt werden könnte. Denn bei näherer Beschäftigung mit dem französischen Hochschulwesen zeigt sich, daß trotz aller strukturellen Unterschiede zum deutschen Hochschulsystem ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten hinsichtlich der hochschulpolitischen Problembereiche und der Rahmenbedingungen, in die sie eingebunden sind, besteht.

Anliegen dieser Untersuchung war es, ausgehend von einer Darstellung der wichtigsten Strukturelemente des französischen Hochschulwesens solche analoge Problemkreise herauszugreifen, und ihre (meist) unterschiedliche Behandlung darzustellen, um dadurch Vergleichsmöglichkeiten und evtl. Impulse für Problemlösungen zu geben. Dabei wurden aus der Vielzahl der hochschulpolitischen Themenbereiche, die unser Nachbarland bewegen, solche ausgewählt, die im Rahmen der Novellierung des zu Beginn des Jahres 1984 in Kraft getretenen französischen Hochschulgesetzes besonders kontrovers diskutiert wurden und gleichzeitig aus der Sicht der Verfasser für die gegenwärtig in der Bundesrepublik stattfindende hochschulpolitische Grundsatzdiskussion von besonderer Aktualität sind.

Läßt man zum Schluß die im einzelnen erörterten Problemfelder der noch einmal Revue passieren, so erscheinen insbesondere folgende Ergebnisse wesentlich:

1. Hochschulzugang: offener und geschlossener Bereich

Charakteristisch für die französische Regelung des Hochschulzugangs ist auf der einen Seite die strikte Ablehnung jeglicher Form von Selektion und die im neuen Hochschulgesetz zum Ausdruck kommende Intention einer noch breiteren Öffnung der Universitäten, auf der anderen Seite die Durchführung von Hochschuleingangungsverfahren in einer wachsenden Zahl von tertiären Bildungseinrichtungen und Studiengängen. Dem entspricht eine Spaltung des französischen Hochschulbereichs in einen offenen Sektor und einen geschlossenen Sektor.

Der geschlossene Bereich, zu dem die Elitehochschulen und ihre Vorbereitungsklassen, aber auch die Universitäten mit ihrer gesamten medizinischen Ausbildung und den relativ neuen berufsbezogenen Studiengängen zählen, ist gekennzeichnet durch eine Trennung des Schulabschlusses vom Hochschulzugang und dessen Regelung durch ein Hochschuleingangsverfahren in unterschiedlichen Formen (Wettbewerbsprüfung mit Vorbereitungszeit, Berücksichtigung der schulischen Leistungen, Auswahlgespräch etc.), wie sie derzeit auch bei uns in Erwägung gezogen werden. Der Einführung eigener Hochschuleingangsverfahren nach französischem Vorbild steht jedoch in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die Tradition entgegen, die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung über das Abiturzeugnis zu erwerben. Darüberhinaus gilt es auch die Gefahr einer Abwertung des Abiturs und die Auswirkungen auf diejenigen Abiturienten, die kein Hochschulstudium anstreben, zu bedenken.

Der offene Bereich mit freiem Zugang, der nach den Vorstellungen der sozialistischen Regierung noch mehr Studenten als bisher aufnehmen soll, umfaßt in erster Linie die ohnehin überlaufenen Disziplinen der Geisteswissenschaften, der Rechts-, und Wirtschaftswissenschaften. Zur Bewältigung des Studentenandrangs erfolgt hier sozusagen eine 'Sélection à posteriori' durch Zwischenprüfungen nach jedem Studienabschnitt, teilweise auch nach jedem Studienjahr. Das neue

französische Hochschulgesetz sieht darüberhinaus die Möglichkeit einer Eingangsprüfung zum zweiten Studienabschnitt unter Berücksichtigung der Aufnahmekapazität und des voraussichtlichen Berufsbedarfs im jeweiligen Fachstudium vor. Nun sind ja Prüfungen durchaus geeignete und effiziente Mittel zur Kontrolle des Studienverlaufs und zur Leistungsbeurteilung. Nur durch eine möglichst frühzeitige Leistungsbeurteilung vermag der Student zu erkennen, ob die getroffene Studienwahl für ihn richtig war oder ob sich ein Studienwechsel empfiehlt. So eingesetzt, sind sie ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Studienzeitvergeudung und damit letztlich von Vergeudung öffentlicher Mittel. Als Mittel zur Regulierung des Studentenstroms und zur Steuerung des Arbeitsmarktes sind sie jedoch nicht nur als uneffizient und unwirtschaftlich, sondern angesichts der Unsicherheit von Bedarfsprognosen auch als ungeeignet abzulehnen.

2 Schule: Abiturzweige (vorgezogene Institutionen- und Fächerwahl)

Eine problematische, gegenüber dem deutschen Schul- und Hochschulwesen einschneidende Einschränkung findet in Frankreich bereits zu Beginn der vorletzten Schulklasse der Sekundarstufe II statt: Der Schüler muß nämlich zu diesem Zeitpunkt einen bestimmten Abiturzweig wählen, womit er zugleich seine Wahlmöglichkeiten im Hochschulbereich mehr oder weniger einschränkt, und zwar sowohl im Hinblick auf den künftigen Hochschultyp als auch bezogen auf die für ihn studierbaren Fächer. Formalrechtlich verleiht zwar jeder Abiturzweig die gleichen Zugangsrechte zu den Universitäten. In der schulischen Realität erfahren jedoch die einzelnen Zweige infolge Überbetonung der sie jeweils charakterisierenden Fächer oder umgekehrt durch eine immer stärkere Vernachlässigung bestimmter Fächer eine so strenge Spezialisierung, daß die Studienfachwahl faktisch stark eingeschränkt ist. So ist z.B. Voraussetzung für eine Einschreibung ohne zusätzliche Prüfung in den naturwissenschaftlichen Fächern der Nachweis des 'baccalauréat' vom Typ C, D oder E. Es

besteht eine deutliche Hierarchie der Abiturzweige: Wer den Nachweis eines Abschlusses des Zweigs C in Händen hat, kann sich gleichsam jeden Studienwunsch erfüllen, einschließlich der Vorbereitungsklassen zu den Grandes Ecoles. Damit findet also in Frankreich schon sehr viel früher als in Deutschland eine Selektion im Hinblick auf die künftigen Bildungschancen statt, aufgrund derer dem sogenannten freien Zugang zu den Universitäten nur noch eine eingeschränkte Bedeutung zukommt.

3 Elitebildung

Ein anderes hochaktuelles Thema in der neuen hochschulpolitischen Diskussion ist die Elitebildung an den Hochschulen. Frankreich besitzt mit seinen 'Grandes Ecoles' berühmte und prestigereiche Institutionen, in denen seit mehr als zwei Jahrhunderten unter hervorragenden Rahmenbedingungen die Führungselite des Landes in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Armee herangebildet wird. Abgesehen davon, daß diese spezifisch französischen Elitebildungseinrichtungen auf unsere, von der Gleichartigkeit aller Universitäten geprägte Hochschullandschaft nicht übertragbar sind - dazu sind sie zu sehr mit der historischen, politischen (zentralistischen), wirtschaftlichen und sozialen Struktur Frankreichs verflochten - erscheint das französische Modell auch nicht nachahmenswert. Denn durch die Existenz der 'Grandes Ecoles' gehen den französischen Universitäten Jahr für Jahr die leistungsstärksten und motiviertesten Studenten verlustig, denen mit Bestehen der hochselektiven 'Concours'-Prüfung der Studierfolg und die berufliche Karriere praktisch sicher sind. Den Universitäten verbleibt die Masse der weniger begabten und angesichts ungesicherter beruflicher Perspektiven weniger motivierten Studenten, der sie durch ein extrem rigides Prüfungssystem mit entsprechend hohen Ausfallquoten Herr zu werden versuchen. Die Folge ist ein fortschreitender Qualitäts- und Prestigeverlust der Universitäten und deren Deklassierung zu zweit- und drittrangigen Ausbildungseinrichtungen.

5 Staatlicher Zentralismus

Die Universitätsreform Napoleons hat zu einem rigiden Zentralismus des Hochschulsystems in Frankreich geführt. Selbst das Berufungs- und Prüfungswesen der Universitäten wurden gemäß dem Prinzip der égalité einer zentralen staatlichen Steuerung unterworfen. Nur schrittweise konnte hier im Laufe der historischen Entwicklung mit der Forderung nach mehr Autonomie ein größerer Freiraum von den Universitäten erlangt werden. Aber auch die Gesetze von 1968 und 1984 haben hier noch keinen endgültigen Durchbruch erreicht. Im Vergleich zum französischen staatlichen Zentralismus dürfte der deutsche Föderalismus mit weitgehender Autonomie der einzelnen Universitäten, vor allem auf dem Gebiet der Hochschulprüfungsordnungen und dem der Selbstergänzung des Lehrkörpers, vorzuziehen sein.

6 Forschung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Die Organisation der Forschung war in Frankreich lange Zeit problematisch. Hier wurden einige deutsche Modelle sogar beispielgebend (DFG, Max-Planck-Institute, Wissenschaftsrat, Freiräume der Universitäten in der Forschung, einschließlich der Möglichkeit zur Drittmittelforschung).

Ohne Einschränkung empfohlen werden kann demgegenüber der systematische Aufbau eines Postgraduiertenstudiums in Anlehnung an das französische System als höchst wirksame Maßnahme zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und hochspezialisierter Führungskräfte für Industrie und Wirtschaft sowie zur Begrenzung der Studienzeiten für das Gros der Studenten.

Für das deutsche Hochschulsystem läßt sich aus dieser Erfahrung die Empfehlung ableiten, die hochbegabten Studenten innerhalb des bestehenden Hochschulsystems zu fördern, etwa in Form der Veranstaltung vertiefender Lehrveranstaltungen in Ergänzung zu den für alle Studenten verpflichtenden Vorlesungen, wie es beispielsweise in Frankreich an den 'Ecoles Normales Supérieures' praktiziert wird, oder etwa durch die Einrichtung sog. Steilkurse, oder auch eines Postgraduiertenstudiums, aufbauend auf das Hauptstudium entsprechend dem dritten Studienzyklus an den französischen Universitäten.

4 Differenzierung und Wettbewerb

Was das bei uns derzeit hochaktuelle Thema der Förderung von Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich angeht, bietet das französische Hochschulsystem das Bild einer vielfältig differenzierten Hochschullandschaft mit den verschiedensten Hochschularten, einem klar strukturierten Studiensystem in Grund-, Haupt- und Postgraduiertenstudium, einem Nebeneinander von Kurz- und Langstudiengängen, einem erweiterten traditionellen Studienangebot durch neue berufsbegleitende Studiengänge in allen drei Studienabschnitten, etc. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß ein hoher Differenzierungsgrad nicht notwendig eine Garantie für Effektivität und konstruktiven Wettbewerb der verschiedenen Hochschularten untereinander abgibt. So sind an den Universitäten angesichts unzureichender finanzieller Unterstützung seitens des Staates und in Ermangelung eines Reservoirs an begabten Studenten bereits die Grundvoraussetzungen für einen belebenden Wettbewerb mit den Eliteschulen des Landes nicht gegeben. Und auch die zunächst so bestechende Strukturierung des Studiums in drei Abschnitte mit jeweils eigenen Funktionen und Prüfungen und mit der Möglichkeit des direkten Übergangs in das Berufsleben auf allen drei Studienebenen vermag angesichts extrem hoher Versagerquoten im ersten Studienzyklus und fehlender Ausbildungsadäquater, beruflicher Verwendungsmöglichkeiten für die Absolventen dieses Abschnitts - in der derzeit praktizierten Form nicht zu überzeugen.

Literaturverzeichnis

- Anrich, E., Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten, Darmstadt 1960
- Anrich, E. (Hrsg.), Die Idee der deutschen Universität, Darmstadt 1964
- Antoine, G., Passeron, J.-C., La réforme de l'Université, Paris 1966
- Anweiler, O., Kuebart, F., Liegle, L., Schäfer, H.-P., Süsmuth, R., Bildungssysteme in Europa. Weinheim/Basel 1980 (3. Aufl.)
- Aron, R., Quelques problèmes des universités françaises, in: Archives européennes de sociologie, 1962, Nr. 1, S. 102-122
- Association Internationale des Universités, France: Un projet de loi sur l'enseignement supérieur, in: Bulletin Vol. XXXII Nr. 2, 1984, S. 92 ff.
- Ben-David, J., Ziocower, A., Universities and Academic Systems in Modern Societies, in: Archives Européennes de sociologie, 1962, Nr. 1, S. 45 ff.
- Bauer, E., Lichnerowicz, A., Monod, J., Rapport sur la recherche fondamentale et l'enseignement scientifique supérieure, in: Les Cahiers de la République, Jan./Febr. 1957, S. 81 ff.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus und Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Forschungsförderung in Bayern - Grundlinien und Probleme, München 1984
- Berchem, Th., Universität und Reform, in: Beiträge zur Hochschulforschung 1/1980, S. 43 - 64

- Bernhard, L., Akademische Selbstverwaltung in Frankreich und Deutschland. Ein Beitrag zur Universitätsreform, Berlin 1930
- Bienaymé, A., The new reform in French higher education, in: European Journal of Education, Vol. 19, No. 2, 1984, S. 151 ff.
- Bing, J.-M., Lernen französische Schüler mehr? in: Dokumente, Heft 4/38. Jg. 1982, S. 336
- Blumenthal, V. von, Bode, H.F., Nieser, B., Stübig, H., Willman, B., Bildungswesen und Chancengleichheit. Statistische Materialien aus England, Frankreich, Italien, Schweden, USA. Marburger Forschungsstelle für vergleichende Erziehungswissenschaft. Heft 16/17 Marburg 1978
- Bolloch, S., L'avant-projet de loi sur l'enseignement supérieur est bien accueilli par la conférence des présidents d'université, in: Le Monde v. 8.1.1983, S. 9
- Boulenger, R. u.a., Les conditions de Développement, de Recrutement, de Fonctionnement et de Localisation des Grandes Ecoles en France (Rapport du Groupe d'Etudes au Premier Ministre), La documentation française, Paris 1964
- Bourdieu, P., Homo Academicus, Paris 1984
- Bourdieu, P., Passeron, J.-C., Les héritiers, les étudiants et la culture, Paris 1964
- Bourdieu, P., Passeron, J.-C., Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart 1971
- Bremer, H.-H., Den dritten Weg in die Enarchie will die Rechte wieder versperren, in: Frankfurter Rundschau Nr. 252 vom 5. Dezember 1983, S. 13

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.),
Eingliederungsprobleme von Absolventen tertiärer Bildungsgänge beim Übergang vom Ausbildungs- zum Beschäftigungssystem in ausgewählten Ländern, Bildungswesen im Vergleich. 8. Bonn, 1976

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1980/81 ff. Bonn, 1980 ff.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bericht der Bundesregierung zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf, Bonn 1984

Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Bundesbericht Forschung VI, Bonn 1979

Celeyrette, J., Structure de l'université et cursus, in: CRE-Information Nr. 66, 1984, S. 26 ff.

Charlot, A., Les universités, le marché du travail et les emplois: monopole, concurrence et déclassement, in: Formation Emploi Nr. 3, Juli-Sept. 1983, S. 55 - 63.

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), formation-qualification-emploi, cahiers de l'observatoire national des entrées dans la vie active, cahier 1: Les universités scientifiques, La documentation française, Okt. 1978; cahier 3: formation et accès à l'emploi des étudiants issus des écoles d'ingénieurs, La documentation française, Nov. 1979

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), tableaux de l'observatoire national des entrées dans la vie active, accès à l'emploi après une formation technique courte supérieure: D.U.T., B.T.S., B.T.S.A., volume n° 1 - décembre 1977, La documentation française

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), Note d'information n° 14, 20. Mai 1973, l'accès aux emplois de techniciens

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), Note d'information n° 29, 15. Sept. 1975, Accès à l'emploi des étudiants à la sortie des instituts universitaires de technologie

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), Note d'information n° 51, 15. Sept. 1978, L'échec au baccalauréat: ses conséquences dans l'éducation et la vie active

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), Note d'information n° 53, Mai 1979, Observatoire national des entrées dans la vie active: accès à l'emploi des jeunes issus des Universités ou Instituts d'enseignement supérieur en sciences, lettres et sciences humaines

Centre d'études et de recherches sur les qualifications (CEREQ), Note d'information n° 73, Mai 1982, Les Universités et la Crise: Evolution de l'entrée sur le marché du travail des étudiants scientifiques entre 1975 et 1980

Chevallier, P., Gersperrin, B., Maillet, J., L'Enseignement français de la Révolution à nos jours, Paris 1968

Chevillot, J.-P., Strukturen und Organisation der Forschungsinstitutionen in Frankreich, in: Organisationsfragen wissenschaftlicher Einrichtungen (Fortbildungsprogramm für die Wissenschaftsverwaltung, Materialien Nr. 9) Saarbrücken 1982, S. 51 - 113

Clark, B.R., The Higher Education System - Academic Organization in Cross-National Perspective, Berkeley/Los Angeles 1983

- Clark, B.R. (Hrsg.), Perspectives on higher education - eight disciplinary and comparative views, Berkeley/Los Angeles/London 1984
- Cohen, H.S., Elusive Reform: The French Universities 1968-1978, Boulder/Colorado 1978
- Condorcet, A.C., Bericht und Entwurf einer Verordnung über die allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens, hrsg. v. Schepp, H.-H., Weinheim 1966
- Courtois, G., Université, nouveau premier cycle, in: Le Monde de l'Education, Febr. 1984, S. 16 ff.
- Courtois, G., Université: Les échecs du 1er cycle, in: Le Monde de l'Education, April 1984, S. 15 ff.
- Courtois, G., Les diplômés et le marché du travail, in: Le Monde de l'Education, März 1984, S. 93 f.
- Croissandeau, J.M., L'université n'intéresse personne, in: Le Monde de l'Education, April 1983, S. 9 f.
- Curtius, E.R., Die französische Kultur. Eine Einführung, Berlin 1931 (Curtius, E.R. / Bergsträsser, A., Frankreich Bd. 1)
- Dahrendorf, R. Die europäischen Universitäten in einem veränderten sozialökonomischen Klima (Referat, gehalten auf der Jahresversammlung der WRK "Die Internationalität der Universität"), Konstanz, 3./4.5.1982
- David, J., Die berufsbezogenen Studiengänge im französischen Hochschulwesen, in: Die neue Hochschule 1984, Heft 6, S. 20 ff.
- Debbasch, Ch., L'université désorientée - Autopsie d'une mutation, Paris 1971
- Debeauvais, M., Filliozat, R., Lecerf, D., Garci, A., Admission to higher Education in relation to the french educational system, in: National Studies, Paris, UNESCO, 1965, S. 101 ff.
- Denielou, G., Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich - Beispiele und Erfahrungen des Auslands (Referat, gehalten auf der Jahresversammlung der WRK am 7. und 8. Mai 1984 in Hannover)
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Studienführer Frankreich, Köln, neueste Ausgabe (ohne Jahreszahl)
- Deutscher Bundestag - 10. Wahlperiode -, Drs. 10/575, Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung - im Vergleich zur deutschen Situation - über die Personalsituation in Großforschungseinrichtungen anderer Länder (z.B. Frankreich, Großbritannien, Japan, Vereinigte Staaten) sowie der Großforschungseinrichtungen der Europäischen Gemeinschaft, und welche Schlußfolgerungen lassen sich aus diesem Vergleich für die Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland ziehen?, Bonn 1983.
- Drechsel, W.U., Erziehung und Schule in der französischen Revolution. Untersuchungen zum Verhältnis von Politik und Pädagogik in den Reformplänen der Jahre 1792/1794, Frankfurt/Berlin/ München 1969
- Duffour, M., Monteux, D., Schwartz, Y., L'Université. De la crise au changement. Paris 1978
- Etudes et Rapports de la Commission du Bilan. La France en mai 1981. L'enseignement et le développement scientifique. Le documentation française, Paris, Dezember 1981

- Eulenburg, F., Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Leipzig 1904
- Eulenburg, F., Der akademische Nachwuchs, Leipzig/Berlin 1908
- Fiebigler, N., Universität und Hochschulreform, in: Beiträge zur Hochschulforschung 1/1980, S. 19 - 41
- Finkenstaedt, Th., Humboldts Erben? Zur Geschichte und Struktur der deutschen Universität, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 1984, S. 311 - 319
- Flänic, Ch., Grellert, V., Kimminich, O., Meusel, E.-J., Rupp, H.-H., Scheven, D., Schuster, H.J., Stenbock-Fermor, F. Graf (Hrsg.), Handbuch des Wissenschaftsrechts, Berlin/Heidelberg/ New York 1982
- Flaschendräger, W., Klaus, W., Köhler, R., Kraus, A., Steiger, G., Magister und Scholaren, Professoren und Studenten - Geschichte deutscher Universitäten und Hochschulen im Überblick, Leipzig/Jena/Berlin 1981
- Flitner, A., Herrmann, U. (Hrsg.), Universität heute, München 1977
- Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Forschungsschwerpunkt "Ökonomische Theorie der Hochschule" - Arbeitshefte - Heft 2: Aspekte der Hochschuldifferenzierung, Berlin, November 1984
- Gandillot, T., Les écoles normales supérieures saisies par le doute, in: Le Monde de l'Education, Juni 1982, S. 60 - 63
- Gangl, M., Das neue französische Hochschulgesetz, in: Umbrits 5/83. S. 9 f.
- Garin, Chr., Les seigneurs de l'E.N.A., in: Le Monde de l'Education, Februar 1985, S. 35 f.
- Gellert, C., Strukturprobleme der Hochschulsysteme im internationalen Vergleich, in: Beiträge zur Hochschulforschung, 1/1979, S. 46-77
- Gellert, C., Vergleich des Studiums an englischen und deutschen Universitäten, München 1983
- Gieseke, L., Wie steht es mit der Differenzierung? Erinnerung an eine alte Aufgabe, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 1/82, S. 17-22.
- Gilson, E., L'Université et son recteur, in: Le Monde de l'Education, 20./21.7.1947
- Girod de l'Ain, B., L'enseignement supérieur en alternance. Paris 1974
- Girod de l'Ain, B., Où va l'enseignement supérieur? In: Le Monde, 14.-18.11.1978
- Girod de l'Ain, B., Les deux autonomies, in: Le Monde de l'Education, November 1982, S. 51 - 53
- Goldschmidt, D., Hübner, S., Changing Concepts of the University in Society: the West German Case, in: B. Holmes, D.G. Scanlon (Hrsg.), Higher Education in a Changing World, London 1971, S. 277 ff.
- Gusdorf, G., L'Université en question, Paris 1964
- Habermas, J., Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969
- Hahn, W., Zur Hochschulreform in Frankreich. Das neue Hochschulgesetz, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes 1/1984, S. 21 - 24

- Hamon, H., Rotman, P., Tant qu'il y'aura des profs, Paris 1984
- Hegelheimer, A., Strukturwandel der Akademikerbeschäftigung (Forschungsberichte zur Bildungsplanung und Bildungsökonomie), Bielefeld 1984
- Henry-Gréard, D., Die Grandes Ecoles in der Zugluft der Reformen. Vergangenheit und Zukunft der Elitebildung in Frankreich, in: Dokumente, Heft 4/1982, 38. Jg., S. 327 - 331.
- Hermanns, H., Teichler, U., Wasser, H. (Hrsg.), Integrierte Hochschulmodelle - Erfahrungen aus drei Ländern, Frankfurt/New York 1982
- Hoffmann, J., Schule in Frankreich, in: Lehren und Lernen 1982, Heft 12, S. 50 - 63
- Humboldt, W.v., Gesammelte Schriften, Berlin 1903 ff., Bd.10
- Humboldt, W.v., Schriften zur Politik und zum Bildungswesen, Werke, Bd. IV, Darmstadt 1964
- Institut national de la statistique et des études économiques (inséré), Bilan formation emploi, Années 1977 à 1980, CEREQ, INSEE, SEIS, in: Archives et documents, n° 79, Paris 1983
- Institut national de la statistique et des études économiques (inséré), Bilan formation-emploi 1977, in: Les collections de l'insée, série D, n° 78, Paris 1981
- Institut national de la statistique et des études économiques (inséré), Enquête sur l'emploi d'octobre 1981, Résultats détaillés, in: les collections de l'insée, série D, n° 89, Paris 1982
- Jaspers, K., Die Idee der Universität, Berlin 1923
- Karasch, J., Die Zukunft sieht rosig aus, in: DuZ 22/1984, S. 17 f.
- Jens, W., Eine deutsche Universität, München 1977
- Kaufmann, G., Geschichte der deutschen Universitäten, Bd. I, Stuttgart 1888, Bd. II, Stuttgart 1896
- Kluge, N., Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Studienreform in den Ländern. Dokumentation und Vergleich von Studienreformverfahren, Reihe Studien zu Bildung und Wissenschaft, Bd. 4, Bad Honnef 1984
- Kosciusko-Morizet, J., La mafia polytechnique, Paris 1973
- Kraus, J., Das französische Schulsystem: ein Überblick, in: Anregung 29 (1983), S. 108 ff.
- Labé, Y.-M., Classes préparatoires. Un bague heureux, in: Le Monde de l'Education, Juli-August 1982, S. 26 - 28
- Lamoure, J., Les Instituts universitaires de technologie en France, Amsterdam 1981
- Le Dref, B., On ne prête qu'aux riches, in: Le Monde de l'Education, Oktober 1982, S. 51 - 53
- Le Monde de l'Education, Dossier: Faut-il supprimer le Bac? Nov. 1983, S. 9 ff.
- Leger, L., L'Education à distance, la formation continue du médecin, in: Distance Education for the up-dating of knowledge at postgraduate level, CEPES, Bukarest 1982, S. 41 ff.

Legrande, L., Bildung und Erziehung in Frankreich in den achtziger Jahren, in: Bildung und Erziehung, 35 (1982), S. 425 ff.

Lévy-Garboua, L., Orivel, F., Inefficiency in the French System of Higher Education, in: European Journal of Education, Vol. 17, Nr. 2, 1982, S. 153 ff.

Liard, L., L'enseignement supérieure en France, t.II, 1789-1893, Paris 1894

Lichniewicz, A., Pour les universités, in: Revue de l'enseignement supérieure, 1966, Nr. 4, S. 60 ff.

Lobkowitz, N., Ziele und Ansätze für eine neue Universitäts-idee, in: Beiträge zur Hochschulforschung 1/1980, S. 117
- 146

Lüth, Ch., Gesamthochschulpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Hochschulrecht des Bundes Bd. 5, Bad Honnef 1983

Maaß, K.-J., Per Dialog zur neuen Universität, in: DUZ 6/1983, S. 15

Magliulo, B., Les grandes écoles, Paris 1982, coll. 'que sais-je?'

Mater, H., Die Hochschulen in den 80er Jahren, in: academia 2/83, S. 64 - 74

Mendes-France, Dix ans après, in: Revue de l'enseignement supérieure, 1966, Nr. 4, S. 47 ff.

Nertens, D., Parmentier, K., Tessaring, M.: Fragen zur Akademikerbeschäftigung und zum Arbeitsmarkt für Lehrer, in: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 10/1982, S. 1 - 8

Mezger, P., Der sichere Schlüssel zum Erfolg. Die Ecole Normale Supérieure in Paris - Eliteförderung ohne Elite-universität, in: FAZ, 2.6.1984

Ministère de l'Education Nationale - Service d'Information. Projet de Loi sur l'Enseignement Supérieur. Exposé des Motifs, Paris, 30. März 1983.

Ministère de l'Education Nationale - Service de l'Informatique de gestion et des statistiques (S.I.G.E.S.), Tableaux des enseignements et de la formation, 1972, 1977, 1982

Ministère de l'Education Nationale, S.I.G.E.S., L'Education nationale en chiffres, Année scolaire 1981 - 1982, Paris, Okt. 1983

Ministère de l'Education Nationale, S.I.G.E.S., Repères et références statistiques sur les enseignements et la formation, année scolaire et universitaire 1982-1983, Paris 1984

Ministère de l'Education Nationale, S.I.G.E.S., Notes d'Information N° 79-16, 81-06, 82-08, 82-13, 83-07, 84-11, 84-18, 84-20

Ministère de l'Education Nationale, S.I.G.E.S., Statistiques des enseignements N° 63, Les examens et les diplômés dans les universités, année scolaire 1980-1981 u. N° 6.4, les examens et les diplômés dans les écoles d'enseignement supérieur non universitaire, année scolaire 1980-1981

Ministère de l'Education, Ministère des universités, Service des études informatiques et statistiques (SEIS), Service central des statistiques et sondages, L'enseignement supérieure en France. Etude statistique et évolution de 1959-1960 à 1977-1978, in: études et documents 80.2, Paris 1980

Ministère de l'Education Nationale, S.I.G.E.S., Tableaux statistiques 1982-1983, Doc. n° 5379, Juni 1984

Minks, K.-H., Reissert, R., Der Übergang vom Studium in den Beruf - Ausgewählte Ergebnisse des Projekts "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt, in: HIS-Kurzinformationen A 1/85, Hannover, Jan. 1985

Monod, J., D'un colloque à l'autre, in: Revue de l'enseignement supérieure, 1966, Nr. 4, S. 54 ff.

Müller-Solger, H., Hochschulzulassung in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht für die OECD, Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Schriftenreihe Hochschule, Bd. 20, Bonn 1976

Müller-Solger, H., Zur Frage der Hochschulzulassung im internationalen Vergleich, in: Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung, 12. Bd., 1979, S. 137 ff.

Neave, G., Strategy Planning, Reform and Governance in French Higher Education, in: Studies in Higher Education Vol. 10, No 1, 1985, S. 7 - 20

Neave, G., Neue Hochschulmodelle und Chancengleichheit: Prospektive Untersuchungen auf internationaler Ebene, Sammlung Studien, Bildungsreihe Nr. 6, Brüssel 1979

Neuhaus, R., Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen, Wiesbaden 1968

Nieser, B., Bildungswesen, Chancengleichheit und Beschäftigungssystem. Vergleichende Daten und Analysen zur Bildungspolitik in Frankreich, München 1980

Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1800-1866, München 1983

Nitsch, W., Die soziale Dynamik akademischer Institutionen - Trendreport zur sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung, Weinheim/Basel 1973

OECD: Tight Budgets and Changing Educational Needs, in: OECD Observer Nr. 128, Mai 1984, S. 24 ff.

OECD: The nature of youth unemployment, an analysis for policy-makers, Paris 1984

Oehler, Ch., Teichler, U., Changing approaches to planning in higher education in the Federal Republic of Germany, in: Higher Education in Europe, Vol. IX, 1984, No. 1, S. 13-21

Oppermann, Th., Kulturverwaltungsrecht: Bildung - Wissenschaft - Kunst, Tübingen 1979

Oppermann, Th. u.a. Grundfragen des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich. Kehl/Rhein, 1982

Osborne, Th., A Grande Ecole for the Grands Corps. The recruitment and training of the french administrative elite in the nineteenth century, New York, 1983

Paulsen, F., Die Deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, Berlin 1902

Paulsen, F., Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, Berlin 1920

Pautler, E., The Links between Secondary and Higher Education in France, in: European Journal of Education, Vol. 16, No. 2, 1981

Peisert, H., Framhein, G., Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1979

Peyrefitte, A., Le mal français, Paris 1976

Picht, G., Die deutsche Bildungskatastrophe. München 1965

Picht, R., Elitebildung im französischen Erziehungswesen, in: Der fremdsprachliche Unterricht 1984, S. 93 - 100

Pigelet, J.-L., Pottier, F., Les étudiants et le marché du travail, in: Formation Emploi Nr. 3, Juli - September 1983, S. 38 - 54

Piessner, H. (Hrsg.), Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschulen- Nachwuchsfragen im Spiegel einer Erhebung 1953-1955, Göttingen 1956

Plouvin, J.Y., Die juristische Ordnung der Universitäten seit der Orientierungsreform, Paris 1980

Quetsch, C., Die Entwicklung des Hochschulbesuches in den letzten fünfzig Jahren, Berlin/Göttingen/Heidelberg, 1960

Raiser, L., Ausländische Universitäts-Modelle, in: Beiträge zur Hochschulforschung 1/1980, S. 65 - 91

Ritter, R., Das europäische Bildungswesen im Vergleich: Frankreich, München 1980 (2. Aufl.)

Ritter, R., Das Bildungswesen in Großbritannien und Frankreich, München 1983

Rohde, E., L'ENA a-t-elle échoué? in: Le Monde de l'Éducation, April 1982, S. 55 - 58

Rossum, W.v., Mobile Denkfabrik - Das neu gegründete "Collège international de Philosophie" in Paris, in: Die Zeit 1984 Nr. 43, 19.10.1984, S. 65

Ruther, R., Prüfungen und Privilegien, in: Die Zeit, Nr. 24, 10. Juni 1983, S. 29 f.

Sachsenröder, W., Ein Kreuzzug für die Freiheit? In: DUZ 11/1983, S. 15 f.

Savary, A., Enseignement supérieur: Les motifs et les tâches, in: Le Monde, 26.1.1983

Savary, A., Appel aux universitaires, in: Le Monde, 15.10.1983, S. 1 und 11

Schelsky, H., Einsamkeit und Freiheit, 2. Aufl., Düsseldorf 1970

Schelsky, H., Systemüberwindung - Demokratisierung - Gewaltenteilung. München 1973

Schepp, H.-H., Freiheit und Gleichheit in Condorcets Plan einer Neuorganisation des Unterrichtswesens 1972, in: Zeitschrift für Pädagogik 12/1966, S. 144 ff.

Schriewer, J., Die französischen Universitäten 1945 bis 1968, Bad Heilbrunn, 1972

Schriewer, J. (Hrsg.), Schulreform und Bildungspolitik in Frankreich, Bad Heilbrunn 1974

Schulte H., Das elitäre Prinzip behauptet sich, in: Die Zeit Nr. 9, 24.2.1984

Schulz, C., Das Bildungsprogramm der Sozialistischen Partei Frankreichs - Vorstellungen und erste Schritte der Realisierung im Hochschulbereich, in: Informationen über hochschulpolitische Entwicklungen im Ausland, Berlin 1981, Nr. 13

Schwartz, L., Pour sauver l'Université, Paris 1983

Schwartz, L., in: Etudes et rapports de la Commission du Bilan, La France en mai 1981, La documentation française, 1981

- Ständige Kommission für die Studienreform, Grundsätze für Studium und Prüfungen, Bonn, 4.7.1983
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, The Educational System in the Federal Republic of Germany - Governance Structures Courses, Bonn 1982
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 1995 Dokumentation Nr. 80 (Fortschreibung zur Dokumentation Nr. 72), Bonn, April 1983
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Kompetenzen - Strukturen - Bildungswege, Neuwied 1978
- Stassen, M. (Hrsg.), Das Hochschulwesen in der Europäischen Gemeinschaft. Ein Studentenhandbuch, Brüssel (EG, DAAD) 1977
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Bildung im Zahlenspiegel 1984, Stuttgart und Mainz 1984
- Teichler, U., Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, München 1981
- Teichler, U., "Öffnung der Hochschulen" - auch eine Politik für die 80er Jahre? (Expertise im Auftrag des Senators für Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen), Bremen 1983
- Teichler, U., Recent Developments in Higher Education in the Federal Republic of Germany, in: European Journal of Education, vol. 17, 2/1982, S. 161 - 176
- Tournadre, J.-F., Former plus et mieux, in: Le Monde, 2. November 1983, S. 2
- Trow, M., Problems in the transition from elite to mass higher education, in: Policies for higher education, Paris 1974
- UNESCO (Hrsg.), Methods of establishing equivalences between degrees and diplomas, Paris 1970
- UNESCO (Hrsg.), New Forms of Higher Education in Europe, CEPES, Bukarest 1976
- UNESCO, World Guide to Higher Education. A Comparative Survey of Systems, Degrees and Qualifications, Paris 1976
- Vaudiaux, J., La qualité des universités ne se présume pas. Elle se prouve, in: Le Monde de l'Education, Dez. 1982, S. 33 f
- Vermont-Gouchy, J., L'éducation nationale dans la France, Monaco 1965
- Vincens, J., Les incohérences de l'enseignement supérieur, in: Le Monde de l'Education, Nov. 1982, S. 49 f.
- Weisz, G., Le corps professoral de l'enseignement supérieur et l'ideologie de la réforme universitaire en France, 1860 - 1885, in: Revue française de sociologie, XVIII, 1977, S. 201-232
- Weisz, G., The emergence of modern universities in France, 1863-1914, Princeton, New Jersey, 1983
- WEMA-Institut für Empirische Sozialforschung (Hrsg.), Bildungswesen im Vergleich. 2. Darstellung der Hochschulabschließung in ausgewählten Ländern (Frankreich: S. 23-27), Bonn 1974

Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), Die deutsche Hochschule in der Kritik des Auslandes, Dokumente zur Hochschulreform XXXIII/1978, Bonn 1978

Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) (Hrsg.), Europäische Hochschulsysteme im Wandel, Kritische Analyse der Politik für den Tertiären Bereich des Bildungswesens in sieben westeuropäischen Staaten, Dokumente zur Hochschulreform XXXVI/1979, (Bericht einer Arbeitsgruppe des Europarates, Rat für kulturelle Zusammenarbeit (CCC)), Strasbourg/Bonn 1978

Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), Hochschulreform in Frankreich - Rahmengesetz 1968, Dokumente zur Hochschulreform VII/1969, Bonn 1969

Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), Stellungnahme des 140. Plenums der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 4./5. Juli 1983: Sparpolitik und Überlast - Zur Leistungsfähigkeit der Hochschulen unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen

Wieviorika, M., Three Phases in the Emergence of a Student-based Social Movement in France, in: European Journal of Education, Vol. 19, No. 3, 1984, S. 327 ff

Wild, W., Die Universität im Spannungsfeld von Bildung und Beruf, in: Beiträge zur Hochschulforschung 3/1984, S. 307-336

Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Aufgaben und Stellung der Fachhochschulen, Köln 1981

Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs, Köln 1976

Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots, Köln 1978

Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Förderung besonders Befähigter, Berlin 1981

Wissenschaftsrat, Zur Lage der Hochschulen Anfang der 80er Jahre, Quantitative Entwicklung und Ausstattung, Textteil und Statistischer Anhang, Köln 1983

Wissenschaftsrat, Stellungnahme zum Ausbaustand und zu den Entwicklungsbedingungen neuer Hochschulen, Köln 1980

Wölke, G., "Eliteschulen". Kommt die Demokratie ohne Eliten aus? Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der deutschen Wirtschaft, 34, 10/1978, Köln 1978

Zimmermann, M., L'enseignement catholique dans la situation globale de l'école en France, in: Grundfragen des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, 1982, S. 49 ff

